

„Der Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem.“

John Connally

## **Kapitel 2. Die neue Weltordnung und die Disparitäten der postindustriellen Weltwirtschaft**

### **2.1. Die Transformation von industrieller zu postindustrieller Ära**

Von 1945 bis 1990 galten die USA im Rahmen der bipolaren Weltordnung als Garant für Sicherheit in Europa sowie eine freie Weltwirtschaftsordnung. Heute wird die dominierende Stellung der Vereinigten Staaten auf Grund ihrer realwirtschaftlichen Schwäche zunehmend in Frage gestellt. Einige Beobachter sehen in der Vorherrschaft der USA sogar den zentralen Krisenfaktor für die internationalen Beziehungen.<sup>50</sup> Und wahrhaftig bemuhren sich die Vereinigten Staaten nicht erst seit 1990, die momentane und künftige Weltordnung zu ihren Gunsten zu gestalten.

In der Tat ist die Idee einer Weltordnung mit den USA als Weltfuhrungsmacht spätestens seit Woodrow Wilsons Einfluss auf den Versailler Vertrag im Jahre 1918 eine tief verwurzelte Vorstellung, in der politischen Kultur des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten.<sup>51</sup> Doch konnten die Vereinigten Staaten ihren Führungsanspruch erst nach dem Zweiten Weltkrieg, wenn auch angesichts der Blockkonfrontation nur begrenzt, in der Welt durchsetzen.<sup>52</sup>

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion musste die weltpolitische Stellung der USA neu definiert werden. Diese Neudefinition der Position der nunmehr letzten Supermacht versuchte Zbigniew Brzezinski über die Parole der „einzigen Weltmacht“, welche langfristig in ein „Imperium Americanum“ münden sollte, zu verankern.<sup>53</sup>

Nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung gab es für die Neugestaltung der Welt zwei Optionen: Die erste war die Unterordnung aller Staaten in die Strukturen der UNO, welche wesentliche Entscheidungsgewalt besäße. Die zweite war die Entwicklung eines globalen Gefüges mit den USA als Zentrum, welche die unangefochtene Führungsrolle haben.

---

50 Vgl. Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit; Grenzen der Globalisierung; Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft; Münster (Westfälische Dampfboot Verlag); 1997.

51 Kissinger, Henry A.; Die Vernunft der Nationen; Über das Wesen der Außenpolitik; Berlin (Siedler Verlag); 1994; S. 233-265.

52 Vgl. Czempiel; Ernst Otto; Weltordnung statt Eindämmung; auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis amerikanischen Außenpolitik; in: Dembinski, Mathias; Rudolf, Peter; Wilzewski, Jürgen (Hg); Amerikanische Weltpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikt; Baden Baden (Nomos Verlag); 1994; S. 1-21.

53 Brzezinski, Zbigniew; Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft; Weinheim und Berlin (Beltz Quadriga Verlag); 1997.

Unabhängig von den politischen Anliegen der USA sind die internationalen Beziehungen gegenwärtig durch zwei unterschiedliche Entwicklungen gekennzeichnet. Auf der einen Seite scheint die zunehmende globale wirtschaftliche Verflechtung zum Bedeutungsverlust von staatlichen Grenzen und nationaler Politik zu führen. Auf der anderen Seite bestimmen nationale Interessen nach wie vor die Weltpolitik und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Mit anderen Worten bestimmen auch in einer globalisierten Welt immer noch die Großmächte die Statik und Dynamik internationaler Politik. Das Wechselspiel von Hegemonie und Gleichgewicht sowie der Aufstieg und Fall mächtiger Staaten liefern den Rahmen für ökonomische und gesellschaftliche Beziehungen.<sup>54</sup>

Dieser Realität zum Trotz ist Brzezinski der Überzeugung, dass Weltordnung ohne die Weltführungsmacht der USA nicht realisierbar sei. Seine Auffassung beruht im Wesentlichen auf seiner Interpretation dessen, was er in der Katastase des Kalten Krieges in seinem epochalen Werk „Between Two Ages: American’s Role in the Technotronic Era“ aus dem Jahr 1970 beschrieb.<sup>55</sup>

„Between two Ages“ erschien zu einer Zeit als sich im Ost-West-Konflikt eine Entspannungsperiode abzeichnete.<sup>56</sup> Gleichzeitig wirkte sich der weltweit rapide vollziehende technologische Fortschritt in der Massenkommunikation sowie dessen globale Verbreitung auf die internationalen Beziehungen aus und verstärkte Interdependenzen. Angesichts der Globalisierung von Massenkommunikationsmitteln sollten sich die USA, so schlug Brzezinski vor, nicht mehr nur um eine traditionelle Außenpolitik, sondern um eine umfassende Weltpolitik bemühen.<sup>57</sup>

Er stellte die These auf, dass in der Folge der globalen Auswirkungen der Kommunikationstechnologie eine postindustrielle Ära entstehe, die das industrielle Zeitalter ablöse. Er nennt diese Ära die „technotronic Era“. Die Notwendigkeit der Einführung des Begriffs „technotronic“ an der Stelle des „postindustriellen“ begründet Brzezinski wie folgt:

---

54 Vgl. Kennedy, Paul; Aufstieg und Fall der großen Mächte; Frankfurt am Main (Fischer Verlag); 1994.

55 Vgl. Brzezinski, Zbigniew; Between Two Ages: American’s Role in the Technotronic Era; New York (Viking Verlag); 1970.

56 Brzezinski, Zbigniew; Huntington Samuel P.; Politische Macht; USA/UdSSR; Ein Vergleich; Köln; Berlin (Kiepenheuer & Witsch Verlag); 1966. Und Feiner, Sabine; Weltordnung durch US-Ledership?; Wiesbaden (Westdeutscher Verlag); 2000. S.13-41.

57 Vgl. Mattelart, Armand; Kommunikation ohne Grenzen?; Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung; Berlin (Avinus Verlag); 1999. Und Vorwort von Mechtild Rahner und Erich Thaler in; Mattelart, Armand; Kommunikation ohne Grenzen?; Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung; Berlin (Avinus Verlag); 1999.

„Because it conveys more directly the character of the impulses for change in our time. Similarly, the term ‘industrial’ described what otherwise could have been called the ‘post-agricultural’ age”.<sup>58</sup>

Dabei wird deutlich, dass die „technotronische Ära“ eine Bezeichnung der Transformation von der industriellen zur technologischen Ära (Dienstleistungsgesellschaft) ist, in welcher die wissenschaftlichen Erfindungen die geographische Reichweite von Waffen, Kommunikation, Wirtschaft und Ideologien sprengen und ihnen nun eine globale Dimension verleihen. Hatte sich die industrielle Revolution durch die Erfindung der Navigation, des Schießpulvers und des Buchdrucks bereits im 15. Jahrhundert angekündigt, so sah Brzezinski in den 70ern in der Weltraumfahrt, der Nuklearphysik, den Computern sowie dem Fernsehen und der schnellen weltweiten Kommunikationsübertragung die Voraussetzungen für diese neue Ära.<sup>59</sup>

Brzezinski zufolge ist diese Transformation in den westlichen Industriestaaten am weitesten fortgeschritten und so würden deren Gesellschaften zunehmend in „technotronic societies“ übergehen, d.h. in „a society that is shaped culturally, psychologically, socially, and economically by the impact of technology and electronics – particularly in the area of computers and communications.“<sup>60</sup>

Nahezu alle Bereiche des Lebens würden von dieser Entwicklung beeinflusst, so dass sich sowohl in wirtschaftlicher und sozialer als auch in politischer Hinsicht grundlegende Veränderungen vollziehen: „In the technotronic society scientific and technical knowledge, in addition to enhancing production capabilities, quickly spills over to affect almost all aspects of life directly.“<sup>61</sup>

Die Auswirkungen des Wechsels von der industriellen zur technotronischen Ära hält Brzezinski für ebenso umfangreich, wie die des Wechsels von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft. Die Auswirkungen hätten Konsequenzen für die Persönlichkeit und sogar für das, was das Spezifische des Menschen ausmacht. So wie die emotionale Identifikation des Individuums mit dem Nationalstaat am Anfang der industriellen Revolution

---

58 Vgl. Brzezinski, Zbigniew; *Between Two Ages: American's Role in the Technotronic Era*; New York (Viking Verlag); 1970. S. 9. Und Feiner, Sabine; *Weltordnung durch US-Ledership?*; Wiesbaden (Westdeutscher Verlag); 2000. S.13-41.

59 Vgl. Brzezinski, Zbigniew; *Between Two Ages: American's Role in the Technotronic Era*; New York (Viking Verlag); 1970; S. 4 u. S.10. Und Feiner, Sabine; *Weltordnung durch US-Ledership?*; Wiesbaden (Westdeutscher Verlag); 2000. S.13-41.

60 Ebenda; S. 9.

61 Ebenda; S. 9-10.

den Beginn einer internationalen Politik begründete, so steht die technotronische Ära für einen Neubeginn der Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt.<sup>62</sup>

Da die Veränderungen im Gegensatz zum industriellen Zeitalter nicht mehr territorial begrenzt sind, wird die Umwelt hier zunehmend zur globalen Realität. Durch wissenschaftliche und technologische Errungenschaften werden folglich nicht nur die Produktionsfaktoren verändert, sondern diese neue Revolution hat, nach Ansicht Brzezinskis, auch Kräfte freigesetzt, die in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht von noch größerer Bedeutung sind als die der französischen oder russischen Revolution.<sup>63</sup>

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist es gelungen, die Welt zu vereinen. Das Gefühl der vereinten Welt wird auf Grund von elektronischen Kommunikationsmitteln gefördert, die innerhalb kürzester Zeit Informationen von einem Teil der Erde in einen anderen übertragen. Hinzu kommt die Geschwindigkeit, mit welcher Menschen Entfernungen bis in den Weltraum überwinden; welche den Globus subjektiv kleiner erscheinen lassen. Die Revolutionierung von Kommunikations- und Transportmitteln schafft neue gesellschaftliche Interaktionen sowie neue wirtschaftliche Interdependenzen.<sup>64</sup>

So wird der Globus zunehmend als gemeinsame Lebensgrundlage aller Menschen empfunden. Dementsprechend wird die Kongruenz von Staatsmacht, -gebiet und -bevölkerung der Nationalstaaten der Vergangenheit angehören. Diese Erosion hat dabei nicht nur fundamentale Folgen für die Handlungsfähigkeit des Staates und damit der Steuerungsfähigkeit nationaler und internationaler Politik, sondern revolutioniert auch die internationalen Beziehungen. Es entsteht eine neue Ära: „An era of the global political process“;<sup>65</sup> ein Phänomen, das heute allgemein als Globalisierung beschrieben wird.

In Kontinuität von Brzezinskis Ausführungen hat der französische Kommunikationswissenschaftler Armand Mattelart sich umfassend mit der Geschichte der Auswirkungen der technotronischen Entwicklungen auf die internationalen Beziehungen befasst.<sup>66</sup>

---

62 Ebenda; S. 107.

63 Ebenda; S. 151-152.

64 Ebenda; S. 240.

65 Ebenda; S. 4-5.

66 Vgl. Mattelart, Armand; Kommunikation ohne Grenzen? Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung; Berlin (Avinus Verlag); 1999; S. 141-143. Und Vorwort von Mechthild Rahner und Erich Thaler in; Mattelart, Armand; Kommunikation ohne Grenzen?; Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung; Berlin (Avinus Verlag); 1999.

Seine Analyse betont jedoch eher die aus den neuen Gegebenheiten entstehende soziale und kulturelle Komplexität. „Dieser Komplexität liegt der globale Charakter der politischen Prozesse zugrunde. In der Epoche der klassischen internationalen Politik besaßen die vier Hauptfaktoren von Machtausübung und Integration, seien es nun die Waffen, die Kommunikationsmittel, die Ökonomie oder die Ideologie, vor allem eine nationale Bedeutung. Gerade diese vier Faktoren gewinnen im Augenblick eine weltweite Reichweite und Bedeutung.“<sup>67</sup>

Entgegen der vorherrschenden Tendenz zur ahistorischen Betrachtung stellt er die Frage nach den historischen Wurzeln der technontronischen Ära und den damit verknüpften geopolitischen Entwicklungen. Dabei analysiert Mattelart die Auswirkungen der Entwicklung der Kommunikationstechnologien auf den mit ihnen in Gang gesetzten geopolitischen Prozess.

Zuerst macht er in Tradition von Friedrich List deutlich,<sup>68</sup> dass bereits im 19. Jahrhundert das neue Fortbewegungsmittel, die Eisenbahn, für die Menschen ein Symbol des Fortschritts und zugleich Ausdruck der Hoffnung war, „endlich Herr über die Naturgewalten zu werden“ als auch „mit zunehmender Geschwindigkeit das vermeintliche Ziel der Geschichte, den ewigen Frieden zu erreichen.“<sup>69</sup>

Mattelart zufolge wurde die Entwicklung der Moderne und der Aufzehrung altgewohnter raumzeitlicher Distanzen von einem Wahrnehmungswandel begleitet.<sup>70</sup> Er entwirft in seinem Buch einen Spannungsbogen, der rund 150 Jahre umfasst: Von den Ursprüngen der modernen Kommunikationstechnologien in der Mitte des letzten Jahrhunderts – Eisenbahn – über den Telegraphen bis hin zur aktuellen Globalisierungsdebatte. Dabei unterscheidet er drei historische Phasen, die er jeweils unter einem spezifischen Blickwinkel betrachtet: Die Zeit von 1850 bis 1950 unter dem Aspekt „Krieg“.<sup>71</sup> Die Zeit von 1950 bis 1980 unter dem Aspekt „Fortschritt“.<sup>72</sup> Und schließlich den Zeitraum von 1980 bis 1990 unter dem Aspekt „Kultur“.<sup>73</sup>

---

67 Ebenda; S. 141.

68 List, Friedrich; Die Welt bewegt sich; Über die Auswirkungen der Dampfkraft und der neuen Transportmittel; Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht); 1985.

69 Vgl. Mattelart, Armand; Kommunikation ohne Grenzen? Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung; Berlin (Avinus Verlag); 1999; S. 30. Und Vorwort von Mechtild Rahner und Erich Thaler in; Mattelart, Armand; Kommunikation ohne Grenzen?; Geschichte der Ideen und Strategien globaler Vernetzung; Berlin (Avinus Verlag); 1999.

70 Ebenda; S. 40.

71 Ebenda; S. 1-122.

72 Ebenda; S. 122-196.

73 Ebenda; S. 197- 285.

Im ersten Teil zeigt Mattelart den Zusammenhang von Kommunikationstechnologien mit kriegerisch-strategischen Absichten der Nationalstaaten auf: So hatten Kommunikation und die dazu erforderlichen technischen Mittel zunächst keineswegs den Sinn Zivilgesellschaften über räumliche oder nationale Grenzen hinweg miteinander in Verbindung zu setzen, sondern Armeen mit ihren Generalstäben. Und auch das entschiedene Vorantreiben des Ausbaus der Eisenbahnnetze im britischen Empire oder im Reich der amerikanischen United Fruit Company in Südamerika diente nicht primär philanthropischer Förderung der Völkerverständigung, sondern zunächst imperialistischen bzw. ökonomischen Zwecken.

Begleitet wurde dieser Wandel von der Entstehung eines sozialutopischen Diskurses über die universalisierende und friedfertige Kraft der Kommunikationstechniken, da man durch die rasante Weiterentwicklung der Kommunikationstechniken und der Massenmedien die Möglichkeit erkannte, die aus den traditionellen Bindungen befreite Gesellschaft neu ordnen und vor allem steuern zu können. Der Erste Weltkrieg geriet hier zum Testfall, da zum ersten Mal die neuen Kommunikationstechniken im großen Stil für Massenmanipulation und Propagandazwecke eingesetzt werden konnten.<sup>74</sup>

Diese Ära, die in der Kommunikation vorrangig unter dem Vorzeichen des Krieges gesehen wurde, dauerte zunächst bis zum Kalten Krieg, der nicht zufällig dazu führte, dass im Zusammenhang mit dem Rüstungswettlauf im Weltall das Konzept der „internationalen Kommunikation“ entstand. Der gesetzmäßige Zusammenhang von Kommunikation und Krieg zeigte sich erneut im zweiten Golfkrieg. Es wurde deutlich, dass trotz der scheinbar vollständigen Transparenz von Information die Grenzziehung zwischen objektiver Information und manipulativer Propaganda problematisch ist und dies gerade auch in der westlichen Welt, die während des Kalten Krieges den Anspruch erhoben hatte, absolute demokratische Kommunikationsfreiheit zu verbürgen.<sup>75</sup>

Mattelart wendet sich im zweiten Teil seines Buches dem Fortschrittsglauben der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu, welcher den Kommunikationstechnologien als Mittel der Machtpolitik Nahrung gegeben hatte. Ihm folgend führte gerade die Modernisierung der Welt durch die Fortentwicklung der Kommunikationstechnologien zur Verschärfung des Ost-West-Konflikts, in dessen Zusammenhang man voraussetzte, dass angeblich in der westlichen Welt absolute Kommunikationsfreiheit und Realitätstreue gegen die bewusste sowjetische Desinformationspolitik und den Einsatz der Medien zur Erzeugung eines schöngefärbten

---

74 Ebenda; S. 54.

75 Ebenda; S. 67 u. 97.

Wirklichkeitsbildes herrsche. Gleichzeitig versuchte der Westen das eigene Modell unverändert auf die Länder der Dritten Welt zu übertragen; verbesserte Kommunikation als Triebkraft der sozialen Transformation und die damit einhergehende zunehmende Rationalisierung sozialen Verhaltens erschien als Möglichkeit für die unterentwickelten Länder, Anschluss an die so genannte Erste Welt zu finden. Coca-Cola und Mc Donalds wurden zu Insignien dieser Moderne und traten einen weltweiten Siegeszug an, was sich vor allem nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zeigte.<sup>76</sup>

Zugleich geriet die Utopie eines sich ausdehnenden Fortschrittes als eines der übergreifenden Szenarien in die Krise. Gerade die weltweite Verbreitung moderner Kommunikationsmedien und der durch sie bewirkte Siegeszug der westlichen Moderne und der amerikanischen Kultur provozierten vehemente Gegenreaktionen und antiwestliche Stimmungen. Dies geschah und geschieht vor allem dort, wo die Globalisierung der Märkte fast zwangsläufig zu einer immer stärkeren Homogenisierung von Verhaltensmustern und sprachlich-kulturellen Codes geführt haben und die sozialutopische Dimension der Informationsgesellschaft immer mehr zu einer Angelegenheit von Marketing- und Managementspezialisten gerät.<sup>77</sup>

Dabei beobachtet Mattelart, dass in diesem Prozess die Nationen mit ihren Institutionen immer mehr ihre identitätsstiftende Kraft verlieren. Zudem stellt sich mit der Zunahme multikultureller Durchmischung und der Problematik kulturrelativistischer Rezeptionsweisen der universalisierten Informationen die Frage nach der Begründung nationaler und kultureller Identitäten neu, denn gleichzeitig mit ihrer „globalen Universalisierung“ wird der Ethnozentrismus der westlichen Moderne erkennbar und in Frage gestellt.<sup>78</sup>

Als Antwort auf die nur scheinbar totale Übermacht des über die modernen Medien vermittelten amerikanischen Kulturmodells auf dem globalisierten Markt und die Verabsolutierung neoliberaler Marktgesetze zitiert Mattelart den französischen Präsident François Mitterrand: „Es wäre verheerend, ein einziges kulturelles Modell zu verallgemeinern. Sollten die Gesetze des Geldes und die Macht der Technik [etwa] zustande bringen, was den totalitären Regime nicht gelungen ist?“<sup>79</sup>

Nach Mattelart drohen so die universellen, transnational vereinheitlichten Konsumenten der globalisierten Kultur zum neuen Leitbild und zum Spielball der global player zu werden.

---

76 Ebenda; S.141-143.

77 Ebenda; S.153-154.

78 Ebenda; S. 221.

79 Ebenda.

Obgleich mit dieser Bewegung der Homogenisierung sich die gegenläufige Entstehung regionaler Räume beobachten lässt, in denen einzelne Gemeinschaften eigenständig und manchmal sogar mit Vehemenz nach verbindender Sinnstiftung suchen, steht auch bei neuen Formen internationaler Beziehungen, der Rehabilitation und Neuformierung politischer Netzwerke die Kommunikation mit ihren neuen technischen Möglichkeiten im Mittelpunkt.

Den Kern dieses Prozesses sieht Mattelart aber in der Entstehung der wirtschaftlichen Differenzen die eine Globalisierung à la Brzezinskis technotronischem Weltsystem verhindern. In Anspielung auf die kriegerische Rede von François Mitterrand vom April 1988 – in der er äußert: „Betrachten wir die Weltwirtschaft, so sieht man ein Schlachtfeld vor sich, auf dem sich die Unternehmen einen gnadenlosen Krieg liefern. Gefangene werden nicht gemacht. Wer fällt, stirbt. Der Sieger kämpft nach alterproben kriegs-strategischen und sehr einfachen Regeln: die beste Vorbereitung, die schnellsten Bewegungen, der Vorstoß auf feindliches Terrain, gute Verbündete, der Wille zum Sieg.“ –, sieht Mattelart die „Clausewitzische Schützenhilfe für das Marketing“ begründet und nicht den technotronischen Siegeszug unter der Führung der USA, mit ihrer homogenisierenden Rolle.<sup>80</sup>

„Beutefeldzug’, ‚Offizier des neuen Weltkonflikts’, ‚psychologischer Vormarsch der Bilder im Angebot’ das sind nur einige Ausdrücke, die man in strategischen Entwürfen und Finanzmagazinen finden konnte, Indikatoren unter anderen für das Schlachtengetümmel rund um die Firma, deren Ziel eine Fortsetzung der Politik auf der Weltbühne der Wirtschaft mit anderen Mitteln war.“<sup>81</sup>

Ausgehend von Mattelarts Darlegungen ist die technotronische Entwicklung, d.h. der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft durch den massiven Einsatz der modernen Kommunikationsmittel, nicht die allmähliche Transformation hin zu einem globalen Weltstaat,<sup>82</sup> so wie Brzezinski es sich wünscht. Vielmehr ist es der Übergang zu einer Welt, in welcher der ökonomische Kollateralschaden dieser Entwicklung in Form der „Clausewitzischen Schützenhilfe für das Marketing“ ein Weltwirtschaftskrieg (Geoökonomie)<sup>83</sup> austragen wird.

---

80 Ebenda.

81 Ebenda.

82 Das Wort „global“ in dem Sinne, welcher heutzutage unser Weltbild prägt, stammt ursprünglich von McLuhan mit seinem Wort von dem „Globalen Dorf“. Brzezinski hat es nur umgedeutet und die „Globale Stadt“ kreiert.

83 Als Synonym für Weltwirtschaftskrieg hatte Edward Luttwak den Begriff Geoökonomie eingeführt. Vgl. Luttwak, Edward N.; Weltwirtschaftskrieg; Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag); 1994.



So sind die Kommunikationsmittel zwar ein Mittel zur Durchsetzung der politischen Macht, aber kein Ersatz für den Substanzverlust welcher in Folge der Deindustrialisierung durch Abbau von Produktionskapazitäten entsteht. Daher offenbart sich die Gesetzmäßigkeit der „Clausewitzischen Schützenhilfe für das Marketing“ in der Herausbildung der systemimmanenten ökonomischen Disparitäten im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem.

Unabhängig von der intellektuellen Debatte um eine technotronische Ära zeigen sich die quantitativen Aspekte der ruinösen Mutation von einer Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft vor allem in der wirtschaftlichen Situation der USA im Weltwirtschaftskontext.

Der Status der USA als größte Weltmacht, die laut Brezinski als erstes Land der Welt den Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft vollzogen haben soll, entspricht nicht ihrer wirtschaftlichen Realität. Statistisch gesehen erwirtschaften die Vereinigten Staaten rund ein Fünftel des jährlichen Welteinkommens, welches sich auf ein großes, rohstoffreiches und gut erschlossenes Territorium mit ca. 3,5 Mio. Quadratmeilen sowie einen großen Binnenmarkt von ca. 291 Mio. Personen gründet. Das gesamte Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA umfasste bspw. im Jahre 2003 rund 10.986 Mrd. US-Dollar. Der US-Dienstleistungssektor erwirtschaftet ca. 80 bis 85 % der US-Wirtschaftsleistung, davon etwa ein Drittel im Banken-, Versicherungs- und Immobiliengeschäft. Das verarbeitende Gewerbe trägt nur ca. 14 %, Forst- und Landwirtschaft sowie Bergbau jeweils knappe 3 % bei.<sup>84</sup> D.h. das Realprodukt der USA beschränkt sich auf ca. 23 % des BIP. Der Rest zirkuliert in den virtuellen Finanzwelten. Die Auswirkungen dieses überdimensionalen Wachstums des Dienstleistungs- im Gegensatz zur Abnahme des Realwirtschaftssektors vermehren zwangsläufig den Import von Konsumgütern, da diese nicht mehr im eigenen Land hergestellt werden.

Dementsprechend sind die USA weltgrößter Absatzmarkt für Importgüter. Bspw. stiegen die US-Exporte 2003 insgesamt (Waren und Dienstleistungen) gegenüber 2002 um 4,5 %, dies konnte die erhebliche Importsteigerung (+ 8,3 %) jedoch nicht kompensieren. Die Gesamtbilanz von Handel und Dienstleistungen wies 2003 ein Defizit von 489,4 Mrd. US-Dollar aus und erreichte damit einen neuen historischen Höchststand.<sup>85</sup>

---

<sup>84</sup> Vgl. US Government; Dept. of Commerce (DoC), Dept. of Labor; <http://www.commerce.gov/opa/>; 06.05.04. u. Autor unbekannt; Wachstumsverlangsamung im US-Dienstleistungssektor; in: Neue Zürcher Zeitung Online ; <http://www.nzz.ch/2004/07/07/wi/page-article9PQG8.html> ; 07. 07. 2004.

<sup>85</sup> Vgl. US Government; Dept. of Commerce (DoC), Dept. of Labor; <http://www.commerce.gov/opa/>; 06.05.04.

Im Vergleich hierzu produzierten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg in der Phase des Höhepunktes ihrer industriellen Entfaltung mehr als 65 % des gesamten Bruttonationalprodukts (BSP) der Welt. Faktisch war am Ende des Zweiten Weltkriegs die Überlegenheit der USA in jeder Hinsicht derart erdrückend, dass sie die wechselnden Vorteile aller früheren europäischen Mächte weit übertraf. Nicht ohne Stolz stellte Paul Kennedy fest: „Weil der Rest der Welt nach dem Krieg so erschöpft war oder sich immer noch im Zustand kolonialer Unterentwicklung befand, war die amerikanische Macht 1945 – in Ermangelung eines besseren Begriffs – künstlich so hoch wie beispielsweise die britische um 1815. Trotzdem waren die tatsächlichen Dimensionen ihrer Macht in absoluten Zahlen historisch beispiellos. ... In der Tat expandierte die Industrie in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1940 bis 1944 schneller – über 15 Prozent im Jahr – als je zuvor oder danach. ... Der Lebensstandard und die Produktivität pro Kopf waren höher als in allen anderen Ländern. Die Vereinigten Staaten waren das einzige Land unter den Großmächten, das durch den Krieg reicher – und tatsächlich viel reicher – wurde statt ärmer.“<sup>86</sup>

Obschon im Bereich der Produktion der Telekommunikationsmittel und Computer die USA weltweit führend sind, beträgt heute in der Folge der „technotronischen Orientierung“ der US-Wirtschaft das BIP der USA nur noch knapp 22 % des Weltbruttonationalprodukts – davon nur ca. 14 % im Industriesektor. Damit ist die amerikanische Volkswirtschaft gegenüber der EU mit 29,4 % nur noch an zweiter Stelle relevant. Diese Tatsache widerspiegelt sich vor allem im Anteil dieser beiden relevantesten Akteure am Welthandel. Während die EU mit einem Anteil von 20,6 % beteiligt sind und permanent positive Handelsbilanzen vorweisen, besetzt der Anteil der USA mit 15,6 % die zweite Stelle des Gesamtvolumens des Welthandels, geprägt von einer permanent wachsenden negativen Handels- und Leistungsbilanz.<sup>87</sup>

Obwohl sich nach Brzezinski die technotronische Ära gleichermaßen auf die Wirtschaften der EU-Länder und Japan auswirken sollte, zeigen die wirtschaftspolitischen Fakten, dass die EU und Japan neben dem Versuch der Transformation zur technotronischen Dienstleistungsgesellschaft noch immer sehr stark auf Industriegüterproduktion angewiesen sind.

Bspw. hat die deutsche Maschinenbauindustrie 2003 mit einem Welthandelsanteil von 19,3 % ihren Platz als Champion in der Liga der Maschinenbauexporteure erneut erfolgreich

---

<sup>86</sup> Kennedy, Paul; Aufstieg und Fall der großen Mächte; Frankfurt am Main (Fischer Verlag); 1994. S. 533-534.

<sup>87</sup> Vgl. Müller, Harald; Supermacht in der Sackgasse?; Frankfurt a. M. (Fischer Taschenbuch Verlag); 2003; S. 37.

behauptet. 2002 lag der deutsche Anteil bei 18,9 %. Deutschland hat Maschinen im Wert von 87,2 Mrd. Euro ausgeführt (2002: 87,5 Mrd. Euro). Italien erreicht mit einem Anteil von 9,8 % den vierten Platz, gefolgt von Frankreich mit 5,6 % und Großbritannien mit 5,1 %. So produzierten die wichtigsten EU-Staaten summa summarum ca. 40 % der weltweiten Maschinen.<sup>88</sup> Wird die Produktion der kleineren EU-Länder mit einbezogen, erhöht sich der Wert auf etwa 50 %.

Im gleichen Zeitraum konnte Japan ebenfalls seinen Welthandelsanteil in der Maschinenproduktion von 12,2 auf 12,7 % ausbauen und sich damit auf Platz zwei vorschieben.<sup>89</sup> Darauf basiert ist Japans Handelsbilanzüberschuss im März 2004 zum neunten Mal in Folge gestiegen. Er kletterte im Jahresvergleich um 17,8 % auf 1,13 Billionen Yen. Die Warenexporte stiegen um 13,3 % auf 5,44 Billionen Yen, die Importe zogen um 12,2 % auf 4,31 Billionen Yen an. Hauptursache des Überschusses ist nach wie vor die starke Nachfrage aus den USA.<sup>90</sup>

Hingegen ging der US-Welthandelsanteil von 14,8 auf 12,6 % zurück. Die US-Maschinenbauer liegen damit im internationalen Vergleich nur noch auf Platz drei. China liegt mit einem Welthandelsanteil von 3,6 % inzwischen auf Platz sieben der Rangliste.<sup>91</sup>

Das realwirtschaftliche Desaster und die dazugehörige Leistungsschwäche der US-Wirtschaft führte übrigens dazu, dass von 1991 bis 2001 die Importe der USA aus Deutschland um 217 % wuchsen, während die deutschen Gesamtexporte im gleichen Zeitraum nur um knapp 90 % stiegen.<sup>92</sup>

Wird dieser stringente Abbau der Wirtschaftskraft der USA in Relation mit ihrem Weltführungsanspruch gestellt, stellt sich die Frage, warum die Macht der Vereinigten Staaten nicht abnimmt und worauf sowohl die US- als auch die Weltwirtschaft zusteuern.

Die USA sind zwar gesamt betrachtet aus der Systemkonfrontation des Kalten Krieges als Sieger, aber bedingt durch den Abbau industrieller Kapazitäten und Kosten der Wettrüstung

---

88 Vgl. Autor unbekannt; Deutschland wieder Exportweltmeister im Maschinenbau; in: VDI Nachrichten; Nr. 32; 06.08.2004; S. 5.

89 Ebenda.

90 Vgl. Autor unbekannt; Japan: Höherer Handelsbilanz-Überschuss; in: FinanzNachrichten.de; <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2004-04/artikel-3301117.asp>; 21.04.2004.

91 Vgl. Autor unbekannt; Deutschland wieder Exportweltmeister im Maschinenbau; in: VDI Nachrichten; Nr. 32; 06.08.2004; S. 5.

92 Vgl. Stephan, Sabine; Handelsverflechtung mit den USA stark gestiegen; in: Wochenbericht des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW); Berlin; 10/03; <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/03-10-2.html>; 12.12.2003.

geschwächt aus dem Konflikt hervorgegangen.<sup>93</sup> Laut Elmar Altvater entfaltet sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion „die kapitalistische Dynamik weltweit, und zwar ohne Rücksicht auf die politische und militärische Gegenmacht und bei wohlwollender Vernachlässigung ideologischer Alternativen.“<sup>94</sup>

Unter diesen Umständen kann das internationale System nun nicht mehr durch eine Hegemonialmacht, deren Wirtschaftskraft abhanden gekommen ist, strukturiert werden. Bereits zu Zeiten des Ost-West-Konflikts wurden die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen der sich im Abstieg befindlichen Führungsmacht USA, der EU und der technologisch sowie monetär aufsteigenden Wirtschaftsmacht Japan subtil ausgetragen.<sup>95</sup>

Die momentanen protektionistischen Handelspraktiken der EU, USA und Japans setzen ebenfalls das Management der Weltwirtschaft schweren Belastungen aus. Eine multilaterale Regulierung der Weltwirtschaft, welche die von den USA einst hegemonial erbrachten Organisations- und Steuerungsleistungen übernimmt und die über ein kurzfristiges Krisenmanagement hinausreicht, ist gegenwärtig nicht in Sicht.

Außerdem zeigen die mit dem gesellschaftlichen Umbruch verbundenen politischen, ökonomischen und sozialen Verwerfungen, dass der Zerfall des Ordnungssystems des Kalten Krieges zuerst zu nationalistischen Konflikten, dann zu einem hegemonialen Konflikt zwischen den Großmächten und schließlich zu einem instabilen Mächtegleichgewicht geführt hat.<sup>96</sup>

Nach dem damaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger ist die Bipolarität der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg nur ein Zwischenspiel gewesen. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Schwäche, infolge der Transformation von der industriellen zur technontronischen Ära, werden die Vereinigten Staaten zukünftig – trotz Beanspruchung – keine Supermacht mehr sein. Eine Pentarchie mit den Vereinigten Staaten, Russland, EU, China und Japan wird an die Stelle der alten Weltordnung treten; denkbar wäre zudem, dass Indien ebenfalls in diesen Kreis einbezogen wird.<sup>97</sup>

---

93 Kennedy, Paul; Aufstieg und Fall der großen Mächte; Frankfurt am Main (Fischer Verlag); 1994.

94 Altvater, Elmar; Universalismus, Unipolarität, Polarisierung. Widersprüchliche Strukturprinzipien einer neuen Weltordnung, in: Prokla; Nr. 84; 1991; S. 346.

95 Bergsten, Fred C.; The World Economy after the Cold War, in: Foreign Affairs; Vol. 69; No. 3; 1990; S. 96-112.

96 Vgl. Snyder, Jack; Averting Anarchy in the New Europe, in: International Security, spring; 1990; S. 5-41.

97 Vgl. Kissinger, Henry; Die sechs Säulen der Weltordnung; Berlin (Siedler Verlag); 1992; S. 8.

Ob die Welt nun unter der Führung der USA als „einzige Weltmacht“ die Transformation zur postindustriellen Gesellschaft unbeschadet überwindet oder wie Kissinger es erwartet, vom historischen Gesetz „des steten Wandels und der Tendenz zur Wiederholung des Immergleichen“<sup>98</sup> unterwandert wird, soll im Folgenden untersucht werden. Dabei muss, in Anbetracht der Renaissance des militärischen Faktors in der internationalen Politik seit dem 11. September 2001, der sicherheits- und wirtschaftspolitische Hintergrund der Weltordnungsfrage Beachtung finden. Dies erfordert eine Auseinandersetzung mit den jüngsten Debatten um eine neue Weltordnung unter Berücksichtigung der Verschiebung der Realproduktion und der Transformation zum postindustriellen Zeitalter der Weltwirtschaft nach der vertrauten Ära der bipolaren Welt. Dabei soll die Logik des kapitalistischen Systems in einer Welt ohne ideologische Gegner, mit all den systemimmanenten Widersprüchen, einbezogen werden.

## **2.2. Von der Bipolarität zum Weltordnungskrieg im Reich des Chaos**

Dieses Ende der Bipolarität warf weltweit die Frage nach dem „was kommt danach?“ auf, welche der Schweizer Schriftsteller Adolf Mugsch im Vorwort zu Jean-Christophe Rufins Buch „Das Reich und die neuen Barbaren“ wie folgt beschreibt: „Der Weltgeist, am Ende seiner Dialektik, soll von den gelähmten Füßen wieder auf den Kopf zurückgestellt werden. Der Kalte Krieg ist vorbei, der Augenblick soll verweilen – weil er so schön ist? Oder weil jede Fortsetzung nur schrecklich sein kann?“<sup>99</sup> Rufin entwirft in seinem Buch den Stillstand als Leitbild einer Welt; einer Welt voller Hoffnungen und vieler Fragen nach dem Ende der bipolaren Welt und dem Verschwinden ihrer ideologischen Gegner. Offensichtlich entspricht Rufins Beschreibung einem tiefen Bedürfnis: Das Wirtschaftssystem soll weitergehen, aber die Geschichte muss stillstehen.

Mit einem recht kühnen Analogieschluss setzt Rufin die heutige Situation, in der sich die westliche Zivilisation unter der Führung der USA befindet, mit derjenigen des antiken Roms nach dem Untergang Karthagos gleich. Hier wie dort ging der äußere Gegner verloren, mit entsprechenden ideologischen Konsequenzen. Eine veränderte historische Situation braucht eine neue Legitimationsgrundlage. Im antiken Rom war es der Geschichtsschreiber Polybios, der für das imperiale Sendungsbewusstsein Roms den entsprechenden historischen Rahmen schuf.

---

98 Ebenda; S. 18.

99 Mugsch, Adolf; Uralte Mauern, ganz neu; in: Rufin, Jean-Christophe; Das Reich und die neuen Barbaren; Berlin (Verlag Volk & Welt); 1991; S. 6.

Rufin beschreibt diesen Vorgang folgendermaßen: „Als Polybios seine Geschichte schreibt, gestaltet er Roms Vergangenheit um, erschafft sie neu, gibt ihr in der Rückschau einen geradlinigen Verlauf. Er überzeugt die Römer davon, dass ihr Sieg kein Zufall ist: er ist das Prägema eines besonderen Schicksals. Rom hat von Anfang an den Auftrag, ein Werk des Friedens, der Gerechtigkeit und der Weisheit zu vollbringen. ... Die übrige Welt, alles, was außerhalb des Reiches ist, befindet sich in beklagenswerter Lage: jenen Barbaren gebricht es an Zivilisation. Rom hat die Pflicht, sie ihnen zu bringen oder aber sie zu bekämpfen, falls sie auf ihrem Archaismus beharren und es zu bedrohen suchen. Das beklemmende Bild eines Rom, das sich ganz allein einem Vakuum gegenüber sieht, ersetzt Polybios durch die begeisternde Idee einer imperialen Verantwortung, einer universellen Mission. Und damit erfindet er sich eine neue „Doppelmasse“: das Reich im Gegensatz zu den Barbaren. Wohl gemerkt, Polybios' Vision ist ein ideologisches Konstrukt, das zu der Zeit, als er es verkündet, in keiner Weise der realen Situation entspricht. Die Tugenden, die er Rom über die Jahrhunderte hinweg zuspricht, sind ebenjene, die es gerade im Kontakt mit der griechischen Welt (das Jahr der Zerstörung Karthagos ist auch das der Brandschatzung von Korinth) mühselig erwirbt. Und was die Barbaren angeht, so ist ihre Zivilisation häufig weit fortgeschritten, und ihre Wirren sind die Folge der römischen Eroberung. ... Und jetzt vollzieht sich eine neuerliche polybische Revolution. Der Nord-Süd-Gegensatz erweckt diese Ideologie der Ungleichheit, der Asymmetrie zu neuem Leben. Kein Zweifel, dass zur Bannung der vom sowjetischen Rückzug hervorgerufenen Angstgefühle dem Süden nunmehr die Rolle der neuen Barbaren zufällt, welche einem Norden gegenüberstehen, der als wiedervereinigt, als imperial, als Wahrer der universellen Werte der freiheitlichen und demokratischen Zivilisation vorausgesetzt wird.“<sup>100</sup>

Mehr als ein Jahrhundert vor Christus erobert Rom Karthago. Etwa 2000 Jahre später bricht die UdSSR zusammen. Zwei beliebig austauschbare Daten in der Bahn der Geschichte? Beide Male bleiben die Sieger allein triumphierend zurück, aber auch ohne den Gegner, auf den sich alles bezogen hatte. Im bipolaren System schien die Welt geordnet, in der nachbipolaren, offenen Welt dagegen lebt es sich anscheinend unsicher.

Rufin zufolge fanden die Römer rasch eine neue Ideologie für ihre neue Ordnung, die in der Formel kumulierte: „Wir sind wir“. Also Selbstbestimmung durch Ausgrenzung derer, die

---

100 Rufin, Jean-Christophe; Das Reich und die neuen Barbaren; Berlin (Verlag Volk & Welt); 1991; S.19 f.

irgendwo aus den nordischen Wäldern oder asiatischen Steppen heranbrandeten. Wissen musste man von ihnen nur, dass sie anders waren und gesichtslos, eben Barbaren.<sup>101</sup>

Nun grassiert bei den Nordamerikanern und Europäern die Angst vor den neuen Barbaren, in der bipolaren Welt-Ordnung als „Dritte Welt“ definiert. Nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung, wo es nicht mehr um Einflussphären des Ostens oder Westens geht, sondern um Verbündete, so unsicher sie auch immer sein mögen, wird der Süden zu einer Masse stilisiert, bedrohlich, wohlstandsgefährdend, eben barbarisch.

Der Westen steht bei der Frage, ob er Frieden mit den „Barbaren“ schließen oder Krieg gegen sie führen, mit anderen Worten, ob er weiterhin eine Ansammlung konventioneller Republiken bleiben oder sich in eine Karikatur des römischen oder napoleonischen Imperiums verwandeln soll, vor einer schwierigen Entscheidung.

Erneut scheint gleichwohl eine Abgrenzung notwendig zu sein. Eine Grenze gegen die neuen Barbaren muss her, wie die Römer sie mit ihrem „Limes“<sup>102</sup> geschaffen hatten. Als erste befestigte Mauer markiert die Grenze zwischen den USA und Mexiko die symbolische Trennlinie zwischen Arm und Reich sowie Nord und Süd.<sup>103</sup> Die Frage ist aber, ob hier eine symbolische Brücke oder eine symbolische Mauer Not tut.

Dem ungeachtet wird schon seit einigen Jahren die islamische Welt in den amerikanischen und europäischen Medien zunehmend dämonisiert.<sup>104</sup> Der Nahe Osten, Zentralafrika, Nordafrika, der Balkan, Mittelasien, der Kaukasus, Afghanistan und die Golfregion sind zum Schauplatz andauernder militärischer Auseinandersetzungen und von Sezessionskriegen verschiedenster politischer und religiöser Gruppierungen geworden. Dabei geht es vor allem um künftige Grenzziehungen.

---

101 Vgl. Ebenda. S. 21-27.

102 Der Limes ist die ideologische bzw. geographische Grenze zwischen dem, was das Reich als zu sich gehörig anerkannt, und dem, was es als fremd ablehnt bzw. nicht erobern konnte. Im Jahre 83 hatte der römische Kaiser Domitian, der nach mehreren großen Kriegen germanische Stämme –die Barbaren– vertrieben und das Gebiet zwischen Rhein und Donau erobert. Die Nordgrenze des römischen Reichs verlief so an der Nordseeküste entlang, den Niederrhein aufwärts, dann über den Westerwald und den Taunuskamm zum Main, dem sie ein Stück folgte. Von dort führte sie weiter über den Odenwald zum Neckar und dann zur Donau. Um das Römische Reich vor Angriffen der freien germanischen Stämme zu schützen, begann es im Jahre 84 entlang dieser Grenze mit dem Bau des Limes (lat: Grenzweg). Dieser stellte eine lang gestreckte Befestigungsanlage dar, die nach Art der Chinesischen Mauer die römischen Provinzen Germania Superior (Obergermanien, Hauptstadt Mainz) und Germania Inferior (Untergermanien, Hauptort Köln) gegen Germania magna (Großgermanien), das freie Germanenland oberhalb der Donau, abschloss. Anfangs war der Limes nur ein durch Wachtürme gesicherter, 548 km langer Grenzgraben. Später, unter den Kaisern Trajan (98—117) und Hadrian (117—138), wurde er erweitert und bestand aus Gräben und Wällen, zum Teil sogar aus Steinwällen sowie 1000 Wachtürmen und 100 hinter der Grenze liegenden Kastellen. Brockhaus 2001.

103 Vgl. Geinitz, Christian; Im Korridor des Todes; in: FAZ; Nr. 232; 07.10.2002; S.3 u. Porten, Edward; Sie können nicht mehr zurück; in: Der Tageszeitung; Nr. 18268; 13.10.2003; S. 18.

104 Vgl. Gore, Vidal; Perpetual War for Perpetual Peace; New York (Nations Books); 2002.

An der Südflanke der ehemaligen Sowjetunion soll die islamische Welt abgeblockt werden. In den Ländern des „Greater Middle East“ und in Afrika führen die westlichen Regierungen zur Zeit Kriege unter Bezeichnungen wie „Enduring Freedom“, „Iraqi Freedom“ und „Operation Artemis“, die angeblich zur Verteidigung „westlicher Werte“ – wie der Menschenrechte und Demokratie – und deren Durchsetzung in bisher nicht demokratisch regierten Staaten dienen sollen. Mit anderen Worten führt man „ewigen Krieg für ewigen Frieden“.<sup>105</sup>

Diese Kriege im Namen des Friedens werden damit gerechtfertigt, dass nach der gewaltsamen Durchsetzung westlicher Werte etwa in Afghanistan, im Irak und im Kongo künftig kein Krieg mit diesen Staaten mehr denkbar sei. Außerdem wird diese Politik von einem starken missionarischen Sendungsbewusstsein getragen, indem die interessenbedingte Expansion zusätzlich durch humanitäre Motive legitimiert wird, wie es in der Geschichte des europäischen und amerikanischen Imperialismus immer der Fall gewesen ist.<sup>106</sup>

Rufin sieht in diesem Entwicklungsprozess das „Imperium“ entstehen. Es wird eine neue Befestigungsanlage, einen Damm gegen jegliche Veränderung bauen, es wird das Ungleichgewicht auf diesem Planeten stabilisieren und zugleich sein Wohlstandsgefälle beibehalten. Mit dieser Prognose setzt Rufin dem historischen Optimismus ein Ende, der von Fukuyama und Al Gore für die Epoche nach dem bipolaren Weltsystem eingeläutet wurde.

Al Gores viel diskutierter „Marshallplan“ für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Weltwirtschaft und der Dritten Welt unter Führung der USA fand keine Zustimmung<sup>107</sup> und das Ende des Kalten Krieges<sup>108</sup> brachte nicht, wie gehofft, den „ewigen Frieden“. Der politische Umbruch in Osteuropa und das Scheitern des Kommunismus als tragfähige politische Staatsform führte nicht, wie Francis Fukuyama erwartet hatte, zu einem „Ende der ideologischen Evolution der Menschheit“ und der „endgültigen menschlichen

---

105 Vgl. Gore, Vidal; *Perpetual War for Perpetual Peace*; New York (Nations Books); 2002 u. Peters, Ralf; *Hitler war wenigstens ehrlich*; in: FAZ; 15.05.03; S. 18 u. Autor unbekannt; *Französische Soldaten unter Beschuss*; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,druck-252982,00.html>; 14.06.2003.

106 Vgl. Adams, Willi Paul; *Die Kolonialzeit*; in: Adams, Willi Paul; Lösche, Peter (Hrsg.); *Länderbericht USA*; Frankfurt a. M. (Campus Verlag); 1998; S.98.

107 Vgl. Gore, Al; *Earth in the Balance*; New York (Hughton Mifflin Company); 1992.

108 Krieg ist, um mit dem preußischen Militärtheoretiker von Clausewitz zu sprechen, „ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen“. Er dient dazu, den Gegner niederzuwerfen und dadurch zu jedem Widerstand unfähig zu machen. So kann die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten oder Staatengruppen als ein erweiterter Zweikampf aufgefasst werden. „Der Krieg ist nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.“ Clausewitz; Carl von; *Vom Kriege*; Augsburg (Weltbild Verlag); 1998; S.34. In Erweiterung dieses Gedankens könnte man dann sagen: Wenn der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dann ist auch der Frieden nur die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln.



Regierungsform“, d.h. der weltweiten Durchsetzung der liberalen Demokratie und Menschenrechte, die demnach das „Ende der Geschichte ist.“<sup>109</sup>

Sondern die Welt ist, wie Henry Kissinger es ihr angesichts der kriegerischen Tatsachen bescheinigt, zum altbekannten „Spiel der Kräfte und Interessen“ zurückgekehrt. So hat „die Geschichte nicht aufgehört“, sondern „sie tritt wieder in jenes geregelte Chaos ein, das ihr Gesetz ist“, und an dessen Ende das Gleichgewicht der Kräfte steht.<sup>110</sup> Dieses „Gleichgewicht der Kräfte“ wurde in der europäischen Neuzeit von Metternich bis Bismarck praktiziert, wobei aber die Anwendung von Gewalt nur zeitweilig gebannt werden konnte, um danach das Gleichgewicht mit umso größerer Gewalt zusammenbrechen zu lassen. Mit anderen Worten – eine multipolare Welt.<sup>111</sup> Insofern war nach der bipolaren Ära keine weltweite Harmonie, die in den „ewigen Frieden“ mündet, zu erwarten.<sup>112</sup>

Diese multipolare Welt Henry Kissingers ist von äußerstem Pragmatismus geleitet und weist nur einen geringen strukturellen Zusammenhalt auf. „Sie ist von außerordentlicher Komplexität und von zahlreichen inneren Widersprüchen gekennzeichnet. Verfeindete Fraktionen bekämpfen sich intern. Ein verbissenes Konkurrenzdenken durchzieht das ganze System. Untereinander liefern sich die Akteure homerische Schlachten.“<sup>113</sup>

### **2.3. Die Krise der neuen Weltordnung oder das neue geregelte Chaos?**

Rückblickend stellt man immerhin fest, dass die Bipolarität, die vor dem sowjetischen Zusammenbruch unsere Welt kennzeichnete, asymmetrisch blieb, weil die UdSSR nur in militärischer Hinsicht eine Supermacht war, aber auf der ökonomischen Ebene nicht mit den USA konkurrieren konnte. Daher gab es nie eine weltweite Symmetrie zwischen den Aktionen der beiden Supermächte und deren Auswirkungen.

Angesichts der begrenzten ökonomischen Tragweite der UdSSR in der bipolaren Ära betrieben die USA sowie nach ihnen Europa und Japan eine weltweite subtile Interessenspolitik mit den bekannten Methoden und dem eindeutigen Ziel, die Beherrschung der Peripherien zu sichern (den Zugang zu den Rohstoffen, den Märkten, den Militärbasen usw.). Diese Strategie diente den USA dazu, ihre Hegemonie zu errichten. Später, als ihr

---

109 Vgl. Fukuyama, Francis; Das Ende der Geschichte; München (Kindler Verlag); 1992; S.11.

110 Vgl. Kissinger, Henry A.; Die sechs Säulen der Weltordnung; Berlin (Siedler Verlag); 1992; S.7.

111 Vgl. Kissinger, Henry A.; Das Gleichgewicht der Großmächte; Zürich (Manesse Verlag); 1986 u. Kissinger, Henry A.; Die Vernunft der Nationen; Berlin (btb Taschenbuchausgabe; Goldmann Verlag); 1996.

112 Vgl. Kissinger, Henry A.; Die sechs Säulen der Weltordnung; Berlin (Siedler Verlag); 1992; S.7-8.

113 Vgl. Ziegler, Jean; Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher; München (Bertelsmann Verlag); 2003; S.15.

Vorsprung gegenüber ihren Alliierten auf ökonomischer Ebene abbröckelte, benutzten sie sie, um diese nachlassende Hegemonie zu erhalten.

Das Ende des Kalten Krieges stellte für die USA eine noch weitaus größere Versuchung dar, die internationale Landschaft nach eigenen Vorstellungen neu zu gestalten. Da sie aus dem Kalten Krieg als Gewinner hervorgegangen waren, strebten sie folglich die Durchsetzung ihrer Interessen in einer Welt an, die nur von ihnen beherrscht werden sollte. Diese Welt war auf der einen Seite von der Nord-Süd-Problematik gekennzeichnet und auf der anderen Seite von den unterschiedlichen Interessen der Triade EU - Japan - USA.

Dementsprechend sprachen zahlreiche US-Politiker in Bezug auf das von Kissinger erwähnte, befürchtete „geregelt Chaos“ von der Gestaltung oder dem Beginn einer „neuen Weltordnung“ unter Führung der USA. Im Prinzip lief es wieder darauf hinaus, die Welt neu zu interpretieren. In einer Grundsatzrede, die Präsident Bush am 11. September 1990 vor dem Kongress hielt, um die amerikanische Reaktion auf den irakischen Einmarsch in Kuwait zu rechtfertigen, führte er unter anderem aus: „A new partnership of nations has begun. ... A new world order ... stronger in the pursuit of justice and more secure in the quest of peace. ... A hundred generations have searched for this exclusive path of peace ... where the rule of law supplants the rule of the jungle. A world in which nations recognize the shared responsibility ... and the strong respect for the rights of the weak.“<sup>114</sup>

Damit erklärte er die Jaltaer Vereinbarungen für beendet und proklamierte die „neue Weltordnung“. Dieser zunächst eher formale Umriss der „New World Order“ wurde später ergänzt. Samuel P. Huntington hatte 1991, anknüpfend an die Tradition der geopolitischen Schule Halford Mackinders, drei wesentliche Ziele für die amerikanische „neue Weltordnung“ bzw. den Unilateralismus formuliert. Die USA müssten demnach nicht nur die erste Weltmacht bleiben, sondern auch verhindern, dass sich andere Weltmächte in Europa und Asien (Eurasien) herausbilden. Die USA müssten in Europa und Asien präsent bleiben. Sie müssten in der Lage sein, weltweit ihre Interessen durchzusetzen.<sup>115</sup>

Dem Mitherausgeber der Zeitschrift „The National Interest“, James Kurth zufolge, sollten die USA – basierend auf den oben erwähnten geopolitischen Konfigurationen – im Rahmen ihrer Interessenpolitik versuchen, die Überbleibsel der zerfallenen Sowjetunion in die Peripherie der „First World“ zu integrieren. Diese „Reconstruction“ sei der Weg zu einer „New Order“

---

114 Halford, John; The New World Order; in: The Plain Truth; Nr. 3/1991.S.20-21.

115 Vgl. Huntington, Samuel P.; America's changing strategic interests; in: Survival, Nr.1; Jan. Feb. 1991; S.3-17.

mit voraussichtlich solideren politischen Strukturen. Gelänge dieses nicht, werde die Phase des Ordnungszwischenspiels rasch vorbeigehen und die nun vorhandenen ordnungsfeindlichen Kräfte würden die Oberhand gewinnen. Neue geopolitische Zentren, neue Strategien, neue nationale, politische, regionale, religiöse, ökologische und ökonomische Antagonismen würden, wie auch Kissinger meinte, für die blutige „Rückkehr der Geschichte“ und das „geregelte Chaos“ sorgen.<sup>116</sup>

Das, was sich James Kurth auf wahrscheinlichkeitstheoretischer Prämisse erhofft, steht und fällt mit der vermeintlichen Integrationsfähigkeit des globalisierten Modells des kapitalistischen Systems. Andere Analytiker wie William Pfaff und Benjamin Barber bezweifeln zu Recht die wirtschaftliche Integrationsfähigkeit dieses Systems unter der Führung der USA und stellen im Gegensatz dazu einen wachsenden Regionalismus und Nationalismus fest, der sich gegen die große Ordnung und ihre politischen und wirtschaftlichen Ausprägungen richtet. Die Gründe dafür sind die Angst vor Überfremdung, Identitätsverlust, dem Verlust der Mitgestaltungsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen und die Frustration angesichts fremder, undurchschaubarer Bürokratien, etc.<sup>117</sup>

Den Zweifel an der Integrität der kommenden Ordnung, die er Mundialisierung nennt, teilt auch Samir Amin. Seiner Ansicht nach sind die meisten Länder des Südens und auch des Ostens kaum dazu in der Lage, das soziale Überleben der Menschen sicherzustellen, geschweige denn am wachsenden Reichtum der westlichen Welt zu partizipieren. Weltweite Migrationsbewegungen und der wachsende Fundamentalismus sind die Folge dieser neuen Ordnung. Amins Meinung nach investieren die entwickelten Länder der Ersten Welt ihre Überschüsse in die Finanzspekulation anstatt in die Lösung der weltweiten Probleme. Anstelle blühender Marktwirtschaften droht allerorten ein Reich des Chaos.<sup>118</sup>

In diesem Reich führen die wirtschaftlichen Diskrepanzen zwischen Nord und Süd zur Vermehrung regionaler Konflikte; sogar die militärischen Konflikte zwischen der Ersten Welt und der Dritten Welt nehmen zu. Samir Amin betrachtet die Einmischung des Nordens in die Angelegenheiten des Südens in jeder Hinsicht als negativ. Seiner Meinung nach werden die westlichen Armeen den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nie Frieden, Wohlstand

---

116 Vgl. Kurth, James; Things to come. The Shape of the New World Order, in: The National Interest, Summer 1991, S. 3-12.

117 Vgl. Pfaff, William; Die Gefühle der Barbaren; Zum Ende des amerikanischen Jahrhunderts; Frankfurt a. M. (Eichborn Verlag); 1989 u. Barber, Benjamin A.; Jihad Vs. McWorld, in: The Atlantic Monthly; March 1992. S. 53-65.

118 Vgl. Amin, Samir; Das Reich des Chaos; Hamburg (VSA-Verlag); 1992.

oder Demokratie usw. bringen, sondern wie schon seit fünf Jahrhunderten nur Knechtschaft, Ausbeutung von Arbeitskraft und Reichtümern sowie die Verweigerung ihrer Freiheitsrechte.<sup>119</sup>

Mit Amins Worten: „Diese Ordnung, die sich für die mittelfristige Zukunft abzeichnet, gebe ich die Bezeichnung: ‚Das Reich des Chaos‘. Es handelt sich in der Tat nicht um die Konstruktion einer neuen Weltordnung, die etwas weniger schlecht wäre als diejenige, die wir verlassen (die Nachfolge des Zweiten Weltkrieges), sondern um eine Art militärischer Begleit-Weltordnung der Ordnung des entfesselten neoliberalen Kapitalismus. Die amerikanischen Experten haben hierfür schon eine Theorie des Managements schwächerer Konflikte produziert. Ich weiß nicht, ob der Golfkrieg nicht demonstriert, dass die Nord-Süd-Konflikte, die in dieser Konzeption der Weltordnung angelegt sind, nicht schon die ‚Schwelle‘ der in Rechnung gestellten Heftigkeit überschritten haben. Ich befürchte sehr, dass die mittelfristige Zukunft nur das eine demonstrieren wird: Der real existierende Kapitalismus ist wirklich die Barbarei, und sein neuer neoliberaler Aufputz ist nichts weiter als die Barbarei ohne Grenzen.“<sup>120</sup>

Amin macht deutlich, dass „der neoliberale Aufputz“ des modernen Kapitalismus nach einer Phase der Unterordnung unter soziale Kompromisse die Rückkehr zu seiner eigentlichen Utopie verfolgt, das heißt, die Unterwerfung des gesellschaftlichen Lebens unter die ausschließliche Logik des Marktes und der unverhüllten Globalisierung. Alle Regionen der Erde sind diesem Grundprinzip ausgesetzt, allerdings unter extrem unterschiedlichen Bedingungen.<sup>121</sup>

Amin legt den Schwerpunkt auf diese unterschiedlichen Herausforderungen. Seiner Meinung nach lassen die bislang noch unangemessenen Antworten der Politik auf den Wiederaufbau der Länder des Ostens sowie die aktive Integration der Peripherien in das Weltsystem eine komplizierte Situation entstehen. Entscheidend ist, ob es möglich sein wird, dieser Sackgasse zu entkommen und neue Gesellschaftsprojekte zu entwickeln, in denen die verstärkte Globalisierung der Moderne mit einem neuen Anspruch auf die Befreiung und den Fortschritt der Menschheit verbunden werden kann.

---

119 Vgl. Amin, Samir; Das Reich des Chaos; Hamburg (VSA-Verlag); 1992; S. 9-128.

120 Vgl. Amin, Samir; Das Reich des Chaos; Hamburg (VSA-Verlag); 1992 S. 125.

121 Vgl. Amin, Samir; Die Zukunft des Weltsystems; Herausforderung der Globalisierung; Hamburg (VSA-Verlag); 1996.

Im Hinblick darauf hat Ulrich Menzel schon resigniert und führt dazu aus, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der großen Theorien nur noch „Erzählungen“ über „bunte Mosaiksteine einer aus den Fugen geratenen Welt, die sich zu keinem einheitlichen Bild mehr zusammenfügen lassen“ möglich seien.<sup>122</sup> Er „erzählt“ dann im Folgenden zwei gegenläufige Megatrends: a) die Globalisierung und Enträumlichung, b) die Fragmentierung und Abschottung gegen Einflüsse von außen.<sup>123</sup>

Im Prinzip sei es bis zu Beginn der 90er Jahre um das Management des Status Quo in einer bipolaren Welt gegangen. Heute, da die geistig-politische Alternative – die Ideologie – fehle, handele es sich lediglich um die Beherrschung des Wandels auf einer dynamisch sich verändernden „multipolaren“, manchmal geradezu desorganisierten Welt.<sup>124</sup> Diese Tatsache stelle die Politikwissenschaftler vor die Frage der Transformation der Weltpolitik und deren neuen Architektur im Globalisierungsprozess des Handels, des Finanzsystems und der Produktion sowie der neuen Tendenzen zur supranationalen „Regionalisierung“ im europäischen, nordamerikanischen und asiatischen Wirtschaftsraum.<sup>125</sup>

Nach Menzel sind es drei wesentliche Prozesse, die anzeigen, dass um 1990 eine neue Ära begann: die Transformation der nationalstaatlich verfassten Industriegesellschaften in globalisierte Dienstleistungsgesellschaften, die neue Weltwirtschaftsregion Ost- und Südostasien und der Zerfall der alten kolonialen und postkolonialen Reiche wie der Sowjetunion und Jugoslawiens, verbunden mit einem neuen Selbstbewusstsein der bisher gedemütigten Kulturregionen. Insofern werde die gegenwärtige Entwicklung durch die Dialektik von „McWorld“ und „Jihad“, von „One world“ und „millions of places“, von Globalisierung und Fragmentierung geprägt.<sup>126</sup>

In diesem Sinne vertritt Tilman Altenburg die These, dass in einer Welt, in der die Ökonomie globalisiert wird, sich die wirtschaftspolitische Autonomie eines Landes oder gar einer Region immer mehr verringert, also dass globale Verflechtungen nicht zu einer globalen Homogenisierung führen. Die Entwicklungsländer werden im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung weiter marginalisiert. Zwar ist ihre generelle Abkopplung nicht zu befürchten,

---

122 Vgl. Menzel, Ulrich: Kulturen und Strukturen im Internationalen System - oder: Bilden sich neue Feindbilder heraus? In: Jörg Calliess (Hg.): Der Konflikt der Kulturen und der Friede in der Welt oder: Wie können wir in einer pluralistischen Welt zusammenleben? Rehburg-Loccum (Ev. Akademie Loccum); 1995; S. 140.

123 Ebenda; S. 139-156.

124 Vgl. Kissinger, Henry; Die sechs Säulen der Weltordnung; Berlin (Siedler Verlag); 1992; S. 7.

125 Vgl. Nuhn, Helmut; Globalisierung und Regionalisierung im Weltwirtschaftsraum; in: Geographische Rundschau. Nr. 49; 1997; S. 136-143.

126 Vgl. Menzel, Ulrich; Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1998.

weil die Produktionsverlagerungen in Billig-Lohnländer anhalten werden, aber die Dominanz der transnationalen Unternehmen aus den Industrieländern und das wissenschaftlich-technische Gefälle werden fort dauern und so die Nord-Süd-Differenzen vertiefen.<sup>127</sup> Ausgehend vom Nachhaltigkeitsgebot registrieren auch Hans-Georg Bohle und Elvira Graner in ihrem Beitrag zur Globalisierung, dass durch den umfassenden Transfer von Sachkapital, Humankapital und Naturvermögen von Süden nach Norden das Entwicklungsgefälle unüberwindbar erscheint.<sup>128</sup>

Menzel betrachtet als dynamische Folge dieser Prozesse sowohl die Kontinuität der Nord-Süd-Probleme als auch die Konflikte zwischen den USA, der EU und Japan. Diese ziehen einerseits eine Renaissance der Geopolitik, Geoökonomie und Geokultur nach sich und andererseits die Ethnisierung der internationalen Beziehungen, die Virtualisierung der Ökonomie, den Souveränitätsverlust der Nationalstaaten und den Strukturwandel der Weltwirtschaft, was dann wiederum Folgen für Machtverhältnisse, Entwicklung und Frieden nach sich zieht und die „neue Weltordnung“ nach dem „bipolaren System“ gestaltet.<sup>129</sup>

Zusammengefasst bedeutet dies, dass „Globalität“ d.h. die Auffassung, dass wir längst in einer Weltgesellschaft leben ebenso wie die Vorstellung geschlossener Räume eine Fiktion ist. Betrachtet man die „Globalisierung“ als Prozess, in dessen Folge die Nationalstaaten und ihre Souveränität durch transnationale Akteure, unterlaufen werden,<sup>130</sup> entwickeln sich die Länder nicht nach einem starren Schema. Vielmehr prallt die Dynamik der Globalisierung mit voller Wucht in vielen Weltregionen auf vorindustrielle oder unterentwickelte Strukturen. Andererseits verlieren Länder, die schon durch den Modernisierungsprozess gegangen sind, den Anschluss. Die Folge solcher Entwicklungen ist der Zusammenbruch staatlicher und ziviler Ordnung – failing states – in vielen Teilen der Welt. Das zwingt westliche Staaten, allen voran die USA, als einzig verbliebener Weltmacht, weltweit als stabilisierende Ordnungs- bzw. Interventionsmacht aufzutreten.

---

127 Vgl. Altenburg, Tilman ; Entwicklungsländer im Schatten der Triade? Implikationen des postfordistischen Strukturwandels in der Industrie; in: Zeitschrift für Wirtschaftsgeografie. 1996; Nr. 40, S. 59-70.

128 Vgl. Bohle, Hans-Georg und Elvira Graner; Arme Länder - reiche Länder. Neue Untersuchungen über Nachhaltigkeit und den Reichtum der Nationen; in: Geographische Rundschau; Nr. 49; 1997; S. 735-742.

129 Vgl. Menzel, Ulrich; Globalisierung versus Fragmentierung; Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1998;. Johnston, R. J., Peter J. Taylor und Michael J. Watts (Hg.): Geographies of global change. Remapping the world in the late twentieth century; Oxford (Blackwell Verlag); 1995 u. Beck, Ulrich; Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung; Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1997.

130 Vgl. Beck, Ulrich; Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung; Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1997.

## **2.4. Die Vorstellung einer zweckgerichteten Weltordnung in der Tradition von Hobbes**

Nach dem 11. September war klar, dass sich die Auswirkungen globalen Zerfalls nicht mehr aus der westlichen Welt selbst heraushalten lassen und nach einer universellen Lösung rufen. Die Dauerkrise um den Irak zeigt jedoch, dass die USA und ihre Opponenten es nicht vermochten, sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen. Während die Vereinigten Staaten die so genannten „Schurkenstaaten“ im Visier haben und einen zweiten Anlauf zu einer „neuen Weltordnung“ starten, beharren ihre Gegner, allen voran die Europäer, auf der Tradition des Völkerrechts und der Stabilitätspolitik.

Obwohl in der Legitimationspolitik immer häufiger von Völkerrecht, Menschenrechten und gemeinsamen Werten die Rede ist, stellt der Frankfurter Soziologe Karl Otto Hondrich fest, dass „nicht Rechts-, sondern Gewaltordnung“ die Basis der politischen Beziehungen der USA mit der Weltgemeinschaft ist: „Eine Rechtsordnung, die Gewalt an Regeln bindet, setzt hegemoniale Gewaltordnung voraus“.<sup>131</sup>

Diese hegemoniale Gewaltordnung der US-Politik zeigt am Beispiel des Irak-Krieges zum einen die Probleme der amerikanischen Außenpolitik in einer schwierigen Übergangsphase der Weltpolitik, zum anderen die konzeptionellen Schwierigkeiten ihrer Gegner bei der Bewältigung internationaler Konflikte in einer heterogenen Welt. Während die USA völkerrechtlich bindende Verträge nur beachten, solange sie ihren Interessen dienen, beharren die Europäer auf Beschlüssen des Sicherheitsrates der UN und der Charta der Vereinten Nationen.<sup>132</sup>

Wie auch immer die politischen Ziele der USA von den Politikern beschrieben werden – sei es als Krieg gegen den Terrorismus, als Feldzug gegen Despoten, als präventive Warnung an die Vertreter der „Achse des Bösen“ oder als notwendige Aktion für die Durchsetzung der Ideale des demokratischen Universalismus – es ist eine Tatsache, dass die USA seit dem Ende der Supermachtrivalität mit unterschiedlichen Strategien und einer breiten Palette von Instrumenten, die von der Wirtschaft über die Medien bis zur Diplomatie und Militärmacht reichen, an der Konsolidierung einer imperialen Pax-Americana arbeiten.

---

131 Hondrich, Karl Otto; Die ordnende Gewalt; in: Der Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,252950,00.html>; 16.06.2003.

132 Vgl. Schmidt, Helmut; Europa braucht keinen Vormund; in: Die Zeit Nr. 32; 1.08.2002, S. 3.

Untersucht man die Philosophie und das Denken hinter dieser imperialen Doktrin, die insbesondere unter der Regierung Bush praktiziert wird, so stößt man auf zwei wesentliche Strömungen. Zum einen gibt es eine religiös-fundamentalistische Denkrichtung, die die Welt unreflektiert in Gut und Böse unterteilt und an einer fast schon göttlichen Mission der USA für die Beherrschung der Welt festhält.<sup>133</sup> Diese Art der Befreiungstheologie zeigt sich in den Reden von Präsident George W. Bush und seines Justizministers, John Ashcroft.<sup>134</sup> Die andere ist die neokonservativ-intellektuelle Denkschule, in der die Theorie einer unilateralen imperialen Weltordnung entwickelt wurde.

Schon bei einem flüchtigen Blick auf die seit Anfang der 90er Jahre erschienenen Schriften einiger imperial gesinnter amerikanischer Intelligenzija, darunter z.B. Francis Fukuyama, Robert Kagan, William Kristol, Richard Perle, Charles Krauthammer, Zbigniew Brzezinski, Edward Luttwak, Samuel Huntington oder Paul Wolfowitz, stößt man auf begeisterte Fürsprecher des amerikanischen Unilateralismus, die den Einsatz eines rücksichtslosen Machtgebrauchs für die Durchsetzung der US-Interessen empfehlen.

So erklärt z.B. Francis Fukuyama in seinem Buch „Das Ende der Geschichte“, dass mit der liberalen Demokratie, die 1989 in Osteuropa einen triumphalen Sieg über die autoritären Regime des Kommunismus davon getragen habe, das Ende der Geschichte gekommen sei. Nominell versteht sich Fukuyama als Verteidiger der „liberalen Demokratie“. In Wirklichkeit meint er jedoch nichts anderes als den Beginn einer Epoche, in der das Recht des Stärkeren von der unipolaren Weltmacht USA für die Durchsetzung der „liberalen Demokratie“ zur internationalen Rechtsnorm erhoben wird, und in der die Idee des permanenten, sich periodisch entladenden Krieges als notwendige Katharsis einer gelenkten demokratischen Gesellschaft angesehen wird.

---

133 Funke, Hajo; *Der amerikanische Weg*; Berlin (Hans Schiler Verlag); 2003.

134 Der amerikanische Imperialismus war ebenso wie der europäische Imperialismus von einem starken missionarischen Sendungsbewusstsein erfüllt. Die Politik der territorialen und wirtschaftlichen Expansion wurde durch religiöse und humanitäre Motive zusätzlich legitimiert. Zum populären Apostel dieses imperialistischen Missionsgedankens in den USA wurde der protestantische Pfarrer Josiah Strong, dessen Buch *Our Country: Its Possible Future and Its Present Crisis* (1885) zum ideologischen Fundament des amerikanischen Imperialismus wurde. Strong war vom Sozialdarwinismus und der Überlegenheit der angelsächsischen Rasse überzeugt und hielt es für die Pflicht der Amerikaner, ihre imperialistische Mission zu erfüllen und dadurch den Völkern in anderen Ländern den richtigen Weg zu weisen. Durch diese imperialistische Variante des Manifest Destiny breitete sich bis zur Jahrhundertwende in der Öffentlichkeit die Überzeugung aus, dass die imperialistische Außenpolitik der amerikanischen Regierung vorbestimmt sei und lediglich fremde Völker vom Joch der Tyrannei befreie, denen außerdem die Vorteile der amerikanischen Demokratie zuteil würden. Vgl. Adams, Willi Paul; *Die Kolonialzeit*; in: Adams, Willi Paul; Lösche, Peter (Hrsg.); *Länderbericht USA*; Frankfurt a. M. (Campus Verlag); 1998; S. 98.



Fukuyama, der Nietzsche und Hegel nahe steht, sieht – vom Hobbesschen Menschenbild des „Krieges aller gegen alle“ ausgehend – im „Thymos“ (Wut) die entscheidende Triebfeder des gesellschaftlichen Handelns. Dieses sei als Sucht des Menschen nach Anerkennung in einer Welt zu verstehen, in der der Mensch seine Selbstverwirklichung in einer permanenten Konkurrenz und schließlich in der erworbenen Überlegenheit erfahre.<sup>135</sup>

Hegel, so argumentiert Fukuyama, glaubte zu Recht, dass ohne die Möglichkeit des Krieges die Gesellschaft in einen selbstsüchtigen Hedonismus entartete. Eine liberale Demokratie dagegen, die in jeder Generation einen kurzen Krieg entfacht, sei wesentlich gesünder als ein ewiger Friede. Fukuyama führt dazu aus: „Dieser Aspekt seines Denkens hat Hegel den Vorwurf eingetragen, er sei ein Militarist. Er glorifiziert den Krieg jedoch nie um seiner selbst willen oder sieht ihn als die wichtigste Bestimmung des Menschen an, der Krieg ist Hegel vielmehr wegen seiner Nebenwirkungen auf Charakter und Gemeinschaft wichtig. Ohne den Krieg und die Opfer, die er verlangt, wird der Mensch laut Hegel verweichlicht und egozentrisch; die Gesellschaft versinkt in eigensüchtigem Hedonismus, und die Gemeinschaft wird letztlich zerfallen. ... Eine liberale Demokratie, die alle zwanzig Jahre einen kurzen, entschlossenen Krieg zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit führen könnte, wäre bei weitem gesünder und zufriedener als eine Demokratie, die in dauerhaftem Frieden lebt.“<sup>136</sup>

Vergleichbare Gedanken vertritt auch Robert Kagan in seinem Buch „Macht und Ohnmacht“, in dem er sich mit der Rolle Amerikas und Europas in der neuen Weltordnung beschäftigt. Aus der Sicht eines liberalen - imperialen Denkers der Washingtoner Neokonservativen schildert er, wie die politischen Gräben zwischen Europa und den USA immer tiefer werden. Seine Kernthese lautet: Die heutige Welt glaubt nicht an die Vervollkommnung des Menschen. Realistischerweise glaubt Amerika vielmehr an die Notwendigkeit des einst von Hobbes verkündeten Credo einer auf Prinzipien der Machtlogik beruhenden Welt. Europäer und Amerikaner sollten daher nicht länger so tun, als hätten sie die gleiche Weltsicht oder lebten in der gleichen Wertegemeinschaft.

Hierzu schreibt er: „In der alles entscheidenden Frage der Macht, in der Frage nach der Wirksamkeit, der Ethik, der Erwünschtheit von Macht, gehen die amerikanischen und europäischen Ansichten auseinander. Europa wendet sich von der Macht ab, oder bewegt sich, anders gesagt, über diese hinaus. Es betritt eine in sich geschlossene Welt von Gesetzen und

---

135 Vgl. Fukuyama, Francis; Das Ende der Geschichte; München (Kindler Verlag); 1992; S. 415-425.

136 Vgl. Fukuyama, Francis; Das Ende der Geschichte; München (Kindler Verlag); 1992; S. 434-435.

Regeln, transnationalen Verhandlungen und internationaler Kooperation, ein posthistorisches Paradies von Frieden und relativem Wohlstand, das der Verwirklichung von Kants Ewigem Frieden gleichkommt. Dagegen bleiben die Vereinigten Staaten der Geschichte verhaftet und üben Macht in einer anarchischen Hobbesschen Welt aus, in der auf internationale Regelungen und Völkerrecht kein Verlass ist und in der wahre Sicherheit sowie Verteidigung und Förderung einer freiheitlichen Ordnung nach wie vor vom Besitz und Einsatz militärischer Macht abhängen.“<sup>137</sup>

Diese unterschiedliche Auffassung von Macht und Politik ist laut Kagan der Grund dafür, dass Amerikaner und Europäer seit dem Ende des Kalten Krieges in zentralen strategischen Fragen immer mehr auseinander driften und – wie das jüngste Beispiel des Irakkonflikts gezeigt habe – ihre Wege sich in der Einschätzung außenpolitischer Bedrohungen, Prioritäten und Herausforderungen trennen.

Die Wurzeln für die sich zuspitzende transatlantische Kontroverse sieht Kagan in der bei der Bush-Administration vorherrschenden manichäischen Weltsicht, welche die Welt vereinfacht in Gut und Böse, Freund und Feind aufteilt: „In der Auseinandersetzung mit realen oder potenziellen Gegnern stellten die Amerikaner Zwang über Überzeugungsarbeit, Sanktionen über Anreize zu besserem Verhalten, die Peitsche über das Zuckerbrot. ... Und natürlich neigten die Amerikaner zunehmend zu internationalen Alleingängen. ... Die Europäer dagegen beteuern, sie gingen Probleme differenzierter und abgewogener an. Sie versuchten andere behutsam und auf indirekte Weise zu beeinflussen. ... Sie würden im Allgemeinen friedliche Lösungen anstreben und Verhandlungen, Diplomatie und Überzeugungsarbeit der Androhung von Gewalt vorziehen. Sie setzten stärker auf das Völkerrecht.“<sup>138</sup>

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Öffnung Osteuropas, so die zweite These Kagans, setzte ein fundamentaler Paradigmenwechsel ein. Während in der Nachkriegsära ein militärisch und politisch geschwächtes Europa ganz auf den militärischen Schutz der USA im Abwehrkampf gegen die Sowjetunion angewiesen war, hätten die meisten Europäer nach Ende des Kalten Krieges versucht, die „Friedensdividende“ einzufahren und auf Kooperation mit dem Osten gesetzt, während ihre Militärausgaben – aus Kagans Sicht – erschreckend geschrumpft seien. Die USA dagegen hätten das Ende des Kalten Krieges völlig anders verarbeitet. Mit dem ersten Golfkrieg unternahmen die USA kurz nach dem Zerfall des

---

137 Kagan, Robert; Macht und Ohnmacht; Amerika und Europa in der neuen Weltordnung; Berlin (Siedler Verlag); 2003; S. 7.

138 Ebenda; S. 9.

Sowjetimperiums eine ihrer größten Militäroperationen seit 25 Jahren. „Das beträchtliche militärische Arsenal der USA, das einst kaum ausgereicht hatte, um die sowjetischen Streitkräfte in Schach zu halten, wurde nunmehr in einer Welt ohne ernstzunehmenden Gegner eingesetzt. Dieses ‚unipolare Moment‘ hatte eine ganz natürliche Konsequenz.“<sup>139</sup>

Infolge ihrer „unipolaren“ Machtposition waren die USA nun sehr viel mehr als zur Zeit des Kalten Krieges bereit, ihre Macht zur Geltung zu bringen und ihr Militär im Ausland einzusetzen: „Nachdem das Gegengewicht der Sowjetmacht weggefallen war, konnten die USA praktisch an jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt ihrer Wahl eingreifen – eine Tatsache, die sich in der starken Zunahme militärischer Interventionen in Übersee widerspiegelte, die während der ersten Bush-Administration mit dem Einmarsch in Panama 1989, dem Golfkrieg 1991 und der humanitären Intervention in Somalia 1992 begann und sich während der Amtszeit Clintons mit Interventionen in Haiti, in Bosnien und im Kosovo fortsetzte. Amerika intervenierte häufiger als während des größten Teils des Kalten Krieges ... und verbreiterte somit eine sowieso schon große Kluft zwischen der Macht Europas und der Macht Amerikas.“<sup>140</sup> Fortgeführt wurde dies durch die Einsätze in Afghanistan und Irak unter George W. Bush.

Diese Kluft wird besonders deutlich in der Frage der „neuen“ geostrategischen Bedrohungen. So entzündete sich, wie Kagan schreibt, eine der schwersten transatlantischen Kontroversen seit dem Ende des Kalten Krieges um die sich immer imperialer und hegemonialer gebärdende Machtpolitik der USA. Während amerikanische Regierungen die oberste Priorität in „Schurkenstaaten“ und in der „Achse des Bösen“ sehen, bewerteten die Europäer die von diesen Staaten ausgehenden Gefahren sehr viel „zurückhaltender“. Dabei sei die unterschiedliche Bedrohungswahrnehmung in den USA und in Europa jedoch nicht nur eine Frage der Psychologie. Sie beruhe auf dem Machtungleichgewicht der gegenwärtigen internationalen Ordnung, wonach die Amerikaner z.B. den Irak, Iran, Nordkorea, China, Russland und den indisch-pakistanischen Konflikt als wesentlich bedrohlicher ansähen als die Europäer.

Kagan meint, die Europäer würden aus „Schwäche“ heute den Ausbau einer auf Wirtschaftsentwicklung gründenden Ordnung vorziehen. „Weil die Europäer relativ schwach sind, haben sie ein tiefes Interesse daran, die brutalen Gesetze einer anarchischen

---

139 Ebenda; S. 32.

140 Ebenda; S. 32-33.

Hobbesschen Welt, in der letztlich die jeweilige Machtposition über Sicherheit und Erfolg der Staaten entscheidet, zu entwerfen und schließlich abzuschaffen.“<sup>141</sup>

In einer gesetzlosen Welt, so Kagan, „fürchten schwächere Staaten immer, sie könnten zu Opfern werden. Großmächte dagegen fürchten Regeln, die sie in ihrer Handlungsfreiheit einschränken, oft mehr als Anarchie. In einer anarchischen Welt verlassen sie sich auf ihre Macht, um Sicherheit und Wohlstand zu schaffen.“<sup>142</sup> Die Europäer setzten daher, wie der Irakkonflikt zeige, auf Multilateralisierung der Außenpolitik, aufs Völkerrecht, und hofften, die Macht der USA zu beschränken, ohne selbst Macht ausüben zu müssen. „Sie trauen sich ein unerhörtes Meisterstück an Raffinesse und indirekter Einflussnahme zu: Sie möchten den Koloss dadurch bändigen, dass sie an sein Gewissen appellieren.“<sup>143</sup>

Kagan fasst zusammen: „Die Europäer haben die Hobbessche Welt der Gesetzlosigkeit verlassen und sind in die ‚Kantsche Welt des ewigen Friedens‘ eingetreten. Tatsächlich haben die USA das Kantsche Paradox für die Europäer gelöst. Kant hatte behauptet, die einzige Lösung für das amoralische Grauen der Hobbesschen Welt bestehe in der Schaffung einer Weltregierung. Aber er befürchtet auch, der Zustand universellen Friedens, der durch die Weltregierung ermöglicht würde, stelle eine noch größere Bedrohung für die menschliche Freiheit dar als die Hobbessche Weltordnung, weil eine solche Regierung mit ihrem Machtmonopol zum ‚schrecklichen Despotismus‘ führen müsse. Wie die Staaten den ewigen Frieden verwirklichen können, ohne die menschliche Freiheit zu zerstören, war ein Problem, das Kant nicht lösen konnte. Doch für Europa wurde dies Problem von den USA gelöst.“<sup>144</sup>

Daher müssten sich die Europäer daran gewöhnen, dass die USA künftig aufgrund ihres immer größer werdenden militärischen Gewichts als Weltordnungsmacht auftreten würden, um neu auftauchende und die Interessen der USA bedrohende geostrategische Probleme zu lösen – egal, ob die Europäer dies mögen oder nicht: „Die Amerikaner sehen sich tatsächlich als Revolverhelden – ähnlich einem Gary Cooper um ‚zwölf Uhr mittags‘ – genau wie es die Europäer sehen. Die Amerikaner werden die Bürger der Stadt verteidigen, ob es denen gefällt oder nicht.“<sup>145</sup> Dafür müssen sie „auf die raueren Methoden einer früheren Epoche

---

141 Ebenda; S. 45.

142 Ebenda; S. 49.

143 Ebenda.

144 Ebenda; S. 68-69.

145 Ebenda; S. 112.

zurückgreifen – Gewalt, Präventivschlag, Täuschung und was sonst noch notwendig sein mag.“<sup>146</sup>

An der Grundlinie der amerikanischen Außenpolitik wird sich nach Einschätzung Kagens deshalb in absehbarer Zeit nichts ändern. Der 11. September habe auf die Vereinigten Staaten eine Wirkung gehabt wie zuletzt der japanische Überfall auf Pearl Harbor mit der Folge, dass auf lange Zeit steigende Verteidigungsausgaben und eine Bereitschaft zum militärischen Eingreifen im Ausland die Politik Washingtons bestimmen würden. „Heute haben die Vereinigten Staaten auf Grund der terroristischen Angriffe vom 11. September ihren strategischen Gesichtskreis abermals erweitert. So wie der japanische Überfall auf Pearl Harbor, der eigentlich gar nicht so überraschend hätte kommen dürfen, zu einem dauerhaften amerikanischen Engagement in Ostasien und Europa führte, so wird der 11. September, den künftige Historiker zweifellos als eine zwangsläufige Folge der amerikanischen Einmischung in der islamischen Welt interpretieren werden, wahrscheinlich eine dauerhafte amerikanische Militärpräsenz am Persischen Golf und in Zentralasien sowie eine langjährige Besetzung eines der größten Länder der arabischen Welt nach sich ziehen.“<sup>147</sup>

John Ikenberry betitelt dieses imperiale Gedankengut als „grand strategy“, d.h. als den Versuch der USA ihre gegenwärtigen Vorteile zu einer Weltordnung zu verfestigen, in der alleine sie das Sagen haben. Angestrebt ist also eine „unipolare Weltordnung“, in der „kein Staat und keine Koalition“ den USA ihre Rolle „als globale Führungsmacht, als Schutzmacht und als Durchsetzungsorgan“ streitig machen kann.<sup>148</sup>

Viele Beobachter, wie zum Beispiel Heinrich August Winkler, sind der Meinung, dass der Einfluss der Theoretiker der „Konservativen Revolution“ in Deutschland wie Carl Schmitt sowie des Philosophen Leo Strauß auf solche neokonservative Intellektuelle wie Kagan und Ikenberry die gegenwärtig in der US-Außenpolitik eine ausschlaggebende Rolle spielen, für die „grimmige“ Politik der USA verantwortlich sei.<sup>149</sup>

Bemerkenswert ist, dass diese Politik nicht nur von Neokonservativen wie Kagan gelobt wird. Auch Ronald Asmus, ehemaliger Berater von Präsident Clinton, der der

---

146 Ebenda; S. 57.

147 Ebenda; S. 112.

148 Vgl. Ikenberry, John; American Imperial Ambition; in Foreign Affairs; September/Okttober 2002; S. 44-60.

149 Vgl. Winkler, Heinrich August; Wenn die Macht Recht spricht; in: Die Zeit; Nr. 26; 18.06.2003; S. 8.

Demokratischen Partei nahe steht, ist der Auffassung, dass der 11. September einen nachhaltigen Wandel in der Außenpolitik seines Landes hervorgerufen hat.<sup>150</sup>

Ronald Asmus ist der Meinung, dass Amerika nun eine langfristige politische Umgestaltung des „Greater Middle East“ d.h. vom Horn von Afrika bis nach Mittelasien und zum Kaukasus in Angriff nehmen werde. Er sagt ein umfassendes weiträumiges militärisches Engagement voraus, das nur mit den amerikanischen Bemühungen in Deutschland und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar sei. Neben dem Aufbau eines demokratischen Iraks und der Bekämpfung des Terrors sowie der Eindämmung des Irans würden auch die Lösung des Palästina-Konflikts und Veränderungen in den Ländern der amerikanischen Verbündeten Saudi-Arabien und Ägypten zu diesem Vorhaben gehören.<sup>151</sup>

Im Gegensatz zu Kagan sieht Asmus jedoch die politische Herausforderung der Amerikaner in diesen Regionen in dem bisher widersprüchlichen Umgang der USA mit ihren regionalen Verbündeten begründet. Seine Erklärung ist auch differenzierter: „Es gibt in der Tat kaum eine andere Weltgegend, wo zwischen den Werten und Prinzipien des Westens einerseits und unserer tatsächlichen Politik ein derart tiefer Widerspruch klafft. Diese Tatsache stützt die weit verbreitete Annahme, die USA seien ein heuchlerisches Land, das mit zweierlei Maß misst und sich, ungeachtet seiner hehren Prinzipien, wenig um die Völker dieser Region schert.“<sup>152</sup>

Aus diesem Grunde plädiert Asmus für einen Kurswechsel der US-Außenpolitik bei der Bekämpfung des Terrors und der Modernisierung der Region, der die EU mit einbezieht, da er einen Machtkampf zwischen EU und USA aus wirtschaftlicher Sicht als einen perspektivlosen Weltordnungskrieg betrachtet. Stattdessen rechtfertigt er den Einsatz der NATO als vereinigenden ideellen Träger der gemeinsamen Interessen gegen die Krisengespenster in der

---

150 Vermutlich ein Grund dafür, dass die Politik der US-Administration nicht von einer Partei allein oder einer einzigen Gruppe bestimmt wird, ist der „National Security Council“ (NSC). Um die Koordinierung und zentrale Kontrolle der Außenpolitik zu gewährleisten, war mit dem „National Security Act“ von 1947 der NSC geschaffen worden, dem die wichtigsten Funktionsträger der Außen- und Sicherheitspolitik angehören sollten. Zur Wahrnehmung der Geschäfte des NSC wurde im Weißen Haus ein Sekretariat eingerichtet. Aus diesem NSC-Stab entwickelte sich schließlich, spätestens, seitdem Präsident John F. Kennedy eine aktive Außenpolitik in eigener Regie verfolgen wollte, das eigentliche außenpolitische Leitungs- und Kontrollorgan des Präsidenten. Der Direktor dieses Stabes schwang sich zum wichtigsten Berater des Präsidenten für nationale Sicherheitsfragen auf und konnte damit die beherrschende Stellung im außenpolitischen Entscheidungsprozeß einnehmen. Der Sicherheitsberater mit seinem Stab von etwa 50 hochrangigen Mitarbeitern koordiniert den Entscheidungsprozeß und kontrolliert ihn damit auch. Vgl. Schweigler, Gebhard; Außenpolitik ist Innenpolitik; in: Adams, Willi Paul; Peter, Lösche (Hrsg.); Länderbericht USA; Frankfurt a. M. (Campus Verlag); 1998; S. 456.

151 Vgl. Asmus, Roland; Pollack Kenneth; Das neue transatlantische Projekt; in: Blätter für deutsche und internationale Politik; 12/ 2002; S. 1457-1466.

152 Ebenda; S. 1460.

Gestalt von Schurkenstaaten und Gotteskriegen. „Es wäre für alle Betroffenen besser, wenn die USA und Europa diesen Feldzug gemeinsam führen, möglichst unter Rückgriff auf die NATO. Nicht allein, um die vereinte Macht der NATO während des Krieges zur Geltung zu bringen, denn der militärische Teil des Vorhabens könnte sich als der weniger anspruchsvolle erweisen. Sicherung und Wiederaufbau des Irak dürften lange dauern und womöglich viel Geld kosten – dieser Teil der Operation verlangt also eine substantielle Sicherheitspräsenz. Auch wenn sie dank des sagenhaften Ölreichtums Iraks nicht so teuer kommen dürfte, wie manche argwöhnen, sollten wir diese Aufgabe besser gemeinsam schultern.“<sup>153</sup> So soll der Krieg die Befreiung aus den Zwängen der Epoche bringen.

Der französische Historiker Emanuel Todd nimmt ebenfalls die „Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges“ als einen bestimmenden Faktor der Nachkriegsordnung wahr, aber er sieht im Anti-Terror Feldzug der USA in „Greater Middle East“ keine ideellen gesamtimperialistischen finanzpolitischen und energiepolitischen Interessen, die eine militärische Aktion der EU und USA im Rahmen der NATO rechtfertigen würden.<sup>154</sup>

Todd versucht nachzuweisen, dass die USA auf Grund abnehmender, nicht etwa wachsender Stärke handeln, wenn sie „Schurkenstaaten“ brandmarken und bekriegen. Der demonstrative Militarismus Amerikas, der dazu dienen solle, die militärische Unterlegenheit aller anderen Akteure weltweit vorzuführen, habe eigentlich seine Ursachen in der wirtschaftlichen Schwäche der USA. „Im Irak haben die USA ihre militärische Omnipotenz demonstriert, um über ihre ökonomische Schwäche hinwegzutäuschen. Die wahre Konkurrenz wird nicht mehr militärisch ausgetragen. Das zentrale Schlachtfeld und der Hauptgrund für die amerikanischen Sorgen ist der wirtschaftliche Bereich.“<sup>155</sup>

Als zentrale Schwäche der US-Wirtschaft betrachtet Todd das Verschwinden des industriellen Kerns der Landes und das gigantische Handelsdefizit in Höhe von 500 Milliarden Dollar pro Jahr sowie den täglichen Bedarf an 1,5 Milliarden Dollar ausländischen Kapitalzuflusses.<sup>156</sup> Dem zufolge sieht er die wirtschaftliche Schwäche der USA heute als „eine einzige Bedrohung“ des weltweiten Gleichgewichts und Friedens: „Amerika selbst ist von einer den Frieden schützenden zu einer räuberischen Macht geworden. Während der politische und militärische Nutzen Amerikas schwindet, merkt Amerika, dass es auf die weltweit produzierten Güter nicht mehr verzichten kann. Aber die Welt ist heute zu groß, zu bevölkert

---

153 Ebenda; S. 1462.

154 Vgl. Todd, Emmanuel; Die Schwäche der Sieger; in: Die Zeit, Nr. 18; 24.04.2003; S. 11.

155 Ebenda.

156 Ebenda.

und zu vielfältig, sie wird von zu vielen unkontrollierbaren Kräften bewegt. Keine noch so intelligente Strategie erlaubt es Amerika, seine halb-imperiale Situation in ein Imperium de jure und de facto zu verwandeln. Amerika ist dafür wirtschaftlich, militärisch und ideologisch zu schwach. Deshalb löst jeder Schritt, der Amerikas Zugriff auf die Welt verstärken soll, nur negative Rückwirkungen aus, die seine strategische Position weiter schwächen.“<sup>157</sup>

Besonders nach dem Zerfall der UdSSR wäre für den Erhalt einer stabilen weltweiten Hegemonie Amerikas unter den realen Kräfteverhältnissen die Erfüllung von zwei Bedingungen Voraussetzung gewesen. Erstens hätten sich die USA gegenüber ihren Verbündeten Japan und Europa, allen voran Deutschland – den beiden Polen, wo mittlerweile reale wirtschaftliche Macht angesammelt sei – bedingungslos behaupten müssen. Reale Wirtschaft hieße in diesem Zusammenhang, dass produziert und nicht nur konsumiert würde. Zweitens hätte die strategische Macht Russlands endgültig zerschlagen werden müssen, damit nur noch Amerika allein in der Lage gewesen wäre, einen Schlag zu führen, einseitig, und ohne das Risiko auch nur der geringsten Vergeltung von irgend einem Land der Erde zu fürchten.

„Weder das eine noch das andere Ziel wurde erreicht. Ungehindert konnte Europa seinen Weg zu Einheit und Autonomie gehen. Weitgehend unbemerkt hat Japan seine Fähigkeit bewahrt, allein zu handeln, falls ihm eines Tages der Sinn danach steht, Russland stabilisiert sich und beginnt, konfrontiert mit dem theatralischen Neo-Imperialismus der Vereinigten Staaten, seinen Militärapparat zu modernisieren. Ideenreich und wirkungsvoll spielt es wieder mit auf dem außenpolitischen Schachbrett. Da Amerika die wahren Mächte der heutigen Welt nicht kontrollieren kann – mit Japan und Europa kann es wirtschaftlich nicht mithalten, Russland kann es als Atommacht nicht ausschalten –, müsste es, um wenigstens den Anschein einer Weltmacht zu wahren, außenpolitisch und militärisch gegenüber unbedeutenden Staaten aktiv werden: gegenüber der „Achse des Bösen“ und der arabischen Welt, zwei Sphären, deren Schnittmenge der Irak bildet.“<sup>158</sup>

Um einerseits die Macht der USA zu unterbinden und andererseits die EU von der Abhängigkeit von der Vereinigten Staaten zu emanzipieren, beurteilt Todd sogar unter den aktuellen interessenpolitischen Gegebenheiten die gegenwärtige Situation als günstig für eine strategische Partnerschaft zwischen Russland und der EU. Seiner Meinung nach werden sich

---

157 Todd, Emmanuel; Auf der Bühne des theatralischen Militarismus; Amerika und die wahren Mächte der Welt; in: Blätter für deutsche und internationale Politik; Nr. 3/2003; S. 286-287.

158 Ebenda; S. 289.



die Europäer langsam, aber sicher der Tatsache bewusst, dass Russland nicht mehr eine strategische Bedrohung darstellt, sondern im Gegenteil wegen seines vorhandenen militärischen Abschreckungspotenzials einen wichtigen Beitrag zur europäischen Sicherheit leistet. Außerdem ist Russland als zweitgrößter Erdöl- und wichtigster Erdgasproduzent der Welt ein unverzichtbarer Partner für die EU – ein strategisches Gegengewicht gegen die USA – der sogar den währungspolitischen Spielraum des Euro erweitert.

Todd weiter dazu: „Wer kann denn wirklich sagen, ob die Vereinigten Staaten, würde es Russland als strategisches Gegengewicht nicht geben, die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung gebilligt hätten, die mittelfristig eine große Gefahr für die amerikanische Geldversorgung ist. ... Vor der Einführung des Euro konnten die Vereinigten Staaten bei allem, was sie taten, auf die Asymmetrie zählen. Die Schwankungen des Dollarkurses wirkten sich auf die ganze Welt aus. Die Kursschwankungen der kleinen Währungen neutralisierten sich gegenseitig und hatten keine Auswirkung auf die Vereinigten Staaten. Heute müssen die Vereinigten Staaten mit dem Damoklesschwert weltweiter Bewegungen in einer Richtung leben. Ein Beispiel ist der Absturz des Eurokurses von seiner Einführung bis Februar 2002. Diese weder beabsichtigte noch geahnte Entwicklung führte zwar zu einer Kapitalflucht in die Vereinigten Staaten, hatte aber auch die Folge, dass die Preise für europäische Waren um 25 % sanken. Mit dem Euro wurde de facto ein tarifäres Handelshemmnis errichtet.“<sup>159</sup>

Anschließend an Emanuel Todd stellt der amerikanische Politikwissenschaftler Charles Kupchan fest, dass es eine einheitliche Politik des Westens, die sich als solche verstehe, nicht mehr gäbe. Die gemeinsame westliche Identität drohe zu zerfallen, obwohl Amerika und Europa nach wie vor viel gemeinsam hätten.

Die kollektive Identität, die beide während des Kalten Krieges teilten, sei gefährdet, da diese Identität sich über den gemeinsamen Feind und die daran gebundene gemeinsame politische Plattform definiert habe. Da jetzt dieses Feindbild fehle, breche auch das „Wir Gefühl“ des Westens zusammen.

Wenn Amerika und Europa, so Kupchan, bei einer Sache unterschiedliche Positionen einnehmen, gehe es um politische Auseinandersetzungen, bei denen jeweils ureigene Interessen tangiert seien, und so werde es schwieriger, die gemeinsame Identität zu bewahren. Es gebe gesellschaftliche Unterschiede, die mit verschiedenen Formen des Kapitalismus in

---

159 Ebenda; S. 292.

Europa und USA zusammenhängen. Vor allem im Gefolge des 11. September divergierten die Auffassungen über die unmittelbare Gefahr des Terrorismus und über Massenvernichtungswaffen, aber auch über den Umgang mit der islamischen Welt und dem arabisch-israelischen Konflikt. Auch in wirtschaftlichen Dingen seien die Beziehungen angespannter.<sup>160</sup>

Aber worin bestehen dann die wirklichen Differenzen? „Als ganz schwierig dürften sich in Zukunft die Euro-Dollar-Beziehungen erweisen. Der Wert des Euro ist gegenüber dem Dollar im Verlauf des letzten Jahres beständig gestiegen. Staaten und Privatanleger könnte das veranlassen, bei Rücklagen und Investitionen dem Euro den Vorzug vor dem Dollar einzuräumen. Das würde einen Kapitalabfluss aus Amerika bedeuten. Und das hätte schwerwiegende Folgen für das Land, das extrem abhängig von ausländischem Kapital ist. Das Land muss seinen way of life finanzieren, sein Handelsbilanzdefizit ausgleichen, es liebt den Konsum und hasst es zu sparen. Deshalb haben sich Investoren Amerika als Investitionsort ausgesucht, sie lieben den Dollar und seine Stabilität. Wenn das nicht so bleibt, werden sich die Dinge gründlich ändern.“<sup>161</sup>

Kupchan und Todd erklären die westliche Wertegemeinschaft zur bloßen Floskel, da die Interessenunterschiede unter den transatlantischen Partnern nicht offen ausgetragen werden. Ohne einen Konsens in der Frage, auf welchen gemeinsamen Normen sowie unmittelbare Interessen die „neue Weltordnung“ aufgebaut werden soll, verliert das atlantische Bündnis seine Existenzberechtigung. Diese Konstellation ist das Ergebnis einer Weltanschauung, die das Gewicht der militärischen Macht hemmungslos überbewertet und umgekehrt nicht richtig zu würdigen weiß, in welchem Ausmaß die internationalen Beziehungen durch Diplomatie, Handel und Währungsbeziehungen beeinflusst werden. Und genau das ist es, was zur Auflösung der westlichen Wertegemeinschaft beiträgt.

Wie immer dieser Prozess auch aussehen mag – es ist höchste Zeit, in der Debatte über die politischen Triebkräfte der neuen Weltordnung wieder auf den Boden der Tatsachen zu kommen. Kupchan und Todd prophezeien eine quasi bipolare Weltordnung, die von Europa als wirtschaftlicher Macht und den USA als militärischer Macht getragen wird. Die Differenzen der beiden Mächte zeigen sich aus ihrer Sicht in der Rolle von Dollar und Euro. Während der Dollar seine allmächtige Rolle verliert, macht der Euro als Zeichen der

---

160 Vgl. Kupchan, Charles A.; Die USA braucht Europa“; in: Blätter für deutsche und internationale Politik; Nr. 6/2003; S. 679-689.

161 Ebenda; S. 685-686.

wirtschaftlichen Stärke Europas dem Dollar seine Rolle als Weltgeld streitig. Die Differenzen sind aber nicht Folge der Entstehung des Euro, sondern der Euro ist das Ergebnis und der Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Differenzen, und damit die Quintessenz der innerkapitalistischen Ordnung in der Ära des Kalten Krieges. Daher muss sein historischer Entstehungsprozess anhand der Debatten, die im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts darüber geführt wurden, untersucht werden.

## **2.5. Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden**

„In der Welt des modernen Kapitalismus ist die Politik immer schon die Fortsetzung der ökonomischen Konkurrenz mit anderen Mitteln gewesen, wie der Krieg (nach Clausewitz) die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Diese vermittelte Identität von Konkurrenz, Politik und Krieg ist es, die den Kampf um die globale Hegemonie impliziert und insofern kapitalistische Geschichte gestaltet hat.“<sup>162</sup>

Durch die Globalisierung wird nun angeblich ein historischer Prozess ausgelöst, in dem mächtige Akteure eine weltweite Integration von Wirtschaftssektoren und Produktionssystemen bewirken, die zuvor territorial weitgehend von einander getrennt waren und miteinander in Konkurrenz standen.<sup>163</sup>

Der Soziologe Ulrich Beck, der schon in seinem 1986 erschienen Buch „Risikogesellschaft“ von „dem Weg in eine andere Moderne“ gesprochen hatte, versucht nun mit dem begrifflichen Instrumentarium der „zweiten Moderne“ die Globalisierung zu erklären. Seiner Ansicht nach war die „erste Moderne“ territorial durch einen Nationalstaat, politisch durch die parlamentarische Demokratie, wirtschaftlich durch den Fordismus und Taylorismus, klassenpolitisch durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit und nicht zuletzt sozialpolitisch durch den national eingegrenzten Wohlfahrtsstaat gekennzeichnet. Mit anderen Worten: Die historische Einheit von Volk, Raum und Staat und das Bündnis zwischen Marktwirtschaft, Sozialstaat und Demokratie prägten die „erste Moderne“.<sup>164</sup>

Dagegen sei die „zweite Moderne“ durch einen Ausbruch des Politischen aus dem kategorialen Rahmen des Nationalstaates gekennzeichnet, und zwar sowohl in die transnationale als auch in die regionale und lokale Welt, aber auch durch einen Ausbruch aus den alten Gefäßen der Politik hin zu neuen Akteuren, Formen und Bewegungen. In diesem

---

162 Kurz, Robert; Weltordnungskrieg; Bad Honnef (Horlenmann Verlag); 2003; S. 15.

163 Vgl. Schamp, Eike W.; Globalisierung von Produktionsnetzen und Standortsystemen; in: Geographische Zeitschrift; Nr. 84; 1995; S. 209.

164 Vgl. Beck, Ulrich; Risikogesellschaft; Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1986.

Prozess der Globalisierung, in dessen Folge die Nationalstaaten unterlaufen und neu vernetzt werden, betrachtet Beck die Erosion des Nationalstaates als Chance zur Transformation, da dieser sich gegenüber den ökonomischen Beschleunigungsprozessen der Weltwirtschaft, die unumkehrbar seien, weder politisch, wirtschaftlich, ökologisch noch kulturell behaupten könne.<sup>165</sup>

Globalisierung breche die zementierten Strukturen auf, mache Politik erst wieder möglich, bringe die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen. „Alles Ständische, alles Althergebrachte, alles Verknöcherte und Verkrustete verdampft“, zitiert Beck mit Behagen aus dem „Kommunistischen Manifest“, um die alles verändernde Macht der Globalisierung zu beweisen.<sup>166</sup>

Demzufolge empfiehlt Beck eine engere Zusammenarbeit der EU, USA, Japans und der supranationalen Organisationen, weil nur so gewährleistet sei, gute Voraussetzungen für einen fairen Handel, für den Leistungs- und Ideenwettbewerb sowie für die Mobilität und Effizienz der Unternehmen der beteiligten Staaten zu schaffen.

Und das könne folgendermaßen aussehen: „Dafür brauchen wir internationale Vereinbarungen im Rahmen supranationaler Einrichtungen. Diese Einrichtungen sind vorhanden. Ich nenne die Europäische Union, die G-7, die OECD, den Internationalen Währungsfonds und die neue Welthandelsorganisation WTO. Auch die ökonomischen Voraussetzungen sind gegeben. Denn die internationalen Handels- und Investitionsströme, die den Kernbereich der Globalisierung ausmachen, konzentrieren sich vor allem innerhalb der sogenannten Triade: auf die europäischen Staaten und die außereuropäischen Industriestaaten der G-7, also die USA, Kanada und Japan. Die sogenannte Globalisierung liegt nicht außerhalb unseres politischen Einflussbereichs.“<sup>167</sup>

Eine notwendige Voraussetzung dieses Prozesses sei die Integration der europäischen Länder in die EU, weil nur dadurch eine unbeschadete Begegnung mit den Risiken und Gefahren des Turbokapitalismus gewährleistet sei. Denn „aus der Globalisierungsfalle gibt es keinen nationalen Ausweg. Wohl aber einen transnationalen. Ein transnationales Staatengebilde von der Größe der Europäischen Union könnte den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit für die kooperierenden Staaten wiederherstellen. In der Tat: Eine starke, demokratische Europäische

---

165 Vgl. Beck, Ulrich; Was ist Globalisierung; Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1997; S. 1-45.

166 Ebenda; S. 15.

167 Ebenda; S. 219.

Union könnte ihr Gewicht als größte Handelsmacht der Welt für wirkliche Reformen einsetzen – nach innen wie nach außen.“<sup>168</sup> Falls das europäische Projekt jedoch scheitern sollte, könne eine anarchische Situation entstehen: „Die Brasilianisierung Europas“.<sup>169</sup>

Folglich nimmt dieser „Transnationalstaat“ als global wirkender „Handelsstaat“, der den „Rechts-Pazifismus“ und die „föderalistischen Prinzipien“ der zwischenstaatlichen Kontrolle in sich vereint, sowohl von dem exklusiven Territorialprinzip als auch von den Prioritäten des „geopolitischen Kalküls“ Abschied. Die Konsequenz daraus sei eine friedfertige Weltgemeinschaft, da „der Krieg sozusagen zu einem Luxus wird, den sich nur noch gegeneinander isolierte Nationalstaaten leisten können, und auch sie nur, solange sie nicht in die Einflussphäre eines militärischen Bündnisses geraten und nicht im Besitz der modernsten Gewaltmittel sind.“<sup>170</sup>

Im Jahre 1999 hatte Beck in reiner Erklärungsnot, das heißt, um sich selbst nicht widersprechen zu müssen, den bewaffneten Konflikt auf dem Balkan zwischen dem mächtigsten Militärblock der Welt mit einer Bevölkerungszahl von über 500 Millionen und einem kleinen Land mit einer Bevölkerung von zwölf Millionen Menschen beschönigend als „postnationale Politik des militärischen Humanismus“ genannt.<sup>171</sup>

Becks Begründung für die postnationale Identität dieses Krieges lautete: „Postnational ist dieser Krieg (und damit nicht mehr in der Clausewitzschen Begrifflichkeit zu fassen), weil er weder im nationalen Interesse – die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – ausgetragen wird, noch aus alten Rivalitäten mehr oder weniger verfeindeter Nationalstaaten heraus verstanden werden kann.“<sup>172</sup> Das Ziel dieser „Politik des militärischen Humanismus“ bestehe darin, mit Hilfe einer multinationalen Militärmacht (NATO) die Menschenrechte über nationale Grenzen hinweg durchzusetzen.<sup>173</sup>

Die widersprüchliche Dimension dieses Krieges bestand nun aber gerade in der Tatsache, dass die Hegemonialmacht USA bestimmte, was Recht und Menschenrecht ist, und der „Krieg zur Fortsetzung der Moral mit anderen Mitteln“<sup>174</sup> von den Beteiligten in der NATO durchaus verschieden gesehen wurde. „Die USA betreiben die globale Durchsetzung der

---

168 Ebenda; S. 263.

169 Ebenda; S. 266.

170 Ebenda; S. 224.

171 Vgl. Beck, Ulrich. Der militärische Pazifismus. Über den postnationalen Krieg, in: Süddeutsche Zeitung; Nr. 89; 19.04.1999, S. 15.

172 Ebenda.

173 Ebenda.

174 Ebenda.

Menschenrechte als die nationale Mission einer Weltmacht, die das Ziel unter Prämissen der Machtpolitik verfolgt. Die meisten Regierungen der EU verstehen unter einer Politik der Menschenrechte eher ein Projekt der durchgreifenden Verrechtlichung internationaler Beziehungen, das die Parameter der Machtpolitik schon heute verändert.“<sup>175</sup>

Wir wissen mittlerweile, dass hinter den Kulissen eine erbitterte Kontroverse geführt wurde. Während über die Luftangriffe noch weitgehend Einigkeit herrschte, gab es über den Einsatz von Bodentruppen und die Beteiligung Russlands an einem künftigen Friedensprozess jedoch klare Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen NATO-Staaten.<sup>176</sup> Könnte es sein, dass hier angeblich im Zuge der „Globalisierung“ überwundene nationalstaatliche Interessen ihren Ausdruck fanden?

Trotz dieser Realität geht Beck im Rahmen seiner subjektiven Theorie des militärischen Pazifismus im Bezug auf den jüngsten Krieg im Irak einen Schritt bei seiner theoretischen Bewusstseinspaltung weiter. Im Rahmen seiner These zur Rechtfertigung der Militarisierung der internationalen Beziehungen begrüßt er die Kriegsdrohung als Druckkulisse, – die aber seiner Ansicht nach nur gegenüber „schwachen Diktatoren“ wirksam sein könne und nicht gegenüber mit Atomwaffen verteidigungsfähigen Diktaturen wie Nordkorea, China, Indien oder Pakistan – als Alternative zum Krieg und bezeichnet sie als „militärische Aufklärung“.<sup>177</sup>

Obwohl Becks Vergleich der größten Demokratie der Erde, Indien, mit Nordkorea und China oder Pakistan als Versehen eines unaufmerksamen Wissenschaftlers noch zu entschuldigen wäre, kann man seine Ausführungen über die Kriegsdrohung nur noch mit Humor betrachten.

Formvollendet schreibt Beck: „Hier leuchtet eine Alternative auf zu entweder Krieg oder Status quo, entweder Bomben auf Bagdad, oder der Diktator Hussein geht wie Phoenix aus der Asche gestärkt aus dem Ringkampf mit Präsident Bush hervor; über diese Alternative wurde bisher nicht systematisch nachgedacht: eine Politik der militärischen Bedrohung, die friedlich die Welt verändert. Diese Alternative beruht auf der gefährlich abschüssigen Unterscheidung zwischen Krieg und Kriegsdrohung und auf der nicht weniger abenteuerlichen Dialektik, dass mit der Perfektionierung der Kriegsdrohung verbunden werden kann, was sich ausschließt: das despotische Regime zu stürzen und den Krieg zu

---

175 Habermas, Jürgen, Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral, in: Die Zeit; 29.04.1999; Nr. 18; S. 7.

176 Bahr, Egon; Rede an der FU-Berlin über „Macht und Ohnmacht der Diplomatie“; am 18.07.2003.

177 Beck, Ulrich; Militärische Aufklärung; Das Paradox der Drohung mit Krieg; in: NZZ; Nr. 62; 15.03.2003; S. 33.

vermeiden. Das kann man in einer paradoxen Wortbildung vielleicht als ‚militärische Aufklärung‘ begreifen.“<sup>178</sup>

Dass der Krieg sehr leicht von seiner erzieherischen Rolle der Aufklärung in die praktische Durchsetzung der Politik mit anderen Mitteln und folglich in einen permanenten Kleinkrieg übergehen kann, wie es bereits in Irak geschehen ist und momentan droht, die regionale Stabilität und die damit einhergehende Weltsicherheit zu kippen, übersieht auch Herr Beck nicht. „Die friedfertigen Europäer“ sollten ihre Idee vom „Protektionismus der nationalstaatlichen Souveränität“, die seiner Meinung nach moralisch und politisch problematisch ist, aufgeben und sich dem imperialen militärischen Gang der USA anschließen.<sup>179</sup>

Beck scheute sich aber nicht, sich sogleich selbst zu widersprechen und die USA dazu einzuladen, das „Weltrecht“ zu berücksichtigen, das ja auf der nationalen Souveränität der einzelnen Staaten beruht.<sup>180</sup>

„Zwei Lehren, die der noch nicht begonnene Irak-Krieg erteilt, stehen heute freilich schon fest. Erstens: Wir erleben die Paradoxien der Politik einer militärischen Drohung zur Entwicklung und Befriedung der Welt. Unabhängig vom Ausgang im konkreten Fall wird das eine verhängnisvolle Militarisierung der internationalen Beziehungen in Gang setzen. Zweitens: Die Arbeitsteilung der Weltpolitik, wonach in diesem Kriegspoker die Amerikaner den kriegslüsternden Sheriff spielen, die Europäer dagegen den friedensverliebten Richter, funktioniert nicht. Wenn dagegen das kriegerische Amerika einsähe, dass auch die überlegenste Militärmacht nichts nützt, wenn sie sich gegen das Weltrecht stellt, und umgekehrt das unkriegerische Europa auch zur Militärmacht wird, könnte das die atlantische Allianz neu begründen.“<sup>181</sup>

Auf jeden Fall wird an dieser militärischen Friedensillusion deutlich, wie realitätsfern Beck in Bezug auf bestimmte Aspekte der Globalisierungswirklichkeit ist. Mit optimistischem Blick sieht er die Globalisierung auf der einen Seite als Chance für die Veränderung der Gesellschaften und als einen kulturell und wirtschaftlich homogenisierenden Faktor auf der internationalen Ebene. Auf der anderen Seite dramatisiert er gleichzeitig den intranationalen und internationalen sozialen und politischen Wandel und die Veränderungen und Risiken der

---

178 Vgl. Beck, Ulrich. Der militärische Pazifismus. Über den postnationalen Krieg, in: Süddeutsche Zeitung; Nr. 89; 19.04.1999, S. 15.

179 Ebenda.

180 Ebenda.

181 Ebenda.

internationalen Arbeitsteilung infolge der Globalisierung, die bei ihm unter dem Begriff „Weltrisikogesellschaft“ firmiert.<sup>182</sup> Dabei unterschätzt er freilich die objektive Grenze der Globalisierung.

Zwar analysiert er alle durch den Arbeitsmarkt verursachten Risiken sowie die kulturellen Facetten der Globalisierung, liefert jedoch keine konkreten und empirisch bedeutsamen Fakten über die Tatsache der wirtschaftlichen und vor allem über die macht- sowie finanzpolitischen Grenzen der Globalisierung. Die vermeintlichen „Sachzwänge“ der Globalisierung begreift Beck als Momente eines ökonomisch-politischen Prozesses, der gravierende Auswirkungen auf die nationale Souveränität in sich berge. In der Darstellung der unterschiedlichen Schleifflächen und der Widersprüchlichkeiten des Globalisierungsprozesses gelingt es ihm aber nicht, mögliche Schranken sowie Alternativen ins Blickfeld zu rücken. Daher reduziert sich sein Beitrag auf das Niveau eines Globalisierungshandbuchs. Er ist anhand seiner widersprüchlichen Beiträge durchaus typisch für eine Generation deutscher Wissenschaftler, die mangels interdisziplinärer Auseinandersetzung mit den sozialwissenschaftlichen Diskursen, ihren Ansprüchen der universellen Betrachtung der internationalen Entwicklungsprozesse nicht gerecht werden.

Einen weiteren, nicht weniger interessanten sowie vielschichtigen Ansatz zur Analyse der herrschenden Weltordnung unter machtpolitischen Aspekten bietet uns Thomas Risse, führender Vertreter des Konstruktivismus in Deutschland. Risse, nach dem jüngsten Irak-Krieg von der Militäroperation der die amerikanisch-britische „Koalition der Willigen“ tief beeindruckt, sieht zu Recht in der Vorgehensweise der USA den Versuch, als Welt-Ordnungsmacht die politischen Verhältnisse in der Krisenregion des Mittleren Ostens als Teil des internationalen Ordnungskonfliktes zu ihren Gunsten zu regulieren.<sup>183</sup>

In Kontinuität der Ausführungen Becks bescheinigt er aber den USA in dieser Weltordnungskrise legitime Rechte zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele, gestützt auf ihre in der Geschichte fast einmalige technologische Überlegenheit. Hingegen bestehe die europäische Politik darin, den Primat des Völkerrechts im Rahmen der Vereinten Nationen bei der Konfliktprävention und Friedenssicherung zu betonen und ansonsten auf friedlichen Mitteln der Konfliktregelung zu beharren.<sup>184</sup>

---

182 Vgl. Beck, Ulrich; Was ist Globalisierung; Frankfurt a. M. (Suhrkamp Verlag); 1997; S.168 f.

183 Vgl. Risse, Thomas; Die neue Weltordnung: US-amerikanische Hypermacht - europäische Ohnmacht?; in: WeltTrends; Nr. 39; Sommer 2003; S. 110-119.

184 Ebenda.



Damit er die Situation so realitätsnah wie möglich darstellt, setzt er voraus, dass wir in einer von den USA dominierten unipolaren Welt leben, deren Normen von den Vereinigten Staaten bestimmt werden und nach denen sich der Rest der Welt zu richten habe. Das gelte auch für die Durchsetzung gemeinsamer westlicher Ziele wie Demokratie und Menschenrechte. Nach Risse werden völkerrechtliche Bestimmungen nur so lange unter diesen Bedingungen eingehalten, wie sie den US-amerikanischen Interessen entsprechen. Ähnliches gilt für die Beteiligung an multilateralen Institutionen im Umwelt- und Menschenrechtsbereich und auch das an liberalen und multilateralen Prinzipien orientierte Konzept von „global governance“.<sup>185</sup>

Zu Recht akzeptiert Risse nicht Argumente seiner Kollegen, die eine Begründung für die Vorgehensweise der USA in ihrer militärischen und machtpolitischen Überlegenheit suchen, sondern ist der Meinung, dass die US-Außenpolitik als verlängerter Arm der US-Innenpolitik gesehen werden sollte.

„Die US-amerikanische Außenpolitik scheint sich von einer hegemonialen zu einer imperialen Logik zu wandeln. Hegemonialmächte setzen die Regeln für den Rest der Welt, unterwerfen sich aber zugleich diesen Normen und versuchen, die kleineren Staaten in ihre Ordnung konsensual einzubinden. Hegemoniale Ordnungen sind dadurch für die kleineren Teilnehmer erträglich, dass sie die Chance haben, auf die Politik der Hegemonialmacht Einfluss zu nehmen. ... Imperien setzen ebenfalls die Regeln für den Rest der Welt, halten sich aber selbst nur daran, wenn es den eigenen Interessen entspricht, und regieren ansonsten notfalls mit Feuer und Schwert. Gilpin, der dieses Verhalten als ‚böartige Hegemonie‘ ... charakterisierte, war im Übrigen der Auffassung, solches Gehabe kennzeichne eine im Abstieg befindliche Hegemonialmacht, die sich gegen diverse Herausforderer zur Wehr setzen und gerade deshalb auf die konsensuale Herrschaftssicherung verzichten müsse. ... Auf den ersten Blick ist diese Analyse der Weltsituation einleuchtend. Aber sie hat wesentliche Schwächen. Zunächst beruht sie auf einem militärisch verengten Machtbegriff. Die Überbetonung militärischer Macht ist auch nach dem Irak-Krieg analytisch so falsch, wie sie das vorher war.“<sup>186</sup>

Risse selbst beschreibt seine Auffassung von der hegemonialen oder imperialen Gestalt der US-Außenpolitik und schlussfolgert: „Wenn wir US-Politik verstehen wollen, müssen wir uns genauer mit der US-amerikanischen Innenpolitik beschäftigen.“ Auf eine Analyse der innenpolitischen Dynamik der US-Außenpolitik lässt er seinen Leser jedoch vergeblich

---

185 Ebenda.

186 Ebenda; S. 112.

warten. Er akzeptiert zwar, dass die militärische Macht sich aus ökonomischen Ressourcen speist, was aber die wirtschaftliche Stärke angeht, bezieht er sich auf ein im Jahre 1977 veröffentlichtes Buch von Koehne und Nye und ist der Auffassung, dass nach wie vor das internationale System als „Streitplatz“ der Gegenwart – ohne dafür einen empirischen Beleg zu liefern – nicht unipolar funktioniert, sondern durch gegenseitige Abhängigkeit gekennzeichnet ist und einen Alleingang der USA verhindert.<sup>187</sup>

Dabei übersieht er völlig, dass die behauptete „strukturelle Abhängigkeit“ immer wieder durch finanzpolitische Auseinandersetzungen in Frage gestellt wurde, insbesondere die Ereignisse, die zur Auflösung der systemintegrierenden Bretton-Woods-Vereinbarungen im Jahre 1973 führten. Wenn diese alles überragende These der strukturellen Abhängigkeit haltbar wäre, auf die er sich bezieht, bleibt Risse eine Erklärung schuldig, warum die Institution, die diese Integration vertiefen sollte, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges aufgelöst wurde und einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel des innerwestlichen Wirtschaftssystem verursachte.

Er erspart sich die Auseinandersetzung mit der komplizierten Weltwirtschaftsentwicklung der letzte 30 Jahre. „Was die Weltwirtschaft angeht, so sitzen die USA und Europa nach wie vor in einen Boot und versuchen, das an liberalen Prinzipien ausgerichtete Welthandelsregime zu bewahren – trotz aller Streitigkeiten um Schutzzölle.“<sup>188</sup>

Alleine wenn der jüngste Dollarabwertungsprozess von 1999 bis 2004 in Augenschein genommen wird, wird klar, dass einer der Akteure das „gemeinsame Boot“ der transatlantischen Beziehungen verlassen hat – zumal sich die Amerikaner seit zweieinhalb Jahren in signifikantem Umfang von europäischen Finanztiteln trennen. Lagen noch vor drei Jahren rund ein Drittel aller europäischen Aktien in amerikanischen Depots, sind es inzwischen weniger als zehn %.<sup>189</sup> Außerdem ist nach Angaben der Europäischen Zentralbank (EZB), ein Dollar-Crash zu erwarten. Langfristig erachtet der einstige EZB-Chef Wim Duisenberg eine Abschwächung des Dollars als unvermeidlich. Er warnte aber vor einem zu raschen Kursrückgang. Der Abwärtstrend des Dollars hätte eine heftige Aufwertung des Euro zur Folge. Dieses würde die Konjunkturerholung in Europa gefährden und die exportorientierte europäische Industrie belasten: „Wir hoffen und beten, dass die Dollar-Anpassung, die unvermeidbar ist, langsam und schrittweise vonstatten geht“, erklärte

---

187 Ebenda; S. 113.

188 Ebenda.

189 Vgl. Heusinger, Robert und. Jungclaussen, John F; „Die nächste Hausse ist meilenweit weg“; in: In: Die Zeit; 21/2003

Duisenberg. Diese Sorgen teilt auch der Direktor des Council on Foreign Relation Peter G. Peterson.<sup>190</sup>

Dieser Tatsache zum Trotz sieht Risse bei seiner Auseinandersetzung mit der US-Außenpolitik und den ganz offenkundigen wirtschaftlichen Differenzen zwischen den USA und der EU, die bei ihm unter „transatlantischen Beziehungen“ firmieren, keine schwerwiegenden Folgen, sondern bescheinigt mit der Hervorhebung der „soft Power“ oder dem „Ideenwettbewerb“ als Kampfbegriff der Zukunft für die europäische „Zivilmacht“ einen Vorteil gegenüber der amerikanischen Militärmacht.

„Die Vereinigten Staaten mögen auf absehbare Zeit über überlegene militärische Fähigkeiten verfügen. Ob eine imperiale und unilateralistische Außenpolitik sich auf Dauer im Wettbewerb der Ideen behaupten kann, darf bezweifelt werden. Zwar ist der Aufstand der ‚arabischen Massen‘ gegen die USA ausgeblieben. Trotzdem ist der Flurschaden unübersehbar, den die US-amerikanische Arroganz der Macht in weiten Teilen der Welt bereits jetzt hinterlassen hat. Im 21. Jahrhundert lässt sich jedoch politischer Einfluss nur am Rande mit Präzisionswaffen erzwingen. Entscheidend ist, wer auf Dauer die für die politische und soziale Ordnung der Welt attraktiveren Prinzipien und Werte vertritt. Nach wie vor sind US-amerikanische Vorstellungen zu Demokratie und Menschenrechten in vielen Teilen der Welt attraktiv. Das wird sich ändern, wenn sie mit Imperialismus und Unilateralismus gepaart daher kommen.“<sup>191</sup>

Als Dreh- und Angelpunkte des Ideenwettbewerbes, so wie in Risses Augen der innerweltliche Weltordnungskonflikt aussieht, prognostiziert er drei Komponenten. Erstens: die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen im Rahmen der Vereinten Nationen. Zweitens: die Weltordnungspolitik, über die es zu streiten gilt, bezieht sich auf Demokratie und Menschenrechte. Drittens geht es bei der Kontroverse um die zukünftige Weltordnung um die Frage, wie mit den neuartigen Sicherheitsbedrohungen umzugehen ist und welche Rolle dabei der Einsatz militärischer Mittel spielen soll.<sup>192</sup>

---

190 Vgl. Autor unbekannt; Sorge über zu rasante Dollar-Talfahrt; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2003/10/06/bm/page-newzzDLG9O2LR-12.html>; 06.10.2003 u. Peterson, Peter G.; Riding for a Fall; in: From Foreign Affairs, September/October 2004; <http://www.foreignaffairs.org/20040901faessay83510/peter-g-peterson/riding-for-a-fall.html?mode=print>; 29.09.2004.

191 Risse, Thomas; Die neue Weltordnung: US-amerikanische Hypermacht - europäische Ohnmacht?; in: WeltTrends; Nr. 39; Sommer 2003; S. 113.

192 Ebenda; S. 114 f.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus der Zwangslage einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik im Bezug auf die Herausforderungen eines US-amerikanischen Unilateralismus mit ihren imperialen Tendenzen, empfiehlt er die Wiederbelebung der Euroatlantischen Sicherheitsgemeinschaft. Da „der Streit mit der Bush-Administration um die drei Fragen der neuen Weltordnung – Völkerrecht und Multilateralismus, Demokratie und Menschenrechte, Umgang mit den neuen Sicherheitsbedrohungen – nur innerhalb der westlichen Institutionen ausgetragen werden kann, nicht außerhalb davon.“<sup>193</sup>

Da die transatlantischen Institutionen aber bereits vorhanden sind, erklärt Risse nicht, welche politische Paradigmenwechsel deren Funktionsfähigkeiten begrenzen. Wenn er in seinem Beitrag die Neokonservativen in der Bush-Administration als Drahtzieher der momentanen Differenzen kritisiert, spekuliert er folglich auf eine ideologisch motivierte US-Außenpolitik. Die Frage ist doch, ob durch einen Regierungswechsel eine reibungslosere Politik in der liberalen Tradition der USA überhaupt ermöglicht werden kann. Oder ob der tiefgreifende Paradigmenwechsel, welcher auf dem Abbau wirtschaftlicher Kapazitäten der USA und der ökonomischen Stabilität der EU beruht, in den Interessenzusammenhängen der euroatlantischen Akteure eine Umgestaltung der Machtverhältnisse innerhalb der Institutionen wie der NATO zu Gunsten der EU erforderlich macht, damit die euroatlantischen Beziehungen wieder funktionstüchtig werden.

Wir brauchen nicht auf einen Regierungswechsel warten, sondern es reicht, wenn wir rückblickend die Vorgehensweise der Amerikaner im Übergangsjahr von der Clinton- zur Bush-Administration als Maßstab nehmen. Obwohl die transatlantischen Beziehungen im internationalen Machtgefüge scheinbar stabil waren, waren sie doch in vielen Fällen zunehmend durch Irritationen belastet. Daran dürfte auch der spätere Wechsel im Weißen Haus wenig geändert haben. So etwa lautet das Fazit einer Konferenz der Stiftung Entwicklung und Frieden in Berlin, auf der Wissenschaftler und Diplomaten von beiden Seiten des Atlantiks sich über die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses Gedanken gemacht haben.<sup>194</sup>

Nach einer Einführung des ehemaligen deutschen Außenstaatssekretär Ischinger, der einige deutsche Erwartungen an die neue amerikanische Regierung vortrug, zeigte sich im Verlauf der Veranstaltung dann aber doch, dass die Meinungsverschiedenheiten in den vergangenen Jahren eher zu- als abgenommen haben. Ischinger, der nicht vergaß, die einheitliche

---

193 Ebenda; S. 113.

194 Vgl. Bauer, Friederike; Deutsche Wunschliste für Washington; in: FAZ; Nr. 24; 29.01.2001, S. 7.

Wertegemeinschaft zwischen Europa und Amerika als den tragenden Pfeiler dieser besonderen Beziehung zu erwähnen, forderte von Washington für die Zukunft vor allem eines: „Umfassende amerikanische Konsultationsbereitschaft mit Europa“. Dieser Wunsch gelte heute, trotz einer politisch handlungsfähigen Union, trotz eines wiedervereinigten und gestärkten deutschen Partners und trotz des Wegfalls strategischer Bedrohungen in Europa nicht weniger als vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Ziele des alten Kontinents seien dabei klar definiert:

Die Fortentwicklung der EU bilde eine Ergänzung, keine Konkurrenz zur transatlantischen Partnerschaft. „Mehr Europa ist die Voraussetzung für eine den Zukunftsaufgaben gewachsene transatlantische Partnerschaft“ so Ischinger. Im Einzelnen forderte er Washington auf, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die mit den geplanten Krisenreaktionskräften ganz langsam Kontur annimmt, nicht als einen europäischen Konkurrenzentwurf zur NATO misszuverstehen, sondern sie als Stärkung des europäischen Pfeilers der Allianz zu begreifen. Die NATO bleibe der Kern der Verteidigung, „Europa möchte aber im Krisenfall auch dann handeln können, wenn die Vereinigten Staaten es – aus welchen Gründen auch immer – vorziehen sollten, sich nicht mit eigenen militärischen Mitteln zu engagieren – nicht mehr und nicht weniger.“<sup>195</sup>

Nach dieser vor allem im Ton konzilianter Einführung zeigte sich während der Debatte, dass an vielen Stellen Irritationen im transatlantischen Verhältnis aufgetaucht waren, weil die Reibungspunkte von der Handelspolitik bis zur Raketenabwehr auch unter der Clinton-Regierung bestanden hatten. Immer wieder war von Hegemonialansprüchen der Vereinigten Staaten die Rede, von einem teilweise erniedrigenden Umgang mit den Europäern, von mangelndem multilateralem Engagement oder gar von einer Verweigerungshaltung Washingtons bei den Vereinten Nationen sowie von der Renationalisierung der Außenpolitik.<sup>196</sup>

Umgekehrt sprachen amerikanische Vertreter, obwohl beide Seiten stets die „Kontinuität“ der Beziehung bekräftigten, von der mangelnden Bereitschaft Europas, Verantwortung zu übernehmen, von unzureichender militärischer Kapazität, von einem schleppenden Erweiterungsprozess der EU. Andererseits warnten sie die Europäer ausdrücklich davor, sich etwa in Fragen des Handels, Klimaschutzes oder des Internationalen Strafgerichtshofs auf

---

195 Ebenda.

196 Ebenda.

eine Art Spiel des „Gegengewichts“ einzulassen. „Washington werde darauf entsprechend zu reagieren wissen“, prognostizierte ein amerikanischer Wissenschaftler.<sup>197</sup>

Im Anbetracht der besagten Tatsachen erscheinen die Auslegungen von Thomas Risse im Bezug auf die Wiederbelebung des euroatlantischen Verhältnisses als eine Verkehrung der Realität. Dies wird vor allem anhand der faktischen Vorgehensweisen der wichtigen Akteure im jüngsten Irakkrieg bestätigt. Der deutsche Außenminister Fischer sah die UN für die Sicherheitsfragen des Irak verantwortlich und nicht die NATO, obwohl er der Meinung war, dass die Macht der USA für „globalen und regionalen Frieden und Stabilität“ unverzichtbar ist. Aber er war sich bewusst, dass die wachsende Kluft zwischen Amerika und Europa nur dadurch beseitigt werden kann, wenn „das transatlantische Verhältnis neu definiert wird.“<sup>198</sup>

Er sagte weiter: „Europäer und Amerikaner müssen nun in der strategischen Analyse der Bedrohung wieder zusammenfinden. Aber die muss auf den Realitäten gründen und von allen geteilt werden. ... Die entscheidende Frage ist, ob eine Strategie, die nicht funktioniert, abgelöst wird durch eine andere, die funktionieren kann, und das bedeutet eine schnelle Irakisierung, einen raschen Wiederaufbau der irakischen Souveränität. Die Koalition kann nicht sofort abziehen. ... Also wird es eine Übergangsphase geben, die von den Vereinten Nationen verantwortet werden muss. Die UN müssen die zentrale Rolle spielen. Es sollten zudem moderate arabische und islamische Staaten an der Stabilisierung des Irak beteiligt werden. Ich finde es richtig, dass die USA eine neue Initiative für eine UN-Resolution ergriffen haben, und hoffe, dass es zu einer wirklich neuen Strategie kommt.“<sup>199</sup>

Als Zeichen der gestörten Kommunikation auf der euroatlantischen Ebene lehnte der ehemalige NATO-Generalsekretär George Robertson ein militärisches Engagement der Allianz in Irak ab, da der politische Wille der Mitglieder fehlt. „Wir sollten erst Afghanistan in den Griff bekommen, bevor wir uns neuen Aufgaben zuwenden. ... Ob sich die Nato darüber hinaus engagiert, hängt vom politischen Willen der Mitglieder ab. ... Sonst besteht die Gefahr, dass die Allianz sich zu viel zumutet.“<sup>200</sup>

In seiner diplomatischen Sprache erklärte Fischer einige relevante Aspekte, die von den anderen Politikern seines Ranges unverblümt dargestellt werden. Der außenpolitische Experte

---

197 Ebenda.

198 Jörges, Hans-Ulrich; Lutterbeck, Claus; (Interview mit Joschka Fischer) Der Joschka-Plan; in: Der Stern; Nr. 38/2003; S. 56-60.

199 Ebenda.

200 Autor unbekannt; Bagdad, Robertson lehnt Nato-Mission ab; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,271400,00.html>; 25.10.2003.

der CDU, langjähriges Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags, Karl Lamers, der vehement dafür eintritt, dass Frankreich und Deutschland einen europäischen Gegenpol zu den USA aufbauen sollen, erklärte in einem Interview mit dem Eurasischen Magazin: „Mein Hauptmotiv dabei ist, dass Europa und seine Völker mehr Macht bekommen. Das Ergebnis ist natürlich auch eine Relativierung der Macht anderer, auch der Macht der USA. ... Hegemonie durch die Vereinigten Staaten von Amerika kann nicht funktionieren. Einmal weil ihre Macht dafür nicht ausreicht. Es handelt sich ja um eine globale Hegemonie. Zum anderen kann sie auch deshalb nicht funktionieren, weil sie von der übrigen Welt nicht akzeptiert wird. Auf Dauer auch nicht von Europa. Die westliche Allianz würde schon auf mittlere Sicht daran zerbrechen – dafür gibt es heute schon Anzeichen – wenn nicht die Machtverhältnisse zwischen beiden Seiten des Atlantiks ausgewogener würden als bislang. Die in den USA gängige Formel, was gut ist für Amerika ist gut für die Welt, kann Europa niemals akzeptieren.“<sup>201</sup>

Fischer und Lamers lassen offen, worauf sich die Unzumutbarkeit und Differenzen der Allianz basieren. Die Frage bleibt, ob die Probleme materieller oder politischer Natur sind. Dieses Manko beseitigt der Politologe Charles Kupchan.

Kupchan zufolge ist eine Neudefinition der euroatlantischen Beziehungen an Hand des Irakkonfliktes erforderlich, da die USA ohne ausdrückliche Zustimmung des UN-Sicherheitsrates in ein arabisches Land eingefallen sind und dadurch „die Legitimität als tolerante Weltmacht“ aufgegeben haben. Folglich akzeptiert Europa die US-Vorherrschaft nicht mehr widerstandslos. Dies ist eine „Herausforderung für die Weltdominanz“ der USA.<sup>202</sup>

Nach Kupchan wäre die weitreichende Folge dieser Entwicklung die baldige Spaltung aller internationalen Institutionen wie „Währungsfonds, UN oder Weltbank, die diese Weltdominanz verkörpern.“ Ausdrücklich sagt er: „Wir stehen ganz am Anfang dieses Prozesses. Wir können nicht mehr zurück, weil das atlantische Bündnis tot ist. Es kann nicht mehr repariert werden. Amerikaner und Europäer müssen die Regeln ihrer Zusammenarbeit überdenken und einen konkreten Zeitplan aufstellen. ... Amerikas Politik der harten Hand in Europa ist zu Ende. Es gibt nur eine Frage: Wird die Trennung freundschaftlich oder hässlich verlaufen? Die Irak-Frage ist ein Symptom dieser Entwicklung, aber nicht die Ursache.“ Die

---

201 Vgl. Wagner, Hans; Europäische Identität, (Interview mit Karl Lamers); in: Eurasisches Magazin; [www.eurasischesmagazin.de](http://www.eurasischesmagazin.de); 25.10.2003.

202 Vgl. Wiechmann, Jan-Christoph; Streck, Michael; (Interview mit Charles Kupchan) In der Falle; in: Der Stern; Nr. 38/2003; S.40-41.

Ursachen sind vor allem die Konflikte „in Handelsfragen, in der Finanzpolitik“, die ihren Ausdruck in den „Währungen Dollar und Euro“ reflektieren.<sup>203</sup> Kupchan macht deutlich, dass sich hinter den scheinbaren politischen Meinungsverschiedenheiten latente wirtschaftspolitische und währungspolitische Differenzen verbergen, die man coram publico nicht diskutieren möchte.

Trotz dieser facettenreichen Betrachtungen von Kupchan und Fischer vermisst man leider grundsätzlich eine Auseinandersetzung mit diesen relevanten Fragen im Beitrag von Thomas Risse. Sein Aufsatz reduziert sich so auf den Versuch, den kommenden Weltordnungskonflikt mit Hilfe der überkommenen Konzepte des Kalten Krieges zu analysieren, ohne den Paradigmenwechsel der Politik nach dem Zerfall der ideologischen Gegner zu behandeln. Die tiefen wirtschaftlichen Differenzen zwischen den USA und der EU schiebt Risse auf der Basis einer veralteten und fragwürdigen Untersuchung mit einem Schlag beiseite, ohne die aktuellen wirtschaftlichen, finanz-, währungspolitischen und als Quintessenz dessen die politischen Differenzen der beiden internationalen Akteure zu berücksichtigen. Ferner meint er, mit Hilfe einer maßgeschneiderten und standardisierten These über die Beziehung der Außen- und Innenpolitik der USA einen Ausweg aus der Sackgasse der EU-Außen- und Sicherheitspolitik sowie der transatlantischen Krise aufzeigen zu können. Dabei reduziert er stets die Welt auf die EU und die USA, weil sie ja angeblich im gleichen Boot sitzen. So kommt er schließlich zur Restaurierung der euroatlantischen Beziehung, wobei er ihre Differenzen auf die Ebene eines Ideenwettbewerbes reduziert.

Damit versucht Risse beispielhaft die Realität an sein Theoriegebäude anzupassen, und nicht aus der Analyse der Sachverhältnisse eine Theorie zu entwickeln. Er zieht überhaupt nicht in Betracht, dass die USA, bedingt durch ihre weltweite finanzpolitische Verwicklung durch den Dollar als quasi Weltgeld und die damit verbundenen Probleme für die US-Wirtschaft und Gesellschaft nicht gewillt sind, als normaler Nationalstaat zu handeln, solange ihre Währung internationale Gültigkeit genießt. Aus diesem Grund erhebt sich die US-Außen-, Innen-, Wirtschaft- und Sicherheitspolitik zur Welt- Innen-, Außen-, Wirtschaft- und Sicherheitspolitik. Daher sind die USA unter den gegenwärtigen Gegebenheiten gezwungen, imperial zu handeln, unabhängig von ihrem ideologischen Umgang mit der politischen Realität.

---

203 Ebenda.



Im Gegensatz zu Beck und Risse gibt sich Edward Luttwak nicht mit solchen Schlussfolgerungen zur Globalisierung und Weltordnung zufrieden. Er versucht unter verschiedenen Aspekten, den gemeinten Sachverhalt in der internationalen Arena für die Ära nach dem bipolaren System auf der Grundlage einer weit ausgreifenden Berücksichtigung der Differenzen in der Entwicklung der Ökonomie und Politik sowie der Finanzmärkte und deren Auswirkungen auf die machtpolitischen Verhältnisse zu entschlüsseln. So entsteht nicht nur ein detailliertes wie differenziertes Bild der heutigen Situation, sondern auch der Zukunftsaussichten für die nationalen Gesellschaften und Staaten – durch den Weltmarkt miteinander verbunden –, die sich den Herausforderungen der „Globalisierung“ gegenübersehen.

Die ursprünglich multipolare Konkurrenz um die kapitalistische Weltherrschaft war Luttwak zufolge zunächst eine europäische Erscheinung und hatte ihre Wurzeln in der west- bzw. mitteleuropäischen Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges bildeten sich dabei zusammen mit dem modernen kapitalistischen System die europäischen territorialen Nationalstaaten heraus, deren Begriff der Nation auf die übrige Welt ausstrahlte und die globale Entwicklungsgeschichte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts bestimmen sollte.

Als Folge der bipolaren Systemkonfrontation des Kalten Krieges wurde das europäische Gleichgewicht durch den dominierenden Gegensatz der Supermächte beendet. Die Folge dieser Tatsache lässt sich mit wenigen Sätzen beschreiben: Die USA besaßen nach dem Zweiten Weltkrieg ein großes Interesse, Westeuropa, diese aufgrund ihrer geopolitischen Lage sehr bedeutende Region, nicht in die Hände des ideologischen Konkurrenten fallen zu lassen, sondern als starken Partner zu gewinnen. Dafür war Washington bereit, mit großer diplomatischer Energie sowie hohem militärischen und finanziellen Engagement eine Allianz mit Europa einzugehen und das wirtschaftliche Wohlergehen der Europäer und Japaner durch Finanzhilfen und ein offenes Weltwirtschaftssystem zu fördern. Diese akzeptierten daher die Hegemonie der USA aus Überzeugung. Denn diese Hegemonie garantierte, was sie am meisten erstrebten: Sicherheit unter dem amerikanischen Nuklearschirm und wirtschaftlichen Aufstieg durch ein berechenbares Währungs- und Handelsregime.

Natürlich gab es schon damals Probleme unter den Partnern. Unterschiedliche Einschätzungen regionaler Krisen, Streitigkeiten über die Entspannungspolitik, Zweifel der europäischen Politiker an der amerikanischen Nukleargarantie und die Angst vor Alleingängen Washingtons. Vor allem aber Währungsprobleme und Handelsdispute gehörten in der Zeit des

Kalten Kriegs zu den Differenzen der transatlantischen Beziehungen. Die sowjetische Bedrohung erwies sich aber als stark genug, dass selbst schwerwiegende Verwerfungen die Zusammenarbeit nicht grundsätzlich in Frage stellten. Nach Luttwak überlagerten sich so aber einige tiefer liegende Probleme, die auf diese Weise unter der Oberfläche des Kalten Krieges verborgen blieben. Die wirtschaftliche Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Länder wurde, bedingt durch die Konkurrenz gegen den „real existierenden“ Sozialismus, eingedämmt. Kennzeichnend für diese Zeit war eine gewisse Kooperation zwischen den USA, Europa und Japan unter dem Druck der Systemkonkurrenz. Größere wirtschaftliche Differenzen wurden dabei überlagert, obwohl sie sich als künftige Schwierigkeiten bereits andeuteten.<sup>204</sup>

Mit dem Ende des Kalten Krieges zerfiel die Sowjetunion in ihre historischen Bestandteile und die alten Fronten des Kalten Krieges verschwanden. Die Heere, die in Millionenstärke gegeneinander aufmarschiert waren, hatten sich größtenteils aufgelöst, die Atomraketen, die dem Gleichgewicht des Schreckens seine Wirksamkeit garantiert hatten, wurden zu einem beträchtlichen Teil demontiert. Auf einmal verlor die Kategorie des militärischen Wettrüstens an Bedeutung, und die Zeit der Geopolitik und ihrer blutigen Konflikte war vorbei. Doch dieser Wandel war nicht der Auftakt zu einer friedlichen Ära, in der die erbitterten Rivalitäten zwischen den führenden Industrienationen beendet wurden. Denn sie sind schon längst in einen neuen, leise und erbarmungslos geführten Kampf verstrickt, der überall mit der geballten Macht der Ökonomen geführt wird. So schiebt sich die Kategorie des ökonomischen Wettrüstens innerhalb der kapitalistischen Welt in den Vordergrund. Damit verlieren zugleich die Paradigmen des Kalten Krieges ihre Geltung.<sup>205</sup>

Die USA, der wirtschaftlich geschwächte Sieger des Kalten Krieges, musste nun seine wirtschaftliche Schwäche gegenüber seinen militärischen Verbündeten, die jetzt zu seinen wirtschaftlichen Rivalen wurden, beheben. Die westlichen Industrienationen wurden dadurch schlagartig aus der vertrauten militärisch-politisch-territorial bestimmten Welt in eine Welt versetzt, in der Finanzstärke, technischer Einfallsreichtum und Handelsgeschick wichtiger waren als Waffenarsenale, Sparquoten entscheidender als Maßstäbe, Ausbildungslücken gefährlicher als Raketenlücken, wirtschaftliche Konkurrenz verzehrender als das Wettrüsten. Luttwak zufolge hatte die Geoökonomie die Geostrategie aufgrund dieser neuen Bedingungen

---

204 Vgl. Luttwak, Edward; From Geopolitics to Geo-Economics; Logic of Conflict, Grammar of Commerce, in: The National Interest, Nr. 5/29; 1992 S. 17-23.

205 Vgl. Luttwak, Edward; Weltwirtschaftskrieg; Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag); 1994; S. 36-37.

abgelöst. Das ist die Logik des Konfliktes in der Handelssprache. Demnach ist die Welt heute nicht mehr von totalitären Staaten bedroht, sondern vom totalen Markt, der von staatlicher Protektion und von Subventionen gestützt wird.<sup>206</sup>

Wenn nun der Einfluss des Staates die ökonomische Bühne betritt, spricht Luttwak von „Geoökonomie“. Wie im konventionellen Krieg beherrschen auch in der Geoökonomie die Offensivwaffen das Feld. Also ist der Angriff auch hier die beste Verteidigung. Die Funktion der Artillerie übernehmen dabei Forschung und Entwicklung (F&E), die den zu erobernden Raum für die Infanterie vorbereiten. Die Infanterie wird durch die Produktion ersetzt, die den feindlichen Raum dann okkupiert und übernimmt. Allerdings wird nicht der wirkliche Raum übernommen, sondern Marktanteile oder ganze Marktsegmente. Dies wird durch eine staatlich subventionierte Produktion unterstützt. Hierunter fallen staatliche Beschaffungskäufe oder Raubfinanzierungen, eine der schwersten Offensivwaffen in der Geoökonomie. Exporte werden gefördert, indem der Staat Kredite zu Zinsen unterhalb der Marktpreise vergibt. Weitere Maßnahmen, die unter den Begriff „Geoökonomie“ fallen, sind Handelshemmnisse, Steuern, Einfuhrzölle und versteckte oder offene Handelsbarrieren. Alle diese Maßnahmen dienen dem Protektionismus der heimischen Wirtschaft trotz allen Respekts und der Angst vor der ökonomischen Globalisierung.

„Diese moderne Version der alten Rivalität zwischen Staaten habe ich „Geoökonomie“ genannt“, sagt Luttwak und führt weiter dazu aus: „Darin bedeutet das Investitionskapital, das der Staat verteilt oder für bestimmte Industrien bereitstellt, soviel wie Feuerkraft; staatlich subventionierte Produktentwicklung ist da Pendant zu waffentechnischen Neuerungen; und der Vorstoß in neue Märkte mit Hilfe staatlicher Zuschüsse ersetzt Militärstützpunkte und Garnisonen auf fremdem Territorium sowie die sanftere Form der Machtausübung, den ‚diplomatischen Einfluss‘. Mit denselben Mitteln – Investitionen, Forschung und Entwicklung, Marketing – verfolgen private Unternehmen tagtäglich rein kommerzielle Zwecke. Wenn aber der Staat fördernd und lenkend in solche Wirtschaftsaktivitäten eingreift, haben wir es nicht mehr mit einem rein kommerziellen Wettbewerb zu tun, sondern mit Geoökonomie.“<sup>207</sup> Damit bestreitet Luttwak die Allmacht der Globalisierung und weist auf die neue Rolle der Nationalstaaten und transnationalen Gebilde – wie der EU – in dem Prozess des „Weltwirtschaftskrieges“ hin.

---

206 Ebenda; S. 36-48.

207 Luttwak, Edward; Turbokapitalismus; Gewinner und Verlierer der Globalisierung; Hamburg, Wien (Europa Verlag); 2000; S. 212 u. Luttwak, Edward; Weltwirtschaftskrieg, Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag); 1994; S. 38.

Also haben diese komplexen Kräfteverhältnisse, hervorgegangen aus internationalen Warenströmen, Dienstleistungen und dem Kapitaltransfer neue Konstellationen in der Weltwirtschaft geschaffen. Produkt und Innovation sind nicht mehr allein die Hauptkriterien in einem wirtschaftlichen Betätigungsfeld, in dem das Angebot größer ist als die Nachfrage. Sondern Marktumzingelungstaktiken wie offene und versteckte Subventionen und Protektion werden heute trotz Globalisierung und den damit verbundenen Freihandelsregulierungen von Unternehmen und Regierungen europäischer Länder sowie von Japan und den USA in großem Maßstab angewandt, um ihre Gegner auf dem Weltmarkt durch latente Handelshemmnisse zu verdrängen oder beherrschen.<sup>208</sup>

Da die „Staaten territorial definierte Entitäten sind, die im Wettstreit miteinander auf der Weltbühne agieren“, werden sie nach geökonomischen Prinzipien handeln. Das primäre Ziel und der Daseinsgrund für Staaten bestehen immer noch darin, die Sicherheit vor äußeren Feinden zu gewährleisten. Waren sie früher militärisch gerüstet, so wehren sie sich heute mit wirtschaftlichen Mitteln. Sie stehen sich nicht mehr auf dem Schlachtfeld gegenüber, sondern sind Konkurrenten auf dem Markt geworden.<sup>209</sup>

„Die Verlierer sollen ihre Niederlage eingestehen und das Feld räumen. Aber Geoökonomie eröffnet die Möglichkeit, mit staatlicher Unterstützung eine zweite Runde einzuläuten. Es entspricht der Natur des Staates und seiner Beamten, dass sie diese Möglichkeit wahrnehmen, die es ihnen erlaubt, fast wie im Krieg, weiterhin auf der Bühne zu bleiben.“<sup>210</sup>

Folglich werden nun die eigenen Handelsinteressen von allen mit großer Härte verteidigt. Die endlosen GATT- und heutigen WTO-Streitereien zwischen den USA, der EU und anderer wirtschaftlich relevanter Akteure haben dafür ein anschauliches Beispiel geliefert. Zum geökonomischen Arsenal zählen noch andere, zum Teil alte, zum Teil neue Waffen. „Drastische Zölle oder Einfuhrverbote können Importe direkt unterbinden, doch fast alle Staaten hatten GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) unterzeichnet, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, und gehören mittlerweile seiner restriktiveren Nachfolgeorganisation an, der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization). Bereits die GATT-Vereinbarungen sollten willkürliche Zölle, Einfuhrquoten und -verbote verhindern; bei der WTO gelten nun strengere Verbote, und Verstöße dagegen werden

---

208 Vgl. Luttwak, Edward; Turbokapitalismus; Gewinner und Verlierer der Globalisierung; Hamburg; Wien (Europa Verlag); 2000; S. 212 f.

209 Vgl. Luttwak, Edward; Weltwirtschaftskrieg, Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag); 1994; S. 420.

210 Ebendas; S. 420-421.

bestraft. Daher greifen einige Länder auf versteckte Handelsbarrieren zurück. Sie sind sozusagen der geo-ökonomische Hinterhalt und eine besonders wirksame Taktik der traditionellen Kriegsführung.“<sup>211</sup>

Eine Bestätigung für diese wirklichkeitsnahe Analyse von Edward Luttwak liefert der seit 1999 laufende Bananenstreit oder der jüngste Stahlstreit zwischen den USA und der EU, wobei letztere sich gegenüber den USA durchsetzen konnte.

Die US-Regierung hatte im März 2002 Jahres die Zölle auf Stahleinfuhren für zehn Produktgruppen um acht bis 30 % angehoben, um die angeschlagene heimische Stahlindustrie zu schützen. Die EU-Kommission hatte gemeinsam mit Japan, Südkorea, China, der Schweiz, Norwegen, Neuseeland und Brasilien gegen die US-Maßnahmen bei der WTO geklagt. Daraufhin beschloss die EU-Kommission Gegenmaßnahmen, die Sanktionen gegen US-Importe wie Stahl oder Bekleidung in Höhe von 2,2 Milliarden Euro vorsehen. Nach Ansicht der WTO haben die USA die Schutzzölle nicht aufgrund „unvorhersehbarer Entwicklungen“ erhoben. Dies aber sei Voraussetzung für einen solchen Schritt. Gegen die WTO-Regeln verstoße außerdem die Entscheidung, Importe aus Kanada, Mexiko, Israel und Jordanien von den Strafzöllen auszunehmen. Ein EU-Sprecher erklärte daraufhin: „Das ist ein Sieg auf ganzer Linie“.<sup>212</sup>

In der Folge hatte die WTO am 10. November 2003 erneut die US-Strafzölle auf Stahlimporte in einer abschließenden Entscheidung für unzulässig erklärt. Die EU drohte hierauf damit, ab dem 6. Dezember ihrerseits Strafzölle gegen US-Produkte zu erheben. Dabei könne es um Preis-Aufschläge von bis zu 30 % gehen. Die Strafliste der Europäer umfasst nicht nur Stahlprodukte, sondern auch Orangensaft, Sonnenbrillen, Motorboote und Fotokopierer.<sup>213</sup>

Die USA waren dagegen nach wie vor der Meinung, dass die Zölle den Regeln der WTO entsprechen. Daher fiel die Reaktion aus den USA zunächst kühl aus. „Wir stimmen mit der WTO-Entscheidung nicht überein“, erklärte Richard Mills, Sprecher des US-Handelsbeauftragten. „Die USA seien aber nach wie vor der Meinung, dass die Zölle den Regeln der WTO entsprächen“, ergänzte ein Sprecher des Präsidialamtes.<sup>214</sup>

---

211 Vgl. Luttwak, Edward; Turbokapitalismus; Gewinner und Verlierer der Globalisierung; Hamburg; Wien (Europa Verlag); 2000; S. 213.

212 Autor unbekannt; Welthandel, USA verlieren Stahlstreit mit EU; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,256876,00.htm>; 11.07.2003.

213 Autor unbekannt; Manöver im Handelskrieg; USA wollen Stahl-Urteil per Gesetz aushebeln, in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,273623,00.html>; 12.11.2003.

214 Autor unbekannt; Stahlzoll-Urteil, USA riskieren heißen Handelskrieg; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,273456,00.html>; 01.11.2003.

Im Endeffekt haben die USA ihre umstrittenen Zölle auf Stahlimporte aufgehoben, um einen Handelskrieg mit der EU und anderen Staaten abwenden zu können. Präsident George W. Bush wolle jedoch an bestimmten Schutzmaßnahmen für die heimische Stahlindustrie festhalten. Die US-Stahlindustrie und Gewerkschaften warfen Bush vor, er habe vor „europäischer Erpressung kapituliert“. Deswegen ließ Bush durch einen Sprecher erklären: „Ein von der Branche angeregtes Frühwarnsystem solle beibehalten werden, um die Gefahr überraschender Importströme zu verringern. Dies soll mit der Lizenzierung und Überwachung von Stahleinfuhren erreicht werden.“ Zudem kündigte das Präsidentsamt an, Anti-Dumping-Gesetze stärker durchsetzen und Druck auf die Handelspartner erhöhen zu wollen, ihre Stahl-Subventionen zurückzufahren.<sup>215</sup>

Der britische Rechtsanwalt Richard Cunningham, der den britisch-niederländischen Konzern Corus vertritt, sprach diesbezüglich von einem neuen „schmutzigen Trick“.<sup>216</sup>

Die Entscheidung der Bush-Administration führte zu einem der größten Handelskonflikte zwischen der EU und ihrem wichtigsten Handelspartner USA. Im Nachhinein hieß es in Brüssel: „Es gebe keine Hinweise, dass Washington fristgemäß auf das Sanktionsultimatum der EU im Streit um US-Ausfuhrhilfen reagiere.“ Strafzölle in Millionenhöhe auf rund 1.600 Waren aus den USA wurden nach einem beschlossenen Fahrplan vom 1. März 2004 an fällig. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte: „Sanktionen werden vom 1. März an in Kraft treten, falls das US-Gesetz nicht geändert wird. Das geschieht automatisch.“ Die EU werde erst nach einer Gesetzesänderung in den USA ihre Strafmaßnahmen beenden. Folglich hatte die WTO US-Außenhandelsgesetze – die so genannten Foreign Sales Corporations (FSC) – als unrechtmäßig erklärt und der EU Sanktionen in Höhe von bis zu vier Milliarden Dollar zugestanden, da US-Unternehmen wie Boeing und Microsoft ansonsten nach Einschätzung der WTO im Jahr mehr als vier Milliarden Dollar einsparen.<sup>217</sup>

Trotzdem prüfte das US-Handelsministerium gesetzlich gegen vermeintlich zu niedrige Preise ausländischer Lieferanten vorzugehen. Nach den bisherigen Importbestimmungen müssen nicht-amerikanische Anbieter dann Strafen zahlen, wenn sie Stahl in den USA günstiger anbieten als im eigenen Land. Nach der geplanten Anti-Dumping-Gesetzgebung soll in die Berechnung der Anti-Dumping-Strafen nun ein Zoll von 30 % eingezogen werden. Damit

---

215 Strafzölle auf Stahl, EU-Kommissar besiegt Bush in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,276913,00.html>; 05.12.2003.

216 Vgl. Autor unbekannt; Manöver im Handelskrieg: USA wollen Stahl-Urteil per Gesetz aushebeln, in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,273623,00.html>; 12.11.2003.

217 Vgl. Autor unbekannt; Zwischen EU und USA droht neuer Konflikt; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18403; 28.02.2004; S. 16.

hätte die US-Regierung den von der WTO verbotenen Strafzoll zwar zurückgenommen, an der Behinderung von Stahlimporten würde sich allerdings nichts ändern.<sup>218</sup>

Folglich erhob die EU ab 1. März 2004 Strafzölle auf US-Produkte, weil die USA das Urteil der WTO jahrelang ignorierte. Die ersten Strafzölle der EU gegen die USA begannen mit fünfprozentigen Aufschlägen auf 1.600 US-Produkte. Diese Summe soll jeden Monat um einen Prozentpunkt angehoben werden.<sup>219</sup>

Der vorläufige Höhepunkt des Handelskriegs wurde Ende März 2004 mit der Rekordstrafe der EU-Wettbewerbskommission gegen Microsoft erreicht. Die Kommission verhängte gegen den Softwareriesen ein Bußgeld von rund 497 Millionen Euro. Der EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti begründete die Strafe gegen Microsoft damit, dass „der Konzern sein Monopol beim Betriebssystem Windows ausgenutzt hat. Windows sei mit Programmen verbunden worden, die nicht notwendig seien, um das Funktionieren des Betriebssystems zu gewährleisten. Außerdem würden Anbieter, die nicht mit Microsoft zusammenarbeiteten, von der Möglichkeit ausgeschlossen, ihre Server mit dem Microsoft-Betriebssystem zu betreiben.“ Er sagte weiter: „Der Konzern hat jetzt 120 Tage Zeit, um Windows für Server anderer Anbieter zugänglich zu machen. Zudem muss Microsoft binnen 90 Tagen eine Version von Windows anbieten, die keinen eigenen Media Player enthält.“<sup>220</sup>

Die Reaktion aus Washington lies nicht auf sich warten. Der republikanische Mehrheitsführer im US-Senat, Bill Frist sagte gegenüber der „Washington Post“: „Ich fürchte, dass die USA und die EU auf einen neuen Handelskrieg zusteuern – und dass das Urteil der Kommission gegen Microsoft der erste Schuss war.“<sup>221</sup>

Um diesen befürchteten Handelskrieg zu vermeiden, hatte das amerikanische Repräsentantenhaus nach langen Verzögerungen einen Gesetzentwurf verabschiedet, der die Subventionen abschaffen soll. Dies wäre mit Sicherheit ohne die Beharrlichkeit der EU nicht

---

218 Autor unbekannt; Manöver im Handelskrieg; USA wollen Stahl-Urteil per Gesetz aushebeln, in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,273623,00.html>; 12.11.2003.

219 Vgl. Autor unbekannt; Reaktion auf EU-Strafzölle: US-Kongress gegen Exportsubventionen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,304634,00.html>; 17.06.2004.

220 Vgl. Autor unbekannt; MICROSOFT: US-Ministerium besorgt über Brüsseler Strafen; in Frankfurter Rundschau Online; [http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft\\_und\\_boerse/wirtschaft/?sid=2ad03cb8fece8105ce99877ef274416c&cnt=410953](http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft_und_boerse/wirtschaft/?sid=2ad03cb8fece8105ce99877ef274416c&cnt=410953);

25.03.2004 u. Autor unbekannt; EU-Wettbewerbskommission: Microsoft muss Rekordbußgeld von 497,2 Millionen Euro zahlen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,292146,00.html>; 24.03.2004.

221 Vgl. Autor unbekannt; MICROSOFT: US-Ministerium besorgt über Brüsseler Strafen; in Frankfurter Rundschau Online; [http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft\\_und\\_boerse/wirtschaft/?sid=2ad03cb8fece8105ce99877ef274416c&cnt=410953](http://www.fr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft_und_boerse/wirtschaft/?sid=2ad03cb8fece8105ce99877ef274416c&cnt=410953);

25.03.2004 u. Autor unbekannt; EU-Wettbewerbskommission: Microsoft muss Rekordbußgeld von 497,2 Millionen Euro zahlen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,292146,00.html>; 24.03.2004.

zustande gekommen. Der inzwischen aus dem Amt geschiedene EU-Handelskommissar Pascal Lamy begrüßte die Abstimmung im Repräsentantenhaus und versprach: „Die EU wird ihre Gegenmaßnahmen selbstverständlich einstellen, sobald eine WTO-konforme Gesetzgebung in Kraft ist“. Er warnte aber: „Sollte US-Präsident George W. Bush das Gesetz in diesem Jahr nicht mehr unterzeichnen, werden sich die Strafzölle nach Schätzungen der EU bis Ende dieses Jahres auf 315 Millionen US-Dollar belaufen.“<sup>222</sup>

Danach hatten die EU und die USA in Kontinuität dieser unversöhnlichen Wirtschaftspolitik Anfang Oktober 2004 wegen des Streits um staatliche Hilfen für Airbus und Boeing angekündigt, sich gegenseitig vor der WTO zu verklagen. Beide Seiten werfen sich Verletzungen des 1992 zwischen der EU und den USA geschlossenen Abkommens über Finanzhilfen im Flugzeugbau vor.<sup>223</sup>

So scheint es, dass die USA, die EU und Japan den Weltmarkt trotz weit entwickelter Globalisierung und daran gebundener Freihandelsideologie als das Schlachtfeld von heute entdeckt haben. Ein unbegrenzter Handelskrieg zwischen den drei großen Wirtschaftsblöcken wird sich mit Vernunft verhindern lassen. Aber was ist notwendig, damit mehr als das zustande kommen kann?

Auf jedem Fall hatte Luttwak in seinen Veröffentlichungen die Meinung vertreten, dass die USA – anstatt sich auf Schlachtschiffe und den militärischen Kampfgeist als Mittel der Expansion zu verlassen – mit Hilfe industrieller Forschung und Entwicklung, moderner Telekommunikationsmittel und offener Finanzmärkte ihre Handelsbeziehungen ausbauen und steigende Aktivitäten in immer mehr Ländern entfalten könnten. Auf der anderen Seite scheut er sich nicht, die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen mit dem Irak und die Besetzung des Lands als notwendige Maßnahme zur Verbesserung der angespannten finanzpolitischen Interessen der USA zu interpretieren. So erlebt die Geopolitik noch einmal im Dienste der geoökonomischen Interessen eine Renaissance.

In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ erklärte er, dass sich die Lage der USA an den Finanzmärkten dank des jüngsten Irak-Krieges verbessert habe. Ferner erhöhe er das Vertrauen der Anleger in die US-Wirtschaft, mit positiven Effekten für das „US-Handelsdefizit“, da die USA täglich erhebliche Mengen ausländischen Kapitals einführen

---

222 Vgl. Autor unbekannt; Reaktion auf EU-Strafzölle: US-Kongress gegen Exportsubventionen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,304634,00.html>; 17.06.2004.

223 Vgl. Autor unbekannt; Handelsstreit: EU bleibt bei Strafzöllen gegen USA; [manager-magazin.de; http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,323727,00.html](http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,323727,00.html); 18.10.2004.



müssten. „Das bekommen sie nur, wenn die Leute weiterhin davon überzeugt bleiben: Die USA sind mächtig, sie sind geopolitisch sicher.“<sup>224</sup>

Damit bestätigt Luttwak die ungemein freimütige Äußerung von Thomas Friedman, dem ehemaligen Berater der US-Außenministerin Madeleine Albright, der meinte: „Wenn die Globalisierung funktionieren soll, darf sich Amerika nicht davor fürchten, als die unüberwindliche Supermacht zu handeln, die es in Wirklichkeit ist. ... Die unsichtbare Hand des Markts wird ohne sichtbare Faust nicht funktionieren. McDonalds kann nicht mehr expandieren ohne McDonnell Douglas, den Hersteller der F-15. Und die sichtbare Faust, die die globale Sicherheit der Technologie des Silicon Valley verbürgt, heißt US-Armee, US-Luftwaffe, US-Kriegsmarine und US-Marinekorps.“<sup>225</sup>

Indem er den jüngsten Irak-Krieg finanzpolitisch legitimiert, widerspricht Luttwak sich selbst, da er vorher die Meinung vertrat, dass für die Staaten, die das heutige Weltgeschehen bestimmen, mittlerweile die Bedrohung durch Militärmächte und damit auch die Bedeutung militärischer Bündnisse abgenommen habe: „Wenn ein Staat oder eine Staatengemeinschaft für den eigenen Zusammenhalt eine äußere Bedrohung braucht, dann muss diese Bedrohung heute ökonomischer oder besser noch geo-ökonomischer Natur sein.“<sup>226</sup>

Ein Beleg für diesen offensichtlichen Meinungsumschwung ist sein neuestes Buch „Strategie“, in dem er, der Tradition von Hobbes und Machiavelli folgend, wiederholt den Einsatz von Militär als Mittel zur Durchsetzung von bestimmten staatlichen Interessen billigt.<sup>227</sup>

In der Deutung des finanzpolitischen Charakters des Krieges schließt sich Luttwak dem Finanzexperten Jeffrey Garten an. Dieser wiederum vertritt, ebenso wie Luttwak die Ansicht, dass mit dem Ende des Kalten Krieges eine vollkommen neue internationale politische Situation eingetreten sei, die sowohl die EU als auch die USA und Japan veranlassen müsste, Grundannahmen ihrer Politik zu überdenken und ihre Rolle in der internationalen Politik neu zu definieren und zu bestimmen.

In seinem Buch „Der Kalte Frieden“ geht Garten davon aus, dass zwischen „den Großen Drei“ die Notwendigkeit einer trilateralen Kooperation bestehe, aber vieles dafür spreche,

---

224 Luttwak, Edward; Der Krieg bringt Prestige; in: die Zeit; 27.03.2003; S. 24.

225 Friedman, Thomas; New York Times Magazine; 28.03.1999; zitiert nach Ziegler, Jean; Die neuen Herrscher der Welt; München ( C.Bertelsmann Verlag); 2003; S. 36.

226 Luttwak, Edward; Weltwirtschaftskrieg, Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner; Reinbek bei Hamburg (Rowohlt Verlag); 1994; S. 44.

227 Luttwak, Edward; Strategie, Die Logik von Krieg und Frieden; Lüneburg (zu Klampen Verlag); 2003.

dass es trotz dieser Tatsachen, durch wirtschaftliche Interessenunterschiede bedingt, zu einer massiven Rivalität zwischen diesen Staaten führen könnte. Eben zu einem „Kalten Frieden“ als Fortsetzung des Kalten Krieges, allerdings mit neuen Akteuren.<sup>228</sup>

Gartens Sicht ist pessimistisch: „Falls ihre Interessen miteinander in Konflikt geraten, dann werden die Aussichten düster sein. Die Großen Drei werden, ob sie nun miteinander oder gegeneinander arbeiten, bestimmen, ob die Weltwirtschaft wächst oder stagniert, ob sich Handel und Investitionen im Rahmen eines mehr oder weniger freien Marktes vollziehen, oder ob sich die Welt in protektionistische Blöcke aufspaltet. Diese drei Nationen werden darüber entscheiden, ob die Währungen stabil sind und ob die Weltinflation unter Kontrolle bleibt.“<sup>229</sup>

In seiner Analyse zeigt er ausführlich die fundamentale Schwäche der US-Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Spannungslinien in der Weltwirtschaft mit den europäischen und asiatischen Ökonomien, welche die internationale Wirtschaftsordnung beeinflussen.<sup>230</sup> Er greift sich Deutschland und Japan als Beispiele heraus und benutzt sie als Spiegel für die Möglichkeiten und Probleme der USA, sich dem Paradigmenwechsel in den 90er Jahren zu stellen. Das heißt, beide Länder dienen dem Autor als Illustration der Probleme, mit denen die USA auf jeder Ebene in wirtschaftlicher, psychologischer und sicherheitspolitischer Hinsicht konfrontiert sind. Garten beschreibt die Realität der USA als sehr kritisch, als eine stark polarisierte Gesellschaft, die u.a. vor extremer struktureller Armut – und gesundheitspolitischen Problemen stehe, die auch die internationale Stellung der USA gefährden könnten.<sup>231</sup>

Japan und Deutschland dagegen beschreibt er als sehr unterschiedliche Länder, wobei beide aber die USA ähnlich massiv herausfordern. Dabei seien Japan und Deutschland aufgrund ihrer Zielstrebigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung und der guten Kooperation im gesamtgesellschaftlichen und auch besonders im wirtschaftlichen Bereich (beides beruht auf dem von den USA differierenden gesellschaftlichen Konsens) gegenüber den USA zumindest wettbewerbsfähig und in Teilbereichen der Technologie und Wirtschaft und Gesellschaft sogar überlegen.<sup>232</sup>

---

228 Vgl. Garten, Jeffrey; *Der Kalte Frieden; Amerika, Japan, Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie*; Frankfurt/ New York (Campus Verlag); 1993.

229 Ebenda; S. 21.

230 Ebenda; 1993; S. 50-58.

231 Ebenda; S. 160.

232 Vgl. Ebenda; S. 27.

Deutschland gewinne, schätzt Garten, durch seine Einbindung in die EU noch zusätzliches Gewicht: „Wenn sich die USA über Japan Sorgen machen, dann haben sie es außerdem mit einer Nation zu tun; Aber wenn wir es mit Deutschland aufnehmen, dann sind wir in zunehmendem Maß mit ganz Europa konfrontiert.“<sup>233</sup>

In Zukunft werde die Beziehung der USA sowohl zu Japan als auch zu Deutschland und der EU ambivalent sein. Auf der einen Seite seien sie Verbündete wie zu Zeiten des Kalten Krieges, andererseits aber auch harte Konkurrenten, die nicht mehr durch den Druck des Kalten Krieges gezwungen seien, unbedingt einen Interessensausgleich mit den USA zu suchen. Das heißt Garten zufolge: „Tokio und Berlin stellen uns in anderer Hinsicht vor Schwierigkeiten: sie werden weder zu reinen Partnern noch reinen Rivalen, sondern zu einer Mischung aus beidem.“<sup>234</sup>

Aufgrund dieser Situation werde das Verhältnis der USA zu Japan und Deutschland und der EU abkühlen. Im Kern seiner wirtschaftspolitischen Analyse plädiert er daher für Protektionismus, aggressiven Wirtschaftsnationalismus und staatliche Industrieförderung. Mit dem Konzept des „Managed Trade“ empfiehlt er offen eine Politik des gelenkten Handels sowie vielerlei Quotenregelungen für die Einfuhr bestimmter Güter.<sup>235</sup>

Die Formel für die auf diese Vorstellungen hinauslaufende Wirtschaftspolitik lautet „freier und fairer Handel“ für die USA, der es ihnen ermöglichen soll, unter dem Vorzeichen unfairer und unfreier Praktiken der Gegner ohne Scheu Vorkehrungen zum Schutze der US-Wirtschaft zu treffen. Für potenzielle Konkurrenten wird andererseits das Rezept der Globalisierung, Privatisierung und Deregulierung empfohlen, damit das Eindringen der US-Finanzinstitutionen in die Wirtschaften anderer Länder erleichtert wird,<sup>236</sup> so wie es in der sogenannten „Asienkrise“ 1997 der Fall war.<sup>237</sup> Das war seit den 90er Jahren die Grundlage der krisenhaften Wirtschaftsbeziehungen zwischen den drei größten Wirtschaftspolen USA, Europa und Japan. Die Quintessenz der Probleme der USA gegenüber ihren Konkurrenten sieht Garten jedoch in ihrem finanzpolitischen Defizit, da das Land durch sein enormes

---

233 Vgl. Ebenda; S. 29.

234 Ebenda; S. 29.

235 Vgl. Ebenda; S. 230-246.

236 Vgl. Ebenda; S. 230-246.

237 Vgl. Johnson, Chalmers; Ein Imperium verfällt; München (Karl Blessing Verlag); 2000; S. 53 f.

Handelsdefizit belastet und viel zu sehr von ausländischem Geld abhängig sei, nationale Projekte könnten ohne dieses gar nicht finanziert werden.<sup>238</sup>

Luttwak betrachtet diese chronisch rekordverdächtigen Handelsdefizite ebenfalls als negative Opportunitätskosten, die aus der Korrelation zwischen den ökonomischen Beschleunigungsprozessen der globalisierten Wirtschaft, die er Turbo-Kapitalismus nennt, und aus dem ungezügelter Konsumrausch der amerikanischen Gesellschaft entstehen. Aber solange der US-Dollar die uneingeschränkte Weltwährung sei und die anderen Länder den US-Dollar bereitwillig als Devisenreserve akzeptierten, müssten sich die USA darüber keine Gedanken machen. Denn „diese Schulden konnten ohne Schwierigkeiten fundiert werden, weil andere Staaten bereitwillig US-Dollars als Devisenreserven akzeptierten. Die zusätzlichen Kredite erhöhten einfach die Gesamtschulden der amerikanischen Wirtschaft beim Rest der Welt. Solange andere Länder das vom amerikanischen Bundesfinanzministerium in zu hoher Auflage gedruckte Papier im Tausch für Güter und Dienste bereitwillig annehmen, dürfen die Defizite ruhig steigen. Natürlich müssen Zinsen für die Schulden gezahlt werden, aber auch diese sind durch das Drucken weiterer Dollars einfach zu fundieren, so dass die reichste Wirtschaft des Globus auch weiterhin die am stärksten verschuldete bleiben kann.“<sup>239</sup>

Immerhin sehen sowohl Luttwak als auch Garten ein, dass eine der Gefahren für die Vormachtstellung und die Stabilität der USA in der Rolle liegt, die der Dollar als Weltgeld auf den internationalen Finanzmärkten spielt. Für dessen Stabilität müsse Garten zufolge der Anteil am internationalen Handel gestärkt und die Volkswirtschaft – wenn nötig durch Protektionen und Subventionen – ausgebaut werden. Bisher hatten die USA den Vorteil, als einer der großen Schuldner nicht der Gefahr von veränderten Wechselkursen ausgesetzt zu sein. Stünden Euro und Yen gleichwertig neben dem Dollar, gäbe es für ausländische Investoren mehr Optionen. Der Dollar würde dann ein Handelsobjekt unter anderen werden. Dies könne zu verstärkter Währungsinstabilität führen.

„Die Superblöcke verfügen auch über die Möglichkeit, die Welt in drei Währungszonen aufzuteilen – die Dollar-Zone, die Mark-Zone (die auch irgendeinen anderen, gesichtswahrenden europäischen Namen wie „ECU“ tragen kann) und den Yen-Block. Dies wäre zwar eine natürliche finanzielle Entwicklung, aber von enormer Tragweite. Die

---

238 Vgl. Garten, Jeffrey; Der Kalte Frieden; Amerika Japan Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie: Frankfurt/ New York (Campus Verlag); 1993; S. 160.

239 Luttwak, Edward; Turbokapitalismus; Gewinner und Verlierer der Globalisierung; Hamburg; Wien (Europa Verlag); 2000; S. 331.

Vereinigten Staaten haben große Vorteile daraus gezogen, die mächtigste Währung der Welt zu haben. Wir konnten ziemlich undiszipliniert Dollar drucken, in dem Bewusstsein, dass sich alle darum reißen würden. Wir konnten immer in unserer eigenen Währung Geld leihen und brauchten uns deshalb keine Sorgen zu machen, dass sich die Rückzahlung unserer Auslandsschulden durch Änderungen der Wechselkurse verteuern könnte. Wir hatten auch politische Vorteile davon; der Dollar stand für mehr als Geld – er war das Symbol amerikanischer Stärke. Sooft es eine Krise gab – einen Raketen-Showdown, ein Ölembargo – stieg der Dollar, weil ihn die Menschen als sichere Zuflucht in einem politischen Sturm betrachteten.<sup>240</sup>

In jüngster Zeit sieht es so aus, als ob die Befürchtungen Gartens eintreffen und die Leitwährungsrolle des Dollars zu bröckeln droht. Jetzt, wo der Euro in der Weltwirtschaft zunehmend Verwendung findet, müssen die USA auf empfindliche Änderungen gefasst sein. Den Investoren stehen real und nicht nur theoretisch mehr Optionen offen. Das bedeutet, dass sie weniger Dollar kaufen und verkaufen werden, da es andere tragfähige Alternativen gibt. Dies könnte zu verstärkter Währungsinstabilität führen. Von 1999 bis 2003 verlor der Dollar 10 % von seinem Spielraum an den Euro. In diese Periode sank der Anteil des Dollar an den Währungsreserven der Zentralbanken von 70 % auf 60 %, während in der gleichen Zeitspanne der Anteil des Euro von 10 % auf 20 % stieg.<sup>241</sup>

Folglich werden die USA zunehmend genötigt sein, eine solide Wirtschaftspolitik zu betreiben, um das weltweite Vertrauen in den Dollar zu erhalten, wenn sie nicht ihr Heil in permanenten Kriegen suchen wollen. Zumal, wenn das Vertrauen zur amerikanischen Politik schwindet, wird der Trend dahin gehen, Dollar gegen Euro einzutauschen. Die jüngste Entscheidung Russlands, demnächst seinen gesamten Erdöl- und Gasexport in Euro und nicht mehr in US-Dollar abrechnen zu wollen, wird ein Triumph für die EU und ein herber Schlag für die USA sein, deren Macht doch auf der bislang unangefochtenen Herrschaft des Dollars als Leitwährung auch im globalen Energiegeschäft basiert. Das heißt, weil Russland über 50 % des Brennstoffbedarfs der EU liefert, wird der Dollar vom Markt verdrängt und die USA werden mit einer Herausforderung konfrontiert, die weit über alle bisherigen Emanzipationsversuche Europas hinausgeht.<sup>242</sup>

---

240 Garten, Jeffrey; *Der Kalte Frieden; Amerika Japan Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie*: Frankfurt/New York (Campus Verlag); 1993; S. 179.

241 Vgl. Schäfer, Ulrich; Mutter aller Gefahren; in: *Spiegel*; 15/2003; S. 147.

242 Vgl. Didzoleit, Winfried; Koch, Dirk; Europa, Die neue Unbefangenheit; in: *Spiegel Online*; <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,258060,00.html>; 21.06.2003.

Die Flucht aus dem Dollar in andere Währungen führte natürlich zur Intensität der Ökonomisierung der US-Außenpolitik auf der Ebene der Ideen und Wahrnehmungsmuster, aber auch im Hinblick auf die operative Politik in den Institutionen, wie der Ökonom Thomas Paulsen zu erklären versucht.

Um ein möglichst umfassendes Bild vom Verhältnis der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in der amerikanischen Außenpolitik zu erhalten und um Verschiebungen und Wechselwirkungen erkennen zu können, hatte Paulsen die Bereiche der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik im Rahmen einer breiten Analyse untersucht. Sein Augenmerk richtete sich dabei auf die programmatisch-ideologische Dimension, die Ebene des außenpolitischen Entscheidungssystems sowie die Ebene der operativen Außenpolitik gegenüber anderen Ländern.<sup>243</sup>

„It’s the economy, stupid!“ – das war der innenpolitische Slogan, mit dem Bill Clinton 1992 kurz nach dem Ende des Kalten Krieges und damit einhergehenden Paradigmenwechsel der Politik die Wähler für sich gewinnen konnte. Auch in der Außenpolitik erhob der neue Präsident den Anspruch, das Verhältnis zwischen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Prioritäten neu zu definieren. In Prinzip ging es ihm nicht darum, die Außenpolitik der Innen- und Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Vielmehr sollte eine starke ökonomische Grundlage im Innern die Voraussetzung für die fragile Macht der USA in der internationalen Politik bleiben: „Amerika muss seine wirtschaftliche Stärke wiedergewinnen, um seine Führungsposition in der Weltpolitik zu bewahren. Militärische Stärke wird weiterhin für unsere Sicherheit lebenswichtig bleiben, doch im Vergleich zur Bedeutung der wirtschaftlichen Stärke ist ihr Stellenwert gesunken.“<sup>244</sup>

Dementsprechend sollten ökonomische Ziele den Kern des außenpolitischen Interessenkalküls der USA bilden. Daher machte Clinton klar, dass das Konzept des „Strategischen Handels“ und das Denken in Kategorien der „Geoökonomie“ und „ökonomischen Sicherheit“ verstärkt Zulauf in der Politik gefunden hätten. Der Begriff „Economic Diplomacy“ beherrschte vor allem in den Anfangsjahren der Präsidentschaft Clintons den Schwerpunkt amerikanischer Außenpolitik.<sup>245</sup> Nationale Sicherheit wurde im Rahmen dieser Neuorientierung nicht mehr vorrangig von ihrer militärischen Seite her begriffen, sondern im Sinne internationaler Wettbewerbsfähigkeit und nationaler Wohlstandsmaximierung ökonomisch uminterpretiert.

---

243 Vgl. Paulsen, Thomas; *Economic Diplomacy. Die Ökonomisierung der amerikanischen Außenpolitik unter Präsident Clinton 1993–1996*; Opladen (Leske & Budrich Verlag); 1999.

244 Ebenda; S. 9.

245 Ebenda; S. 36.

Diese Ideen haben sich mit klassisch liberalen Forderungen nach einer „Friedensdividende“ und einer Rückbesinnung auf die Innen- und Wirtschaftspolitik vermischt und die Außenpolitik der Regierung Clinton erheblich beeinflusst.

Paulsen zufolge wendet sich die US-Regierung seitdem zunehmend von freihändlerischen Argumentationsmustern ab. Deutlich manifestierte sich dies im Entscheidungsprozeß und im institutionellen Gefüge der Exekutive. Clintons Neustrukturierung des außenpolitischen Entscheidungsapparats durch die Schaffung des nationalen Wirtschaftsrats NEC, die Erweiterung des Aufgabenspektrums der Geheimdienste<sup>246</sup> und die Reform des Exportfördersystems reflektierten das neue Gewicht wirtschaftspolitischer Ziele. Indem Clinton durch den NEC den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß stärker im Weißen Haus zentralisierte,<sup>247</sup> wurde der Bereich der Wirtschaftspolitik organisatorisch aufgewertet. In dem Maße, wie somit ökonomische Sachverhalte an Bedeutung gewannen, fand eine Verschiebung der Machtbalance zwischen Institutionen und Akteuren statt. Das politisch-militärische Establishment trat tendenziell in den Hintergrund, während der Einfluss anderer Akteure – z.B. des Handelsbeauftragten oder des Vorsitzenden des Nationalen Wirtschaftsrats – in der Administration zunahm.

Auf der praktischen Ebene der Außenwirtschaftspolitik zeigte die Clinton-Administration zunehmend eine hohe Konfrontationsbereitschaft mittels protektionistischen Drucks, die zu ernststen handelspolitischen Auseinandersetzungen mit Japan,<sup>248</sup> China<sup>249</sup> und der EU<sup>250</sup> führten, obwohl er in seiner Amtszeit das NAFTA- und das GATT-Abkommen vom Kongress ratifizieren ließ und der APEC-Prozess startete.

In Anbetracht der erklärten Tatsachen lässt sich das, „was unter dem Etikett ‚Globalisierung‘ als weltumspannender positiver und zukunftsächtiger Wandel verstanden wird, längst als Zersetzungsprozess der herrschenden Wirtschaftsordnung dechiffrieren, die in eine schrumpfende globale Realwirtschaft zerfällt. Dabei kann der systemimmanente strukturelle Widerspruch von Staat und Markt bzw. von Politik und Ökonomie sowohl auf der Ebene der Nationalstaaten als auch auf der Ebene des Weltsystems nicht mehr ausgehalten werden. Was

---

246 Ebenda; S. 93 f.

247 Ebenda; S. 83 f.

248 Ebenda; S. 121f.

249 Ebenda; S. 143 f.

250 Ebenda; S. 160 f.

sich innenpolitisch als Austrocknungsprozess der staatlichen Souveränität darstellt, erscheint außenpolitisch als Verfall der internationalen Beziehungen.<sup>251</sup>

Diese innere Logik der Systemkrise wirkt jedoch nicht nur als Strukturbruch auf der Ebene der Weltmarktbeziehungen wegen der Substanzlosigkeit der Weltwirtschaft und des daran gebundenen Geldes (US-Dollar). Sondern sie erzeugt auch den Strukturbruch auf der Ebene des weltpolitischen Systems, der zwangsläufig eine neue Orientierung der weltpolitischen Großwetterlage auf Basis einer multipolaren Welt unabdingbar erforderlich macht.

Die Folge dieses Prozesses ist jedoch bisher die beunruhigende Demonstration einer „unilateralen“ (unipolaren), hegemonialen und/oder imperialen Macht (USA), die quasi auf der Suche nach Berechtigung für die Durchsetzung der Devise – die militärisch stärkste Macht bestimmt, was Recht und was unrecht ist –, durch Erfindung moralischer Missionen, die bisherige Geschichte umzudeuten versucht, um den Zerfall des in Auflösung befindlichen politischen und wirtschaftlichen Systems zu verhindern.

Es scheint aber, dass sich viele missionsgeleitete Analytiker wie Beck und Risse nicht mal annähernd der Beschreibung dieser Wirklichkeit widmen, sondern sich jeweils durch Anwendung von unflexiblen, tradierten Modellvorstellungen mit dieser neuen Realität befassen. Im Gegensatz dazu wagen Kritiker wie Immanuel Todd, Edward Luttwak und Charles Kupchan langsam eine wissenschaftliche Neuorientierung, um der Realität gerecht zu werden, indem sie versuchen, die Wechselwirkungen in der politischen und ökonomischen Wirklichkeit zu veranschaulichen.

Auch wenn diese an einigen Stellen noch zu kurz greifen, betrachten sie doch diese Wechselwirkungen nicht als ahistorische Momente der Geschichte, sondern als Folge der störenden Prozesse innerhalb der Weltwirtschaft und des Währungssystems nach dem Zweiten Weltkrieg, die angeblich die Entstehung solcher Krisen verhindern sollten. Aus diesem Grunde ist eine Auseinandersetzung mit diesem System erforderlich.

## **2.6. Die Geoökonomie der Finanzen oder die Pathologie der US-Wirtschaft**

Im Sinne der Systemkontinuität sollte nach dem Suizid der Sowjetunion und der Beisetzung des „real existierenden“ – oder „real fehlenden“ – Sozialismus der Kapitalismus neu entdeckt werden. Der Kalte Krieg war vorbei, Rüstungsprodukte wurden nicht mehr in dem früheren Ausmaß gebraucht, die Welt öffnete sich für den zivilen Handel und die Waffenindustrie

---

251 Vgl. Kurz, Robert; Weltordnungskrieg; Bad Honnef (Horlenmann Verlag); 2003; S. 12.



schien an Bedeutung zu verlieren. Dementsprechend waren die Militärausgaben der USA in rasantem Tempo sukzessiv von 401 Milliarden Dollar im Jahre 1989 auf 274 Milliarden Dollar im Jahre 2000 reduziert worden.<sup>252</sup> Parallel dazu schrumpften auch weltweit die Waffenkäufe. Folglich sank der Anteil der Gewinne aus der Rüstungsindustrie an den weltweiten Gewinnen durchschnittlich von 8 % im Jahre 1990 auf magere 3 % am Ende des Jahres 2000.<sup>253</sup>

An der Stelle der Rüstungsindustrie gewann nun ein neues, überwiegend auf ziviler Hochtechnologie basierendes Unternehmertum weltweit und im Besonderen in den USA, die Oberhand. Die Friedensdividenden sollten die Kriegsgewinne ersetzen. Eine neue Rhetorik für die Rechtfertigung der Investitionen beherrschte die Märkte: Kapitalkontrolle wurde vom freien Kapitalfluss, Protektionismus von Privatisierung und Wettrüstung – dem Anschein nach – durch triviale Entspannungspolitik abgelöst.

Mit dem Zauberwort „New Economy“ wurde für dieses System Interesse geweckt. Angeblich sollte durch Internet, Telekommunikation, neue Medien sowie Biotechnologie ein neues Wirtschaftsparadigma wirksam werden, das ungeahnte Firmen- und Aktiengewinne, enorme Produktivitätsfortschritte, die Beseitigung der Inflation und eine dauerhafte Prosperität der Weltwirtschaft sicherte.

Parallel dazu entwickelten sich Anfang der 90er Jahre im Schatten der „New Economy“ auf den Finanzmärkten, die mit Hilfe der elektronischen Datenverbindungen globalisiert worden sind, Derivate, wie bspw. Futures, Swap, Put-Optionen und andere einfallsreiche Finanzinstrumente zum Schwerpunkt des Finanzsystems. Mit den völlig von der Realwirtschaft abgekoppelten Derivaten wurde auf Schwankungen von Währungskursen, Zinssätzen, Aktien und Anleihen gewettet.

Diese Derivatgeschäfte wurden zusätzlich durch die herrschende monetäre und neoliberale Weltanschauung des Internationalen Währungsfond (IWF) kräftig forciert. Der IWF, welcher durch eine weltweite „Strukturanpassung“ insbesondere der Privatisierung staatlicher Unternehmen, der Industrie und Infrastruktur erzwang, beschleunigte den Börsengang dieser Betriebe, sowie den Zugriff der internationalen Börsenspekulanten auf spekulative

---

252 Vgl. Autor unbekannt; U. S. Dominates World Military Spending; in: The Defence Monitor; Vol. XXVIII; Nr. 1; 1999; S. 5.

253 Vgl. Bichler, Shimon; Nitzan, Jonathan; Globale Kapitalakkumulation und neue Kriege im Nahen Osten; in: inamo; Nr. 32; Winter 2002; S. 32-33.

Aktientransaktionen mit den Aktien der ehemals staatseigenen Firmen und verhandelte Aktien der neu gegründeten Firmen der „New Economy“ weltweit.

Der Mythos der Informationsgesellschaft und die damit einhergehende Kampagne der „New Economy“, die seitens der Medien, der „Finanzexperten“ und der Regierungen der Industrieländer mit voller Wucht einsetzte, erfüllte eine Zeitlang ihren Zweck. Tatsächlich erhöhten sich die Gesamtgewinne der Branche nominell von 5 % im Jahre 1990 auf 15 % im Jahre 2000.<sup>254</sup>

Dementsprechend wurde von den Regierungen der westlichen Welt, allen voran den USA, unermüdlich das „globale Dorf“ gepriesen. Was die Welt brauche, wiederholten sie gebetsmühlenartig, seien offene Grenzen, Freihandel und Kapitalmobilität. Folglich explodierten künstlich die Aktienkurse von Firmen der „New Economy“ – selbst wenn sie nur Verluste erwirtschafteten.

Beispielsweise erreichte im März 2000 der Netzwerk-Hersteller Cisco Systems an der Börse den astronomischen Wert von 580 Milliarden Dollar. Konzernchef John Chambers fabulierte, Cisco werde als erstes Unternehmen der Welt eine Billion Dollar wert sein. Im selben Monat aber wurden so viele Finanzwetten wie nie zuvor auf einen Absturz der Cisco-Aktie abgeschlossen: Manager von Hedge-Fonds hielten die Papiere für überbewertet und versuchten, aus dieser Einschätzung Kapital zu schlagen. Möglich war dies, weil die lose regulierten Fonds Instrumente nutzen können, mit denen sie auch an fallenden Kursen Geld verdienen. Die Spekulation ging auf. Binnen weniger Wochen halbierte sich der Wert, viele andere Aktien stürzten ins Bodenlose.<sup>255</sup> Interessanterweise wurde der Vorstand von Cisco System im Jahre 2002 wegen Bilanzfälschungen verurteilt.<sup>256</sup>

Trotzdem schien der neue zivile Turbo-Techno-Kapitalismus bis zum Beginn des Jahres 2000 siegreich zu sein. Was in der Theorie als bahnbrechende Entwicklung proklamiert wurde, sah in der Praxis allerdings weniger elegant aus und stellte zunehmend die Stabilität des Weltfinanzsystems in der Dekade der „New Economy“ in Frage. Abgesehen von der Euphorie über die „New Economy“ führte der blinde Glaube an einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel in der amerikanischen Wirtschaft, den man auf die Formel „Shareholder

---

254 Vgl. Bichler, Shimon; Nitzan, Jonathan; Globale Kapitalakkumulation und neue Kriege im Nahen Osten; in: inamo; Nr. 32; Winter 2002; S. 32-33.

255 Vgl. Hesse, Martin; Könige der Spekulanten. Risiko-Fonds sind gut im Geschäft. Genau das könnte ihr Problem werden; in: Die Zeit; Nr. 45/2003; S. 43.

256 Detterman, Markus; Fleischehauer, Jan; Jung, Alexander; Reiermann, Christian; Gier ohne Grenzen; in: Der Spiegel 28/2002; S. 95.

Value über alles“ reduzieren kann, die Weltwirtschaft mehrmals an die Grenze des Zusammenbruchs.

An einige finanzpolitisch relevante Ereignisse in den 90er Jahren wird man sich gut erinnern: Das Platzen der japanischen Finanz- und Immobilienblase 1990, der Konkurs des Londoner Bankhauses Baring in Folge der spekulativen Geschäfte in Hongkong 1995, der Zusammenbruch der Wirtschaft der ostasiatischen Länder und Süd-Koreas, in Folge der spekulativen Finanztransaktionen 1997, die Krise des russischen Aktienmarktes 1998, der Kollaps des Hedgefonds LTCM im gleichen Jahre, die Zahlungsunfähigkeit des riesigen Spekulationsfonds Tiger Management LP 1999, das Platzen der Blase der New-Economy seit Frühling 2000, der Bankenkollaps in der Türkei 2001, der aktuelle Finanzkollaps in Argentinien, Uruguay sowie Brasilien und die zunächst konjunkturelle und finanzielle Talfahrt der USA, als größter Ökonomie der Welt und Vorreiter der Globalisierung, seit Juni 2001, stellen die Stadien der Krise des neoliberalen Kapitalismus seit den 90er Jahren dar.

Daraufhin spendierten nach jeder Finanzkrise in Asien, Lateinamerika und Russland in den Jahren 1997 und 1998 die Regierungen der führenden Finanzmächte über den IWF mehrere Milliarden Dollar zusätzlicher internationaler Liquidität, um die Kredite ihrer Banken zu retten.<sup>257</sup> Selbst die angebliche Gefahren des Y2K-Virus, das scheinbar Computerfunktionen im Zusammenhang mit dem Jahrtausendswechsel stören konnte, hatte die US-amerikanische Federal Reserve Bank (Fed) und andere Zentralbanken zum Vorwand genommen, um die Liquidität der Märkte zu lancieren. Ziel der ganzen Aktionen war die Rettung des krisenhaften Weltfinanzsystems.<sup>258</sup>

Diese weltweite Krise des Finanz- und folglich des Wirtschaftssystems entsprang aus der typischen Beziehung zwischen realwirtschaftlicher Produktion, wachsenden spekulativen Finanzwerten und der inflationären Vermehrung der Geldmenge zur Kreditfinanzierung in Folge der Ausweitung der oben erwähnten Finanzinstrumente. In den 90er Jahren hatten Spekulanten aus der zunehmend breiter werdenden Kluft zwischen realwirtschaftlicher Produktion und dem hohen Flug der Finanzinstrumente, sowie der steigenden Geldmenge, auf Kosten der Realwirtschaft profitiert. Im Gewirr des „Casinokapitalismus“ wurde Profit überwiegend durch kurzfristige spekulative Finanzgeschäfte auf den Aktien- und

---

257 Vgl. Brenner, Robert; Boom & Bubble; Die USA in der Weltwirtschaft; Hamburg (VSA Verlag); 2003; S. 199 f.

258 Vgl. Ebenda; S. 209.

Anleihenmärkten, durch Fusionen, bzw. feindliche Übernahmen, Derivathandel und sehr häufig durch Bilanzierungsbetrug erzielt.

Dementsprechend waren die Finanzmärkte durch ökonomische Sorgen verzerrt. Eine Vielzahl von Wirtschaftsexperten, welche die Ökonomie an einem ähnlichen Punkt sahen, wie z.B. nach der Erfindung der Eisenbahn oder meinten, dass die Dynamik der Gründerjahre der Industrialisierung sich bezüglich der New Economy annähernd wiederholte, empfahlen den (Rück-)Schritt in den Keynesianismus.<sup>259</sup>

Interessanter Weise plädierte sogar der deutsche Bundesfinanzminister Hans Eichel für diesen Schritt und damit für „regulierende und schützende Mechanismen gegen Spekulationen und die Volkswirtschaften gefährdende Fehlentwicklungen.“ Weiter meinte er: „Dabei könnten Kapitalverkehrsbeschränkungen grundsätzlich eine unterstützende Rolle spielen.“<sup>260</sup> Damit bestätigte er die Krise des Finanzsystems.

In der Tat war seit Beginn der 90er Jahre eine grundlegende Reform des Weltfinanzsystems notwendig geworden. Stattdessen beschlossen jedoch die Zentralbanken der größten Industrieländer nach jeder Krise auf das letzte verbliebene Mittel gegen einen allgemeinen Finanzausbruch zurückzugreifen: die Notenpresse. Damit legte man sich, nur um einen fragwürdigen Zeitgewinn herauszuschlagen, auf einen inflationären Kurs fest.

Seit Anfang 1990 begann die größte monetäre Expansion der Wirtschaftsgeschichte. Die Fed verfügte seit Juli 1990 bis Juni 2003 insgesamt mehrere periodische Zinssenkungen hintereinander, so dass die Zinsrate schließlich von 8 % im Jahre 1990 auf 1 % im Juni 2003 sank.<sup>261</sup> In der ersten Periode sanken die Leitzinsen zwischen 1990 und 1994 von 8 auf 3 %. Aufgrund der scheinbaren Erholung der Finanzmärkte stiegen die Leitzinsen im Jahre 1995 bis auf 6 %. Von Februar 1995 bis Juni 1999 sanken die Zinsen erneut bis auf 4,75 %. Nach einer zweijährigen Zinserhöhung, welche die 6,5 Prozentmarke Mitte Mai 2000 erreichte, stürzten die Leitzinsen in raschem Tempo endgültig auf die 1,7 Prozentmarke im Dezember 2001. Im Jahre 2002 sind die Leitzinsen auf 1,2 % gesunken und erreichten die Marke von 1 % im Juni 2003.<sup>262</sup>

---

259 Lamy, Pascal: „Unsere Märkte sind nicht offen“; in: Die Zeit; Nr. 37; 06.09.2002; S. 21 u. Hohental, Carl Graf: Der lange Atem des Kapitalismus; in: Die Welt; 05.09.2001; S. 10.

260 Autor Unbekannt; Eichel und Köhler bekräftigen Skepsis gegenüber Devisenhandels-Steuer; in: Handelsblatt; Nr. 175; 11.09.2001; S. 3.

261 Vgl. The Federal Reserve Board; Open Market Operations; in: <http://www.federalreserve.gov/fomc/fundsrate.htm>; 17.11.2003.

262 Ebenda.

Ähnliches geschah in Europa. In Japan mussten sogar die Zinsen auf ein noch beträchtlich niedrigeres Niveau herabgedrückt werden, weil sich nur so zugleich der Kapitalfluss von Japan nach Amerika aufrechterhalten ließ. Die Zinsrate der japanischen Zentralbank wurde ab 1990 auf einen zuvor kaum vorstellbaren Wert von einem halben Prozentpunkt abgesenkt. Als auch dies noch nicht ausreichte, erklärte die Bank von Japan im Februar 1999, sie werde fortan soviel Liquidität für kurzfristige Gelder in den Markt hineinpumpen, bis sich dort von selbst ein ständiger Nullzinssatz herausbilde.<sup>263</sup>

Ryoji Musha, der Chefstrategie der Deutschen Bank in Tokio, sieht in dieser aggressiven Geldpolitik Japans den Versuch der japanischen Zentralbank, die Entwertung der Ersparnisse der japanischen Sparer zu verhindern. „Japan kam aus dem Zweiten Weltkrieg mit nahezu nichts. Heute halten die japanischen Haushalte Vermögen von 1,4 Trillionen Yen (11 Billionen Euro). Die Hälfte davon liegt auf Sparkonten. Das ist ziemlich viel. Was aber den Wert dieser Summe in den vergangenen Jahren stabil gehalten hat, ist die Null-Zins-Politik der Bank von Japan. ... 5 Prozent Zinsen auf 700 Billionen Yen sind 35 Billionen Yen. Japans BIP beläuft sich auf knapp 500 Billionen Yen. Demzufolge sind 35 Billionen Yen 7 Prozent des BIP.“ Das waren die Zinsen, welche die Banken auf das ihnen anvertraute Geld zahlen mussten. „Wenn Sie einen Zins von 5 Prozent haben möchten, müssten Sie die riesigen Vermögenswerte reduzieren, auf welche dieser Zins gezahlt werden soll. Wenn Sie das nicht können, müssen Sie die Zinsen senken, das heißt die allgemeinen Erwartungen herunterschrauben. Vor einiger Zeit war das auch in Japan nicht vorstellbar. Heute ist es Realität.“<sup>264</sup> Aber das bedeutet auch, dass die japanischen Banken das ihnen anvertraute Geld nach Belieben nutzen können, etwa zum Kauf von hochverzinsten amerikanischen Staatsanleihen, ohne einen Preis dafür bezahlen zu müssen.

Ein Nebeneffekt dieser monetären Notmaßnahmen war die Scheinblüte der US-Wirtschaft in den 90er Jahren, die nur sehr wenig mit neuen Technologien, dagegen jedoch sehr viel mit maßloser Kreditschöpfung der Fed durch periodische Zinsreduzierung und dem Überangebot an japanischen Krediten zu tun hatte. In der Tat hatte 1990 die US-Wirtschaft 28 % des BSPs

---

263 Vgl. Musha, Ryoji; Wir stehen am Ende einer Ära; in: FAZ; Nr. 223; 25.09.2003; S. 23.

264 Ebenda.

der Welt produziert.<sup>265</sup> Zwölf Jahre danach in der Folge des so genannten Boom der 90er Jahre reduzierte sich der Anteil der USA am Weltbruttosozialprodukt auf 22 %.<sup>266</sup>

Es wurden gerade so zu den bereits vor 1990 bestehenden finanziellen Notlagen mit der Euphorie über die „New Economy“ und die Entwicklung an der Nasdaq alle führenden Börsenplätze der Welt mit billigem Geld inflationiert, was einen noch sehr viel größeren Berg finanzieller Versprechungen schuf. Die Aufblähung der Aktienmärkte lieferte wiederum den Treibstoff für die größte Welle von Firmenübernahmen und Fusionen aller Zeiten sowie für spekulative Transaktionen.

Die in den Jahren 1990 bis 2003 praktizierte Zinspolitik drückte mächtig auf die Stimmungslage an den Finanzmärkten, die sich in der Erhöhung des Schuldenbergs der USA widerspiegelte. Bis zum Jahre 2002 erhöhten die USA ihre Schulden auf 29.000 Milliarden Dollar – davon waren 3.400 Milliarden Dollar Nettoauslandsschulden. So wurde die US-amerikanische Volkswirtschaft zur am höchsten verschuldeten der Welt. Ende 2002 betrugen die öffentlichen Schulden 7.300 Milliarden Dollar, die privaten Haushalte hatten Schulden in Höhe von 7.700 Milliarden Dollar und die privaten Unternehmen 14.000 Milliarden Dollar.<sup>267</sup>

Die Schulden der amerikanischen Finanzunternehmen allein – also solcher Firmen wie J.P. Morgan, Chase Manhattan oder Prudential Life Insurance – werden sogar auf rund 25.000 Milliarden Dollar geschätzt.<sup>268</sup> Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht macht die gesamte Außenschuld der 187 Entwicklungsländer (einschließlich Russland und China) mit ca. 2.500 Milliarden US-Dollar im Jahr 2002 nur einen Bruchteil der US-Verschuldung aus.<sup>269</sup>

Dieser Schuldenberg hatte ein permanent steigendes Handelsdefizit zur Folge. Im Prinzip beruhte die Scheinprosperität der US-Wirtschaft seit 1990 hauptsächlich darauf, dass steigende Aktienpreise einen nominellen Wohlstandseffekt erzeugten, der zu expandierenden Konsumausgaben und Konsumentenschulden führte. Die steigenden Konsumausgaben wurden aber nicht durch eine entsprechende Steigerung der Produktionsleistung der amerikanischen Wirtschaft gedeckt, sondern mehrheitlich durch stetig steigende Importe, die durch eine entsprechende Erhöhung der Auslandsverschuldung finanziert wurden.

---

265 Vgl. Garten, Jeffrey; Der Kalte Frieden; Amerika, Japan, Deutschland im Wettstreit um die Hegemonie; Frankfurt/ New York (Campus Verlag); 1993.

266 Vgl. Müller, Harald; Supermacht in der Sackgasse?; Frankfurt a. M. (Fischer Taschenbuch Verlag); 2003; S. 37.

267 Vgl. Le Monde diplomatique (Hg.); Atlas der Globalisierung; Die Schuldenfalle; Berlin (taz Verlag); 2003; S. 28.

268 Richebächer, Kurt; Statistics explain divide between US and Europe; in: Financial Times; 5.09.2000; S. 11.

269 Vgl. Le Monde diplomatique (Hg.); Atlas der Globalisierung; Die Schuldenfalle; Berlin (taz. Verlag); 2003; S. 28.

Dies führte zwangsläufig zu einem Monat für Monat steigendem Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten. Während es noch in den 70er Jahren jährlich ca. 50 Milliarden Dollar betrug, stieg es infolge dieses ungezügelter Konsums und betrug schon im Jahre 1987 mehr als 170 Milliarden Dollar.<sup>270</sup> Seit 1993 mussten die USA abermals im Handel mit Japan, China, Südostasien, Kanada und Mexiko sowie der EU jedes Jahr neue Rekorddefizite hinnehmen. Diese wachsenden Defizite sind nicht mit denen anderer Volkswirtschaften vergleichbar, sondern Teil der krisengeschüttelten globalen Wirtschaft und damit Ausdruck einer Systemkrise.

Beispielsweise wurden im Jahr 1998 weltweit Waren im Werte von 5.375 Milliarden Dollar exportiert. Die USA, Deutschland und Japan bildeten dabei das Spitzentrio im Welthandel. Die USA verkauften Produkte im Wert von 683 Milliarden Dollar auf den Auslandsmärkten, importierten aber Waren im Wert von 945 Milliarden Dollar. Deutschland dagegen exportierte Waren im Wert von umgerechnet 540 Milliarden Dollar, importierte aber in großem Abstand zu den USA Waren im Wert von umgerechnet 467 Milliarden Dollar. Während Deutschland mit 73 Milliarden Dollar positiver Handelsbilanz auf der Gewinnerseite stand, meldeten die USA ein neues Rekorddefizit in der Höhe von 262 Milliarden Dollar.<sup>271</sup>

Im Jahre 1999 mussten die USA im Außenhandel neue Rekorddefizite hinnehmen. Die Dienstleistungen eingerechnet erhöhte sich das Defizit gegenüber 1998 um 65 % von 164,3 auf 271,3 Milliarden Dollar. Im reinen Warenverkehr kletterte das Defizit von 230 auf über 330 Milliarden Dollar. Das Handelsdefizit hat sich damit gegenüber den Spitzenwerten aus der Reagan-Ära beinahe verdoppelt. Zu dieser Zeit gingen die Handelsdefizite mit einer kräftigen Aufwertung des Dollars einher.<sup>272</sup>

Zudem zeigen sich in dem hohen Außenhandelsdefizit der USA die Spätfolgen der Asienkrise von 1997. Der damalige Wechselkurseinbruch der südostasiatischen Währungen führte zu verstärkten Exporten in die USA. Der zugleich kräftige Kapitalzufluss bis Anfang 2003 erlaubte den Vereinigten Staaten die Abnahme asiatischer Massengüter. Damit leisteten die USA einen Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung in Südostasien, der sich auch jetzt noch in einem steigenden eigenen Handelsdefizit niederschlägt. Die amerikanischen Exporte, die 1998 wegen der Asienkrise noch um 0,5 % gefallen waren, stiegen 1999 um 2,7 % auf das

---

270 Ebenda; S. 25.

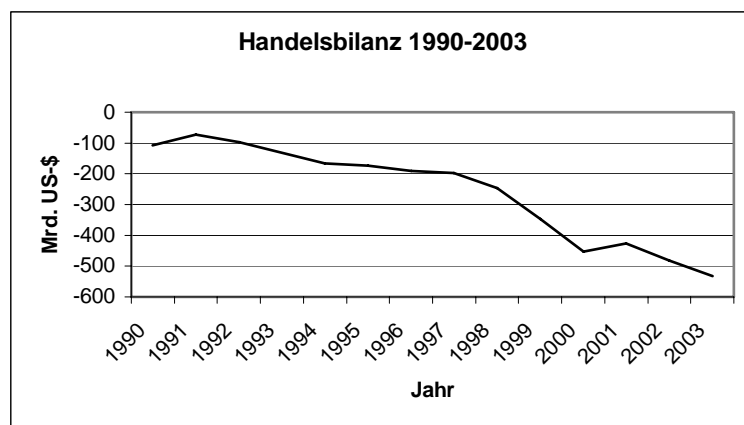
271 Autor unbekannt; Die größten Verkäufer auf dem Weltmarkt; in: Bayernkurier; 29.05.1999; S. 3.

272 Vgl. Autor unbekannt; USA fährt Rekorddefizit im Außenhandel ein; in: Handelsblatt; Nr. 36; 21.02.2000; S. 14.

Rekordvolumen von 958,8 Milliarden Dollar. Die Importe aber schossen ungleich stärker um 12 % empor und erreichten mit 1,23 Billionen Dollar einen neuen Höchststand.<sup>273</sup>

Ab 1999 spiegeln sich im US-Rekordhandelsdefizit vor allem die höheren Öl-Rechnungen der USA wider. Nachdem der Preis eines Barrels Rohöl von 9,19 Dollar im Januar 1999 auf 22,67 Dollar im Dezember desselben Jahrs geklettert war, erhöhte sich die Ölrechnung der Amerikaner 1999 um 33,7 % auf 65,7 Milliarden Dollar. Das bedeutet: Fast ein Viertel der US-Außenhandelsdefizite resultieren aus kräftig verteuerten Öleinfuhren.<sup>274</sup> Folglich überschritt das Handelsdefizit der USA im Jahre 2000 in raschem Tempo endgültig die 500 Milliarden Dollar-Grenze.<sup>275</sup> Nach den gängigen Prognosen werden die US-Regierungen über die kommenden zehn Jahre vier Billionen Dollar zusätzliche Defizite anhäufen und die US-Auslandsschulden werden sich dadurch mehr als verdoppeln.<sup>276</sup>

**Abbildung 1: Handelsbilanz der USA von 1990 bis 2003**



**Quelle:** Adolf, Matthias: Demokratieexport? Die außenpolitischen Leitlinien der USA seit Ende der Blockkonfrontation; Diplomarbeit am Otto-Suhr-Institut; Freie Universität Berlin; 2003; S. 40.

Auf jeden Fall werden Waren im Wert von 500 Milliarden Dollar (d.h. 5 % des jährlichen BSPs der USA) mehr importiert als exportiert. Diese Importe in Höhe von täglich mehr als 1,5 Milliarden Dollar werden durch Auslandsverschuldung finanziert.<sup>277</sup> Hierdurch wird auf schockierende Weise der wahre Zustand der US-Realwirtschaft illustriert. Zugleich offenbart sich die Absurdität des in der ganzen Welt gepriesenen „amerikanischen Modells“ der „New Economy“, die sich angeblich seit Anfang der 90er Jahre im „robusten Aufschwung“ befindet.

<sup>273</sup> Ebenda.

<sup>274</sup> Ebenda.

<sup>275</sup> Vgl. Le Monde diplomatique (Hg.); Atlas der Globalisierung; Das Dominante Dreieck; Berlin (taz Verlag); 2003; S. 25.

<sup>276</sup> Vgl. Fischermann, Thomas; Armes Amerika; in: Die Zeit; Nr. 34; 14.08.2003; S. 18.

<sup>277</sup> Luttwak, Edward; Der Krieg bringt Prestige; in: Die Zeit; 27.03.2003; S. 24.



Nach Auffassung des Fed Chefs Alan Greenspan ist das ausgedehnte Leistungsbilanzdefizit der USA auf lange Sicht nicht zu halten. „Bislang seien zwar keine Anzeichen zu sehen, dass die Finanzierung des Defizits Probleme bereite. Nach wie vor fließe ausländisches Kapital in die USA, weil Investoren bessere Renditen als anderswo erwarteten. Doch sollte der Anstieg des Defizits sich aber fortsetzen, habe ich kaum Zweifel, dass irgendwann in der Zukunft Anpassungen in Gang gesetzt werden“, sagte Greenspan. Er hofft aber: „Wenn die Globalisierung fortschreitet und damit ein noch flexibleres internationales Finanzsystem entsteht, lehrt die Geschichte, dass die derzeitigen Ungleichgewichte mit wenig Aufheben ausgeglichen werden.“ Voraussetzung sei ein möglichst offenes internationales Wirtschafts- und Handelssystem, das nicht von protektionistischen Maßnahmen behindert werde.<sup>278</sup>

Was er aber nicht gerne zugeben möchte, ist das geringe Vertrauen ausländischer Anleger in den Dollar, sodass sie nicht mehr ohne Garantie auf Dollarbasis in den US-Markt investieren wollen, da die Dollarabwertung den Ertrag von US-Anlagen mindert.<sup>279</sup> Damit die Investitionen nicht unter der Dollarabwertung leiden, wirbt beispielsweise die Investmentfirma ABN Amro gegenwärtig seit Mitte 2002 mit „Quanto-Zertifikaten“, welche ohne Wechselkursrisiko ausländisches Kapital umwandeln. Dementsprechend wird in Euro abgerechnet. So können Anleger das Zertifikat auf den S&P-500 derzeit zum Indexstand von knapp 1.000 Punkten in Euro kaufen. Steigt der Index auf 1.100, erhalten sie bei Verkauf auch 1.100 Euro zurück. Der Dollar spielt hier keine Rolle mehr. „Quanto-Zertifikate“ gibt es unter anderem auf Dow Jones, Nasdaq, Nikkei sowie auf Gold und Silber.<sup>280</sup>

Trotz dieser besorgniserregenden Fakten können sich die Vereinigten Staaten bis in die Gegenwart darauf verlassen, dass Japan und Europa sowie andere Partner die ständig wachsenden Außenschulden mitfinanzieren. So wurden der Konsum, die Wirtschaftsexpansion und die Finanzblase der 90er Jahre von privaten und öffentlichen ausländischen Anlegern finanziert.

Der Altbundeskanzler Helmut Schmidt schrieb 1990 mit Unbehagen: „Heute braucht das reichste Land der Welt, die USA, jedes Jahr 130 Milliarden Dollar Kapital- und Kreditzufuhr

---

278 Vgl. Autor unbekannt; US-Konjunktur; Greenspan warnt vor Protektionismus; in: manager-magazin online; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,274910,00.html>; 20.11.2003.

279 Mit dem Überschreiten der Euro-Dollar-Parität habe auch das Interesse an Währungsspekulationen zugenommen. Anleger finden hier eine große Palette von klassischen Optionsscheinen, exotischeren Varianten und hochriskanten Hebelprodukten, die meisten für die Euro-Dollar-Wette. Derzeit gebe es etwa 1.800 Optionsscheine, davon alleine fast 750 auf den Kurs des Euro zum Dollar. Vermittler von Währungs-Optionsscheinen sind vor allem Citibank, Commerzbank und Deutsche Bank. Vgl. Autor unbekannt; Derivate, Mit Zertifikaten gegen Wechselkursrisiken absichern; in: FAZ; Nr. 282; 04.12.2003; S. 23.

280 Vgl. Autor unbekannt; Geldmarkt, Spekulieren ohne Währungsrisiko; in Focus; 26/2003; S. 172.

aus dem Ausland; die beiden nächstreichsten Länder, Japan und Deutschland, produzieren zusammen 130 Milliarden Dollar Überschüsse – und das nun schon seit fünf Jahren – und finanzieren so direkt und indirekt Amerika.“<sup>281</sup>

Allein aus den arabischen Ländern wurde durch das Recycling der Überschüsse aus den Öleinnahmen bis 1990 ca. eine Billionen Dollar in den Vereinigten Staaten investiert.<sup>282</sup> Danach pumpeten die ausländischen Investoren von 1991 bis 1999 über eine Billionen Dollar in die US-Wirtschaft. Damit sorgten sie für rund 9 % aller inländischen Investitionen.<sup>283</sup>

Außerdem halten die Zentralbanken Japans und Europas US-Schatzbriefe in Höhe von einer Billionen Dollar.<sup>284</sup> Vor allem die japanische Zinspolitik leistete hierbei einen entscheidenden Beitrag. Nicht nur japanische Finanzunternehmen, sondern auch unzählige Banken, Fonds und Unternehmen im Ausland bedienten sich des Aufnehmens zinsloser Yen-Kredite bei japanischen Banken, die dann sofort in Dollars eingetauscht und wiederum in hochverzinsliche Märkte überall auf dem Globus investiert wurden; insbesondere in Anleihen und Aktien in den USA. Die japanische Notenbank wurde zum weltweiten Zentrum einer Massenproduktion internationaler Liquidität, die in keiner Statistik von Geldmengenaggregaten irgendeines Landes auftauchte. Dieser Prozess wurde zusätzlich von der amerikanischen Notenbank monetär flankiert. Dadurch stieg der Anteil des Dollars in der Zusammensetzung der weltweiten Währungsreserven von ca. 45 % im Jahre 1992 auf 68 % im Jahre 2001.<sup>285</sup>

Laut Markus Mezger, Analytiker bei der Baden-Württembergischen Bank, haben insbesondere die japanische und amerikanische Notenbank dadurch „das Augenmass für eine langfristig tragfähige Geldpolitik verloren. Der Börsenboom der neunziger Jahre war nichts anderes als eine versteckte Hyperinflation, hervorgerufen durch eine nachlässige und expansive Geldpolitik, deren Vertreter teilweise der Produktivitätsillusion der ‚Neuen Ära‘ in den neunziger Jahren erlagen. Die US-Zentralbankgeldmenge wächst seit Beginn der

---

281 Schmidt, Helmut: Einfügen in die Gemeinschaft der Völker; Frankfurt a. M. (Luchterhand Literaturverlag); 1990; S. 12.

282 Vgl. Hulet, Craig; The Secret U.S. Agenda in the Gulf War; Open Magazine Pamphlet Series (Westfield, New Jersey); 14.02.1991; S. 10; Gowan, Peter; The Gulf War. Iraq and Western Liberalism; in: New Left Review, May-June 1991; S. 47-49 u. Bromley, Simon; Crisis in the Gulf; in: Capital & Class; summer 1991; S. 7-14.

283 Vgl. Friedrich, Klaus; Amerika ist der Welt etwas schuldig; in: Die Welt; 10.05.2001; S. 8.

284 Vgl. Le Monde diplomatique (Hg.); Atlas der Globalisierung; Die verschuldete Hegemonialmacht; Berlin (taz Verlag); 2003; S. 98 u. Le Monde diplomatique (Hg.); Atlas der Globalisierung; Die Schuldenfalle; Berlin (taz Verlag); 2003; S. 28.

285 Vgl. Mezger, Markus; Drei Schlüsselfaktoren der Goldhahn; in: Megatrend Gold: neue Entwicklung (Eine Studie der Baden Württembergische Bank AG); 2003; S. 23.

neunziger Jahre schneller als das nominale BSP. Zum Jahresende 1999 hat sich diese Entwicklung weltweit beschleunigt, als die wichtigsten Zentralbanken aus Sorge vor einem Computercrash durch die Umstellung auf das Jahr 2000 die Geldhähne voll aufgedreht hatten. Das war der eigentliche Motor der überschießenden Aktienkursentwicklung.<sup>286</sup>

Dementsprechend führte die Zuführung von Liquidität zum Aufblähen der schon angewachsenen Finanzblase. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Aktienmarkt. „Der Dow Jones stand Anfang 1994 bei etwa 3.600 Punkten. 1999 hatte er sich mehr als verdreifacht und überschritt die Marke von 11.000 Punkten, ein Gesamtanstieg um mehr als 200 Prozent. Anfang 2000 überschritt der Dow Jones 11.700 Punkte. Jedoch erreichten die Indikatoren der wirtschaftlichen Fundamentaldaten für dieselbe Periode nicht einmal annähernd eine Verdreifachung ihres Wertes. US-Einkommen und Bruttoinlandsprodukt erhöhten sich um knapp 30 Prozent, wobei fast die Hälfte dieses Anstieges Inflation war. Unternehmensgewinne stiegen um knapp 60 Prozent, und das von einer rezessionsgeprägten Ausgangssituation“.<sup>287</sup>

Diese Entwicklung hat vorherrschend vor allem direkt und indirekt die spekulativen Investitionen der Kleinaktionäre auf Basis von billigen Krediten erleichtert. Die Spekulanten haben auf dem Höhepunkt des so genannten Booms des Aktienmarktes im Jahre 2000, mit der Hoffnung aus den ewig steigenden Börsenkursen profitieren zu können, mehr als 300 Milliarden Dollar Kredite aufgenommen und auf dem amerikanischen Aktienmarkt verspekuliert.<sup>288</sup>

Dieser Prozess ist mit der jüngsten Weltwirtschaftskrise verebbt. Im März 2000 brach die amerikanische Wirtschaft plötzlich zusammen und damit auch der Traum von ewig steigenden Börsenkursen. Der Zusammenbruch der „New Economy“, die in den neunziger Jahren noch als der Wunder vollbringende Markt gefeiert wurde, verschärfte noch die weltweit herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise, die seit 1995 in Russland, Mexiko, in Asien, der Türkei, Brasilien, Uruguay und Argentinien schleichend, aber anhaltend die Weltwirtschaft strapaziert hatte und die Bewertungen der Aktienmärkte abstürzen ließ. Damit

---

286 Ebenda; S. 26.

287 Vgl. Shiller, Robert; *Irrational Exuberance*; New Jersey (Princeton University Press; 2000; S. 4.

288 Vgl. Autor unbekannt; *Börse, Aktienkauf auf Kredit wird wieder populär*; in; FAZ; Nr. 239; 15. Oktober 2003; S. 25.

waren „die Dotcom Visionäre entlarvt. Ihre Idee von der ‚New Economy‘ hat sich – ganz offensichtlich – als bisher größter Bluff in der Wirtschaftsgeschichte entpuppt.“<sup>289</sup>

Obwohl seit Mitte der 90er Jahre die kommende katastrophale Wirtschaftskrise in Bezug auf die so genannte „New Economy“ wegen der Diskrepanz zwischen ihren Real- und Marktwerten zu erwarten war, und viele Experten, wie zum Beispiel der ehemalige Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine<sup>290</sup> und der Megaspekulant Georg Soros<sup>291</sup> eine Regulierung der Finanzmärkte sowie eine Kursänderung der Weltwirtschaft empfahlen, prophezeite Alan Greenspan, Chef der amerikanischen Notenbank, erst im Juli 2000, d.h. drei Monate nach Ausbruch der amerikanischen Finanzkrise, auf einer Konferenz mit dem Thema „The Next Financial Crisis“, „dass die Krise komme.“ Er halte aber einen Rettungsring zur Eindämmung der Krise bereit. Dieser Rettungsring, der abgesehen von den Banken die flexiblen und transparenten Instrumente des ganzen Marktes einschließen sollte, war angeblich die Garantie dafür, die USA vor „zyklisch drohenden Katastrophen“ zu schützen.<sup>292</sup>

Faktisch hatte sich die Talfahrt der amerikanischen Wirtschaft ab Mitte 2000 rasant beschleunigt. Um eine technisch und finanzpsychologisch begründete Geldknappheit durch Kapitalflucht zu verhindern und den Kurssturz der Börse zu bremsen, senkte die Fed, die Leitzinsen acht Mal im Jahre 2001.<sup>293</sup>

Im Hinblick auf die Tatsache, dass die Leitzinsen acht Mal gesenkt worden waren und die Märkte somit zusätzliche Liquidität erhalten hatten, dies aber nicht die gewünschten Effekte erzielte, war es abzusehen, dass auch eine erneute Zinssenkung alleine die US-Wirtschaft nicht werde ankurbeln können.

In der Folge des Anschlages der 11. September 2001 erlebten die Aktienmärkte, die ohnehin weit in der Krise steckten, zusätzlich den tiefsten Sturz seit dem Börsenkrach von 1987. Am stärksten unter Druck waren die Aktien der Fluggesellschaften, Hotelketten, Luxusgüterfirmen, Autokonzerne, der Unternehmen des Freizeitsektors, sowie der Banken und Versicherungen. Zu den wenigen Gewinnern gehörten abermals Rüstungskonzerne und Erdölproduzenten, da die gespannte politische Situation steigende Verteidigungsausgaben und hohe Erdölpreise erwarten lies. Um die Schäden zu begrenzen hatten die Finanzmärkte in den

---

289 Lütge, Gunhild; Die Rache der Old Economy; in: Die Zeit; Nr. 12; 13.03.2003; S. 28-29.

290 Vgl. Lafontaine, Oskar; Müller, Christa; Keine Angst vor der Globalisierung; Bonn (Dietz Verlag); 1998.

291 Vgl. Soros, Georg; Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr; Frankfurt a. M. (Fischer Taschenbuch Verlag); 2000.

292 Vgl. Mejlas, Jordan; Am Tisch 17, Greenspan, Rockefeller und Kurzweil beim Dinner; in: FAZ; Nr. 162; 15.07.2000; S. 41.

293 Autor Unbekannt; US-Wirtschaft vor Rezession; in: Die Welt; 8.09.2001; S. 1.

Vereinigten Staaten, die unter Schock standen, für etwa zwei Wochen geschlossen.<sup>294</sup> Aber auch die Londoner, Deutsche und Schweizer Börse stoppten ihre Handelssysteme mit amerikanischen Aktien.<sup>295</sup>

Nach diese Verschnaufpause geschah, was in einer „normalen“ Situation nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Die Fed versuchte, nach der panischen Reaktion der US-Finanzmärkte, durch massive Marktintervention und der Bereitstellung eines mehr als 100 Milliarden Dollar umfassenden Finanzpaketes, stabilisierend auf den einbrechenden Finanzmarkt einzuwirken. Sie hatte nach dem Anschlag erneut mehrmals die Leitzinsen von 6,5 % Anfang 2001 auf schließlich 1,75 % gesenkt. Auch die EZB entschloss sich zu einem ähnlichen Schritt.<sup>296</sup>

Darüber hinaus genehmigte der US-Kongress sofort ein 40 Milliarden Dollar schweres Notstandspaket. Später versuchte die Bush-Administration, mittels riesiger Rüstungsausgaben, die US-Wirtschaft anzukurbeln. Sie bemühte sich ebenso durch Steuersenkungen, als auch mit einem gigantischen Konjunkturprogramm („Economic Stimulus Package“) im Wert von 75 bis 200 Milliarden Dollar, die rasante Talfahrt der amerikanischen Wirtschaft, im Sinne eines kurzfristigen Keynesianismus bzw. Kriegskeynesianismus, zu stoppen.<sup>297</sup>

Trotzdem waren die Bemühungen der Zentralbanken und Regierungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte weitestgehend vergeblich. Unabhängig von Greenspans Rettungsschirm stürzte der Dow Jones von 11.723 auf 7.286 Punkte und verlor damit mehr als 4.400 Punkte, das heißt, ca. 40 % seines Wertes. Dem Technologie-Index Nasdaq widerfuhr ein noch schlimmeres Schicksal: Er stürzte von 5.048 auf 1.114 Punkte. Alles in allem verlor der Nasdaq 3.934 Punkte und büßte 78 % seines realen Wertes ein (Abb. 2).<sup>298</sup>

---

294 Vgl. Autor Unbekannt; Heftige Rückschläge an Europas Börsen; in: NZZ; Nr. 214; 15/16.09.01; S. 24.

295 Vgl. Autor Unbekannt; Zerschlagene Prognosen in den USA; Angleiten in die Rezession ist zunehmend wahrscheinlich; in: NZZ; 13.09.2001; S. 9 u. Autor unbekannt; Heftige Rückschläge an Europas Börsen; in: NZZ 15/16.09.2001; S. 24.

296 Vgl. Dreis, Folker; Nach den Terroranschläge entdeckt die Wall Street Patriotismus und Solidarität; in FAZ; 12.09.2001; S. 3; Schellenberger, Rouven; Szent-Ivani, Timor; Weltfinanzmärkte extrem Nervös; in Berliner Zeitung; 13.09.2001; S. 35 u. Autor unbekannt; Bankaktien Tritzen Konkurswelle in Amerika; in: FAZ; 28.09.2002; S. 29.

297 Vgl. Hennings, K. Kowalski; Pumpen für den Ernstfall; in: Focus 41/20001; S. 255-259 u. Mannhart-Maier, Helmut; Der Keynesianer Bush; in: Süddeutsche Zeitung; 06./07.10.2002; S. 21.

298 Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 20.08.2003.

**Abbildung 2: Aufstieg und Fall von DOW und NASDAQ von 1999 bis 2004**



**Quelle:** Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 20.08.2003.

Es war nicht zu vermeiden, dass diese Misere in einer Kettenreaktion auch die internationalen Aktienmärkte erreichte. Der deutsche Aktienmarktindex (DAX) stürzte dementsprechend im gleichen Zeitraum von 8.065 Punkten auf 2.203 und notierte mit mehr als 5.800 Punkten Verlust eine 73-prozentige Abschreibung. (Abb. 3)<sup>299</sup>

**Abbildung 3: Aufstieg und Fall von DAX und DOW von 1999 bis 2004**



**Quelle:** Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 04.06.2003.

Die Folgen für den deutschen Technologie-Index („Neuer Markt“) waren verheerend. Gefälschte Aufträge, erfundene Umsätze und seit Mai 2000 rund 230 Milliarden Euro vernichtetes Kapital<sup>300</sup> führten dazu, dass die Börsenbehörde die Auflösung der Technologie-Börse anordnete. Der „Neue Markt“ entstand in den 90er Jahren als Ableger der traditionellen

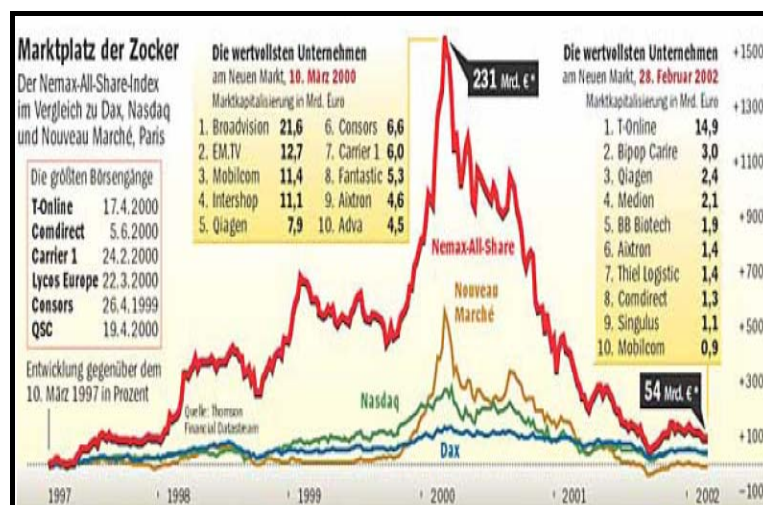
<sup>299</sup> Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 20.08.2003.

<sup>300</sup> Vgl. Palan, Dietmar; Börsen-Schrott; Wachstumsaktien; in: Manager- Magazin: Nr. 3/2003, S. 118.

Börse, um mit weniger strengeren Regeln den „jungen Pionieren“ Investitionen in die so genannte „New Economy“ zu erleichtern. (Abb. 4)<sup>301</sup>

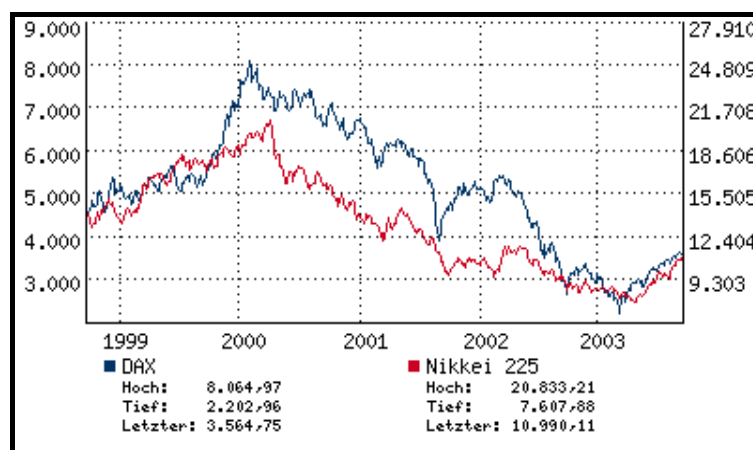
Der japanische Nikkei-Index wurde am schlimmsten von der US-Wirtschaftskrise getroffen. Japans Wirtschaft, die sich von den Auswirkungen der früheren US-Wirtschaftskrisen seit Beginn der 90er Jahre noch nicht erholt hatte, ist gegen Erschütterungen der Weltwirtschaft sehr anfällig. Diese Verwundbarkeit führte zum freien Fall des Nikkei-Index von 20.833 auf 7.607 Punkte. Er hatte mit 13.226 Punkten Verlust ein historisches Tief erreicht und insgesamt mehr als 64 % an Substanz verloren. (Abb. 5)<sup>302</sup>

**Abbildung 4: Aufstieg und Fall des Neuen Marktes von 1997 bis 2002**



Quelle: Frentz; Clemens; Neuer Markt, Die Chronik einer Kapitalvernichtung; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,186368,00.html>; 01.06.2003.

**Abbildung 5: Aufstieg und Fall von DAX und NIKKEI von 1999 bis 2004**



301 Vgl. Frentz; Clemens; Neuer Markt, Die Chronik einer Kapitalvernichtung; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,186368,00.html>; 01.06.2003.

302 Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 20.08.2003.

**Quelle:** Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 20.08.2003.

Der weltweit desolater Zustand der „New Economy“ widerspiegelt sich im Aufstieg und Fall des „Technology All Share Index“, der die Entwicklung der „New Economy“ in ihrer globalen Gesamtheit zeigt. In der Folge des freien Falls der globalen Ökonomie stürzte der Technology All Share Index ebenfalls von 8.559 Anfang 2001 auf 357 Punkte Anfang 2003. Er hatte mit 8.202 Punkten Verlust ein historisches Tief erreicht und insgesamt mehr als 96 % an Substanz verloren. Mit dem freien Fall der Technology All Share Index entpuppte sich der zukunftssträchtige globale Markt der „New Economy“ als eine geplatzte Finanzblase. (Abb.6)<sup>303</sup>

Dadurch lösten sich weltweit offiziell mehr als zwölf Billionen Dollar innerhalb von kurzer Zeit in Luft auf.<sup>304</sup> Tatsächlich waren es sogar mehr als das Doppelte. Als später die Bücher der US-Konzerne geprüft wurden, wurde das Ausmaß der tatsächlichen Misere aufgedeckt, das durch Bilanzfälschungen überdeckt worden war.

#### **Abbildung 6: Aufstieg und Fall des Technology All Share Index**



**Quelle:** Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 12. 08. 2004.

Die im Fokus der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde stehenden Firmen wie Enron, Arthur Anderson, K-Mart, der Telecomriese WorldCom, das Telekommunikationsunternehmen Global Crossing, das Kabelnetzunternehmen Adelphia, der Mischkonzern Tyco, die Biotech Firma Imclone, Dynegy, der Glasfaserkonzern Qwest, Xerox, AOL, die Immobiliengruppe Cendant, die Computerfirma Cisco System, etc. zeigen, dass im Jahrzehnt des Casinokapitalismus mit buchhalterischen Tricks tausende von

303 Vgl. Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.html?u=0&p=0p&k=0>; 12. 08. 2004.

304 Brost, Marc; Heusinger, Robert; Und sie zittern auf der Stelle; in: Die Zeit; Nr. 13; 20.03.2003; S. 21.



Milliarden Gewinne ausgewiesen wurden, die tatsächlich nicht erwirtschaftet worden waren. Hierdurch wurde ein Wirtschaftswachstum vorgetäuscht, das auf dem angegebenen Niveau gar nicht existierte. Mindestens 185 große US-Konzerne mussten folglich ihre Zahlen für die vergangenen Geschäftsjahre korrigieren, nachdem die US-Regierung mit Strafmaßnahmen wegen Bilanzfälschungen gedroht hatte.<sup>305</sup>

Die jüngsten Gerichtsverfahren gegen Wallstreet-Broker in New York erinnern erneut daran, dass der Betrugssumpf des letzten „Börsenbooms“ längst noch nicht ausgetrocknet ist. Die Verfahren sind Auftakt einer Prozesslawine, die ein grelles Licht auf die Geschäftspraktiken des „Big Business“ während des letzten Wall-Street-Booms zur Jahrtausendwende werfen. Dennis Kozlowski – vormals Vorstandschef des US-Elektronikgiganten Tyco – steht jetzt vor Gericht. Der Vorwurf lautet auf Betrug sowie Unterschlagung in Höhe von 600 Millionen Dollar und obendrein Steuerhinterziehung. Kozlowski ist nicht der einzige Börsenmogul, der jetzt vor Gericht steht. Auch Frank Quattrone, einstiger Investment-Star von Credit Suisse First Boston zählt dazu. Er muss sich im Zusammenhang mit dubiosen Machenschaften seiner Bank verantworten. Steve Markowitz – bis vor kurzem Chef-Trader bei Millenium Partners – erklärte sich gleich am ersten Prozesstag des illegalen Fondshandels für schuldig. Sam Waksal, der im Sommer wegen Insider-Handels verurteilte Ex-Chef des Pharmakonzerns ImClone, war die Vorhut dieser „White-Collar“-Armee, die nun vor die Gerichte wandert. Seitdem wird Justitias Hitliste täglich länger; kaum einer bleibt verschont: Adelphia, Arthur Andersen, Citigroup, Enron, Global Crossing, HealthSouth, ImClone, Merrill Lynch, Qwest, Rite Aid, Tyco, WorldCom, Xerox. Ganz zu schweigen von den Fondskonzernen Alliance, Bank of America, Bank One, Janus, Strong Capital und Prudential, gegen die ebenfalls ermittelt wird.<sup>306</sup>

Zudem werden vermehrt Verbindungen zwischen Finanzinstituten und den überschuldeten Konzernen aufgedeckt. So ist zu beobachten, wie die Kettenreaktionen der bankrotten Unternehmen auf den Finanzsektor überschlagen. Es ist Tatsache, dass in der Folge der größten Pleiten der US-Geschichte, welche die US-Wirtschaft in die größte Krise seit den 20er Jahren katapultierte,<sup>307</sup> auch die Gläubiger-Banken in Mitleidenschaft gezogen werden. Viele große US-Unternehmen hatten den Börsenwert ihrer Firmen genutzt, um hohe Kredite

---

305 Detterman, Markus; Fleischehauer, Jan; Jung, Alexander; Reiermann, Christian; Gier ohne Grenzen; in: Der Spiegel 28/2002; S. 95.

306 Vgl. Pitzke, Marc; Wall-Street-Ausblick, Timex oder Rolex?; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268465,00.html>; 06.10.2003.

307 Vgl. Von Heusinger, Robert; Macht uns neue Vorschriften; in: Die Zeit; Nr. 10; 28.02.2002; S. 30.

aufzunehmen mit denen sie Fusionskosten mit anderen Firmen und ihre spekulativen Geschäften finanzieren konnten. Jetzt, da diese Kredite fällig geworden sind, leiden die Firmen unter Zahlungsunfähigkeit und mit ihnen ihre Gläubiger-Banken.<sup>308</sup>

Darüber hinaus waren offenbar viele Investmentbanken maßgeblich an der Konstruktion von schattigen spekulativen Finanzvehikeln dieser Konzerne in aller Welt beteiligt und haben dabei kräftig mitverdient. Bspw. bezahlte der, im Jahre 2001 in Konkurs gegangene, Energieriese Enron, im Jahr 2000, mehr als 250 Millionen Dollar Gebühren an seine Bankiers. Obwohl es zu den Aufgaben der gleichen Banken gehört, ihre Kunden frühzeitig über Chancen und Gefahren am Aktienmarkt zu informieren, haben die Analysten der Finanzinstitute über die Misere von Enron geschwiegen, obschon sie über die finanzielle Situation des Unternehmens bestens Bescheid wussten.<sup>309</sup>

So stürzt das US-Wirtschaftssystem und die daran gebundene globalisierte Weltwirtschaft ein Jahrzehnt nach dem triumphalen Sieg des so genannten liberalen Kapitalismus über den „real fehlenden“ Sozialismus nicht nur in eine tiefe konjunkturelle Krise, sondern in eine Systemkrise, die primär mit der Deregulierung der Finanzmärkte zusammenhängt. Dies deutet darauf hin, dass wir nun zusehen müssen, wie die größte Illusion über das Weltwirtschafts- und weltumspannende Finanzsystem dahinschwindet.

Ferner brechen nach ein paar Jahren scheinbarer Stabilität alle finanziellen und wirtschaftlichen Krisen in den Schwellenländern wieder auf. Wie die jüngste Zahlungsunfähigkeit Argentiniens erneut zeigte,<sup>310</sup> werden sich diese Krisen heute aber nicht mehr durch ein internationales Krisenmanagement, wie in den Jahren 1995-1999, beherrschen lassen, weil diesmal das Epizentrum des Systems – d.h., die amerikanische Wirtschaft und die amerikanischen Finanzmärkte – selbst unmittelbar betroffen ist.<sup>311</sup>

Nach IWF-Berichten hatte Argentinien den Schuldendienst bei privaten Gläubigern in Höhe von 170 bis 180 Milliarden Dollar bereits Anfang des Jahres 2002 eingestellt. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen mit dem IWF, der Weltbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank bemüht sich die argentinische Regierung um eine Tilgungsstreckung für ihre Schulden von über 12,5 Milliarden Dollar, die innerhalb der nächsten drei Jahre fällig

---

308 Vgl. Detterman, Markus; Fleischehauer, Jan; Jung, Alexander; Reiermann, Christian; Gier ohne Grenzen; in: Der Spiegel; 28/2002; S. 95.

309 Fischermann, Thomas; Kleine Zeitbomben im System; in: Die Zeit; Nr. 15; 04.04.2002; S. 26.

310 Vgl. Grüttner, A.; Schwache Sieger, Argentiniens Nöte machen den IWF wehrlos; in: Die Zeit; Nr. 39; 18.09.2003; S. 31.

311 Vgl. Fischerman, Thomas; Pinzler, Petra; Hoffen auf den heiligen Alan; in: die Zeit; Nr. 16; 10.04.2003; S. 24.

werden. Bereits im Jahre 2002 hatte Argentinien wegen der schweren Finanzkrise sämtliche Schuldendienste auf Verbindlichkeiten im Volumen von 95 Milliarden Dollar bei privaten Kreditgebern weltweit eingestellt. Die Regierung lehnte es ab, einen Haushaltsüberschuss von 2,5 auf 4,0 % für das Jahr 2004 zuzusagen. Der argentinische Präsident sagte, er „wolle sein Volk nicht zu Armut und Marginalisierung verurteilen, um die Erfüllung einer unzahlbaren Schuld zu stimulieren.“<sup>312</sup>

Der IWF mutmaßt, dass dieses Beispiel auch in anderen Schuldnerländern nachgeahmt werden könne. Die brasilianische Regierung verlangt vom IWF ein Schuldenmoratorium, da ihre Wirtschaft bereits in der Krise steckt. Brasilien hat bisher unter großen Opfern einen Primärüberschuss von 4,25 % erwirtschaftet, um 290 Milliarden Dollar Staatsschulden pünktlich zahlen zu können. Die mit dem IWF vereinbarte einschränkende Geld- und Fiskalpolitik hat Brasiliens Wirtschaft in eine neue Rezession gestürzt.<sup>313</sup>

Perus Präsident Alejandro Toledo bringt all dies auf einen gemeinsamen Nenner: „Lateinamerika muss es schaffen, die Vorgaben der Wall Street und die Bedürfnisse der Main Street miteinander zu verbinden. ... Oft führen diese Wege in ganz verschiedene Richtungen. Wenn wir nicht in der Lage sind, mit Hilfe der Industrieländer, die beiden Straßen zusammenzuführen, dann wird Lateinamerika niemals demokratisch regierbar.“<sup>314</sup> Er meint damit den Einfluss der internationalen Märkte auf die Lebensbedingungen der Lateinamerikaner, die bisher keine lateinamerikanische Regierung regulieren konnte.

Ein weiteres Sorgenkind der Finanzwelt ist momentan die Türkei, die aufgrund ihrer Zahlungs- und Finanzkrise im Oktober 2003 mit dem Beistand der USA für die Bezahlung der Raten und Zinsen älterer Kredite einen Kredit über 7,4 Milliarden Euro zugesagt bekommen hatte.<sup>315</sup>

Aus diesen Beispielen wird deutlich, dass, um die internationale Misere zu sanieren, jetzt eine koordinierte Wirtschaft und Finanzpolitik der US-Regierung und US-Notenbank mit den

---

312 Autor unbekannt; Für Argentinien-Anleger naht die Stunde der Wahrheit; in FAZ; 04.09.2003; S. 23 u. Autor unbekannt; IWF-Kredit, Argentinien setzt Schuldentilgung aus; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,264977,00.html>; 10.09.2003.

313 Vgl. Autor unbekannt; Für Argentinien-Anleger naht die Stunde der Wahrheit; in FAZ; 04.09.2003; S. 23 u. Autor unbekannt; IWF-Kredit, Argentinien setzt Schuldentilgung aus; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,264977,00.html>; 10.09.2003.

314 Böhme, Christian; Kogelboom, Esther; Demokratie muss wahrhaft sein; in: Der Tagesspiegel, Nr. 18271; 16.10.2003; S. 7.

315 Autor unbekannt; Friedenstruppen; Türkische Soldaten sollen in den Irak; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,268563,00.html>; 06. 10. 2003.

Europäern, Japanern und Chinesen erforderlich ist. Es scheint aber, dass die USA ihren Alleingang auf Kosten des Restes der Welt bevorzugen.

Wenn ein Staat oder eine Nation – wie im Falle der USA – mehr Geld ausgibt, als eingenommen oder erwirtschaftet wird – abgesehen von einem international koordinierten Finanzregime –, gibt es aus wirtschaftlicher Sicht zwei Möglichkeiten, um diese Störung abzuwenden. Entweder werden die Steuern erhöht und die Ausgaben gekürzt oder es werden mehr Kredite aufgenommen. Jedoch setzen die beiden Wege der Geldbeschaffung – Steuererhöhung und Senkung der Staatsausgaben – voraus, so dass die Wirtschaft floriert und möglichst viele Menschen Arbeit haben: also Steuern zahlen und keine Kosten verursachen.

Wenn aber eine Volkswirtschaft lahmt und kaum Steuern gezahlt werden können, ist die erste Möglichkeit, über den Griff in die Schuldenkiste oder die Erhöhung der Geldmenge durch Gelddrucken (Inflation), was als der „automatische Stabilisator“ in der Fachsprache ausgedrückt wird, Mittel freizusetzen. Dies ist kurzfristig am leichtesten zu realisieren, aber wirtschaftspolitisch riskant. Durch die Aufnahme von Krediten wird zudem die Geldmenge vermehrt und über die daraus resultierende Beeinflussung der Preisspirale Inflation verursacht.

Es scheint, dass die US-Regierung aus all diesen Maßnahmen an der Neuverschuldung und Druckpresse besonderen Gefallen gefunden hat. Die Wirtschaftspolitik von George W. Bush und der Rettungsring von Greenspan – d.h. eine Kombination aus Steuergeschenken, ein schwächerer Dollar, niedrige Leitzinsen, erhöhte Rüstungsausgaben sowie eine Neuverschuldung – sollen die US-Konjunktur vorantreiben, die Wirtschaft ankurbeln und die Handelsdefizite auf Kosten der anderen Nationen reduzieren.

Die Regierung unter George W. Bush sowie ein ihm entgegenkommender Kongress haben für den Zeitraum bis 2010 Einkommensteuersenkungen in Höhe von 1,7 Billionen Dollar vorgesehen.<sup>316</sup> Diese Steuersenkungsinitiative soll einen Anreiz für die privaten Haushalte schaffen, mehr auszugeben sowie das Wirtschaftswachstum ankurbeln und auf der Unternehmensebene die Investitionskapazität erhöhen. Beide Prozesse sind für den Wirtschaftsaufschwung notwendig. Im Falle der USA haben sie auf seltsame Weise die gewünschte Wirkung gezeigt.

---

316 Vgl. Pauly, David; Amerika, Eine neue Wirtschaftsblase entsteht; in: F.A.Z. Electronic Media GmbH; 26.11.2003; in: <http://www.faz.net/s/Rub3B5978A5C48F18F2FF729A7211ACE/DOC-ED407199>.

Dieses Vorgehen widerspricht der Haltung der USA in der Asienkrise von 1997, bei der die Vereinigten Staaten durch einen massiven Eingriff beim IWF verhinderten, dass die betroffenen Länder – bis auf Malaysia, welches eigene Wege ging – ihre angeschlagene Wirtschaft durch Geldzufuhr sanierten. Das Hauptargument war, dass im Falle einer Regulierung durch den Staat, der freie Handel gefährdet sei und dies protektionistischen Maßnahmen entspräche. Auch der Vorschlag Japans für einen asiatischen Währungsfonds, der unabhängig vom IWF den betroffenen Ländern Kredite geben sollte, wurde von den USA entschieden abgelehnt.<sup>317</sup> Die Frage die sich hierbei stellt, ist, ob die Globalisierung ihr Ende gefunden hat und von einer Ära des Protektionismus abgelöst wird oder ob die USA ausnahmsweise selbst aufgestellte Prämissen zu ihren eigenen Gunsten außer Kraft setzen.

Auf jedem Fall meldete die US-Regierung, in der Folge dieser aggressiven Geldpolitik, am 30. Oktober 2003, dass das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten sich im dritten Quartal des Jahres außergewöhnlich stark beschleunigt hat. Nach Angaben des US-Handelsministeriums erhöhte sich das BIP zwischen Juli und September überraschend um 7,2 %, während in der Phase davor von einem Vertrauensbruch der Konsumenten und Mangel an Investitionen bis hin zur Stagnation die Rede war. Damit wurde der höchste Anstieg seit dem ersten Quartal 1984 verzeichnet, als das BIP um 9 % gestiegen war. Verantwortlich für den starken Anstieg im dritten Quartal war vor allem der Konsum der privaten Verbraucher. Die privaten Verbraucher hätten 400 Milliarden Dollar Steuergeschenke der Bush-Administration und Gelder aus der Refinanzierung ihrer Häuser für Autokäufe und andere größere Anschaffungen genutzt, berichtete die Wirtschaftsagentur Bloomberg. Die Ausgaben der Verbraucher machen etwa zwei Drittel des amerikanischen BIP aus. Der US-Konsument, der ohnehin schon hoch verschuldet ist, konsumiert bei Steuersenkung und verbilligten Krediten immer noch beträchtlich auf Kredit.<sup>318</sup>

Nach statistischen Berechnungen der Fed erreichte die US-Wirtschaft im dritten Quartal 2003 nominell 7,2 % Wachstum. Damit ist die US-Wirtschaft angeblich so schnell gewachsen wie kaum in den 20 Jahren zuvor. Aus der Sicht des statistischen Bundesamts in Deutschland erreichte sie aber real nur 1,75 % an Wachstum. Dieser Unterschied taucht auf, weil in den Vereinigten Staaten traditionell Verfahren verwandt werden, die stärker die Qualitätsveränderungen von Produkten im Laufe der Zeit beachten. Dabei wird ein Teil des Preisanstiegs höherer Qualität zugeschrieben und gilt nicht als Inflation. Damit wird aber auf

---

317 Johnson, Chalmers: Ein Imperium verfällt; Karl Blessing Verlags GmbH; München; 2000.

318 Vgl. Bloomberg (Investmentbank); Konjunktur, Amerikanische Wirtschaft wächst wie seit 20 Jahren nicht mehr; in: FAZ Online; www.faz.net; 25.11.2003.

dem Weg vom nominalen zum realen BIP weniger abgezogen: Das reale BIP fällt also höher aus. Ein technisches Produkt mit exakt den gleichen Merkmalen würde also in den Vereinigten Staaten einen höheren Beitrag zum realen BIP liefern als in Deutschland.<sup>319</sup>

Abgesehen von dieser „technisch statistischen Differenz“ ist ein anderer negativer Aspekt des ungezügelter Konsums zu betrachten: der ruinöse Preiswettbewerb der US-Autohersteller. Beispielsweise hatte am 19. November 2003 der weltgrößte Autohersteller General Motors angekündigt, seinen Kunden die monatlichen Ratenzahlungen bis zu 90 Tage zu stunden, wenn sie Fahrzeuge der Modelljahrgänge 2003 oder 2004 über die Ford Tochtergesellschaft Autokreditbank GMAC finanzieren ließen. Ford hat dem Wall Street Journal (WSJ) zufolge sein Null-Prozent-Finanzierungsangebot für Sportwagen und das Modell Taurus von 60 auf 72 Monate Laufzeit verlängert. Außerdem bietet der Konzern den Ford Mustang V zu einer Leasingrate von fünf Dollar pro Tag an.<sup>320</sup>

Nach dieser Entscheidung von General Motors hatte die US-Sparte des DaimlerChrysler-Konzerns, die sich gerade in die schwarzen Zahlen zurückkämpft, ebenfalls erklärt, sie gebe nun 500 US-Dollar zusätzlichen Rabatt auf die meisten Modelle.<sup>321</sup> Damit reagiert das Unternehmen auf Ankündigungen der größten Konkurrenten in den USA, die Verkäufe eigener Neuwagen zum Jahresende mit neuen „Incentives“ (Kaufanreizen) in die Höhe zu treiben. Diese anhaltende Rabattschlacht spiegelt sich vor allem im desolaten Zustand VWs in den USA wider. In Folge der Rabattschlacht hatte sich der US-Absatz von VW um 12 % auf 255.700 Einheiten verringert. Außerdem war der operative Gewinn in Nordamerika von Januar bis September 2003 auf neun Millionen Euro von zuvor 1,18 Milliarden Euro fast vollständig verpufft.<sup>322</sup>

Die Autoverkäufe in den USA bieten aber wenig Anlass zum Jubeln. Im Finanzjahr 2003/2004 brachte General Motors den Gesamtmarkt mit einem starken Verkaufsminus von 15 % auf 380.267 Autos unter Druck. Und das, obwohl das Unternehmen weiter versuchte, den Absatz mit hohen Verkaufshilfen anzukurbeln. Der Ford-Konzern verbuchte einen Verkaufsrückgang von 8 % auf 287.381 Autos. Ebenfalls schrumpfte der VW-Verkauf in den

---

319 Vgl. Autor unbekannt; Hintergrund, Wachstum ist nicht gleich Wachstum; in: FAZ Online; [www.faz.net](http://www.faz.net) ; 25.11.2003.

320 Vgl. Autor unbekannt; US-Automarkt, Neue Runde im ruinösen Preiskampf; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,274832,00.html>; 20.11.2003.

321 Vgl. Autor unbekannt; US-Automarkt, Neue Runde im ruinösen Preiskampf; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,274832,00.html>; 20.11.2003.

322 Vgl. Autor unbekannt; US-Markt, Volkswagen-Chef warnt vor Absatzeinbruch; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,275717,00.html>; 26.11.2003.

USA im ersten Halbjahr 2004 um 13,4 % auf 126.374 Stück. Audi of America verbuchte im Juni einen Verkaufsrückgang von 13,3 % auf 6.947 Autos. Die Audi-Tochter hat seit Jahresbeginn im US-Markt 37.970 Autos untergebracht, ein Minus von 7,6 %.<sup>323</sup>

Auf Grund der anhaltenden Wirtschaftskrise haben der US-Konzern General Motors und das deutsche Unternehmen Volkswagen den Rabattkrieg auf dem chinesischen Auto-Markt forciert. Sie haben Mitte Juni 2004 die Preise für ihre Autos in China noch einmal bis zu 11,7 % gesenkt. Der Kampf um Marktanteile durch das Mittel des Rabattkrieges deutet auf die noch immer anhaltende Weltwirtschaftskrise hin.<sup>324</sup> Der amerikanische Finanzminister John Snow hat trotzdem das angeblich starke Wachstum der amerikanischen Wirtschaft im dritten Quartal 2003 als Beleg für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Regierung von Präsident George W. Bush gewertet.<sup>325</sup>

Tatsächlich hatte die amerikanische Regierung durch Steuersenkungen von 3 % ihre finanzielle Grundlage verloren, obwohl heute die Ausgaben des Staates um 13,5 % in drei Jahren gestiegen sind. Die Bush-Administration finanziert dies durch erneute Verschuldung.<sup>326</sup> So verdoppelte sich, bei einem konstanten jährlichen Haushaltsdefizit in Höhe von 500 Milliarden Dollar – wie es momentan existiert –, die amerikanische Staatsschuld in rund 14 Jahren.

Die Finanzmärkte reagierten auf die Nachricht vom 7,2 prozentigem US-Wachstum sehr verhalten. Der Euro überschritt prompt die psychologische Grenze von 1,20 Dollar. Devisenhändler fanden den Kursanstieg auf bis zu 1,2019 Dollar nicht überraschend. Der Aufwärtstrend habe sich seit längerem abgezeichnet. Erklärt wurde dies unter anderem mit dem mangelnden Vertrauen in den Aufschwung in den USA. Hohe Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz sowie die anhaltende Terrorangst schwächten den Dollar. Stefan Schilbe, Chefvolkswirt der Bank HSBC Trinkaus & Burkhardt, machte zudem die Sorge vor zunehmendem Protektionismus, der den Welthandel gefährde, für den Dollar-Verfall verantwortlich. Außerdem fließe immer weniger Anlegerkapital in die USA.<sup>327</sup> Allein der

---

323 Vgl. Autor unbekannt; US-Automarkt; Deutsche Auswärtsstärke; in: manager-magazin.; <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,306802,00.html>; 02.07.2004.

324 Vgl. Autor unbekannt; Volkswagen: Hohe Rabatte in China; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,304524,00.html>; 17.06.2004.

325 Vgl. Bloomberg (Investmentbank); Konjunktur, Amerikanische Wirtschaft wächst wie seit 20 Jahren nicht mehr; in: FAZ Online; [www.faz.net](http://www.faz.net); 25.11.2003.

326 Vgl. Fischermann, Thomas; Armes Amerika; in: Die Zeit; Nr. 34; 14.08.2003; S. 18.

327 Vgl. Brönstrup, Carsten; Mortseifer, Henrik; Der Euro ist stark wie nie; in: Tagesspiegel Online; <http://www.tagesspiegel.de/politik/index.asp?gotos=http://archive.tagesspiegel.de/toolb>; 29.11.2003.

Fakt, dass sich seit dem Jahre 2000 die Investitionen der ausländischen Anleger in den USA auf 500 Milliarden Dollar halbiert haben, zeigt das Ausmaß der Misere.<sup>328</sup>

Logischerweise sind die Vorgänger Bushs mit ähnlichen Programmen ebenfalls gescheitert und haben die Probleme als wirtschaftliche Erblast der Bush-Administration überlassen. Ende der 60er Jahre gab der damalige Präsident Lyndon Johnson Unsummen für den Vietnam-Krieg sowie diverse Inlandsprogramme aus. Die Inflationsrate stieg zwischen 1967 und 1968 – Johnsons letztem Präsidentschaftsjahr – von 3 % auf 4,7 % und dann auf 6,2 % im darauf folgenden Jahr. Richard Nixon sah sich 1971 dazu gezwungen, der Nation eine Preis- und Lohnkontrolle aufzuerlegen. Ronald Reagan versuchte es mit dem „Steuersenkungen für Wohlstand-Trick“, nachdem er 1980 gewählt worden war. Bis 1983 hatte sich das Haushaltsdefizit dann auf 6 % des BIP ausgeweitet, was nach wie vor ein absolutes Rekordniveau nach dem Zweiten Weltkrieg darstellt. Bushs Vater, George H. W. Bush und Bill Clinton sahen sich schließlich dazu veranlasst, die Steuern wieder zu erhöhen. Dies, in Verbindung mit der boomenden Wirtschaft und den Ausgabendrosselungen der 90er Jahren, führte in den vier Jahren bis 2001 kurzzeitig zu Haushaltsüberschüssen.<sup>329</sup> Trotzdem hat es seit Jahrzehnten noch keiner der US-Präsidenten geschafft, ohne „Deficit Spending“ auszukommen.

Daher überraschte Bushs kolossaler Haushaltsentwurf für 2005, den er Anfang 2004 dem Kongress vorlegte, kaum die Fachleute. Mit Ausgaben von 2,4 Billionen Dollar erreichte das Budget gleich in doppelter Hinsicht historische Dimensionen: Es ist das teuerste der Geschichte – es umfasst über 200 Milliarden Dollar mehr als 2004 – und es treibt das Defizit auf die atemberaubende Rekordsumme von 521 Milliarden Dollar. Das „Congressional Budget Office“ (CBO) – der für Budgetfragen zuständige Rechnungshof – prognostiziert, dass sich das akkumulative US-Defizit bis 2014 auf fast 1,9 Billionen Dollar aufbläst. Oder exakt gesagt: auf 1.893.000.000.000 Dollar.<sup>330</sup>

Die Hauptgründe für die massive Wandlung der Staatsfinanzen in den USA – von einem Überschuss zu einem Defizit von ca. 5 % für 2003/2004 – sind hausgemacht. Abgesehen von den Kosten des Irak-Krieges und anderen Sicherheitsbelangen, verbunden mit Ausrutschern bei früheren Kontrollen der Ausgaben, haben Steuersenkungen in den USA eher strukturelle

---

328 Vgl. Kupchan, Charles A.; Die USA braucht Europa“; in: Blätter für deutsche und internationale Politik; Nr. 6/2003; S. 679-689.

329 Vgl. Pauly, David; Amerika, Eine neue Wirtschaftsblase entsteht; in; FAZ. Online; <http://www.faz.net/s/Rub3B5978A5C48F18F2FF729A7211ACE/DOC~ED407199; 26.11.2003>.

330 Pitzke, Marc; US-Finanzen; Bushs Harakiri-Haushalt; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,284573,00.html; 02.02.2004>.



und unverteilende als kurzfristige Ziele. Die Senkungen sollten die private Nachfrage auf Kosten von Verbesserungen der privaten Spartätigkeit und Verschuldung aufrechterhalten. Obwohl der Dollar seit einem Jahr an Wert verliert, wird das anhaltende Wachstum der Inlandsnachfrage das Leistungsbilanzdefizit auf über 5 % des BIPs erhöhen.<sup>331</sup>

Die Realität der US- und Weltwirtschaft belegt aber, dass die enormen Defizite der USA nicht mehr tolerierbar sind, denn die momentane Krise ist keine normale zyklische Wirtschaftskrise, sondern eine Systemkrise, die, wie wir sehen werden, dazu führt, dass die finanzpolitischen Vorgänge nicht mehr wie geplant wirken und praktiziert werden.

Als Zeichen der Systemkrise hat die UNO-Handelsorganisation UNCTAD in ihrem Jahresbericht Ende 2003 ein pessimistisches Bild der Weltwirtschaft gezeichnet. Demnach befindet sich die globale Ökonomie derzeit in einem angeschlagenen Zustand und eine nachhaltige Besserung ist der UNCTAD zur Folge nicht in der Sicht. Für 2003 erwarten die Experten ein Wachstum der Weltwirtschaft von nur 1,9 %. So wachse die Gefahr einer weltweiten Deflation; also sinkender Preise. In einer solchen Situation müssen Verkäufer ihre Ware zu immer niedrigeren Preisen abgeben, und naturgemäß schmelzen ihre Gewinne zusammen.<sup>332</sup>

Ursache für diese Wachstumsschwäche ist nach Einschätzung der UNCTAD die mangelnde globale Nachfrage. „Es gibt zu viele Güter für zu wenig Käufer und zu viele Arbeitnehmer für zu wenig Arbeitsplätze“, sagte UNCTAD-Generalsekretär Rubens Ricupero. Seiner Ansicht nach haben die großen Exportnationen mittlerweile einen ruinösen Preiswettbewerb entfacht.<sup>333</sup>

Dem UNCTAD-Bericht zufolge können unter diesen Bedingungen weder Europa noch Japan derzeit für ein Anziehen der Konjunktur sorgen. In Europa erwartet die Organisation in diesem Jahr (2004) ein Wachstum von durchschnittlich etwa 1,0 %. Die Möglichkeiten Europas, energische Maßnahmen zur Wachstumsförderung zu ergreifen, würden durch den Euro-Stabilitätspakt und die Geldpolitik der EZB eingeschränkt. Auch in den USA hätten sich trotz der Zinssenkungen der US-Notenbank die Investitionen nicht erholt.<sup>334</sup>

---

331 Vgl. Thygesen, Niels; Geld als Gift zwischen EU und USA; In: Süddeutsche Zeitung; <http://www.sueddeutsche.de/sz/politik/red-artikel1158/print.html>; 09.10.2003.

332 Vgl. Autor unbekannt; Weltwirtschaft, UNO erwartet schwaches Wachstum; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268134,00.html>; 02.10.2003.

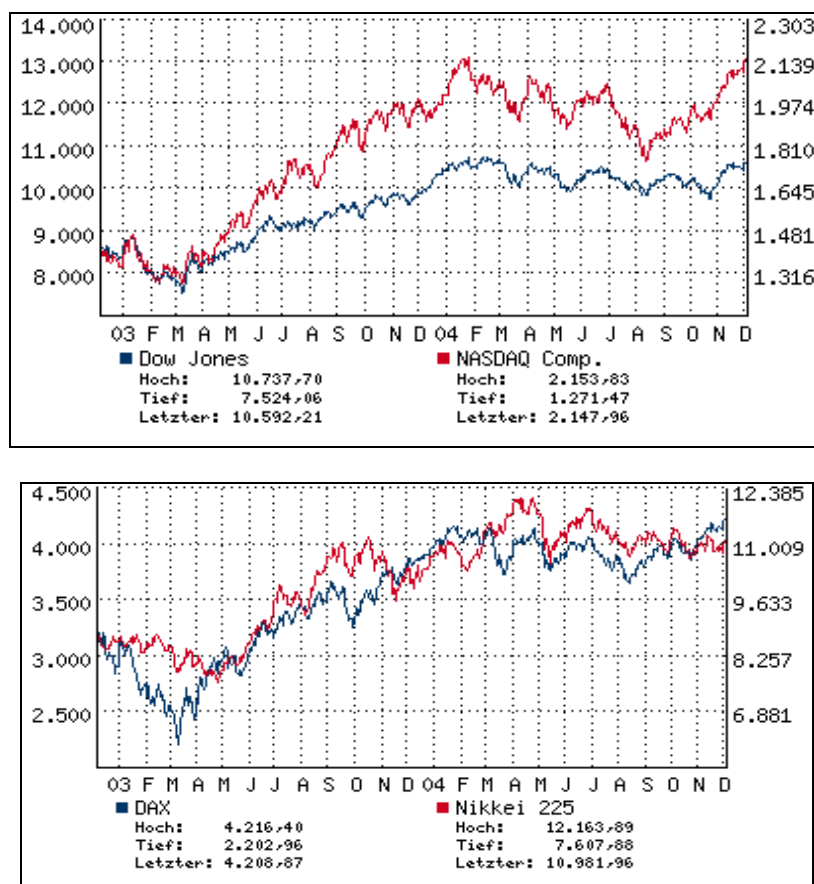
333 Vgl. Autor unbekannt; Weltwirtschaft, UNO erwartet schwaches Wachstum; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268134,00.html>; 02.10.2003.

334 Vgl. Autor unbekannt; Weltwirtschaft, UNO erwartet schwaches Wachstum; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268134,00.html>; 02.10.2003.

Zwar habe die US-Wirtschaft eine anhaltende Rezession dank eines Konsumwachstums auf Pump vorübergehend vermeiden können, aber angesichts der Zunahme einer steigenden privaten und öffentlichen Verschuldung sei dies nicht langfristig tragfähig.<sup>335</sup>

Trotz dieser richtungweisenden Nachrichten ging es seit Mitte 2003 mit dem Internationalen Aktienindex wieder aufwärts. Nach dem unaufhaltsamen Crash der letzten drei Jahre zog das Börsenbarometer beim Dow Jones bis auf das Jahreshoch bei 10.737 Punkten an, gefolgt von Nasdaq, Dax und Nikkei mit einem jeweiligen Jahreshoch von 2.153, 4.216 sowie 12.163 Punkten (Abb. 7).<sup>336</sup>

**Abbildung 7: Börsenbarometer von 2003 bis Ende 2004**



**Quelle:** Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.htm?u=0&p=0&k=0;=&>; 06.12.2004.

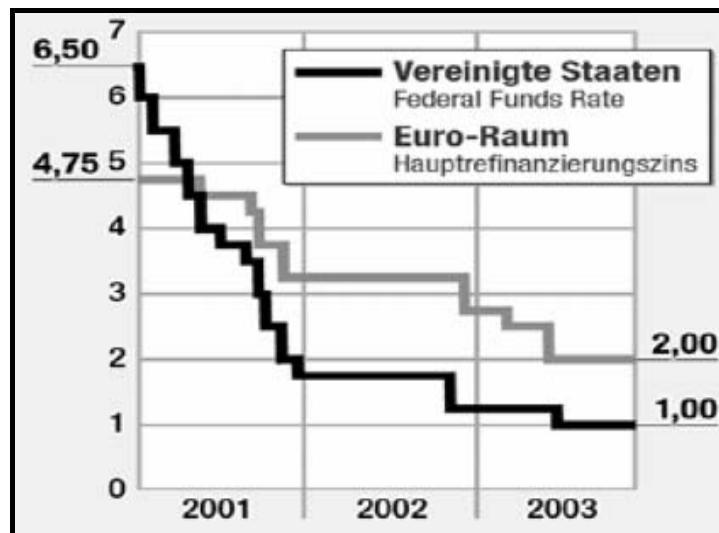
Diese Kursentwicklung an den Aktienmärkten zeigt ein Muster, dass aus realwirtschaftlichen Perspektiven widersprüchlich erscheint. Es kann nur im Lichte der Geldpolitik der Fed erklärt werden, was aber gleichzeitig umso kritischere Zukunftsfragen aufdrängt. Prinzipiell hat die

335 Vgl. Autor unbekannt; Weltwirtschaft, UNO erwartet schwaches Wachstum; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268134,00.html>; 02.10.2003.

336 Börse von Spiegel Online und manager-magazin.de; in: manager-magazin; <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.htm?u=0&p=0&k=0;=&>; 23.06.2004.

Federal Reserve früher, wie jede andere Notenbank, die reale Wirtschaft über die Liquiditätsversorgung der Banken zu steuern versucht. Inzwischen ist sie – wie Alex Durrer, Chefökonom der LGT Bank in Lichtenstein, erklärt – „von ihrer eigentlichen Primärmission einer indirekten Steuerung der Realwirtschaft via Liquiditätsversorgung der Banken übergegangen zu einer direkten Beeinflussung der Finanzmärkte. Seit Alan Greenspans berühmten Worten vom ‚irrationalen Überschwang‘ in der Aktienhausse ... ist jene Asymmetrie der Geldpolitik sichtbar geworden, welche seit Januar 2001 durch die Bereitschaft belegt wurde, die Märkte mit einer beispiellosen Serie von Leitzinssenkungen regelmäßig zu bedienen.“<sup>337</sup> Zwischen Januar und Dezember 2001 senkte die Fed die Leitzinsen von 6,5 % auf 1,75 %, bevor im Juni 2003 ein Zinsschritt auf 1 % erfolgte. In der Tat war der Realzins (Nominalzins minus Inflationsrate) sogar negativ. (Abb. 8)

**Abbildung 8: Leitzinsen im Vergleich. EU und US Basissätze in Prozent**



Quelle: FAZ Online; <http://www.faz.net>; 30.12. 2003.

Diese aggressive Geldpolitik hat den Finanzmärkten signalisiert, dass die amerikanische Notenbank auch vor unkonventionellen Maßnahmen nicht zurückschrecke, um deflationäre Erwartungen der Marktteilnehmer zu zerstreuen. Die starke Aufblähung der Zentralbankgeldmenge in den USA bestätigt, dass langfristig eher mit einer massiven Inflation gerechnet werden muss. Darum sollte sich endgültig von der Fiktion verabschiedet werden, die Finanzmärkte seien freie Märkte. Aktien, Bonds, Devisen, Edelmetalle – sie alle sind manipulierte Märkte. Mitte Juni 2003 hat die Fed garantiert, dass sie die langfristigen Zinsen im Interesse der Banken tief halten wird, wenn die Konjunktur sich in den USA nicht

337 Durrer, Alex; Widersprechen sich Aktien – und Bondmärkte; in: NZZ; Nr. 143; 24.06.2003; S. 23.

belebe.<sup>338</sup> Dies kann sie durchaus, wenn sie will, aber nur für eine gewisse Zeit, indem sie Staatsanleihen aufkauft, die Staatsschulden also monetarisiert, d.h. Geld druckt. Der Effekt: Sowohl die Wall Street als auch die labile Konjunktur werden gestützt, das Kartenhaus der Derivate, vor allem der Kreditderivate, stürzt (noch) nicht ein.

Nach Einschätzung von Durrer wird im Endeffekt „nicht nur die Bondblase ... aufgebläht bleiben, da die Zinsen durch Greenspans visible Hand festgezurr sind, auch die spekulativ geprägte Rally an den Börsen könnte sich kurzfristig fortsetzen – mit fast vorprogrammiert negativen Langzeitfolgen für den Dollar und die Inflation in den USA. Ironischerweise könnte die Federal Reserve nolens volens ein umso größeres Gefahrenpotenzial schaffen und dieses umso weiter in die Zukunft verschieben, je länger es auf dem eingeschlagenen Weg in die Sackgasse erfolgreich bleibt.“<sup>339</sup>

Laut Markus Mezger – Analytiker der Baden-Württembergischen Bank – wollte die amerikanische Notenbank das Fallen der Kurse und die Beseitigung der Ungleichgewichte bei der privaten Verschuldung nach dem Crash der Börse nicht zulassen. „Die Fed pumpte unablässig neue Liquidität zu sinkenden Zinssätzen in das Bankensystem, die durch die Wirtschaftsleistung längst nicht mehr ausgeschöpft wird. Die Situation erinnert an einen Alkoholsüchtigen, dem beim unvermeidlichen Kater ausgerechnet Alkohol zur Linderung verschrieben wird. ... Die Geldpolitiker der amerikanischen Notenbank haben am 21. November 2002 eine neue Gezeitenwende eingeläutet, als Fed-Goveuneur Bernanke (abgestimmt mit anderen Fed-Offiziellen), andeutete, die Fed könne über den Gebrauch der Druckerpresse so viele US-Dollar in den Umlauf bringen, bis der Dollar gegenüber Waren und Sachwerten abgewertet habe. Es ist in der Geschichte wohl nicht oft vorgekommen, dass sich Notenbank-Offizielle nicht Preisstabilität, sondern gerade das Gegenteil, Geldentwertung, zum Ziel setzen.“<sup>340</sup>

Tatsächlich ist die Folge dieser großzügigen Geldpolitik die erneute Scheinprosperität des US-Aktienmarktes. Aufgrund einer starken Geldmengenerhöhung fragen die Kleinanleger verstärkt nach Aktien. Der Preis für Aktien steigt dann ebenso wie der Preis anderer Güter und ist somit ein Ausdruck von Inflation, da die reale Produktivität der Börsenunternehmen gleich geblieben ist. Faktisch stiegen seit dem 10. Oktober 2002, als der Dow Jones auf seiner

---

338 Vgl. Autor unbekannt; US-Geldpolitik, Greenspan verspricht Dauertiefstzinsen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,257245,00.html>; 15. 06. 2003.

339 Vgl. Durrer, Alex; Widersprechen sich Aktien – und Bondmärkte?; in: NZZ; Nr. 143; 24.06.2003; S. 23.

340 Vgl. Mezger, Markus; Drei Schlüsselfaktoren des Goldhahns; in: Megatrend Gold: neue Entwicklung (Eine Studie der Baden Württembergische Bank AG); 2003; S. 27.

Talfahrt nach dem Crash von 2000 den tiefsten Punkt von 7.178 Punkten erreichte, die Indizes wieder. Der vorläufige Dow-Höchstwert betrug Anfang Februar 2004 beachtliche 10.737 Punkte.<sup>341</sup>

Jedoch handelt es sich bei diesem Aufschwung um einen krisenhaften, der in den Märkten als „arbeitsloser Aufschwung“ bezeichnet wird und der die Kritiker zu beunruhigen beginnt. Die gestiegenen Aktienkurse signalisieren Gewinnpotenziale und stellen wiederum für die Geschäftsbanken Sicherheiten dar, mit denen sie die Kreditvergabe und damit auch indirekt die Geldschöpfung betreiben können. Es kommt so an der Börse zu einem sich selbst verstärkenden Aufwärtsprozess, da der Antrieb dieses „arbeitslosen Aufschwungs“ nicht die Investitionen in die Realwirtschaft sind, sondern spekulative Investitionen risikofreudiger Anleger, welche den günstigen Zinssatz der Fed für die Aufnahme von Krediten für die Investition in Spekulationen nutzen.<sup>342</sup>

Daraufhin stieg die Summe der riskant auf Kredit gekauften US-Aktien („Margin Calls“) seit Juli 2003 – dem aktuellsten, statistisch erfassten Monat – auf 174 Milliarden Dollar, also dem höchsten Stand seit über zwei Jahren, welcher allein 25 % höher ist als zur Jahreswende.<sup>343</sup> Es scheint, dass die US-Spekulanten weiterhin über hohe Bestände liquider Mittel verfügen.<sup>344</sup>

Der Aktienmarktstrategie Steve Galbraith von der Investmentbank Morgan Stanley erinnert sich angesichts der steigenden Aktienkäufe auf Pump mit Sorge an die spekulativen Exzesse der letzten Hausse. Das derzeitige Niveau sei zwar noch stark vom damaligen „kreditgetriebenen Wahnsinn“ entfernt – zu jener Zeit war das Kreditvolumen mit knapp 300 Milliarden Dollar fast doppelt so hoch gewesen wie heute –, aber „mehr als eine Person hat wieder entschieden, dass es eine großartige Idee sei, das Wertpapierdepot zu beleihen.“<sup>345</sup>

Für Barry Ritholtz, Marktstrategie beim Wertpapierhaus Maxim Group, ist der Anstieg der Wertpapierkredite ein Indiz dafür, dass Kleinanleger wieder „extrem spekulativ“ geworden sind. Die stärkste Spekulation scheint es, wie bei der Hausse Ende der 90er Jahre, wieder bei Technologieaktien zu geben. Die Aktienkurse an der technologielastrigen Computerbörse

---

341 Vgl. Manager Magazin (Börse); <http://boersen.manager-magazin.de/mmo/index.htm?u=0&p=0&k=0>; 30.06.2003.

342 Vgl. Pitzke, Marc; Wall-Street-Ausblick; Happy Birthday, Bullen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,267627,00.html>; 09.09.2003.

343 Vgl. Autor unbekannt; Börse, Aktienkauf auf Kredit wird wieder populär; in: FAZ; 15.10.2003; S. 25 u. Pitzke, Marc; Wall-Street-Ausblick; Happy Birthday, Bullen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,267627,00.html>; 09.09.2003.

344 Vgl. Autor unbekannt; Liquidität der US-Investoren dürfte Aktienkurse antreiben; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2003/10/06/bm/page-article951Z7.html>; 06.10. 2003.

345 Vgl. Autor unbekannt; Aktienkauf auf Kredit wird wieder populär; in: FAZ; 15.10.2003; S. 25.

Nasdaq sind im Jahr 2003 um rund 45 % gestiegen. Der Dow-Jones-Index der 30 größten Industriewerte hat dagegen vergleichsweise moderat um 17 % zugelegt.<sup>346</sup>

Trotz dieses überhitzten Aufstiegs der Aktienblase behauptet die amerikanische Zentralbank, dass der Aufschwung noch eine zeitlang billiges Geld gebrauchen kann. „Ungenutzte Kapazitäten“ sind ausreichend vorhanden, was allein in niedrigen Inflationszahlen zum Ausdruck kommt.<sup>347</sup>

Dies ist ein Rezept für ein Desaster, welches wie die wacklige Risiko-Blase Anfang 2000 schon kurz vor dem Ausbruch steht. Für US-Amerikaner sei es eben ganz normal, auf Pump zu leben – und auf Pump zu spekulieren –, meint der Psychologe Bernard Murstein, Autor des Investoren-Handbuchs „Getting Psyched for Wall Street“. Sie täten dies, ohne Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen: „Das größte Defizit der Menschen ist ihr Mangel an zeitlicher Perspektive.“ Und diese Perspektive schreckt allenfalls rückblickend. Dick Wagner, Präsident der Finanzberatung Worth Living in Colorado, sieht in der Rückkehr der Risiko-Blase ein Garantierezept für ein abermaliges Desaster: So werden Leute arm – und bleiben es auch. Die Geschichte an der Wall Street scheint sich zu wiederholen.<sup>348</sup>

Die Absurdität von diesem System zeigt sich vor allem in den riskanten Anleihenmärkten. Die Risiken sind insbesondere bei Anleihen längerer Laufzeit erheblich, wo Institutionelle Anleger gerne mitmischen. Die Kauflust der Anleger hat die Kurse von Staatsanleihen aus Schwellenländern und von hochverzinsten Unternehmensanleihen (Junk Bonds) nach oben getrieben. Das führte zu glänzenden Gesamterträgen in den Jahren 2002/2003. Die Kehrseite der Medaille ist allerdings das Fehlen der Sicherheiten für die Zahlungsfähigkeiten der Kreditnehmer, wie die Krise und Pleitewelle der jüngsten Vergangenheit zeigte. „So bieten zum Beispiel amerikanische Unternehmensanleihen von Emittenten, deren Bonitätsnote ‚BB+‘ oder schlechter ist und die damit nicht mehr zu den soliden Schuldnern zählen, einen Renditeaufschlag von durchschnittlich weniger als 3 Prozentpunkten. Nach einem Index der Investmentbank J.P. Morgan waren es im Jahr 2002 noch bis zu 10 Prozentpunkte.“<sup>349</sup>

Durchschnittlich lag nach Angaben der Ratingagentur Moody's in den 90er Jahren die Wahrscheinlichkeit, dass eine schlechter als „Ba2“ bewertete Dollar-Unternehmensanleihe innerhalb von fünf Jahren ausfiel, bei 25 %. Die Anleger erhielten im Insolvenzfall in den

---

346 Ebenda.

347 Vgl. Schubert Christian; Die Anleger am Aktienmarkt werden vorsichtiger; in: FAZ; 27.10.2003; S. 26.

348 Vgl. Pitzke, Marc; Wall-Street-Ausblick; Happy Birthday, Bullen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,267627,00.html>; 09.09.2003.

349 Autor unbekannt; Anleihen, Anleger blenden die Gefahren aus; in: FAZ; 20.01.2004; S. 19.

USA bei nicht versicherten und nachrangigen Anleihen durchschnittlich etwa 30 % des Nennwerts zurück (Recovery Rate). Sie mussten also rund 70 % abschreiben. In Europa war der durchschnittliche Verlust noch größer. Diese Relationen verdeutlichen, dass eine Risikoprämie von drei Prozentpunkten alles andere als eine rationale Investition ist. „Das ist auch der Grund, warum wir derzeit die Finger von Unternehmensanleihen lassen,“ sagt Gottfried Heller von der Vermögensverwaltungsgesellschaft Fiduka in München. „Die Kurse seien von der reichlich vorhandenen Liquidität in die Höhe getrieben worden. Insbesondere Versicherer hätten wegen des niedrigen Zinsniveaus nach zusätzlichen Erträgen gesucht und bedenkenlos zugegriffen. Dies sei eine ungesunde Entwicklung.“<sup>350</sup>

Diese Art der Risikobereitschaft und des Auswuchses des Aktienindex ist eine Nebenwirkung der aggressiven Geldpolitik des Federal Reserve Board. Thomas Mayer, Chefvolkswirt Europas bei der Deutschen Bank in London, formuliert es bildlich: „Um nach dem Platzen der Spekulationsblase Anfang 2000 einen Absturz zu verhindern, hätten Fiskal- und Geldpolitik die amerikanische Konjunktur sehr aggressiv hochgeknüppelt. Die Wirtschaft sei daraufhin durchgestartet – ohne ihre strukturellen Ungleichgewichte bereinigt zu haben. Jetzt stehe ein zweiter Landeanflug bevor. Schon möglich, dass dem erfahrenen Piloten Alan Greenspan eine ‚weiche Landung‘ gelinge. Aber sicher sei dies keineswegs,“ meint Mayer mit Blick auf das amerikanische „Twin Defizit“.<sup>351</sup>

Entsprechend war Anfang Dezember 2003 der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte auf 9.970 Zähler – ein Jahreshoch – hochgeklettert. Die Börsianer erklärten: „Der Aufschwung an der Wall Street sei auf technische und nicht fundamentale Gründe [reales Wachstum] zurückzuführen. ... Unternehmensnachrichten habe es so gut wie keine gegeben. Die Anleger seien in ‚sichere Werte‘ gegangen, um mit Blick auf das bevorstehende Jahresende kein Risiko einzugehen – die Umsätze seien gering gewesen. Im Großen und Ganzen hätten sich die Anleger vor der Sitzung der US-Notenbank am Dienstag zurückgehalten. Es werde zwar keine Änderung des Zinsniveaus erwartet, doch warte man mit Spannung auf Aussagen über die weitere Dauer der Niedrigzinsphase, nachdem die US-Notenbank zuvor für ‚beträchtliche Zeit‘ einen akkommodierenden geldpolitischen Kurs in Aussicht gestellt hatte. Weniger

---

350 Vgl. Autor unbekannt; Anleihen, Anleger blenden die Gefahren aus; in: FAZ; 20.01.2004; S. 19.

351 Vgl. Fehr, Benedikt; Die Terroranschläge haben das Sicherheitsbedürfnis der Anleger erhöht; in: FAZ; 24.11.2003; S. 26.

Beachtung fand der Dollar, der seine Talfahrt fortsetzte und zum Euro zeitweise auf ein Allzeithoch (1.24) fiel.<sup>352</sup>

Diese aggressive Geldpolitik, die bisher eine kontinuierliche Abwertung des Dollar als Ziel und zur Folge hatte, lässt darauf schließen, dass sich Washington nicht gegen eine weitere Abschwächung des Dollar stellen würde – eher im Gegenteil. Dies zeigt sich am deutlichsten im Bezug auf den Euro. Seit der reibungslosen Einführung des Eurobargeldes im Januar 2002 hat der Euro nach einem anfänglichen Schwächeanfall ab Juli 2002 wieder die Parität zum Dollar erreicht. Seit Ende August 2003 ist die Gemeinschaftswährung im Vergleich zum amerikanischen Dollar in rasantem Tempo von 1,08 Dollar auf bis auf 1,19 Dollar gestiegen.<sup>353</sup> Anfang Dezember 2004 stieg der Euro auf einen Kurs von mehr als 1,34,5 Dollar auf ein neues Allzeithoch.<sup>354</sup> Manche Devisen-Experten sehen sogar die Gemeinschaftswährung mittelfristig bei 1,40 Dollar.<sup>355</sup> (Abb. 9)

**Abbildung 9: Wechselkurse des US-Dollar gegenüber dem Euro seit 2000**



**Quelle:** Manager Magazin Online; [http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse\\_listen.htm?sektion=dax](http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse_listen.htm?sektion=dax) ; 06.12.2004.

Dabei soll berücksichtigt werden, dass sich der Euro selbst nicht in Höchstform präsentiert. „Alles was dem Euro im Moment hilft, ist, dass er international das einzige Gegengewicht

352 Autor unbekannt; Überblick: Dow Jones schließt freundlich; in: Börse von Spiegel Online und manager-magazin online; <http://boerse.manager-magazin.de/mmo/news.htm?id=21401037&=0&sektion=mar>; 09.12.2003.

353 Autor unbekannt; Warum der Euro rasch und kräftig klettert; in: manager-magazin online; <http://www.manager-magazin.de/geld/rente/0,2828,268613,00.html>; 07.10.2003.

354 Vgl. Manager Magazin Online; [http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse\\_listen.htm?sektion=dax](http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse_listen.htm?sektion=dax); 06.12.2004.

355 Autor unbekannt; DEISEN: Kein Ende des Euro-Höhenfluges; manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,329474,00.html> ; 24.11.2004.



zum Dollar ist“, sagt der Währungsexperte Steve Barrow. „Aber mehr braucht der Euro derzeit auch nicht.“<sup>356</sup>

Die Dollarentwertung strapaziert jedoch die Geduld der ostasiatischen Länder, die ihren Export durch den billigen Dollar bedroht sehen. Die asiatischen Länder mit den größten Dollarreserven – Japan, China, Taiwan, Südkorea und Hongkong – erzielten in den 90er Jahren im bilateralen Handel mit den USA die größten Überschüsse. Die Strategie der asiatischen Länder bestand in diesen Jahren darin, Waren in die USA zu exportieren und die erlösten Dollar nicht in heimische Währung zu transferieren, um die vorteilhaften Wechselkursrelationen oder mit anderen Worten, den überhöhten Dollar-Kurs, zu stützen. Auf diese Weise konnten sie ein höheres Wirtschaftswachstum realisieren, als dies allein auf Basis der Binnennachfrage möglich gewesen wäre.<sup>357</sup>

Um den Dollar gegenüber ihrer eigenen Währung wie in den 90er Jahren zu stützen, verkauften die Japaner und Chinesen massiv Yen und Yuan (Reminbi) am Devisenmarkt. Dadurch sorgen sie dafür, dass ihre Währungen gegenüber dem Dollar schwach bleiben und ihre Exporte durch Währungsmanipulation nicht verteuerten. Der relativ niedrige Yen- und Yuan-Kurs hilft japanischen und chinesischen Konzernen beim Export in die USA; ist jedoch der US-Regierung ein Ärgernis. Japan verfügt damit im inzwischen 46. Monat in Folge mit 626,27 Milliarden Dollar über die weltweit höchsten Bestände an konvertiblen fremden Währungen, Gold und Sonderziehungsrechten des IWF.<sup>358</sup> Stirnrunzeln verursachte zudem die Nachricht, dass die japanische Notenbank allein im Januar 2004 68 Milliarden Dollar gekauft hat, um sich gegen eine Aufwertung des Yen zu stemmen.<sup>359</sup>

Die Dollar-Abwertung entlädt sich vor allem über dem Euro, da die asiatischen Notenbanken beharrlich am Devisenmarkt intervenieren, um eine Aufwertung ihrer eigenen Währung zu bremsen und so ihre Exporte zu schützen. Da ebenfalls ein erneuter spekulativer Angriff auf Währungen der Region, wie die Asienkrise von 1998, erwartet wird, werden die Dollarreserven der Zentralbanken vermehrt. Allein Japan hat im Januar 2004 die offiziellen Währungsreserven um 10,05 % oder 67,7 Milliarden Dollar auf einen Rekordstand von 741,2

---

356 Vgl. Sesit, Michael; Noch ist der Dollar am Leben; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18356; 12.01.2004; S. 16.

357 Vgl. Mezger, Markus; Drei Schlüsselfaktoren der Goldhahn; in: Megatrend Gold: neue Entwicklung (Eine Studie der Baden Württembergische Bank AG); 2003; S. 23.

358 Vgl. Autor unbekannt; Rekordstand, Japan hortet 630 Milliarden Dollar; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,273301,00.html>; 10.11.2003.

359 Vgl. Fehr, Benedikt; Vor G-7-Treffen, Amerikas Notenbank stimmt die Märkte auf steigende Zinsen ein; in: FAZ; 02.02.2004; S. 26.

Milliarden Dollar erhöht.<sup>360</sup> China verfolgt ebenfalls dieselbe Währungspolitik wie Japan und verfügt momentan über 440 Milliarden Dollar an Reserven.<sup>361</sup> Insgesamt horten die ostasiatischen Zentralbanken mehr als 1,5 Billionen US-Dollar; Tendenz steigend.<sup>362</sup>

Diese exorbitanten Devisenreserven sind ein gewichtiges Pfand, das China beim Kräfteressen mit den USA einzusetzen weiß. Das Geld ist überwiegend in kurzfristigen US-Anleihen angelegt, und die USA können kein Interesse daran haben, dass China einen Großteil dieser Reserven binnen kurzer Zeit auf den Markt wirft.<sup>363</sup>

Diese Transaktionen deuten daraufhin, dass China nicht nur von einer Massenproduktion an Konsumgütern profitieren möchte, sondern ein Teil der Finanzgemeinde sein will. Dafür hat China bereits die entsprechenden administrativen Schritte unternommen. Der in Hongkong beheimatete Nachrichtendienst Xinhua Financial Network, dessen größter Anteilseigner die von der chinesischen Regierung kontrollierte Nachrichtenagentur Xinhua ist, wird Market News International im Januar 2003 zu einem nicht genannten Preis übernehmen. Es ist das erste Mal, dass ein chinesisches Unternehmen einen westlichen Informationsdienst übernimmt. Die in New York ansässige Market News ist ein Nachrichtendienst, der sich auf die Echtzeit-Berichterstattung über die Anleihe- und Devisenmärkte konzentriert. „Sie arbeiten wie Journalisten, aber sie denken wie Händler“, heißt es in einem Selbstporträt des bisher von Privatinvestoren getragenen Unternehmens. Market News wurde vor 20 Jahren gegründet und zählt rund 5.000 Kunden, in erster Linie Wertpapierhändler und Investoren, aber auch Notenbanken.<sup>364</sup>

Dessen ungeachtet versuchen die USA weiterhin durch die Abwertung des Dollars, die Ankurlung ihrer Wirtschaft auf Kosten der anderen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Seit Anfang der 90er Jahre bestand immer die Gefahr, dass die USA über eine schleichende Währungsreform nach außen, d.h. eine langsame Dollarabwertung, ihre Schuldenlast

---

360 Autor unbekannt; DEVISEN: Euro nimmt Kurs auf 1,30 Dollar; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,286843,00.html>; 18.02.2004.

361 Vgl. Lange, Kai; China: Kurzschluss im Wunderland ; in: manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,315210,00.html>; 31.08.2004.

362 Vgl. Lange, Kai; China; „Die gewaltigste Wachstumsstory der Welt“; manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,275739,00.html>; 27.11.2003.

363 Vgl. Lange, Kai; Es geht längst nicht mehr um billige Hemden aus China; in: manager-magazin Online; <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,274611,00.html>; 21. 11. 2003.

364 Vgl. Autor unbekannt; China infiltriert die Wall Street; in: FAZ; 11.12.2003; S. 24.

gegenüber den Gläubigern in aller Welt zu Lasten dieser Nationen zu bewältigen versuchen.<sup>365</sup>

Abgesehen davon verbilligt ein niedriger Dollar die Exporte der USA und erhöht die Wettbewerbfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft gegenüber Asien und Europa. Da die USA unter einem großen Handelsdefizit leiden, hoffen sie mit der Verminderung des Außenwertes des Dollar ihre Exporte erhöhen zu können und dadurch ihre Handels- und Leistungsdefizite unter Kontrolle zu bringen. Außerdem erhöhen sich die Gewinne der US-Firmen in anderen Ländern, bedingt durch den schwachen Wechselkurs des Dollar gegenüber Staaten mit starken Währungen, da sich die in Dollar gerechneten Gewinne deutlich erhöhen. So sagte etwa McDonald's-Chef Jim Cantalupo: „Was deutschen Unternehmen schadet, nützt der US-Konkurrenz.“ Er sei ganz verliebt in den starken Euro, denn es gebe nur eine Wirkung: „Er erhöht unsere Gewinne in Dollar.“<sup>366</sup>

Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sagt, im Hinblick auf lockere monetäre und fiskalische Beeinflussung der Märkte für die USA Wachstumsraten von 4,2 % und 3,8 % für 2004 und 2005 voraus.<sup>367</sup> Allerdings warnt sie vor unübersehbaren Risiken der anhaltend hohen Defizite der öffentlichen Haushalte, welche das auf Pump erreichte Wirtschaftswachstum bremsen können. Die durchschnittlichen Haushaltdefizite aller 30 OECD-Mitgliedsländer werden dieses Jahr 3,8 % des BIP erreichen und bis 2005 nur auf 3,7 % sinken. Besonders ausgeprägt werden die Haushaltdefizite in den USA (rund 5 %) und in Japan (gegen 7 %) sein. Die Kombination von Haushaltdefizit und Leistungsbilanzdefizit (jeweils 5 %) in den USA kann angesichts des weitgehend kurzfristigen Charakters der internationalen Finanzierungsströme zu Instabilität an den Devisenmärkten und einem weiter sinkenden Dollarkurs führen, was auch die eben erst einsetzende europäische Erholung über einen Druck auf Exporte und Gewinnmargen zunehmend bremsen würde. Beunruhigt zeigt sich die OECD auch über die in einigen Ländern – einschließlich den USA, Großbritanniens und Australiens – bestehende hohe

---

365 Vgl. Balkhaus, Dieter; Alfred Herrhausen, Macht, Politik und Moral; München (ECON Taschenbuch Verlag); 1992; S. 87-94.

366 Vgl. Carsten, Matthäus; EZB-Zinsentscheid Abwarten und Abwürgen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,247798,00.html>; 08.05.2003.

367 Vgl. Autor unbekannt; Endlich Aufschwung in den OECD-Ländern, Bleibender; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2003/11/27/wi/page-article998K1.html>; 27.11.2003.

Verschuldung der privaten Haushalte und über die Abhängigkeit der Konsumenten von hohen und steigenden Immobilienpreisen.<sup>368</sup>

Diese Ungleichgewichte sind aus der Sicht der OECD vielfach Folgen früherer Politikfehler. Vor allem in der Fiskalpolitik träfe dies zu, die in „guten Zeiten“ häufig darauf verzichtete, ausreichende Finanzreserven aufzubauen und in Phasen mit schwacher Konjunktur zunehmend hohe Defizite duldete. Jean-Philippe Cotis, Chefökonom der OECD, sieht die sich stellende Herausforderung darin, in der nächsten Periode mit stabilem Wachstum fiskalpolitische Unachtsamkeit zu tilgen. Daher schlägt er vor, dass der Aufschwung der nächsten Jahre zu strukturellen Reformen des Finanzsystems genutzt werden müsse.<sup>369</sup>

Mit den jetzigen währungspolitischen Turbulenzen zwischen USA, Japan, China und der EU deuten die Akteure darauf hin, dass sie in der kommenden Marktperiode an einer neuen Regelung der Finanzmärkte nicht interessiert sind. Dies sieht man in den währungspolitischen Rivalitäten, die einen neuen Protektionismus hervorgebracht haben, sehr deutlich.

Es bleibt festzuhalten, dass, bedingt durch drei Jahre permanenter Krise des Weltfinanzsystems, die Lücke zwischen potenzieller und tatsächlicher Produktionsleistung in den größten Wirtschaftsnationen der Welt sehr groß ist. Senkungen der Einkommensteuer, billige Kredite, Abwertung des Dollars und große staatliche Ausgaben müssen nun die Ankurbelung der Nachfrage in den USA – als Wachstumsmotor der Weltwirtschaft – beschleunigen. Die finanzpolitischen Instrumente, wie die Abwertung des Dollars, sind unfaire Mittel, die die Erholungschancen der anderen Länder vermindern.

Zwar beschleunigen die asiatischen und europäischen Länder endlich ihre Produktionsmaschinerie, der Zeitpunkt dafür ist aber nicht mehr so günstig. Eine weitere Abwertung des Dollars werden die Exporte der EU und Asiens schwächen. Daher deuten alle Zeichen auf eine transatlantische und pazifische Konfrontation zwischen den drei Polen der Weltwirtschaft, welche möglicherweise genauso entzweierend sein wird, wie die Auseinandersetzungen über den Krieg im Irak. Trotz aller Beteuerung der Vorreiter der Liberalisierung und Globalisierung im Rahmen der WTO-Verhandlungen vermehren sich Protektionismus und andere unfaire Wettbewerbsbedingungen. Andererseits können sich die USA eine anhaltende massive Belastung der Nachfrage durch ein Defizit der Zahlungsbilanz

---

368 Vgl. Autor unbekannt; Endlich Aufschwung in den OECD-Ländern, Bleibender; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2003/11/27/wi/page-article998K1.html>; 27.11.2003.

369 Ebenda.

nicht leisten und die Beschwerden über den Verlust der Konkurrenzfähigkeit werden in Asien und der EU zunehmen.

Der Gedanke, dass sich die bevorstehende makroökonomische Konfrontation schnell oder stillschweigend legen wird, wird zu einer Belastungsprobe für das Vorstellungsvermögen. Anhand der bisherigen Reibungspunkte – Stahl, Landwirtschaft, Währung und Textil – lässt sich aber ein empirisch messbares Instrument für die Bewertung der Zukunft und die werdende Weltordnung aufstellen, welches eine Einschätzung der Entwicklung der internationalen Beziehungen ermöglicht. Daher ist es nun an der Zeit, sich mit den jüngsten währungspolitischen und protektionistischen Tendenzen innerhalb des Weltwirtschaftssystems zu befassen.

## **2.7. Die erzwungenen Wechselkurse führen zu währungspolitischem Protektionismus**

Eine stabile Währung ist ein enormer Vorteil für jede Volkswirtschaft. Sie ermöglicht verlässliche Kalkulationen bei Import sowie Exportgeschäften und senkt die Kosten für die Absicherung der Industrie gegen Kursschwankungen.<sup>370</sup> Solange eine Währung durch Inflation nicht an Wert verloren hat, genießt eine Wirtschaft Vertrauen im internationalen Ausmaß. Wenn aber, bedingt durch falsche Finanzpolitik die Währungen an Wert verlieren und somit Inflation entsteht, hat dies langfristige Auswirkungen auf die Stabilität des Weltfinanzsystems und führt unvermeidbar in eine internationale Finanzkrise. Dies ist in den letzten 200 Jahren kapitalistischer Geschichte vermehrt geschehen.

In der Wirtschaftswissenschaft existieren im Wesentlichen drei Erklärungsansätze für die Entstehung von Inflation. Eine Gruppe von Ökonomen begreift sie als Resultat eines Prozesses, bei dem die Nachfrage nach Gütern stärker steigt als das Angebot an Gütern. Dies ist die Theorie vom Nachfragesog (im englischen Sprachgebrauch demand pull-theory).<sup>371</sup> Weil zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Unternehmen, der Staat und das Ausland zählen, wenn sie im Inland etwas erwerben, saugt ihre kräftige Nachfrage gleichsam die Preise in die Höhe.

Andere Wissenschaftler sind überzeugt, dass eine Inflation stets auf der Angebotsseite beginnt. Danach führen steigende Kosten zu steigenden Preisen (Theorie vom Kostendruck,

---

370 Beispielsweise sichern sich Großkonzerne wie BMW mit Millionensummen am Devisenmarkt gegen einen schwachen Dollar ab. Der Dollar-Absturz trifft den Mittelstand mit voller Härte: Seine Produkte werden auf dem Dollar-Markt deutlich teurer, der Export wird gebremst. Vgl. Autor unbekannt; Dollarschwäche; Amerika lacht, Euroland zittert; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268807,00.html>; 08.10.2003.

371 Vgl. Hanusch, Horst; Kuhn, Thomas; Einführung in die Volkswirtschaftslehre; Berlin (Springer Verlag); 1998; S. 111.

die cost-push-theory). Wie könnten die Preise jedoch hoch gedrückt werden? Durch höhere Löhne und Gehälter, durch höhere Zinsen für Kredite, durch höhere Steuern und Abgaben, durch teurer gewordene Rohstoffe.<sup>372</sup>

Die dritte Theorie setzt direkt beim Geld an und besagt: Die Preise können nur steigen, wenn auch die Menge des umlaufenden Geldes wächst. Inflation entsteht also durch eine Ausweitung der Geldmenge. Diese vom Monetarismus vertretene rein monetäre Erklärung macht unmissverständlich klar, dass höhere Löhne, höhere Zinsen oder höhere Steuern nur finanziert werden können, wenn dafür Geldmittel zur Verfügung stehen. Entsprechend messen die Monetaristen der Steuerung bzw. der Kontrolle der Geldmenge im Rahmen einer auf Geldwertstabilität abzielenden Wirtschaftspolitik höchste Bedeutung bei.<sup>373</sup>

So wird klar, dass nicht immer ausschließlich binnenwirtschaftliche Faktoren Preissteigerungen verursachen. Häufig werden sie aus dem Ausland eingeführt. Da viele Industriestaaten zu wenig produktionsnotwendige Rohstoffe wie beispielsweise Öl besitzen, müssen sie es importieren. Erhöhen die Förderländer nun den Ölpreis, so werden im Einfuhrland nicht nur Benzin und Heizöl teurer. Es steigen auch die Preise jener Produkte, die wie Kunststoff aus Öl hergestellt werden. Ist die Ölpreiserhöhung drastisch und dauerhaft, dann fördert sie im Inland inflationäre Tendenzen; es handelt sich um eine importierte Inflation.

Dieselbe Wirkung hat der Höhenflug einer wichtigen Währung. Legt zum Beispiel der Dollar an Wert zu, und muss ein Land seine Einfuhrgüter überwiegend in der US-Währung bezahlen, so treibt der Dollaranstieg das inländische Preisniveau nach oben. Zu einer inflationsträchtigen Ausweitung der Geldmenge kann auch ein hoher inländischer Zins führen. Indem ausländische Investoren den Zinsvorteil nutzen und Kapital etwa bei Banken des Hochzinslandes anlegen, strömt Geld ins Inland. Ein Hochzinsland kann auf diese Weise mit dem Kapital gleichzeitig eine Inflation importieren.

Basierend auf diesen Aspekten büßten viele Währungen der Welt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges über zwei Drittel ihrer Kaufkraft ein, manche noch mehr. Dafür sorgten stetig steigende Preise, die die Inflation verursachen. Um Inflation kontrollieren und eine gewisse Sicherheit auf dem Markt gewährleisten zu können, entscheiden normalerweise viele Regierungen im Rahmen ihrer Währungspolitik, ob der Wert ihres Geldes an einem anderen

---

372 Vgl. Hanusch, Horst; Kuhn, Thomas; Einführung in die Volkswirtschaftslehre; Berlin (Springer Verlag); 1998; S. 169 f.

373 Ebenda.

Wert gemessen werden soll und wenn ja, woran. Möglich ist eine Bindung ans Gold, die so genannte Goldparität oder an eine andere stabilere Währung. So bilden viele Länder ein Wertverhältnis zum US-Dollar oder zu den Sonderziehungsrechten (SZR) des IWF.

Verzichtet ein Staat (bewusst) auf die Festlegung einer Währungsparität, dann bildet sich das Wertverhältnis durch Angebot und Nachfrage; mithin schwankt die inländische Währung gegen ausländischen. Dieses so genannte „Floating“ bestimmt beispielsweise das Wertverhältnis zwischen dem US-Dollar und dem Euro. In der Theorie gleichen freie Wechselkurse die Ungleichgewichte zwischen Volkswirtschaften aus. Sie entwickeln sich gemäß den Fundamentaldaten wie etwa Inflations- oder Wachstumsraten. Die Währung einer stark expandierenden, sich womöglich überhitzenden Wirtschaft gewönne demnach kräftig an Wert. Das verteuerte die Exporte dieses Landes, was wiederum die Expansion bremsen, die Wirtschaft abkühlen würde: Problem gelöst.

Im Sinne der Sicherheit des Marktes hat China faktisch seit 1994 seine nationale Währung an den Dollar gebunden und einen gleich bleibenden Wechselkurs gegenüber dem US-Zahlungsmittel aufrechterhalten. Er beträgt knapp 8,3 Yuan und ist damit ganz sicher unterbewertet, denn in den zurückliegenden Jahren hat Chinas Wirtschaft einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Ihre Kaufkraft ist inzwischen wesentlich höher als die 8,3 Yuan pro Dollar. Finanzexperten gehen davon aus, dass die chinesische Währung um rund 40 % zu niedrig bewertet ist.<sup>374</sup>

In Folge der expansiven Geldpolitik der USA hatte der Dollar seit 1999 im Laufe der Zeit gegenüber anderen Währungen mehr als 40 % an Wert verloren. Wie bereits erklärt, erwarten die USA durch diese Währungsabwertung, ihre Exporte zu erhöhen und Auslandsschulden abzubauen, Außenhandelsdefizite zu beseitigen und im Endeffekt ihre Wirtschaft zu sanieren. Die gewünschten Erfolge dieser Politik traten jedoch nicht ein. Im Gegenteil: Sie führte zur forcierten Erhöhung der Importe, wofür China als ein Hauptschuldiger ausgemacht wurde.

Der Vorwurf lautet, dass die Volksrepublik sich mit der festen Anbindung der Landeswährung an den Dollar unfaire Wettbewerbsvorteile sichere. Da der Yuan parallel zum Dollar abgewertet wird, verbilligen sich die chinesischen Exporte, wodurch Chinas Ausfuhren in die Vereinigten Staaten viel zu billig sind und US-Waren aus dem eigenen Binnenmarkt

---

374 Vgl. Fleischhauer, Jan; Muskeln spielen lassen; in: Der Spiegel; Nr. 35/2003; S. 60 f.; Blume, Georg; Das Yuan-Syndrom; in: Die Zeit; Nr. 31; 24.07.2003; S.25 u. Blume, Georg; Das Volksgeld wird zum Dollar; in: die taz; 2/3.08.2003; S. 4.

verdrängen. Hieraus resultierte fast ein Viertel des US-Außenhandelsdefizits (103 Milliarden Dollar) im Jahre 2003.<sup>375</sup>

Daher werden die Chinesen immer heftiger von US-Währungspolitikern gedrängt, die Wechselkurse freizugeben sowie ihre Währung aufzuwerten und damit ihre Exporte zu verteuern. Die US-Regierung behauptet, dass der Grund des großen Handelsdefizits der USA gegenüber China in der Tatsache wurzelt, dass Chinas Staatsbanken den bankrotten Staatsunternehmen Geld leihen, und die Unternehmen diese Kredite nicht zurückzahlen brauchten. Das führte zwangsläufig dazu, dass diese Unternehmen jede Menge überschüssige Kapazitäten aufbauten und Produkte auf den US- Märkte wüfren.<sup>376</sup>

Grant Aldonas, Staatssekretär im US-Wirtschaftsministerium, äußert sich über die Wirtschaftsbeziehungen zu China wie Folgt: „Die chinesischen Bürger sparen extrem viel. Um es mal vereinfachend zu sagen. Dieses Geldvermögen wird in die Staatsbanken geleitet, um unprofitable öffentliche Unternehmen zu finanzieren. Wenn man nun den Kapitalverkehr freigibt, bin ich mir nicht sicher, ob diese Ersparnisse zu Hause in China bleiben. Die Sparer würden weltweit nach höheren Renditen suchen, was zu einem Kapitalexport führen würde. Und das wiederum hieße: Der Renmimbi würde schwächer, nicht stärker. Zumindest werden die Chinesen ihre Portfolios diversifizieren. Und einige dieser Gelder werden nach Europa und in die USA fließen. ... Auf lange Sicht ist eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs wünschenswert. Ich möchte nicht, dass die Chinesen ihre Arbeitslosigkeit nach Europa oder in die USA exportieren. Ich möchte, dass sie ihre Kapitalverkehrsbeschränkungen aufgeben, so dass auch wir Vorteile daraus ziehen können – dass wir, wenn es denn zu Kapitalströmen von China in den Westen kommt, Jobs in Europa und den Vereinigten Staaten schaffen können.“<sup>377</sup>

Dadurch macht er unverblümt deutlich, dass die währungspolitische Argumente der USA die Durchdringung des chinesischen Kapitalmarkts zur Deckung des US-Kapitalbedarfs zum Ziel hat. Aber diese Forderungen finden keine Unterstützung bei den Experten. Zum Beispiel erklärte Bundespräsident und ehemaliger Chef des IWF, Horst Köhler: „Es wäre fatal, wenn China seine Politik ‚über Nacht‘ plötzlich ändern würde. ... Vor einem Hauruckverfahren zur Lösung dieses Problems über drastische Veränderungen der Wechselkurse rate ich ab. Das könnte die ganzen internationalen Wirtschaftsbeziehungen ins Chaos stürzen. Ich kann nur

---

375 Ebenda.

376 Müller, Henrik; Welthandel: „Wir machen ordentlich Druck“; in: manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,319060,00.html>; 24.09.2004.

377 Ebenda.



dringend davon abraten, dieses Thema zum Anlass für Kraftmeierei zu nehmen.“ Seiner Meinung nach sei das Handels- und Haushaltsdefizit der USA, das er in Anspielung auf den Einsturz der „Twin-Towers“ „Twin Defizit“ nannte, viel gefährlicher für die Weltwirtschaft.<sup>378</sup> Köhler sagte unmissverständlich: „Dieses Twin Defizit der USA ist eines der Hauptrisiken für dauerhaftes gesundes Wachstum der Weltwirtschaft. Die USA müssten einen Plan haben, wie sie ihre hohen Haushaltsdefizite wieder abtragen.“<sup>379</sup>

Der Wirtschaftsweiser und Währungsexperte Peter Bofinger von der Universität Würzburg findet es fatal, China als Sündenbock zu brandmarken, da „China das Land ist, das den stabilsten Dollarkurs hat von allen Emerging Economies. Von daher wäre es das letzte Land, das seine Währung aufwerten müsste. Es wäre eher daran zu denken, all diejenigen Länder aufzuwerten, die in den letzten Jahren massiv an Wert gegenüber dem Dollar verloren haben – zum Beispiel Argentinien, Brasilien, Uruguay, Mexiko oder Russland. In Asien sind das Korea, Indonesien, Philippinen. Das Leistungsdefizit der US-Amerikaner besteht nicht nur wegen China, sondern ist eine Summe all der Defizite mit anderen Ländern. ... Wenn die Amerikaner intervenieren würden, könnten sie diese Währungen aufmotzen – das würde den Ländern genauso helfen wie der amerikanischen Währung. Es ist ein sehr unsystematischer Ansatz, sich jetzt auf China zu konzentrieren.“<sup>380</sup>

Demgemäß verbirgt sich hinter den Differenzen um die Wechselkurse zwischen den USA und China, aber auch den riesigen US-Defiziten im Haushalt und der Leistungsbilanz, die strukturelle Systemkrise der Weltwirtschaft. Laut Bofinger müssten daher die Zentralbanken wieder zurück in die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagene Richtung, als es hieß: Wechselkurse sind eine Angelegenheit, die global überwacht werden müssen. „Wenn Länder ihren Wechselkurs nach nationalen Egoismen festlegen, ist das schlecht für die Weltwirtschaft. Deswegen wurden Bretton Woods und der Währungsfonds geschaffen.“<sup>381</sup> Daher fordert Bofinger Wechselkurse global zu überwachen, da der Markt als Regulator völlig versagt habe.

---

378 Vgl. Fleischhauer, Jan; Muskeln spielen lassen; in: Der Spiegel; Nr. 35/2003; S. 60 f.; Blume, Georg; Das Yuan-Syndrom; in: Die Zeit; Nr. 31; 24.07.2003; S. 25 u. Blume, Georg; Das Volksgeld wird zum Dollar; in: taz; 2/3.08.2003; S. 4.

379 Arnsberg, Johan von; Währungspolitik; in: Eurasisches Magazin Nr. 09/2003; <http://www.civisdigitalis.de/em/print.asp?article=90503>; 25.09.2003.

380 Vgl. Schmitt, Bernd; Eine Art Anarchie: Forscher fordert globales Denken in der Währungspolitik; in: ZDF Online; [http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/2/0,1872,2072770\\_HOME,00.html2](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/2/0,1872,2072770_HOME,00.html2); 22.10.2003.

381 Vgl. Ebenda.

Da die Märkte als Regulatoren nicht funktionieren, ist folglich der Devisenhandel zurzeit quasi bipolarer Natur. Auf der einen Seite stehen der Dollar und die asiatischen Währungen, vom chinesischen Yuan bis hin zum koreanischen Won sowie japanischen Yen und thailändischen Bath, die sich auf den Dollar stützen. Auf der anderen Seite die exportlastige Währung Euro, die, von der für sie ungünstigen Wechselkursentwicklung unter Druck gesetzt wird und ihren Wechselkurs weitgehend dem Spiel der Marktkräfte überlasst. Hier spielen sich dann die Wertberichtigungen ab, die eigentlich in einem liberalen Markt nicht stattfinden müssten.

Um die US-amerikanische Regierung der Beeinflussungsmöglichkeit entziehen zu können, droht die chinesische Regierung, die Kopplung ihrer Landeswährung an den US-Dollar aufzugeben. Stattdessen kann China den Yuan an einen Korb aus Währungen der wichtigsten Handelspartner anbinden: Darunter befindet sich neben dem Dollar auch die europäische Gemeinschaftswährung Euro. Nach Einschätzung von Experten würde dadurch die Rolle des Euro als internationale Handelswährung weiter gestärkt. Gleichzeitig hätte dieser Schritt aber katastrophale Folgen für die Leitwährungsrolle des Dollar.<sup>382</sup>

George Magnus, Chefökonom der Investmentabteilung von UBS in London, zufolge werden bei anhaltender Kursschwäche ausländische Investoren ihre US-Beteiligungen intensiver abstoßen. Und sollte sich China entscheiden, von der Dollar-Orientierung der Landeswährung Yuan auf die Koppelung an einen Währungskorb umzusteigen, wäre dies ein entscheidendes Zeichen. „Die Botschaft an die Märkte und an andere Zentralbanken in Asien wäre gewichtig“, sagt Magnus, der die Wahrscheinlichkeit eines Dollar-Crashes mit 50 bis 60 % bewertet. „Für den Dollar dürfte dies der Gnadenstoß werden.“<sup>383</sup>

So entlädt sich der vom Dollar ausgehende Abwertungsdruck vor allem gegenüber der europäischen Gemeinschaftswährung sowie dem japanischen Yen. Die Japaner hatten versucht, durch Notenbank-Stützungskäufe die Dollarabwertung zu verlangsamen. Schätzungen zufolge haben die Wechselkurswächter allein seit Januar 2003 bisher bereits über 730 Milliarden Dollar gekauft, um den Wertzuwachs des Yen zu bremsen und den Dollar bei einer Marke von 116 Yen zu halten.<sup>384</sup> Andere Länder in Fernost haben ebenso gehandelt. Doch diese Marke wird nur zu halten sein, wenn die Interventionen weiterhin entsprechend groß bleiben.

---

382 Vgl. Autor unbekannt; Peking stärkt den Euro; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18339; 23.12.2003; S. 15.

383 Vgl. Sesit, Michael; Noch ist der Dollar am Leben; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18356; 12.01.2004; S. 16.

384 Benedikt, Fehr; Politische Wechselkurse; in: FAZ; 17.09.2003; S. 23.

Daher hat die „Bank of Japan“ immer wieder am Devisenmarkt interveniert, um eine weitere Aufwertung des Yen zu verhindern. Daran ist vor allem Japans exportorientierte Wirtschaft interessiert und das umso mehr, als erst jüngst die ersten ermutigenden Konjunktursignale seit langer Zeit registriert wurden. Bei einem zu starken Yen aber könnte das noch fragile Wachstum empfindlich gestört werden. „Japans Wirtschaft ist gerade von der Beatmungsmaschine herunter genommen worden“, erklärte Neal Kimberley von der Bank von Tokyo-Mitsubishi, „das Land wird eine zu deutliche Stärkung des Yen nicht wollen, ganz egal was die Amerikaner sagen. Es wäre ein zu großes Risiko für die Exporteure und für den Nikkei.“<sup>385</sup>

Auch China weigert sich immer noch, die eigene Währung Yuan vom Dollar abzukoppeln und den Wechselkurs ihrer Währung frei zu geben, da die chinesische Regierung einen währungspolitischen Angriff auf ihre Wirtschaft, ähnlich der der Asienkrise, befürchtet. Außerdem ist der von den USA so heftig kritisierte Wechselkurs der chinesischen Währung nicht das Hauptproblem der US-Wirtschaft, denn viele US-Firmen nutzen die Vorteile der günstigen und gut ausgebildeten chinesischen Arbeiter und haben Teile ihrer Produktion nach China verlagert. Die Produktion in Asien ist zu einem wichtigen Teil der amerikanischen Zuliefererkette geworden. An den chinesischen Ausfuhren sind westliche Multis in hohem Maße beteiligt. Zwei Drittel der chinesischen Exporte kommen aus Fabriken, die eng mit westlichen Konzernen zusammenarbeiten – auch mit US-Firmen wie General Electric, Du Pont oder General Motors. Eine Verteuerung chinesischer Waren würde also nicht nur US-Konsumenten teuer zu stehen kommen; auch die westlichen Konzerne bekämen Probleme. Deshalb ist es unsinnig, nun eine Währungsaufwertung von den Chinesen zu verlangen.

Außerdem hat der niedrige Wechselkurs, den China aufrechterhält, auch eine bedeutende asiatische Komponente: Die Länder Asiens profitieren indirekt vom Kurs des Yuan, da sie Rohstoffe und Vorprodukte nach China liefern. Während China 2002 einen Handelsüberschuss von 103 Milliarden Dollar gegenüber den USA erwirtschaftete, lag es gegenüber seinen asiatischen Handelspartnern mit 68 Milliarden Dollar im Defizit. Bei einem Rückgang der chinesischen Exporte, hätten sie eine entsprechende Verminderung der Nachfrage Chinas nach ihren eigenen Produkten zu befürchten.<sup>386</sup>

---

385 Vgl. Autor unbekannt; Börsen, Devisenbeben lässt Kurse abstürzen; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,266721,00.html>; 22.09.2003.

386 Vgl. Arnsberg, Johan von; Währungspolitik; in: Eurasisches Magazin 09/2003; <http://www.civisdigitalis.de/em/print.asp?article=90503>; 25.09.2003.

Unter diesen Umständen, eine schnelle Aufwertung des Yuan als brillante Idee zu verkaufen, ist also keineswegs unumstritten. Manchem Ökonomen ist noch gut in Erinnerung, welche verheerende Folgen das berüchtigte „Plaza-Abkommen“ hatte, bei dem Japan 1985 gezwungen wurde, den Wert des Yen zum Dollar zu verdoppeln. Als daraufhin immer mehr Firmen ihre Produktion ins günstigere Ausland verlagerten, steuerte die japanische Notenbank mit Niedrigstzinsen gegen – was erst zu einer riesigen Spekulationsblase führte und dann zu einer schweren Rezession, von der sich der einstige Wirtschaftsgegner der USA bis heute nicht richtig erholt hat.<sup>387</sup>

Das Handelsdefizit der Vereinigten Staaten gegenüber Japan wurde jedoch nicht beseitigt, sondern hat sich konstant vergrößert. 1986 erreichte es die 58,5 Milliarden Dollar Marke, also die Hälfte des amerikanischen Defizits. Obwohl der Dollar im Verhältnis zum Yen zwischen 1985 und 1986 um 50 % gefallen war, belief sich das bilaterale Handelsdefizit 1989 immer noch auf 49 Milliarden Dollar.<sup>388</sup>

Dafür gibt es mehrere Erklärungen. Zum einen haben die japanischen Unternehmen das monetäre Handicap beim Export mit Produktivitätssteigerungen ausgeglichen, für die in weitem Maße ihre Zulieferer aufkommen mussten. Zum anderen haben es die japanischen Zentralbankiers durch ihre billige Yen-Politik vermieden, den Anstieg des Yen vollständig auf die japanischen Produktions- und Verkaufspreise abzuwälzen, um ihre Anteile am amerikanischen Markt zu verteidigen. Übrigens fehlten damals auf den Märkten für Massenprodukte die Konkurrenzprodukte.

Mit viel Mühe hat Japan die krisenhaften Folgen des „Plaza-Abkommen“ erst vor kurzem überwunden und befindet sich momentan in einem moderaten konjunkturellen Aufwärtstrend.<sup>389</sup> Dies macht die japanischen Aktienmärkte für ausländische Investitionen in großem Stil attraktiv, was wiederum den Yen erneut tendenziell unter Aufwertungsdruck setzt. Da die Investition in Japan attraktiver geworden ist, investieren auch japanische Investoren wieder intensiver in den eigenen Markt. Diese hatten aufgrund der Null-Prozent-Zinspolitik der japanischen Zentral-Bank während der vergangenen zehn Jahre, die Investitionen in Japan unrentabel gemacht hatte, stark im Ausland und vor allem in den USA investiert, da die dortigen Märkte bessere Renditen versprachen. Aber jetzt, da der US-Markt

---

387 Vgl. Brenner, Robert; Boom & Bubble; Die USA in der Weltwirtschaft; Hamburg (VSA Verlag); 2003, S. 93 f.

388 Vgl. Brenner, Robert; Boom & Bubble; Die USA in der Weltwirtschaft; Hamburg (VSA Verlag); 2003, S. 93 f.

389 Sato, Takehiro; Veränderung in Japan durchsetzen braucht seine Zeit; in: FAZ; 03.09.2003; S. 23.

in Folge der Wirtschaftsflaute nicht mehr die damaligen Gewinne garantieren kann, repatriieren die japanischen Investoren die ausländischen Papiere, um in Japan mehr zu investieren, was den Dollar jedoch unter unerwünschten Abwertungsdruck setzt.<sup>390</sup>

Da Japans exportorientierte Wirtschaft an einem billigen Yen interessiert ist, braucht Japans Geldpolitik aus oben erklärter Perspektive ein Inflationsziel. Daher ließ der stellvertretende japanische Finanzminister Zembei Mizoguchi – ähnlich abweisend wie die chinesische Regierung – wissen, dass Tokio weiterhin an den Devisenmärkten intervenieren werde, um sich gegen übertriebene Wechselkursbewegungen zu schützen.<sup>391</sup> Bei einem zu starken Yen könne das noch fragile Wachstum empfindlich gestört werden.

Darum versuchen Japans Währungshüter durch Stützungskäufe der Notenbank, der Dollarabwertung und Yenaufwertung entgegenzuwirken. Obwohl die japanische Zentralbank mit dieser Politik die Dollarabwertung abwenden möchte, ist sie auf Grund der Diskrepanzen zwischen der Repatriierung der ausländischen Papiere und der Politik der Stützung des US-Dollars erfolglos. Dies ist ein weiteres Zeichen der Systemkrise, die nicht zu beheben ist. Aber trotz allem ist der Höhenflug des Yen vorübergehend verlangsamt.

Da weder China noch Japan dazu bereit sind, ihre Währungen den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten der USA anzupassen, entlädt sich die Dollar-Schwäche gegenüber dem Euro. Armin Meckelburg, Analyst bei der HypoVereinsbank, betont, „dass die asiatischen Staaten die globale Dollar-Anpassung gar nicht oder nur in geringem Umfang mittragen. Daher schultere der Euro nun die Hauptlast und steige zu schnell.“<sup>392</sup>

Aus diesem Grunde belasten kontinuierlich die auseinanderdriftenden Währungsstrategien die Beziehungen zwischen den USA und Europa. Mit der Einführung des Euro hofften die EU-Mitglieder, ihre Wirtschaftspolitik autonomer und mit weniger Druck durch die USA gestalten zu können. Für die Vereinigten Staaten bestand aber die zentrale Aufgabe des Euro darin, dass Europa die Last politischer Anpassungen zur Förderung des globalen Wachstums auf sich nehmen sollte.<sup>393</sup>

Die Eurozone spielt natürlich eine so große Rolle, dass die EU die Verantwortung für die Stimulierung des globalen Wachstums den USA nicht mehr allein überlassen kann. Das BSP

---

390 Vgl. Benedikt, Fehr; Politische Wechselkurse; in; FAZ; Nr. 216; 17.09.2003; S. 23.

391 Ebenda.

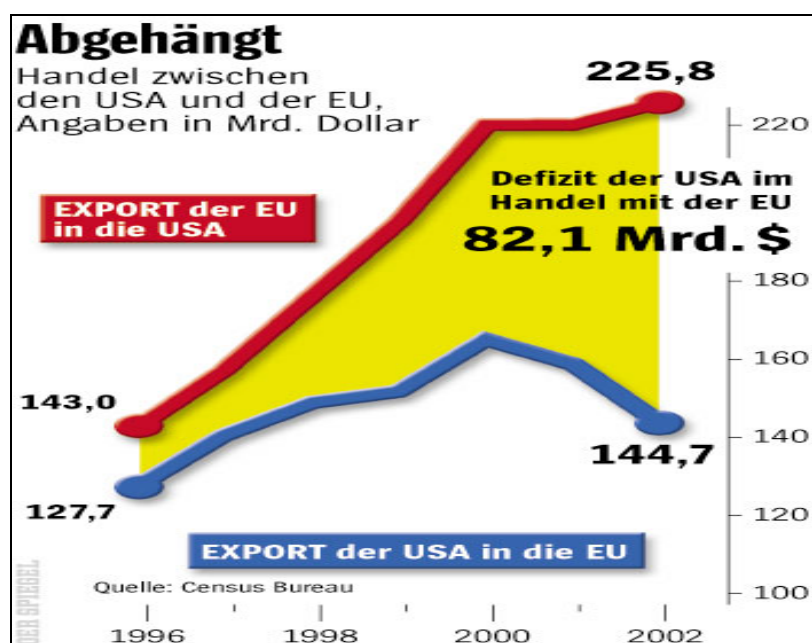
392 Vgl. Autor unbekannt; Devisen; Warum der Euro rasch und kräftig klettert; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/rente/0,2828,268613,00.html>; 07.10.2003.

393 Vgl. Thygesen, Niels; Geld als Gift zwischen EU und USA; in: Süddeutsche Zeitung; <http://www.sueddeutsche.de/sz/politik/red-artikel1158/print.html>; 09,10.2003.

der USA belief sich im Jahre 2000 auf 22 % des Weltbruttosozialprodukts, während das der EU auf 29,4 % angewachsen ist.<sup>394</sup> Demgemäß sind die Fragen, mit denen sich die europäischen Wirtschaftsnationen auseinander setzen müssen, andere als die, die sich die USA stellen.

Die europäische Wirtschaft ist – wie die asiatischen Wirtschaften – ebenfalls eine exportlastige Ökonomie mit positiver Handels- und Leistungsbilanz. Allein von 1999 bis 2002 hat sich das Handelsdefizit der USA gegenüber der EU von 15 Milliarden Dollar auf 82 Milliarden Dollar vergrößert; Tendenz steigend. (Abb. 10).<sup>395</sup>

**Abbildung 10: Handelsdefizit zwischen der EU und den USA von 1996 bis 2003**



**Quelle:** Dudzollet, Winfrid; Logik des Wirtschaftskriegs; in: Der Spiegel; Nr. 47/2003; S. 105.

Trotzdem streben die EU-Länder danach, den Euro als internationales Zahlungsmittel zu etablieren, um ihre Wirtschaft vor währungspolitischen Angriffen schützen zu können. Der Euro soll eine Parallelwährung zum Dollar darstellen und ebenfalls als Reservewährung anerkannt werden. Die Abwertung des Dollars ist für die europäische Wirtschaft verheerend, da der Export der EU darunter leidet.

Weil sich derzeit beinahe alle Regierungen der Welt um eine schwache Währung bemühen, damit die Exporte der heimischen Wirtschaft angekurbelt werden, stehen die Notenbanken unter Druck, entsprechend zu agieren. Auch die EZB ist verpflichtet, dieses Spiel

394 Vgl. Müller, Harald; Supermacht in der Sackgasse?; Frankfurt a. M. (Fischer Taschenbuch Verlag); 2003; S. 37.

395 Dudzollet, Winfrid; Logik des Wirtschaftskriegs; in: Der Spiegel; Nr. 47/2003; S. 105.

mitzuspielen: „Wenn der Euro über 1,30 Dollar steigt, muss die EZB einschreiten“, fordert Deka-Bank-Mann Hüther. Dieser Meinung ist auch der Würzburger Wirtschaftsprofessor und Wirtschaftsweise Peter Bofinger: „Die EZB muss jetzt handeln.“ So wie die Notenbank Ende 2000 beherzt gegen den Absturz des Euro eingeschritten sei, müsse sie nun seinen Höhenflug stoppen. „Dazu solle sie ein Kursband von 1,15 bis 1,20 Dollar für den Euro festlegen und Dollar kaufen, um die US-Währung zu stützen und Euro in den Markt zu pumpen.“<sup>396</sup>

Allerdings bevorzugt Bofinger einen stabilen Markt, ohne über die Vermehrung der Geldbasis die Kontrolle über Zinsen und Inflation zu verlieren. Daher empfahl er, dass die EZB „Kredite an Banken zurückfahren müsse. ... Die EZB hat unbegrenzt viele Euro, um den Wechselkurs zu bewegen. ... Damit könne der Markt stabiler werden. Der Glaube an einen völlig freien Devisenmarkt, der die Dinge schon regelt, hat sich überlebt.“<sup>397</sup>

Die Ankündigung der EZB, die Aufwertung des Euro stoppen zu wollen,<sup>398</sup> war nach der Weigerung Japans und Chinas, ihre Geldpolitik anzupassen, quasi die Ergänzung einer ungeklärten internationalen Währungskriegserklärung.

Die Gefahr, die von einem weiter steigenden Euro für die europäische Konjunktur ausgeht, ist also offensichtlich. Das Währungsproblem betrifft vor allem mittlere Unternehmen. Während ein Konzern wie BMW sich mit Millionensummen am Devisenmarkt gegen einen schwachen Dollar absichern kann, trifft der Dollar-Absturz den Mittelstand mit voller Härte. Da seine Produkte auf dem Dollar-Markt deutlich teurer und die Exporte gebremst werden.<sup>399</sup>

Eine erneute Verteuerung des Euro gegenüber dem Dollar ist eine Gefahr für den Aufschwung im Jahr 2004 in der Eurozone. Medienberichten zufolge war die Bundesrepublik 2003 das erste Mal seit elf Jahren angeblich wieder der größte Exporteur der Welt. Mit Ausfuhren im Volumen von 62 Milliarden Dollar im August 2003 verdrängte Deutschland die Vereinigten Staaten vom Spitzenplatz. Deutschland war in den 80er Jahren lange Zeit der größte Exporteur der Welt, verlor diese Position jedoch nach der Wiedervereinigung. Nach optimistischen Einschätzungen hatten erste Anzeichen für die Rückkehr auf den Spitzenplatz bereits die Daten für das Frühjahr 2003 geliefert. Nach OECD-Zahlen seien die deutschen

---

396 Vgl. Bönstrup, Carsten; Mortsiefer, Henrik; Riskanter Höhenflug; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18267; 12.10.2003; S. 24.

397 Vgl. Bönstrup, Carsten; Mortsiefer, Henrik; Riskanter Höhenflug; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18267; 12.10.2003; S. 24.

398 Vgl. Autor unbekannt; Angst vor dem starken Euro; in: Der Tagesspiegel; 7.10.2003; Nr. 18262; S. 15.

399 Vgl. Autor unbekannt; Dollarschwäche; Amerika lacht, Euroland zittert; Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268807,00.html>; 08.10.2003.

Warenausfuhren auf Dollar-Basis in saisonbereinigter Rechnung im April erstmals höher als die US-Exporte gewesen.

Einer der Gründe für die gute Performance sei allerdings die günstige Kostenentwicklung seit Mitte der 90er Jahre. „Deutschland hat durch zunehmende Lohnzurückhaltung merklich aufgeholt“, sagte Harald Jörg, Volkswirt bei der Dresdner Bank.<sup>400</sup> Allerdings sei der scheinbare Aufwärtstrend der deutschen Exporte durch die Aufwertung des Euro verstärkt worden. Dadurch ergebe sich rein rechnerisch ein höherer Dollar-Wert für die Ausfuhren. Aber die realen Verhältnisse zeigen, dass das BIP in Deutschland auf Grund schwacher Exporte im Jahre 2003 trotz allem Optimismus um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.<sup>401</sup>

Die deutsche Wirtschaft ist Ende 2003 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes langsamer in Gang gekommen als zahlreiche Volkswirte bislang erwarten. Zwischen Oktober und Dezember habe es nur „ein bisschen Wachstum gegeben“, sagte Behördenchef Johann Hahlen am Donnerstag. „Von einer nachhaltigen Belebung kann noch nicht gesprochen werden.“ In der zweiten Jahreshälfte habe sich nur eine schwache Erholung der Konjunktur abgezeichnet.

In diesem Punkt zeigt sich der negative Effekt der Dollarabwertung am deutlichsten. Die jüngsten Erfolgsmeldungen beruhen letztlich auf einem rein statistischen Effekt, dem kein reales Wachstum zu Grunde liegt. Da die OECD die in Euro registrierten deutschen Exporte von jeher in Dollar umrechnet, ermöglichte allein die Schwäche der US-Währung der hiesigen Exportwirtschaft den erneuten Sprung an die Spitze. Güter, die ursprünglich für 100 Euro ins Ausland verkauft wurden, sind in der aktuellen OECD-Statistik deshalb auf Dollar-Basis plötzlich mit einem Wert von 130 Euro ausgewiesen. Allein daran zeigt sich, dass die vermeintliche Zunahme des deutschen Exports lediglich der Aufwertung der Währung zu verdanken ist. Real, d.h. währungsbereinigt, schrumpfte der deutsche Export im August 2003 sogar um 4,2 % gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres.<sup>402</sup> Daher sollte eine erneute Abwertung des Dollars nicht toleriert werden.

Nach betriebswirtschaftlicher Betrachtungsweise könnte die Euro-Stärke langfristig allerdings auch die Rationalisierung der Wirtschaft im Euroland beschleunigen, da die Unternehmen

---

400 Vgl. Autor unbekannt; Nach elf Jahren Deutschland ist wieder Export-Weltmeister; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,269690,00.html>; 14.10.2003.

401 Vgl. Autor unbekannt; Schwacher Export lässt Wirtschaft schrumpfen; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18360; 16.01.2004; S. 18

402 Vgl. Tietz, Janko; Der Statistik-Trick; in: Der Spiegel; Nr. 43/2003; S. 99.



gezwungen werden, unter dem sich verschärfenden Konkurrenzdruck ihre Produktionsprozesse zu modernisieren und für eine kostengünstigere Produktion Arbeitsplätze einzusparen.<sup>403</sup>

Davon Abgesehen könnte ein relativ starker Euro auch seine Stellung als Reservewährung gegenüber dem Dollar ausbauen.<sup>404</sup> Dass die EZB relativ gelassen mit dem Höhenflug des Euro umgeht und erst ab 1,30 gegenüber dem Dollar intervenieren möchte, zeigt das Interesse der EU für einen starken Euro, der als Reservewährung für interessierte Sparer fungieren soll.

„Die Gelegenheit war gut, das Potenzial des Euro mal auszutesten“, hieß es, als die EZB den Referenzkurs des Euro bei 1,1994 Dollar nach 1,1902 Dollar festgelegt hatte. „Bei einem Kurs von 1,20 Dollar ist die US-Währung für die Deutschen nach alter D-Mark-Rechnung derzeit etwa so günstig wie seit Herbst 1998 nicht mehr. Der Wert entspricht zugleich dem langjährigen Durchschnittsverhältnis der D-Mark zum Dollar in den 90er Jahren.“<sup>405</sup>

Als der Euro innerhalb eine Woche die 1,21 Dollar-Marke überschritten hatte, beherrschte nach wie vor eine beneidenswerte Gelassenheit die Kommentare der Zentral-Bank. Die Devisenhändler erklärten zu jener Zeit diese Ruhe mit enttäuschenden Zahlen vom US-Arbeitsmarkt und einem positiven Konjunkturausblick. Jean-Claude Trichet, Präsident der EZB, äußerte sich im Hinblick auf die Konjunktur optimistisch und hat offenbar kein Problem mit dem aktuellen Euro-Kurs. „Das hilft uns natürlich“ äußerte Trichet in einer Pressekonferenz. „Außerdem steht uns insgesamt in den kommenden Quartalen eine graduelle Erholung des Wirtschaftswachstums in der Euro-Zone bevor, die im Laufe des kommenden Jahres und im Jahr darauf in eine breitere und stärkere Erholung mündet.“ Außerdem sollte der aktuelle Euro-Kurs Nachfrage und Konsum stärken.<sup>406</sup>

Als aber Anfang Februar 2004 das Verhältnis des Euro zu US-Dollar bis zu 1,2890 USD stieg, schien es, dass die Schmerzgrenze der europäischen Zentralbank erreicht wurde. Konsequente Weise setzte der Bank die starken Euro-Verkäufe ein.<sup>407</sup>

---

403 Vgl. Heeg, Thiemo; Wechselkurse, Die Profiteure der Euro-Stärke; in: FAZ Sonntagszeitung; Nr. 41; 12.10.2003; S. 49.

404 Vgl. Autor unbekannt; Rekordstand Japan hortet 630 Milliarden Dollar; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,273301,00.html>; 10.11.2003.

405 Vgl. Brönstrup, Carsten; Mortseifer, Henrik; Der Euro ist stark wie nie; in: Tagesspiegel Online; <http://www.tagesspiegel.de/politik/index.asp?gotos=http://archive.tagesspiegel.de/toolb...>; 29.11.2003.

406 Vgl. Autor unbekannt; Euro Rallye; und täglich grüßt das Rekordhoch; in: manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,276901,00.html>, 04.12.2003.

407 Vgl. Rettinger, Detlef; Hat die EZB am Devisenmarkt interveniert? in: Devisen-Börsenbrief; [http://www.ariva.de/news/columns/view.m?news\\_id=784658](http://www.ariva.de/news/columns/view.m?news_id=784658); 16.02.2004.

Laut Devisenhändler Detlef Rettinger gehören diese Art Interventionen am Devisenmarkt zwar nicht zum gängigen Instrumentarium der EZB, aber die Euro-Stärke spiegelt in der Tat nicht die wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Eurozone wider. Vielmehr trägt Europa durch die Euro-Aufwertung tatsächlich die Last der US-Politik, die durch exzessive Verschuldung, Niedrigzinsen und Abwertung die Wirtschaft zu sanieren versucht. Die Interventionen der Bank of Japan sorgen zudem dafür, dass sich die negativen weltwirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen US-Politik auf die Eurozone konzentrieren. Gute Gründe für die EZB also, ebenfalls zu Interventionen zu greifen.<sup>408</sup>

Unter diesen Vorzeichen soll an dieser Stelle auch die jüngste Währungsdiplomatie der EU gegenüber den USA und ihrem alles dominierenden Dollar überprüft werden. Der ehemalige Kommissionspräsident der EU, Romano Prodi, hatte Anfang Juli 2003 bei einem Treffen mit den Brüsseler Botschaftern der erweiterten EU seinen diplomatischen Erfolg wie folgt erklärt: „Dank seiner guten Kontakte in Moskau gehe er davon aus, dass Russland demnächst seinen gesamten Erdöl- und Gasexport in die EU nicht mehr in US-Dollar abrechnen wolle, sondern in Euro. Putin wolle die Anbindung an die EU drastisch ausbauen.“ Das wäre ein Triumph für die Europäer und ein herber Schlag für die USA. Grundet sich doch deren Macht auch auf die bislang unangefochtene Herrschaft des Dollar als Leitwährung im globalen Energiegeschäft.<sup>409</sup>

Laut dem „Spiegel“ sollte der Euro im Geschäft mit den Russen, die über 50 % der Brennstoffe der EU liefern, den Dollar verdrängen. Den Beziehungen zwischen Washington und Brüssel würde das jedoch kaum weiteren Abbruch tun, da sie bereits schlecht genug seien. Die Amerikaner sehen sich mit einer europäischen Herausforderung konfrontiert, die weit über alle bisherigen Emanzipationsversuche Europas hinausgeht. „Ohne Vorbehalt stehen auch jene EU-Mitgliedstaaten, die sich im Irak-Krieg noch uneingeschränkt zu George W. Bush bekannten, hinter dem ersten eigenen sicherheitsstrategischen Konzept der Gemeinschaft.“<sup>410</sup>

Aus diesem Aspekt wird das Für und Wider einer Dollar-Bindung derzeit in Russland diskutiert. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls eine Studie, die der junge Wissenschaftler und Bankier Vladimir Mamakin als Stipendiat der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin verfasst hat. Der Studie zufolge hat die russische Notenbank den Rubel nach der Krise im

---

408 Ebenda.

409 Vgl. Didzoleit, Winfred; Koch, Dirk; Die neue Unbefangenheit ; in: Spiegel Online; 21. Juli 2003; <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,258060,00.html>.

410 Ebenda.

Jahre 1998 praktisch an den Dollar gebunden, wobei der Rubel von Mitte 2000 bis Ende 2002 kontinuierlich sowie parallel zum Dollar leicht abgewertet wurde. Von Anfang 2003 an änderte die Notenbank dann aber offensichtlich ihre Strategie und ließ den Rubel bis Anfang Juli zum Dollar leicht aufwerten. Den Kurswechsel erklärt Mamakin mit der Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar: Als dessen Folge hat der Rubel nämlich seit Ende 2000 bis Mai 2003 von 23 auf 36,6 Rubel je Euro kräftig abgewertet. Diese Abwertung – die andere Länder gerade anstreben – sei für die russische Wirtschaft zusehends zum Problem geworden.<sup>411</sup>

Dies erklärt sich mit der besonderen Struktur des russischen Außenhandels. Dessen wichtigstes Exportgut sind Energierohstoffe. Laut Mamakin gehen 53 % der russischen Erdöl- und 62 % der Erdgasexporte in die EU. Mit den Exporterlösen kauft Russland in der EU, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner, Maschinen und andere Technologieprodukte ein, aber auch Konsumgüter wie Autos und Luxusartikel. Das Problem in einer Rubelabwertung gegenüber dem Euro liege nun darin, dass die Nachfrage nach Energie-Rohstoffen – die in Dollar gehandelt werden – weitgehend unelastisch sei. Zwar werde Öl, in Euro gerechnet billiger; doch führe dies nicht zu einer deutlich höheren Nachfrage seitens der EU nach russischem Öl. Deshalb erlöse die russische Wirtschaft weniger Euro, was wiederum ihre Fähigkeit beschränke, Waren aus EU zu importieren; zumal sich diese durch die Euro-Aufwertung verteuerten. Das aber gehe zu Lasten der Investitionen und des zukünftigen Wirtschaftswachstums. Hinzu komme, dass Russland den Großteil seiner Auslandsschulden in Euro halte. Deshalb laufe eine Erhöhung des Eurokurses um einen Cent für die russischen Schuldner auf Mehrausgaben von 100 Millionen Dollar hinaus.<sup>412</sup>

Mamakin zufolge muss die russische Zentralbank deshalb ihre Wechselkurspolitik überdenken: „Die Abkehr vom Dollar als Währungsanker und die Festlegung eines Währungskorbs mit einem Euro-Anteil, der den Außenhandelsströmen entspricht, würde nicht überraschen.“ Aus der Sicht Mamikins hat die russische Notenbank bei ihren Interventionen neben dem Dollar den Euro bereits im Blick. So komme ihr die jüngste Aufwertung des Rubels gegenüber dem Euro zupass, weil dies die importierte Inflation dämpfe. Deshalb sei demnächst mit einer weiteren Rubelaufwertung zu rechnen – soweit sich Prognosen bei politisch gesteuerten Wechselkursen überhaupt stellen ließen.<sup>413</sup>

---

411 Vgl. Mamakin, Vladimir: Die Rolle des Euro in Russland; Berlin; SWP-Studie; August 2003.

412 Ebenda.

413 Ebenda.

Die gestiegene Euro-Relevanz auf dem russischen Finanzmarkt eröffnet nicht nur neue Perspektiven für weitere Direktinvestitionen und die Aufnahme von Krediten in Europa, sie stellt auch praktisch alle Wirtschaftssubjekte in der Russischen Föderation vor neue Aufgaben. So muss die Zentralbank für den Rubel einen neuen Währungsanker finden, der die makroökonomische Stabilität unter den Bedingungen zweier konkurrierender Auslandswährungen sichern kann. Die Regierung muss Korrekturen am Staatshaushalt vornehmen, da die Stärkung des Rubels gegenüber dem US-Dollar die Exporteinnahmen verringern und die Kosten für die Bedienung der Staatsschulden erhöhen wird. Die Exporteure haben sich auf mögliche neue Preisbildungsregeln auf den Rohstoffmärkten einzustellen.<sup>414</sup>

Unter diesen Bedingungen wird die neue Bedeutung des Euro in Russland auch Konsequenzen für die EU haben. Veränderte Interessen russischer Ölgesellschaften können einen entscheidenden Einfluss darauf haben, in welcher Währung ihre Transaktionen in Zukunft getätigt werden. Dabei kann die wachsende Bedeutung des Euro auf den russischen und auf den Finanzmärkten des Nahen Ostens auch seine Dominanz auf den internationalen Märkten zur Folge haben.<sup>415</sup> Auch die Europäische Kommission geht bei einer Liberalisierung des internationalen Energiemarktes vom Euro als Abrechnungseinheit aus.<sup>416</sup>

Ein solcher Währungswechsel hätte eine Reihe von Vorteilen für die EU: Auch andere Länder müssten ihr Gas in Euro bezahlen, so dass Euro mit ausländischen Währungen gekauft werden. Mit diesen Devisen könnte die EU ihre Importe bezahlen und gleichzeitig solange Geld nachdrucken, bis die ausländische Euro-Nachfrage für den Gashandel gedeckt wäre. Dieser Effekt käme einem zinslosen Kredit gleich und wird als Seignorage bezeichnet. Ein anderer Vorteil wäre die erhöhte Flexibilität makroökonomischer Politik durch das Privileg, Außenhandelsdefizite mit einheimischer Währung auszugleichen.

„As a practical matter, sovereign governments also worry about other things – not least, about their own policy autonomy: their scope for discretion to pursue diverse objectives in the event of unforeseen developments, up to and including war. Key here is the domestic seigniorage privilege – what one source calls a state's ‘revenue of last resort’. The more tightly a currency

---

414 Ebenda.

415 Ebenda.

416 Vgl. Europäische Kommission: Grünbuch; Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit; KOM (2000) Luxemburg; 2001; S. 41.

is pegged, the less room policymakers have to resort at will to inflationary money creation to augment public spending when deemed necessary.“<sup>417</sup>

Mamakin geht sogar davon aus, dass der Euro den Dollar als Fakturierungseinheit auf den Weltenergiemärkten ablösen könnte. Folgende Vorteile ergäben sich hieraus für Europa: Erstens komme es zur Senkung der Brennstoffkosten, zweitens zur Erhöhung der langfristigen Preisstabilität und drittens zu größerer makroökonomischer Stabilität.<sup>418</sup>

So reift vermutlich mit dem Euro eine zweite Weltwährung heran – und zwar eine Währung, die nach schwachem Start und einem zwischenzeitlichen Kursverlust von 30 % nun zusehends an Wert gewinnt. Daher rechnen nicht nur die Fonds und private Großanleger neu, auch die Notenbanken kalkulieren genau, wie und wo sie ihre Devisen investieren: „Der Ertrag aus Dollar-Anlagen ist derzeit sehr niedrig, andere Währungen bringen mehr“, erklärt nüchtern der Vizepräsident der Russischen Zentralbank, Oleg Wjugin. Er werde deswegen „diversifizieren“. Sprich: Moskau hat den Euro-Anteil seiner Reserven von unter zehn auf über 20 % erhöht.<sup>419</sup>

Schon im Herbst 2002 ließ auch Chinas Führung ihren deutschen Staatsgast Gerhard Schröder wissen, sie werde künftig mehr Euro in den Tresoren der Zentralbank horten und weniger Dollar.<sup>420</sup> Die Pekingener Währungshüter verwalten immerhin Devisenreserven in Höhe von 400 Milliarden Dollar und damit nach Japan das zweitgrößte Währungspolster der Welt. Ähnliche Ankündigungen gibt es mittlerweile aus einer Vielzahl von Ländern: So hat Taiwan sein Euro-Investment von 20 auf 35 % aufgestockt, Singapur hält ein Drittel seiner Reserven in Euro. Und auch Kanadas Zentralbank will verstärkt in die Gemeinschaftswährung investieren. Mittlerweile streben auch die Opec-Länder wie Saudi Arabien und der Iran nach einem Währungswechsel.<sup>421</sup>

Eine aktuelle Studie von Goldman Sachs belegt, wie sehr sich die Gewichte verschoben haben: Anfang 1999 hatten die großen Zentralbanken noch 5,8-mal so viele Dollar wie Euro in ihren Tresoren, drei Jahre später waren es nur noch 4,6-mal so viele. Und die

---

417 Cohen, Benjamin; Economic and Monetary Union (EMU) and Developing Countries; in: <http://www.polsci.ucsb.edu/faculty/cohen/recent/developing.html>; 1999; S. 14.

418 Mamakin, Vladimir: Die Rolle des Euro in Russland; Berlin; SWP-Studie; August 2003; S. 19.

419 Vgl. Schäfer, Ulrich; Währung; Mutter alle Gefahren; in: Der Spiegel; 15/2003; S. 146-148.

420 Ebenda.

421 Ebenda.

Investmentbanker sind sicher, dass der jüngste Kursanstieg des Euro noch „zusätzliche Bewegungen in diese Richtung auslösen wird.“<sup>422</sup>

Die Reaktionen aus Washington sind erzürnt. Einerseits wird versucht, im Rahmen einer neuen „Monroe Doktrin“ den Aufbau einer den gesamten amerikanischen Kontinent umfassenden einheitlichen Freihandelszone zu beschleunigen, welche eine Dollarisierung des Marktes erlaubt. Nach der Grundsatzvereinbarung auf die Free Trade Area of the Americas (FTAA) sollen die Regierungen der beteiligten Staaten bis Januar 2005 die noch offenen Detailfragen klären. „Es ist immer noch ein Stück Weg zurückzulegen, aber zumindest bewegen wir uns in die richtige Richtung“, sagte der Chefunterhändler der von 15 Staaten gebildeten karibischen Gemeinschaft, Richard Bernal.<sup>423</sup> Andererseits greifen die USA in ihrer Verzweiflung zu uneffektiven Methoden wie dem Protektionismus.

## **2.8. Wachstum der US Wirtschaft unter extremem makroökonomischen Ungleichgewicht**

Beispielsweise hatte die amerikanische Regierung auf Druck der US-Textilwirtschaft und wegen der Kritik am auf mehr als 100 Milliarden US-Dollar angewachsenen Handelsdefizit mit China neue Quoten auf Textilimporte angekündigt. Damit soll die Zunahme der Textileinfuhren aus China in die USA auf 7,5 % begrenzt werden. Chinas Vizeaußenminister äußerte die Hoffnung, dass Washington seine Entscheidung korrigiere. Peking behalte sich weitere Schritte vor. Nach chinesischer Ansicht verletzen die USA mit den Handelsbeschränkungen die Prinzipien der WTO über Freihandel, Transparenz, Gleichbehandlung und im Endeffekt die Globalisierung der Märkte.<sup>424</sup>

Abgesehen davon zeigt die Realität, dass in einer globalen Wirtschaft die Firmen sehr schnell die Standorte wechseln, um Produktionskosten zu sparen. Folglich können in den Industrieländern innerhalb kürzester Zeit Millionen von Arbeitsplätzen verloren gehen. Der Protektionismus wird diesen Trend nicht mehr bremsen können.

Üblicherweise schiebt man den Schwarzen Peter der Verlagerung von Arbeitsplätzen Mexiko, China oder Indien in die Schuhe, obwohl der Verlust der Arbeitsplätze nicht immer die Folge der Arbeitsplatzverlagerung ist. Beispielsweise konnte etwa die amerikanische Stahlindustrie

---

<sup>422</sup> Ebenda.

<sup>423</sup> Vgl. Autor unbekannt; Von Alaska bis Feuerland; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,274942,00.html>; 21.11.2003.

<sup>424</sup> Vgl. Autor unbekannt; Textilzölle, China bestellt US-Botschafter ein; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,274776,00.html>; 20.11.2003.

ihre Produktivität in den vergangenen 20 Jahren um 4 % verbessern, während gleichzeitig die Beschäftigtenzahl von rund 212.000 auf 79.000 zurückging – hauptsächlich der Automatisierung wegen.<sup>425</sup>

Aus einem Interview des Spiegelwirtschaftsredakteurs mit Mark M. Zandi, Chefvolkswirt und Mitgründer der Beratungs- und Researchfirma Economy.com, kann man dennoch schlussfolgern, dass nach der jüngsten Wirtschaftskrise in Folge des Arbeitsstellenexports die klassische Industrie der USA den härtesten Einbruch hinnehmen musste. Seit März 2000 sind erstaunliche 16 % aller Stellen weggefallen. Diese Jobs sind für immer verloren. Die meisten sind nach China verlagert worden, in andere Länder Ostasiens und nach Mexiko. China und Indien profitierten jedoch nicht nur von ihren niedrigen Lohnkosten, sondern auch davon, dass ihre Währungen stark unterbewertet sind.<sup>426</sup>

Nach Angaben vom Chefvolkswirt der Internationalen Energieagentur (IEA) Fatih Birol bestehen für viele Unternehmen kaum Möglichkeiten sich diesem Outsourcing der Arbeitsplätze zu widersetzen, zumal die höheren Energiekosten in den Industrieländern dies nicht erlauben. Durch die Auslagerung oder „Energie-Outsourcing“ der Produktionseinheiten, die durch hohen Strom- oder Ölverbrauch hohe Kosten verursachen, könnten die energieintensiven Produkte günstig in asiatischen Ländern produziert werden. „In den USA hat die chemische Industrie bereits begonnen diese Sparten nach Asien auszulagern.“<sup>427</sup>

In einigen Industriesektoren, wie Stahlfertigung und Textilherstellung, war diese Praxis bislang weitgehend akzeptiert. Doch nun ist auch jener Bereich betroffen, der bislang als Vorzeigeobjekt des US-Aufschwungs galt: Die IT-Branche. IBM, Hewlett-Packard, Intel, Oracle und Sun Microsystems haben in Billiglohnländer ausgelagert. Die Marktforscher von Forrester Research rechnen infolge dieser Entwicklung bis 2012 mit dem Verlust von 1,6 Millionen Arbeitsplätzen.<sup>428</sup>

Von den drei Millionen Arbeitsplätzen, die die US-Wirtschaft seit dem Gipfel des gescheiterten Technologiebooms eingebüßt hat, ist ungefähr eine Million ins Ausland gewandert. Die restlichen zwei Millionen sind wegen sehr starker Steigerung der

---

425 Vgl. Sennett, Richard; Im Zeitalter der Angst; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18646; 02.11.2004; S. 23.

426 Streitz, Matthias; So schlimm wie nie seit der Depression, Interview mit Mark M. Zandi dem Chefvolkswirt und Mitgründer der Beratungs- und Researchfirma Economy.com zur US-Jobkrise; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268474,00.html>; 06. 10. 2003.

427 Sucher, Jörn; Ölmärkte: „Die kommenden Dekaden werden schwierig“; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,304425,00.html>; 28.06.2004.

428 Vgl. Sucher Jörn; Patriotismus-Debatte: „Jobs for America“ verärgert die Inder; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,292252,00.html>; 24.03.2004.

Produktivität verloren gegangen. Bedingt durch diese Fakten fordern einige Politiker neue Handelsbeschränkungen oder gar eine Neuverhandlung der Nafta-Freihandelsverträge, obwohl die Jobs, die jetzt verloren gehen, langfristig ohnehin nicht zu retten gewesen wären. Wenn man den Wandel bekämpft, verlängert das nur die Schmerzen.<sup>429</sup>

Dies ist der Beweis, dass auch in den technologie und kapitalintensiven Branchen die Verlagerung der Arbeitsplätze in die Billiglohnländer unvermeidbar ist, weil dort sogar qualifizierte Arbeitskräfte für einen Bruchteil von dem arbeiten, was ihre Kollegen in den Industrieländern verdienen. Sie sind zudem nicht durch Gewerkschaften geschützt, aber leistungsorientiert und belastbar. Nur so können die Firmen die voluminöseren Renditen, die sie den Anlegern versprechen, auch halten. Aus diesem Grunde verliert die Wirtschaftsstandortdebatte in den Industrieländern an Substanz, da dieser Prozess unumkehrbar ist.

Im Übrigen meinen die Analysten, dass der Arbeitsmarkt sich, bedingt durch diesen Strukturwandel der Wirtschaft, in naher Zukunft nicht erholen wird. Tatsächlich waren Mitte Juli 2003 neun Millionen Amerikaner ohne Job. Die Arbeitslosenquote hatte sich mit 6,2 % weit über dem Niedrigwert kurz vor George W. Bushs Amtsantritt Anfang 2001 (3,9 %) gehalten.<sup>430</sup>

Nach herrschender ökonomischer Lehre heißt es, dass eine extrem lockere Geldpolitik mit rekordtiefen Zinsen verbunden mit sehr hohen Staatsausgaben und Steuersenkungen die Wirtschaft aus ihrem Tief führen und sogar die Beschäftigungssituation verbessern wird. Davon hängt unheimlich viel ab. Denn wer keinen Job hat, kann nicht konsumieren. Dabei sind rund zwei Drittel der Wirtschaft vom Konsum abhängig. Allerdings kam es gerade bei diesem Punkt in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Enttäuschungen.

Tatsächlich ist der reale Prozentsatz der Amerikaner, die Arbeit suchen, dank schlecht bezahlter Jobs seit 2003 gefallen, da der Anteil der Teilzeit-Jobs erheblich gestiegen ist. Aber 57 % derer, die wieder Arbeit haben, verdienen weniger als vorher. Die Arbeitslosenquote ist nach offiziellen Angaben in USA von Juli 2003 bis August von 6,2 auf 5,5 % gesunken und es sind immerhin 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Quote bleibt aber weit hinter den Zielen der US-Regierung zurück, welche im Hinblick auf ihr

---

429 Streitz, Matthias; So schlimm wie nie seit der Depression, Interview mit Mark M. Zandi dem Chefvolkswirt und Mitgründer der Beratungs- und Researchfirma Economy.com zur US-Jobkrise; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,268474,00.html>; 06.10.2003.

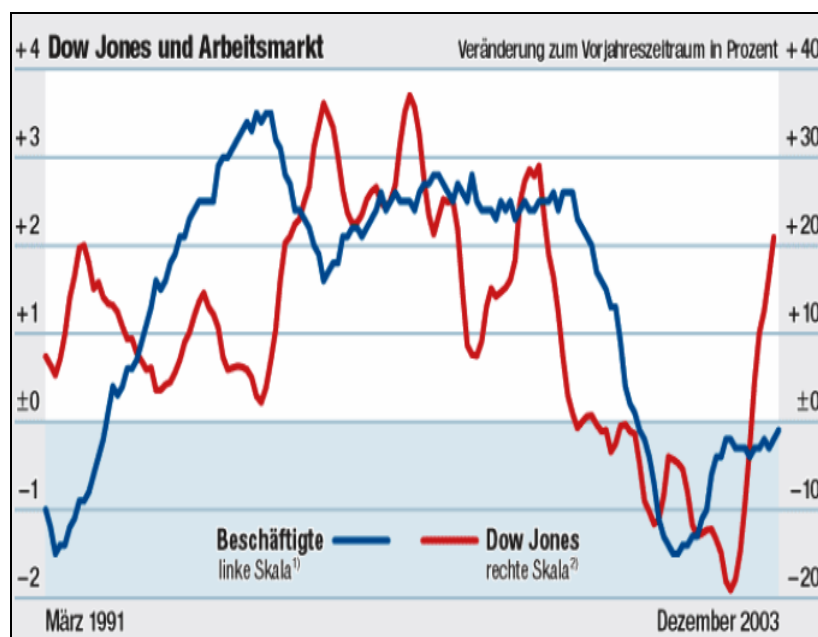
430 Vgl. Autor unbekannt; Arbeitslosigkeit steigt auf Neun-Jahres-Hoch; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,255639,00.html>; 03.07.2003.



Wachstumsprogramm bis Ende 2004 fast vier Millionen neue Jobs versprochen hatte. Angesichts von 8,2 Millionen Arbeitslosen eine kaum ignorierbare Tatsache.<sup>431</sup> „Dies erscheint seltsam“, sagte der renommierte Ökonom und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz auf einer Tagung in Berlin mit Blick auf diese Entwicklung.<sup>432</sup>

Nach der Einschätzung von Joseph Stiglitz war der jüngste Wirtschaftsabschwung nicht nur relativ stark, sondern er dauert auch länger als „normal“. Er führte zu einer „Arbeitsplatzlücke“ von sechs Millionen Jobs. Drei Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, und weitere drei Millionen hätten neu geschaffen werden müssen, um neu auf den Markt kommende Arbeitskräfte aufzunehmen. Die Arbeitslosenquote liege nicht bei sechs, sondern bei 9 %, wenn jene berücksichtigt würden, die durch das statistische Raster fielen. Normalerweise steige in einem typischen Aufschwung zunächst einmal die Arbeitszeit, bevor es zu Neueinstellungen komme. Diesmal blieben die Arbeitszeiten gering und die Produktivität hoch. Dabei geht sie in einem normalen Aufschwung zurück.<sup>433</sup>

**Abbildung 11: Zusammenhang zwischen Aktien und Arbeitsplätze in Amerika**



**Quelle:** FAZ Online; Aktuell Finanzmarkt Börsen&Märkte;  
[http://faz.net/s/Rub034D6E2A72C94218B05D042oE6C9831/Doc/~E70B\(391...](http://faz.net/s/Rub034D6E2A72C94218B05D042oE6C9831/Doc/~E70B(391...) ; 07.02.2004.

Joseph Stiglitz erklärt sich diese Phänomene mit dem vergleichsweise radikalen Abbau von Arbeitsplätzen, weil die Unternehmen dazu tendierten, Kosten über Mitarbeiteroptionspläne

431 Vgl. Pitzke, Marc; Amerikas Wirtschaft: Mythos und Wirklichkeit in Bushville, USA; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,312939,00.html>; 12.08.2004.

432 Vgl. Stiglitz Joseph; US-Wirtschaft in der 90er Jahren; Rede an der FU-Berlin (Notizen des Autors); 26.01.2004.

433 Ebenda.

und ähnliches auf die Zukunft zu verlagern. Es werden auch immer mehr Arbeitsplätze ins günstigere Ausland verlagert. Zum Beispiel nach Asien, wo die Arbeitskosten nur ein Zehntel der amerikanischen oder der europäischen betragen. Auf diese Weise können die Unternehmen hohe Gewinne ausweisen (Abb. 11).<sup>434</sup>

Angesichts der massiven Auslagerungspläne vieler Großkonzerne schlugen die Wogen der Empörung in die Vereinigten Staaten hoch, so dass US-Politiker die Auslagerung gleich per Gesetz verbieten wollen. Der demokratische Senator Chris Dodd etwa hat eine Vorlage auf den Weg gebracht, die der Regierung verbietet, Aufträge an Firmen zu vergeben, die einen Teil der Arbeit nach Übersee verlagern. Die zweite Gesetzesinitiative unter dem Titel „Jobs for America“ kommt von den demokratischen Senatoren Tom Daschle und Ted Kennedy. Demnach müssen US-Unternehmen, die mehr als 15 Stellen ins Ausland verlagern, ihre Pläne drei Monate vorher den Washingtoner Behörden melden und begründen.<sup>435</sup>

Öffentlichkeitswirksam brachte schließlich auch der gescheiterte Bush-Herausforderer Kerry eine Gesetzesinitiative auf den Weg, um die Auslagerung von Callcentern einzuschränken. Der Entwurf sieht vor, dass jeder Telefonist dazu verpflichtet werden soll, am Anfang des Gespräches sein Herkunftsland zu nennen.<sup>436</sup>

Die protektionistische Abwehrstrategie der US-Amerikaner sorgte in Indien für Entrüstung. Der indische Handelsminister Arun Jaitley drohte prompt, „die politische Verhinderung einer weiteren Auslagerung amerikanischer Arbeitsplätze mit einem erneuten Abbruch der Welthandelsgespräche zu beantworten.“ Schätzungen zufolge beschäftigt die amerikanische IT-Branche in Indien etwa 250.000 Menschen.<sup>437</sup>

Der ökonomische Populismus verwundert kaum. In den USA herrschte Wahlkampf. Und somit war neben dem Krieg gegen den Terror die heimische Wirtschaft das beherrschende Thema. Auf diesem Gebiet ergeht es den Vereinigten Staaten nicht viel besser als Europa. Großkonzerne suchen nach Wegen, Kosten zu sparen. Die Auslagerung in Billiglohnländer steht entsprechend auch in den Chefetagen der US-Konzerne auf der Agenda. Bei den von Jobängsten geplagten US-Wählern dürfte der Boykott der Billiglohnländer gut ankommen.

---

434 Ebenda.

435 Vgl. Sucher Jörn; Patriotismus-Debatte: „Jobs for America“ verärgert die Inder; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,292252,00.html>; 24.03.2004.

436 Ebenda.

437 Ebenda.

Sinn und Erfolgsaussicht sind indes umstritten. Zudem bahnen sich nun weitreichende Folgen für die Weltwirtschaft an.<sup>438</sup>

Um diesen ökonomischen Populismus zu neutralisieren, hatte sich US-Notenbankchef Alan Greenspan in den US-Wahlkampf eingeschaltet. Er brandmarkte die Vorschläge des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers John Kerry als Gefahr für die US-Wirtschaft. „Diese angeblichen Heilmittel könnten die Lage eher verschlechtern als verbessern“, sagte Greenspan in einer Rede vor dem Repräsentantenhaus. Die Attacke richtete sich – auch wenn Greenspan natürlich keine Namen nannte – klar gegen den Demokraten Kerry, der während seiner Wahlkampfauftritte nicht müde wurde zu betonen, dass er notfalls Schutzzölle und Gesetze für den Erhalt amerikanischer Arbeitsplätze einsetzen werde. Und Greenspan legte noch nach: „Neue Handelsschranken und die Bewahrung des Arbeitsmarktes vor internationalen Einflüssen würden vielleicht kurzfristig, nicht aber langfristig helfen. ... Wie die Geschichte zeigt, ist unserer Wirtschaft am besten mit vollem und energischem Engagement in der globalen Wirtschaft gedient.“<sup>439</sup>

Greenspan widersprach auch der von Kerry genährten Angst, der US-Arbeitsmarkt würde sich in naher Zukunft nicht erholen. „Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich das Wachstum der Beschäftigung in Kürze beschleunigen, weil die Produktion weiter anzieht“, sagte der Chef der Federal Reserve. In der Tat meldeten einige US-Unternehmen erneut Rekordgewinne und 1,5 Millionen Menschen haben seit Juli 2003 einen neuen Job gefunden. Es geht scheinbar aufwärts – allerdings unter einem extremen makroökonomischen Ungleichgewicht.<sup>440</sup>

Jedoch warnen nicht wenige US-amerikanische Experten, dass die Qualität der neu entstehenden Arbeitsplätze beständig sinke – und mit ihr das Lohnniveau. Die Investmentbank CIBC World Markets weist in einem Arbeitsmarktbericht darauf hin, dass ihr Index zur Qualität der Beschäftigung in den Vereinigten Staaten seit 2001 um acht Punkte gesunken sei. Dies bedeute einen Trend hin zu schlechter bezahlten, weniger sicheren Arbeitsplätzen sowie zu Teilzeitstellen und zu mehr oder weniger erzwungener Selbstständigkeit. Auch Stephen Roach, Arbeitsmarktexperte bei Morgan Stanley, verweist auf das im Vergleich zur Konjunktur äußerst schleppende Wachstum der Gehälter: „Die Reallöhne seien von März 2003 bis März 2004 nur um 0,9 % gestiegen. Betrachte man die

---

438 Vgl. Autor unbekannt; „Arbeitsplatzschaffung“ als Leitmotiv Kerrys; Herausforderer Bushs ringt mit noch unscharfem Profil; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2004/03/29/wi/page-article9I0BT.html>; 29. 3.2004.

439 Autor unbekannt; US-Arbeitsmarkt: Greenspan kritisiert Kerry; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,290176,00.html>; 11.03.2004.

440 Vgl. Hillenbrand, Thomas; 11 Wall Street: Der heilige Alan im Wachkoma; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,306129,00.html>; 28.06.2004.

Steigerungsraten früherer Boomphasen, liege die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter in den Vereinigten Staaten derzeit inflationsbereinigt um 280 Milliarden Dollar zu niedrig,“ rechnet Roach vor. Dieser „beispiellose Fehlbetrag beim wichtigsten Teil der persönlichen Einkommen“ sei ein gravierendes Defizit der wirtschaftlichen Erholung. In der Tat lässt die Statistik erkennen, dass die Qualität der neu geschaffenen Jobs zu wünschen übrig lässt. Die Zahl der hochdotierten Stellen sei zwischen Mai und Juli 2004 jeweils um 2,8 % gewachsen. Rund ein Viertel der 2003 neu entstandenen Arbeitsplätze seien auf den Niedriglohnsektor entfallen.<sup>441</sup>

Für eine vernichtende Überraschung sorgte ebenfalls der Bericht über den amerikanischen Arbeitsmarkt von Ende Juni 2004. Fachleute hatten vorhergesagt, dass im Juni 250.000 neue Stellen entstanden seien, tatsächlich waren es nur 112.000 – deutlich weniger als selbst die niedrigste Schätzung von 160.000. Um die Lage am Arbeitsmarkt stabil zu halten, müssen nach Schätzung von Ökonomen monatlich rund 150.000 neue Stellen geschaffen werden.<sup>442</sup> Im Juli gab es jedoch lediglich einen Zuwachs von 32.000 neuen Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft – die Wirtschaftsexperten hatten mit mehr als 240.000 neuen Jobs gerechnet.<sup>443</sup>

Zwar sind die Arbeitsmarktdaten notorisch volatil und deshalb mit Vorsicht zu genießen. Doch „macht der Arbeitsmarktbericht die Anfälligkeit einer mit Krediten voll gepumpten Volkswirtschaft deutlich, die bei niedrigen Zinssätzen floriert, aber dahinwelkt, sobald die Zinsen steigen“, kommentierte Bill Gross, der Manager des weltgrößten Anleihefonds Pimco. Erst wenige Tage zuvor hatte Gross wissen lassen, dass er sich in großem Stil in Langlaufenden amerikanischen Staatsanleihen engagiert habe – weil er eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums und deshalb einen Rückgang der langfristigen Zinsen erwarte.

---

441 Vgl. Konjunktur: Aufschwung am amerikanischen Arbeitsmarkt lässt nach; in: FAZ Online; <http://www.faz.net/s/RubC8BA5576CDEE4A05AF8DFEC92E288D64/Doc~E44C91B16180F43A78779CAC3C41B9A55~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; 02.07.2004.

442 Vgl. Fehr, Benedikt; Arbeitsmarktdaten nähren die Konjunkturskepsis in Amerika; in: FAZ; Nr. 153; 05.07.2004; S. 22. u. Autor unbekannt; Konjunktur: Aufschwung am amerikanischen Arbeitsmarkt lässt nach; in: FAZ Online;

<http://www.faz.net/s/RubC8BA5576CDEE4A05AF8DFEC92E288D64/Doc~E44C91B16180F43A78779CAC3C41B9A55~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; 02.07.2004.

443 Vgl. Autor unbekannt; Konjunktur Amerikanischer Arbeitsmarkt schwächelt; in: FAZ Online; <http://www.faz.net/s/RubC8BA5576CDEE4A05AF8DFEC92E288D64/Doc~ECD5C58C598CB4DAAAE5CC4FEF9AD0555~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; 06.08.2004.

Offenbar geht Gross davon aus, dass die konjunkturelle Abkühlung die Inflation und damit den Zinsauftrieb blockieren wird.<sup>444</sup>

Im Juni 2003 hatte die Fed den US-Leitzins auf 1,0 % gesenkt, den niedrigsten Stand seit 46 Jahren. Nach Einschätzung der Fed hat sich seitdem scheinbar die Wirtschaft erholt und wächst 2004 voraussichtlich um 4,7 %.

Greenspan-Kritiker weisen bereits seit Längerem darauf hin, dass der lang andauernde niedrige Leitzins die inflationären Tendenzen forcieren. Lange Zeit ist Greenspan aber davon ausgegangen, dass die anziehende Konjunktur nicht zu einer schnellen Rückkehr der Inflation führen wird. Inzwischen sieht es so aus, als ob dies eine Fehleinschätzung gewesen sein könnte. In den vergangenen Monaten ist die US-Inflationsrate stark angestiegen. Auf das Jahr gerechnet liegt sie derzeit bei 5,5 %. Selbst wenn die wegen des hohen Ölpreises gestiegenen Energiekosten herausgerechnet werden, sieht der Preisanstieg immer noch bedenklich aus. Die so genannte Kerninflation betrug für die erste Hälfte 2004 im gleichen Zeitraum 3,3 %.<sup>445</sup> Die Leitzinsen sind aber mit Verzögerung auf 2,0 % erhöht worden. Laut Greenspan wird die Erhöhung der Leitzinsen weiterhin moderat verlaufen.<sup>446</sup>

An den Finanzmärkten wird freilich mit wachsender Sorge gefragt, wie lange dieser neue Merkantilismus, der mit staatlich verordneten Kapitalströmen in kosmischer Größenordnung einhergeht, andauern kann. Ungewiss ist vor allem die weitere Entwicklung der Währungsrelationen. Zudem wird befürchtet, dass die niedrigen US-Zinsen einer Fehlallokation von Kapital und neuen Spekulationsblasen an den Finanzmärkten Vorschub geleistet haben.

Daher hat der angesehene Morgan-Stanley-Ökonom Steven Roach den Fed-Chef bereits Anfang 2004 in einem offenen Brief aufgefordert, die Zinsen auf einen Schlag kräftig zu erhöhen. Dafür gibt es ein Vorbild in der Geschichte der Notenbank: Das berühmte „Saturday Night Special“. Greenspans Vorgänger, Paul Volcker, erhöhte die Zinsen im Oktober 1979 um mehrere Prozentpunkte – ausgerechnet an einem Samstag, sodass die

---

444 Vgl. Fehr, Benedikt; Arbeitsmarktdaten nähren die Konjunkturskepsis in Amerika; in: FAZ; Nr. 153; 05.07.2004; S. 22.

445 Vgl. Hillenbrand, Thomas; Wall Street: Der heilige Alan im Wachkoma; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,306129,00.html>; 28.06.2004.

446 Vgl. Autor unbekannt; Fed erhöht Leitzins auf zwei Prozent; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,327307,00.html>; 10.11.2004.

Finanzmärkte zunächst nicht reagieren konnten. Steven Roach wies bereits seit Längerem darauf hin, dass der Leitzins derzeit unter normalen Umständen bei 4,0 % liegen müsste.<sup>447</sup>

Als ob das nicht genug wäre, kommen weitere makroökonomische Ungleichgewichte hinzu, die die Nachhaltigkeit des behaupteten Aufschwungs hinterfragen. Dies ist zum einen die extrem hohe Verschuldung der amerikanischen Haushalte. Zur Eindämmung der Inflationsrate hat der Fed-Chef angekündigt, den US-Leitzins demnächst zu erhöhen. Weil viele US-Bürger auf Grund niedriger Zinsen eine Hypothek zur Baufinanzierung aufgenommen haben, sind sie von dieser Nachricht nicht begeistert. Denn wenn der Leitzins steigt, klettern auch die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen, nach denen sich wiederum der Zinssatz bemisst, den man für seine Hypothek zahlen muss. Obwohl Greenspan bisher lediglich nur die Zinserhöhung erwähnt hat, sind die Hypothekenraten bereits kräftig gestiegen. Nach Berechnungen von Bankrate.com lag der Zins für eine Hausfinanzierung mit 30-jähriger Laufzeit Anfang Mai 2004 bei 5,92 % – im März 2004 waren es noch 5,74 %. Dies sieht auf den ersten Blick nicht dramatisch aus. Wenn jedoch bspw. Schulden in Höhe von einer halben Million Dollar bei einer Privatperson liegen und diese die nächsten 25 Jahre Zinsen zahlen muss, ergibt sich ein anderes Bild.<sup>448</sup>

In den vergangenen Jahren hatten sich Eigenheime in den USA in Geldmaschinen verwandelt. Seit 2000 sanken die Zinsen. Dadurch konnten Amerikas Haushalte ihre in der Vergangenheit aufgenommenen Hypotheken neu verhandeln – refinanzieren, wie es im Fachjargon heißt. Nach der Refinanzierung hatten sie eine Handvoll zusätzliches Geld. Gleichzeitig stieg der Wert des durchschnittlichen Einfamilienhauses rasant an – es konnte sich folglich noch höher verschuldet werden. Wer nicht baute oder kaufte, galt als Verlierer.<sup>449</sup>

Eine wachsende Zahl von Fachleuten warnt, dass sich die Immobilienmärkte in einigen Ländern allen voran den USA überhitzt hätten und deshalb nun ein Preisrutsch drohe. Bspw. sind die Financial Times Kolumnisten Mark Schieritz und Sebastian Dullien der Ansicht, dass sich am Immobilienmarkt eine Blase gebildet hat, die sogar die Aktienbonanza im Dotcom-Sektor in den Schatten stellt.<sup>450</sup> Ein „Platzen der spekulativen Preisblase“ an den Märkten für Eigenheime könne die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Diese Gefahr nehme

---

447 Vgl. Hillenbrand, Thomas; Wall Street: Der heilige Alan im Wachkoma; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,306129,00.html>; 28.06.2004.

448 Vgl. Hillenbrand, Thomas; Wall Street: Alan mit der Abrissbirne; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,299156,00.html>; 10.05.2004.

449 Schieritz, Mark; Dullien, Sebastian; Land der leeren Taschen; in: FTD; 06.11.2002; S. 32.  
450 Ebenda.

aufgrund des sich abzeichnenden Anstiegs der Leitzinsen in den Vereinigten Staaten zu, da die Bewertung von Immobilien durch steigende Zinsen in der Tendenz unter Druck gerate.<sup>451</sup>

Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind die Preise für Wohneigentum in den USA von März 2003 bis März 2004 um knapp 8 % gestiegen. Auch in den Jahren zuvor gab es dort kräftige Preiszuwächse. Nach einer Studie der OECD sind die realen Häuserpreise – also nominale Preissteigerung abzüglich der Inflationsrate – in den Vereinigten Staaten im Zeitraum zwischen 1995 bis 2002 jährlich im Durchschnitt um knapp 4 % gestiegen. Die Zuwachsraten lagen damit weiter über dem Anstieg des amerikanischen BIPs. Dadurch haben sich wichtige Kennziffern, zum Beispiel das Verhältnis von Durchschnittseinkommen zum durchschnittlichen Preis eines Eigenheims, beträchtlich verschoben.<sup>452</sup>

Nach einer Analyse von Goldman Sachs sind die Immobilienpreise derzeit in den Vereinigten Staaten um 10 % überbewertet. Würden die Preise auf ihren „fairen Wert“ zurückgehen, gingen die Konsumausgaben in den USA um 1,0 % zurück. Würde zudem ein Anstieg der Leitzinsen um 100 Basispunkte (2 %) unterstellt, errechne sich für die USA ein 2,4 prozentiger Rückgang der Konsumausgaben.<sup>453</sup>

Insgesamt könnte der Rückgang des Konsums deshalb beträchtlich stärker ausfallen. Zudem bestehe das Risiko, dass der Rückgang der Eigenheimpreise eine Eigendynamik entwickle – mit ungünstigen Folgen für die Gesamtwirtschaft.

Trotzdem findet die leichtsinnige Instrumentalisierung des Immobilienbooms als Motor des Gesamtwirtschaftswachstums kein Ende. Ein Beispiel dafür ist der Fall des 28 jährigen Unternehmensberaters Philo Thompson. Wie die „New York Times“ berichtet, hatte er sich in der Nähe von Denver für 500.000 Dollar ein Haus gekauft. Der Kauf war möglich, nachdem der Unternehmensberater zunächst eine Hypothek über 500.000 Dollar abgeschlossen hatte. Der Eigenkapitalanteil, der sofort fällig wurde, betrug 100.000 Dollar. Diese Summe stellte er über einen weiteren Kredit – mit dem Haus als Sicherheit – zur Verfügung.<sup>454</sup>

---

451 Vgl. Autor unbekannt; Sorgen über eine globale Immobilienpreisblase; in: FAZ; Nr. 173; 28.07.2004; S. 17.  
452 Ebenda.

453 Vgl. Autor unbekannt; Sorgen über eine globale Immobilienpreisblase; In: FAZ; Nr. 173; 28.07.2004; S. 17.

454 Vgl. Andrews, Edmund L.; As Household Debt Rises, New Risk in Higher Rates; in: New York Times; Late Edition - Final, Section C, Column 4, Page 1;

[http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9903E7D8103DF937A35756C0A9629C8B63&n=Top%2fClassifieds%2fReal%20Estate%2fLocations%2fNew%20York;04.05.2004.](http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9903E7D8103DF937A35756C0A9629C8B63&n=Top%2fClassifieds%2fReal%20Estate%2fLocations%2fNew%20York;04.05.2004)

„As many other first-time homeowners have done, Mr. Thompson put no money down. Instead, he took out a first mortgage for 80 percent of the purchase price and paid the rest by taking a home equity loan against the new house. To reduce his monthly payments, and to qualify for a big enough loan, he took out an adjustable rate mortgage that requires him to make only interest payments.“<sup>455</sup>

Dieser Einkauf auf Pump hat aber einen makroökonomischen Aspekt: Um einen solchen Betrag bei einer Hypothekenbank zu bekommen, musste Thompson variable Zinsen akzeptieren. Im Klartext: Wenn Greenspan die Zinsen anhebt, steigt Thompsons Zinslast. Ähnlich wie Thompson wird es in den nächsten Monaten vielen US-Amerikanern ergehen. Auch jene, deren Hypothek einen festen Zinssatz aufweist, werden feststellen müssen, dass es mit den lukrativen Refinanzierungen vorbei ist. Diese Erkenntnis könnte sich in blankes Entsetzen verwandeln, wenn den Verbrauchern bewusst wird, wo sich die steigenden Zinsen noch überall niederschlagen – zum Beispiel bei Finanzierungen für Autos oder bei Kreditkartenschulden. Auch hier haben die US-Bürger in den vergangenen Jahren hingelangt, als ob die Welt demnächst untergeht – seit Anfang 2000 stieg die Verschuldung der Haushalte zweimal so schnell wie das Einkommen.

„Household debt climbed at twice the pace of household income from the beginning of 2000 through 2003, according to data at the Federal Reserve. Enticed by low interest rates, Americans took on \$ 2.3 trillion in new mortgage debt during that period – an increase of nearly 50 percent. Consumer credit, from zero-interest auto loans to the much more expensive debt on credit cards, climbed 33 percent, rising to \$ 2 trillion in 2003 from \$ 1.5 trillion in 2000. Alan Greenspan, the Federal Reserve chairman, has repeatedly argued in recent months that rising household debt poses few problems. Fed officials note that the financial position of American households is, in some respects, stronger than ever. The value of household assets – from resale prices of homes to the size of stock portfolios – has increased even faster than debt.“<sup>456</sup>

---

455 Vgl. Andrews, Edmund L.; As Household Debt Rises, New Risk in Higher Rates; in: New York Times; Late Edition - Final, Section C, Column 4, Page 1;

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9903E7D8103DF937A35756C0A9629C8B63&n=Top%2fClassifieds%2fReal%20Estate%2fLocations%2fNew%20York;04.05.2004>.

456 Vgl. Andrews, Edmund L.; As Household Debt Rises, New Risk in Higher Rates; in: New York Times; Late Edition - Final, Section C, Column 4, Page 1;

<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9903E7D8103DF937A35756C0A9629C8B63&n=Top%2fClassifieds%2fReal%20Estate%2fLocations%2fNew%20York;04.05.2004>.



Im Prinzip galt der Immobilienmarkt als sicherer Rückhalt für die US-Wirtschaft, während die Aktienkurse seit 2000 massiv an Wert verloren hatten. Die Immobilienpreise stiegen nach Berechnung der Fed seit 2000 um 23 % – was dem Konsum über die schwere Zeit half. Ein Grund für die hohen Häuserpreise waren Greenspans Zinssenkungen: Je geringer die Belastung durch eine Hypothek, desto größer das Haus, das sich ein Immobilieninteressent leisten konnte. Mit steigender Nachfrage nach besseren Häusern sind auch die Preise in die Höhe geschossen. Und wer schon zuvor eines erworben hatte, konnte auf billigere Hypotheken umschulden – und groß einkaufen gehen. Weil das Eigentum wertvoller wurde, mehrte sich das Vermögen, auch ohne, dass das Haus verkauft werden musste. Viele US-Bürger nahmen einfach Hypotheken auf ihre Immobilie auf, um neue Autos, Stereoanlagen oder Wohnzimmereinrichtungen zu bezahlen. Schätzungsweise 50 Milliarden Dollar an liquiden Mitteln je Quartal wurden durch dieses so genannte Cash-out-Refinancing nach Berechnungen der Investmentbank Goldman Sachs aus dem Wohnvermögen gewonnen. Die Experten schätzen, dass rund die Hälfte des Konsumwachstums seit 2000 so finanziert wurde.<sup>457</sup>

Diese Art kreditfinanzierten Konsumwachstums grenzt in der jüngsten Zeit an eine neue Krise im US-Bankensystem. Nach Angaben von Alan Greenspan sind die zwei gigantischen Banken der Baubranche Fannie Mae und Freddie Mac mit zwei Billionen Dollar verschuldet.

„But the government-sponsored enterprises, in their race to become Fortune 500 companies, have exploited their implicit federal guarantee by monopolizing the market for single-family mortgages in recent years, while rapidly expanding debts and assets in a way that threatens the stability of the financial system,“ sagte Greenspan.<sup>458</sup>

Die spätere Untersuchung bewies, dass die Greenspansstatistik nur einen Bruchteil der Verluste der beiden Banken darstellte. Der Financial Times zu Folge hatte der amerikanische Hypothekenfinanzier Federal National Mortgage Association (Fannie Mae) in den vergangenen vier Jahren Transaktionen in Höhe von 25,1 Milliarden Dollar in Derivatgeschäften getätigt, wobei die ehemals staatliche Hypothekenbank lediglich einen kleinen Teil des Transaktionsvolumens retten konnte. Wie die Internet-Zeitung „Yahoo Wirtschaft Nachrichten“ unter Berufung auf eine von der Financial Times durchgeführten Analyse berichtet, entstand aus den Derivatgeschäften von Fannie Mae ein Verlust von 24

---

457 Schieritz, Mark; Dullien, Sebastian; Land der leeren Taschen; in: FTD; 06.11.2002; S. 32.

458 Vgl. Hill, Patrice; Greenspan hits Fannie Mae, Freddie Mac; in: The Washington Times; <http://www.washingtontimes.com/functions/print.php?StoryID=20040224-112259-4811r>; 25.02.2004.

Milliarden Dollar. Die Untersuchung bezieht sich dabei auf Transaktionen, welche im Zeitraum von 2000 bis zum dritten Quartal des Fiskaljahres 2003 vorgenommen wurden. Die Verluste aus den Derivatgeschäften wurden bisher noch nicht in den Konzernergebnissen der betreffenden Geschäftsjahre berücksichtigt, hieß es weiter.<sup>459</sup>

Trotz dieser anhaltenden Finanzkrise im Immobiliensektor, konnten die steigenden Immobilienpreise die Vermögensverluste durch den Aktieneinbruch der Jahre 2000 bis 2003 kompensieren. Der Boom am Immobilienmarkt ist eine entscheidende Quelle der Finanzkraft der US-Konsumenten. Gerade deshalb macht sich an den Märkten inzwischen leichte Panik breit. Wenn den US-Verbrauchern die liquiden Mittel ausgehen, wird dies der Wirtschaft einen kräftigen Dämpfer verpassen. Sie werde vor allem problematisch werden, sobald die Zinsen kräftig zu steigen beginnen. Denn im Gegensatz zu einem normalen Aufschwung sei er dieses Mal nicht von Investitionen getragen worden, sondern lediglich vom Konsum.<sup>460</sup>

Obwohl der Träger des Wachstums nicht die Investition ist sondern Konsum, werden die konsumierten Waren größten Teils nicht produziert sondern importiert. Der Import von riesigen Mengen von Konsumgütern führt natürlich zum kolossalen Leistungsbilanzdefizit (ca. 550 Milliarden Dollar) jährlich – Tendenz steigend. Dies wird wiederum täglich durch ca. 2 Milliarden Dollar Auslandsverschuldung finanziert. Laut Joseph Stiglitz sei es fraglich, wie lange ausländische Gläubiger so viele amerikanische Schuldpapiere halten wollen. Vor allem wenn man bedenke, dass das Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Führerschaft Amerikas abnehme. In Asien gebe es jetzt schon Diskussionen über die hohen Risiken und darüber, wie man sie abbauen könne.<sup>461</sup>

Der rasche und starke Richtungswechsel der Fiskalpolitik von einem Überschuss von 2,0 % – während der letzten Jahre der Clintons Präsidentschaft – zu einem Defizit von 5,0 % des Sozialproduktes – mehr ist absehbar – werde auch Spuren hinterlassen. Notwendige Investitionen im Bildungsbereich, der Forschung und der Infrastruktur würden „ausgehungert“ werden und belasteten so das langfristige Wachstum. Dazu kämen die anhaltenden politischen Unsicherheiten. Der Irakkrieg sei zwar vorbei, allerdings gebe es weder im Mittleren Osten noch in Afghanistan wirklichen Frieden, der Ölpreis bleibe hoch.<sup>462</sup>

---

459 Vgl. Autor unbekannt; Fannie Mae dementiert Pressebericht über Milliardenverlust; Yahoo Finanznachrichten; <http://de.biz.yahoo.com/040310/85/3xf82.html> ; 10.03.2004.

460 Stiglitz Joseph; US-Wirtschaft in den 90er Jahren; Rede an der FU-Berlin (Notizen des Autors); 26.01.2004.

461 Vgl. Dries, Folker; Kommentar: Dollar-Sorgen; in: FAZ; Nr. 270; 20.11.2003; S. 13. u. Stiglitz Joseph; US-Wirtschaft in den 90er Jahren; Rede an der FU-Berlin (Notizen des Autors); 26.01.2004.

462 Stiglitz Joseph; US-Wirtschaft in den 90er Jahren; Rede an der FU-Berlin (Notizen des Autors); 26.01.2004.

Die Präsidentschaftswahlen in Amerika spielten eine entscheidende Rolle. Der Wahlausgang hänge vom eingesetzten Geld, den Medien und der Wahlbeteiligung ab. So werde die amerikanische Administration ohne Rücksicht auf die fiskalische Position versuchen, „Stimmen zu kaufen“. „Die Energiegesetzgebung war schon so großzügig, dass so gut wie alle Lobbyisten zufrieden gestellt wurden“.<sup>463</sup>

Stiglitz zufolge werden die USA unter diesen Umständen nicht zu einem Boom wie in den 90er Jahren zurückfinden. Außerdem dürfte ein schwacher Zuwachs bei Arbeitsplätzen zu protektionistischen Tendenzen führen, die nur die WTO beschränken könne. Zudem sei die Erholung der Börsen deutlich stärker, als die fundamentale ökonomische Entwicklung. Mit dieser Aussage konstatiert Stiglitz die Entwicklung einer neuen Aktien-Blase. „Kurzfristig könnten die Aktienmärkte noch etwas steigen. Der Dollar wird weiter fallen. Mögliche Interventionen könnten lediglich den Verfall vorübergehend bremsen, aber nicht verhindern“.<sup>464</sup>

Demgemäß spielten die Bush-Administration und ihr oppositioneller Kontrahent Kerry unbedacht mit dem Protektionismus. Dies hilft jedoch der US-Wirtschaft nicht aus ihrer momentanen Misere heraus, weil Schutzzölle in der jetzigen Situation der Deindustrialisierung grundsätzlich nutzlos sind. Die Stahlzölle von 2002 haben nur 3.500 Jobs in der US-Stahlindustrie gerettet, aber 12.000 in der stahlverarbeitenden Industrie zerstört, weil sich der Grundstoff verteuert hatte. Der Preis eines US-Autos ist um 100 Dollar gestiegen.<sup>465</sup> Zudem geht auch die politische Rechnung nicht auf, wenn die Europäer und Chinesen sich revanchieren und ihrerseits Waren blockieren, deren Produktion in den USA konzentriert ist. Dadurch wird die US-Wirtschaft nur noch größeren Belastungen ausgesetzt sein. Ferner zeigt die Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland – weit über 4 Millionen –, dass sich auch dieses Problem nicht auf die US-Wirtschaft allein reduzieren lässt.

Unter diesen Bedingungen haben die europäischen Länder – genauso wie die asiatischen Staaten – keine andere Wahl, als für die währungspolitische Stabilität ihrer Binnenmärkte gegenüber dem währungspolitischen Protektionismus und dem Druck seitens der US-Regierung zu sorgen. Sogar der amerikanische Notenbank-Chef Alan Greenspan warnt vor den angekündigten Importbarrieren der US-Regierung mit den Worten: „Eine Einschränkung des Freihandels könne einen krisenlosen Abbau des riesigen Leistungsbilanzdefizits der USA

---

463 Ebenda.

464 Ebenda.

465 Vgl. Joffe, Josef; Was macht die Welt; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18310; 24.11.2003; S. 1.

gefährden. ... Am Horizont tauchten immer mehr Wolken eines aufkommenden Protektionismus auf. ... Im Hinblick auf die Leistungsbilanzungleichgewichte können die Kosten solch protektionistischer Initiativen die Flexibilität der globalen Wirtschaft bedeutend beeinträchtigen. Es ist deshalb absolut erforderlich, schleichenden Protektionismus zu stoppen und umzukehren.<sup>466</sup>

Die Lösung wäre eine neue Regelung des Weltfinanzsystems. Nach Peter Bofinger müssten daher die Zentralbanken wieder zurück in die nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagene Richtung, als es hieß: „Wechselkurse sind eine Angelegenheit, die global überwacht werden muss.“<sup>467</sup> Da die bisherigen freien Wechselkurse weder die Asien-Krise noch den Dollar-Crash verhindert haben, ist die Zeit reif für eine neue globale Währungsregelung.

Aber das Treffen der Finanzminister der G7, der Notenbankchefs von Japan, den USA und der EU sowie Vertretern des IWF und der Weltbank in Dubai, hatte nur eine umstrittene Empfehlung über die Abwertung des Dollars als Lösung des problembeladenen Weltfinanzsystems vorgeschlagen.<sup>468</sup> Wie soll diese jedoch funktionieren und wohin soll sie führen?

Hier gibt die Erklärung der sieben mächtigsten Wirtschaftsnationen – der G7– scheinbar eine klare Marschrichtung vor. Gefordert wird eine größere Flexibilität der Wechselkurse, um eine reibungslose Anpassung des internationalen Finanzsystems zu fördern. Zudem sollen die Wechselkurse die wirtschaftlichen Fundamentaldaten widerspiegeln.

Flexible Wechselkurse entwickeln sich jedoch abweichend. Nachdem 1973 das einst in Bretton-Woods etablierte System fester Wechselkurse zusammenbrach, greifen die Notenbanken immer wieder in den Markt ein, um die Kurse wenigstens halbwegs in die richtige Richtung zu leiten und dadurch Ungleichgewichte abzubauen. Aus diesem Grund versuchen Regierungen, ihre Währungen stark oder schwach zu reden. Daher haben die freien Wechselkurse die in sie gesetzten Hoffnungen nie erfüllt. Sie sind im Großen und Ganzen Instrumente der subtilen Machtausübung auf der politischen Bühne der Welt und zum Spielball der Interessen der Spekulanten geworden.

Dies ist kein Wunder, denn Währungen werden vom Marktteilnehmer als eigene Anlagekategorie betrachtet und enthalten wie alle Wertpapiere mit einer unsicheren

---

466 Vgl. Autor unbekannt; Greenspan warnt vor Protektionismus; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,274910,00.html>; 20.11.2003.

467 Vgl. Schmitt, Bernd; Eine Art Anarchie: Forscher fordert globales Denken in der Währungspolitik; in: ZDF Online; [http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/2/0,1872,2072770\\_HOME,00.html2](http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/2/0,1872,2072770_HOME,00.html2); 22.10.2003.

468 Vgl. Richter, Uwe; Ein Geld für die Welt; in: Die Zeit; Nr. 45/2003; S. 45.

Wertentwicklung ein spekulatives Element. Insgesamt sind 81 % aller Derivate Kreditderivate (Zinsderivate). Da die Währungsderivate 16,3 % der Marktanteile und Tagesumsätzen von rund 1,5 Billionen Euro umfassen, ist der weltweite Devisenmarkt weit bedeutender als alle Aktien, Renten oder Rohstoffmärkte.<sup>469</sup> Die Aktien und Güterderivate mit nur 2,7 % der weltweite Derivate, zeigen die Entkoppelung der Derivat-Märkte von der Realwirtschaft (Abb. 12).

Mit einer scharfen Warnung hat kürzlich der amerikanische Investor Warren Buffett die Gefahren ins allgemeine Bewusstsein gehoben, als er Derivate plakativ als „Zeitbomben“ und „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ charakterisierte. Für besonders riskant hält Buffett die neuen Währungs- und Kreditderivate. Denn das Geschäft mit den Kreditderivaten sei für Investoren kaum zu durchschauen; zudem konzentriere es sich auf wenige sehr große Häuser – was im Falle einer Schieflage das gesamte Finanzsystem in Gefahr bringen könne.

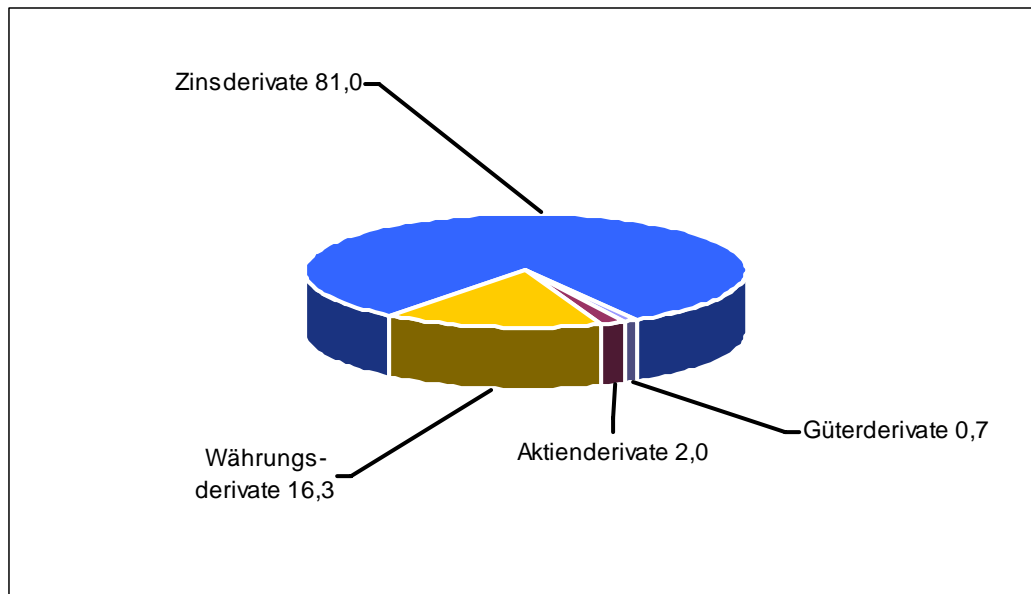
Nach Zahlen des Fachverbands „International Swaps and Derivatives Association“ (ISDA) ist der Markt für Zins und Währungsderivate mit einem Volumen von 124 Billionen Dollar (Stand 23.09.2003) einer der größten und liquidesten der Welt. Zins und Kreditderivate zählten damit im „Investment Banking“ zu den wenigen Geschäftsfeldern mit starkem Zuwachs.<sup>470</sup>

---

469 Vgl. Autor unbekannt; Heute schon gewapt?; in: Die Zeit Online; Nr. 03/2003; [http://zeus.zeit.de/text/2003/03/Glossar\\_kasten](http://zeus.zeit.de/text/2003/03/Glossar_kasten); 05.02.2004.

470 Vgl. Vincent de Martel; Liability Matching mit Anleihen und Swaps; in: AXA Investment Managers; Institutional Quarterly; [http://www.axa-im.de/cms/sites/axa\\_im\\_de/miscdocs/IQ\\_Dezember03.pdf](http://www.axa-im.de/cms/sites/axa_im_de/miscdocs/IQ_Dezember03.pdf); 01.12.03; S. 3 u. Autor unbekannt; Fachleute warnen vor Kreditderivaten als „Zeitbomben“; in: FAZ; Nr. 74; 28.03.2003; S. 26.

**Abbildung 12: Der Markt für Derivate. Anteile 2002 in Prozent**



**Quelle:** FAZ Online; in: [http://www.faz.net/s/Rub2C201996BBF04B578F9FC8A9EFCCE747/Doc --E2C4B54...](http://www.faz.net/s/Rub2C201996BBF04B578F9FC8A9EFCCE747/Doc--E2C4B54...); 06.12.2003.

Nach einer aktuellen Umfrage nutzen 90 % der 500 weltgrößten Unternehmen Derivate für ihr Risikomanagement.<sup>471</sup> Doch mehren sich die Stimmen, die vor den Risiken dieser komplexen Finanzinstrumente warnen. Auch Andrew Crockett, der Chef der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) – einer Art Bank der Zentralbanken –, warnt, dass Währungs- und Kreditderivate die globalen Finanzmärkte destabilisieren könnten. Trotzdem hat Alan Greenspan, der Präsident der amerikanischen Notenbank, unlängst hervorgehoben, „Derivate verbesserten die Fähigkeit der Wirtschaft, Schocks abzufedern.“<sup>472</sup>

Während die Spekulanten von Gefahren der Derivatgeschäfte für die US- und die Weltwirtschaft warnen, schwärmte der oberste Währungshüter Amerikas vom schockabfedernden Effekt der Derivate. Mit diesem falschen Signal verharmloste er deutlich die vorhandene Instabilität des herrschenden internationalen Finanzsystems mit dem Dollar als Leitwährung. Er hatte trotz aller Warnungen einer absehbaren galoppierenden Inflation als Folge seiner lang anhaltenden Billiggeldpolitik der letzten vier Jahre, die wie bereits erklärt wurde, im Großen und Ganzen die Spekulationen forcierte, gezögert, die Zinsen rechtzeitig zu

---

<sup>471</sup> Vgl. Vincent de Martel; Liability Matching mit Anleihen und Swaps; in: AXA Investment Managers; Institutional Quarterly; [http://www.axa-im.de/cms/sites/axa\\_im\\_de/miscdocs/IQ\\_Dezember03.pdf](http://www.axa-im.de/cms/sites/axa_im_de/miscdocs/IQ_Dezember03.pdf); 01.12.03; S. 3.

<sup>472</sup> Vgl. Autor unbekannt; Fachleute warnen vor Kreditderivaten als „Zeitbomben“; in: FAZ; Nr. 74; 28.03.2003; S. 26.

erhöhen. Greenspan argumentierte, dass das Wachstum nicht selbsttragend und von niedrigen Zinsen abhängig sei.

Faktisch hatte sich der an den Finanzmärkten stark beachtete Einkaufsmanagerindex im Großraum Chicago Anfang Juni 2004 deutlich verlangsamt – er fiel im Mai 2004 von 68,0 auf 56,4 Punkte –, was an der Wall Street als Anzeichen einer Abkühlung der Konjunktur gewertet wurde. Diese Flaute dauert bis heute an. „Der Chicagoer Bericht ist ein Signal, dass das Wirtschaftswachstum nachlässt“, sagte Peter Bookvar, Stratege bei Miller Tabak & Co. Zusammen mit den erwarteten höheren Zinsen der Fed hat dies zu einem schwierigen Markt beigetragen, fügte er hinzu.<sup>473</sup>

Tatsächlich hat Greenspan, nachdem erste Anzeichen einer konjunkturellen Abkühlung im Juli 2004 ersichtlich wurden, eine Erhöhung der Federal-Funds-Rate (die Zinsen des Tagesgeldes am Interbankenmarkt) um einen halben Prozentpunkt auf insgesamt 1,5 % beschlossen. Die BIZ hatte kurz davor die Notenbanken weltweit aufgerufen, rechtzeitig während des Aufschwungs die Geldpolitik zu straffen, um einen übermäßigen Preisanstieg in der reichlich mit Geld versorgten Weltwirtschaft zu verhindern.<sup>474</sup>

Über vier Jahre nach der letzten US-Leitzinserhöhung im Mai 2000 signalisierte Greenspan damit eine erste Abkehr von der jüngsten Phase einer ausgeprägten Politik des billigen Geldes. Seit Anfang 2001 hatte die Fed vor dem Hintergrund eines regelrechten Kollapses bei den Unternehmensinvestitionen und dem späteren Abgleiten der US-Wirtschaft in die Rezession eine an Aggressivität kaum mehr zu überbietende monetäre Lockerungspolitik eingeschlagen. Angesichts der ständigen Abfolge negativer Faktoren, die die Wirtschaft beeinflussten – vom Platzen der Preisblase an den Aktienmärkten über die Terroranschläge des 11. September 2001, die zahlreichen Firmenskandale im Frühjahr 2002 bis hin zum US-Einmarsch im Irak im Jahre 2003 –, senkte die Fed während dieser Zeit kontinuierlich den Schlüsselsatz in 13 Schritten um insgesamt 5,5 Prozentpunkte.

---

473 Vgl. Schwache US-Arbeitsmarktdaten und Autowerte drücken Dax; in: Reuters Deutschland Online; <http://www.reuters.de/newsPackageArticle.jhtml?type=economicsNews&storyID=540595&section=news;> 02.07.2004; Autor unbekannt; Leitzinsen: Greenspan leitet Zinswende ein; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,306573,00.html>; 30.06.2004; Autor unbekannt; Geldpolitik: Greenspan leitet die Zinswende ein; in: FAZ Online; <http://www.faz.net/s/RubC8BA5576CDEE4A05AF8DFEC92E288D64/Doc~ECF2829A5285140878A15F73ECE26E843~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top>; 01.07.2004 u. Autor unbekannt; «Planmäßige» Leitzinserhöhung in den USA: Das Fed zieht erstmals nach vier Jahren die Geldzügel an; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2004/07/01/wi/page-article9PAPJ.html>; 30.06.2004.

474 Vgl. Autor unbekannt; Zinsen; Die EZB hält ihr Pulver trocken [manager-magazin.de](http://www.manager-magazin.de); <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,306676,00.html>; 01.07.2004.

Nun aber verteuert sich mit der Zinserhöhung die Kreditaufnahme in der größten Volkswirtschaft der Welt. Da höhere Kosten bei der Schuldenaufnahme in der Regel auch eine Bremswirkung auf das Wirtschaftswachstum haben, könnten die Unternehmensgewinne doppelt getroffen werden, wenn sich die Konjunktur abschwächt und die Firmen höhere Kosten für Kredite bezahlen müssten. Deshalb wandert die Fed auf einem schmalen Grat. Einerseits soll der Preisauftrieb in Grenzen gehalten werden, andererseits sollen die Verbraucher, die immerhin zwei Drittel der US-Wirtschaft tragen, durch höhere Kreditzinsen nicht vom Konsum abgehalten werden.<sup>475</sup>

Dies bedeutet jedoch, dass an den Devisenmärkten der Dollar-Leitzins wohl doch nicht so rasch steigen dürfte.<sup>476</sup> Trotzdem hatten, in Folge der moderaten Zinswende der Fed, die internationalen Börsen bereits ab dem ersten Juli 2004 schwächer geschlossen. Dow Jones und Nasdaq starteten nach den enttäuschenden Daten vom Arbeitsmarkt erneut mit Verlusten. In der Folge baute auch der Dax seine Verluste auf 1,1 % aus und fiel unter die Marke von 4.000 Punkten. In London ging der FTSE-Index um knapp 0,4 % auf 4.407 Punkte zurück. In Zürich gab der SMI-Index um 0,3 % auf 5.606,8 Punkte nach. In Paris rutschte der CAC-40 um 0,8 % auf 3.685 Punkte. Die Märkte haben mit geringer Volatilität diesen Trend bis November 2004 fortgesetzt.<sup>477</sup>

Dieser unaufhaltsame Trend führte zu massiven Verlusten an der Börse. Die Kurse an der Wall Street sind nach einem volatilen Handel im August 2004 zum Ende der Saison ins Minus geraten. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte (DJIA) fiel um mehr als 600 Punkte auf 9.825. Der Nasdaq-Composite-Index sank um ca. 300 Zähler auf 1.750. Naturgemäß haben auch Nikkei und Dax nachgegeben und sind innerhalb von einem Monat mit einem Verlust von ca. 600 bzw. 200 Punkten von 11.896 und 4.064 auf 10.757 bzw. 3.646 Zähler gefallen. Bis November 2004 hat sich dieser Trend nur verhalten verbessert.

Im Grunde verbirgt sich hinter diesen Umwälzungen, die von Konsum getriebene Wachstumspolitik der US-Regierung. Damit schafft die US-Regierung eine künstliche Nachfrage. Sie erkaufte den Aufschwung aber mit einer permanent steigenden gigantischen

---

475 Vgl. Autor unbekannt; Leitzinsen: Greenspan leitet Zinswende ein; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,306573,00.html>; 30.06.2004.

476 Vgl. Autor unbekannt; Der Notfall ist vorüber!; Anleihen Compass; <http://www.boersenkiosk.de/ProductDetails.php?productid=73>; 06.07.2004.

477 Vgl. Autor unbekannt; Kursverluste zum Wochenschluss; in: FAZ Online; <http://www.faz.net/s/Rub034D6E2A72C942018B05D0420E6C9831/Doc~E873D29EAE61C48B7A730EA8589DFC236~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; 02.07.2004. u. Autor unbekannt; Märkte; Stresstest für den Dax; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,306773,00.html>; 02.07.2004.



Staatsverschuldung. Sollten die positiven Effekte verpuffen und die amerikanische Wirtschaft nicht wie erhofft in Schwung bleiben, könnte der Yen und der Eurokurs schnell wieder neue Rekorde erreichen – und die Weltwirtschaft in eine erneute tiefe Krise stürzten, wie es sich im November 2004 mit dem Allzeithoch des Euro sowie dem rasanten Anstieg des Yen angekündigt hat.<sup>478</sup>

Diese Entwicklung wurde zum ersten Mal Anfang 2004 vom IWF scharf kritisiert. „Die drastisch gestiegenen Budgetdefizite der US-Regierung sind zu einem der größten Risiken für den globalen Aufschwung geworden.“ Diese Einschätzung äußerte der damalige Chefökonom des IWF, Kenneth Rogoff. „Ohne Kehrtwende drohten den USA 2005 ein Inflationsschub sowie steigende Zinsen und ein schon in Kürze beschleunigter Absturz des Dollars.“ Das würde für die gesamte Weltwirtschaft „schmerzhaft“, sagte der Harvard-Ökonom in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau.<sup>479</sup>

Mit den Äußerungen des international renommierten Ökonomen erreicht die wachsende Kritik an der Finanzpolitik des US-Präsidenten und der Geldpolitik der Fed eine neue internationale Dimension. Rogoff stufte die Risiken deutlich höher ein als die US-Regierung, die bislang keinen akuten Bedarf zum Gegensteuern sieht. Bush hatte mit Steuerleichterungen und steigenden Staatsausgaben in den vergangenen Monaten zu einem Konjunkturboom beigetragen. Die Kehrseite sind Etatdefizite von mittlerweile rund 5 % des BIPs. Laut Rogoff war dieser Kurs anfangs zwar „äußerst hilfreich, um nicht nur die USA, sondern damit auch die gesamte Weltwirtschaft aus der Rezession zu holen.“ Jetzt mache dies in den USA aber keinen Sinn mehr – im Gegenteil. „Das Dramatische an der aktuellen Entwicklung ist, dass es keinen nachvollziehbaren Fahrplan mehr für die US-Finanzpolitik gibt“.<sup>480</sup>

„Im Grunde spiegelt sich im US-Staatsdefizit das enorme Außendefizit in der Leistungsbilanz mit dem Rest der Welt. Das Etatdefizit abzubauen wäre einer der besten Wege, um auch das Leistungsbilanzdefizit zu verringern. Damit würden auch die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft abgebaut, die den Aufschwung derzeit bedrohten,“ sagte Rogoff.<sup>481</sup>

Ohne einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel wird das hohe Defizit im US-Haushalt nach Ansicht des IWF zur schweren Belastung für die Weltwirtschaft. „Zwar stimulare die

---

478 Vgl. Devisenmarkt; in: manager-magazin.de; [http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse\\_crossrates.htm?u=0&p=0&k=0](http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse_crossrates.htm?u=0&p=0&k=0); 14.11.2004.

479 Vgl. Fricke, Thomas; Bushs Defizit bedroht Aufschwung; in: FTD Online; <http://www.ftd.de/pw/in/1074331659115.html?nv=rs#anker>; 23.01.2004.

480 Ebenda.

481 Ebenda.

Defizitpolitik der Bush-Regierung kurzfristig die Konjunktur, mittelfristig werde sie aber zu einer Belastung für die Weltwirtschaft,“ schreibt der IWF in seinem World Economic Outlook von Mitte April 2004. Die Folgen seien eine stärkere Geldentwertung, steigende Zinsen und bald wieder sinkende Wachstumsraten.<sup>482</sup>

In den vergangenen vier Jahren hat sich die Lage des US-Staatshaushaltes nach Ansicht des IWF dramatisch verschlechtert: Das Defizit werde 2004 rund 4,5 % des BIPs betragen. Der IWF und die OECD betonen, dass die US- und die Weltwirtschaft während der Konjunkturfaute enorm von dieser Politik profitiert hat. „Ohne die expansive Fiskalpolitik wäre die Erholung der Weltwirtschaft höchstwahrscheinlich nicht so stark und breit gewesen“, schreibt der IWF. Allerdings warnen IWF und OECD erneut vor den langfristigen Folgen der Defizitpolitik der US-Regierung. „Sollte diese die hohe Verschuldung beibehalten, könnte der Dollar schon bald wieder an Wert verlieren. Die US-Regierung finanziert mit den Schulden den Irak-Krieg, steigende Sozialausgaben und massive Steuererleichterungen.“ Das Versprechen von US-Präsident George W. Bush, das Defizit bis 2009 zu halbieren, ist nach Ansicht der OECD bei der bisherigen Wirtschaftspolitik nicht zu halten. „Behalte die US-Regierung ihren Kurs bei, klafft im Haushalt nach OECD-Berechnungen bis 2014 jedes Jahr ein Loch von rund vier Prozent des BIP. Zudem drohe den US-Sozialversicherungen wegen der demografischen Entwicklung der Kollaps: Selbst unter konservativen Annahmen dürften die Ausgaben für die staatlichen Gesundheitsprogramme drastisch steigen.“<sup>483</sup>

Nach Angaben des IWF führt die hohe Staatsverschuldung zu höherer Inflation und zu steigenden Zinsen. „Dadurch werden der Konsum und private Investitionen verhindert“, warnt der IWF. „In den USA würden nach 2005 pro Jahr rund ein Prozentpunkt Wachstum verloren gehen, ab 2010 steigere sich der Wachstumsverlust auf bis zu 2,5 Prozentpunkte im Jahr 2020. Noch stärker wäre der Rest der Welt betroffen, weil auch dort die Zinsen steigen würden. Bis 2020 würde die Wirtschaft in den anderen Industrieländern um bis zu 3,5 % pro Jahr langsamer wachsen.“<sup>484</sup>

Glaubt man den global agierenden Fondsmanagern, dann steht der gehoffte und behauptete Wirtschaftsaufschwung auf tönernen Füßen. Insgesamt 275 Fondsmanager, die zusammen 852 Milliarden Dollar verwalten, haben an einer Befragung im Juli 2004 teilgenommen. In

---

482 Vgl. Autor unbekannt; IWF: US-Defizit bedroht die Weltwirtschaft; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18448; 15.04.2004; S.16.

483 Vgl. Autor unbekannt; IWF: US-Defizit bedroht die Weltwirtschaft; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18448; 15.04.2004; S. 16.

484 Ebenda.

dieser Umfrage äußerten sich die Investmentprofis besorgt über eine weltweit schwache Konjunktorentwicklung und skeptisch über die Gewinnaussichten der großen Unternehmen.<sup>485</sup>

„Die Euphorie, die wir noch Anfang des Jahres gesehen haben angesichts einer synchronen, zyklischen Erholung weltweit, ist verflogen“, resümiert David Bowers, Chief Global Investment Strategie bei Merrill Lynch. „Zwar fühlt es sich nicht so an, als ob eine Rezession schon hinter der nächsten Ecke lauert, Fondsmanager sind aber deutlich weniger zuversichtlich, dass der Aufschwung aufrechterhalten werden kann“, resümiert Bowers weiter. Dieser Defätismus deutet auf eine neue Krise der Weltwirtschaft hin. Zum ersten Mal seit Anfang 2001 geht die Mehrheit der Fondsmanager davon aus, dass die Weltwirtschaft nicht mehr auf Wachstumskurs ist. 64 % gaben an, dass der Höhepunkt des Konjunkturzyklus bereits überschritten sei. Während aktuell nur noch 2 % der befragten Fondsmanager steigende Unternehmensgewinne prognostizieren, so waren es im Juni 2004 noch 11 % gewesen, 26 % im Mai 2004 und 47 % im April 2004. Außerdem verlor Der US-amerikanische Aktienmarkt in der Gunst der Fondsmanager beträchtlich. Knapp 30 % der Aktienexperten haben den Markt untergewichtet, rund 43 % sagten, sie würden dies hinsichtlich der US-Region in den kommenden zwölf Monaten vollziehen.<sup>486</sup>

Ihren Pessimismus begründen die Manager mit schwachen US-Konjunkturindikatoren, enttäuschenden Signalen von US-Unternehmen im Vorfeld der Berichtssaison und dem hohen Ölpreis. In solch schlechtem Ansehen standen US-Aktien zuletzt Anfang 2000. Damals stürzten mehrere Unternehmensskandale die Wall Street in Turbulenzen.

Auf Grund der Indizien aus der Wallstreet kann man erwarten, dass nach einem neuen monetär forcierten Aufschwung der Märkte, erneut die Weltwirtschaft in eine skandalbeladene Krise stürzt. Nach Angaben des Manager-Magazins erhöhte die zweitgrößte US-Bank J.P. Morgan Chase am 21 Juli 2004 die Vorsorge für Prozessrisiken um 2,3 Milliarden Dollar.<sup>487</sup> Wenn man bedenkt, dass während der Prozesswelle 2001 wegen Bilanzfälschung gegen US-Unternehmen, nachdem die US-Regierung mit weiteren Strafmaßnahmen wegen Bilanzfälschungen gedroht hatte, mindestens 185 große US-Konzerne – darunter J.P. Morgan

---

485 Vgl. Grimm, Harald; Börsen-Trübsal: Die Bären sind los; in: manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,308557,00.html>; 13.07.2004.

486 Vgl. Grimm, Harald; Börsen-Trübsal: Die Bären sind los; in: manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,308557,00.html>; 13.07.2004.

487 Vgl. Autor unbekannt; J.P. Morgan-Chase: Rote Zahlen im zweiten Quartal; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,309749,00.html>; 21.07.2004.

– ihre Zahlen für die vergangenen Geschäftsjahre präventiv korrigierten,<sup>488</sup> ist es leicht nachzuvollziehen, dass sich J.P. Morgan Chase und andere im voraus absichern wollen.

Ein Vorgeschmack dafür liefert die jüngste Bilanz des Autoherstellers Ford. Der US-Konzern hat im zweiten Quartal 2004 seinen Gewinn fast verdreifacht. Nach Angaben des Manager Magazins kamen Impulse dabei aber vorwiegend aus dem zum Konzern gehörenden Finanzdienstleistungsgeschäft. In der Tat sei der Vorsteuergewinn im Finanzdienstleistungsgeschäft um 800 Millionen auf 1,6 Milliarden Dollar ausgeweitet worden. Für das Gesamtjahr erwartet Konzernchef Bill Ford jetzt ebenfalls höhere Gewinne.<sup>489</sup> Wenn ein Auto-Konzern in der Zeit des angeblichen Wirtschaftswachstums und tatsächlicher Wirtschaftsflaute vorwiegend im Finanzsektor mit 1,6 Milliarden Dollar Gewinne einstreicht, soll erklärt werden welche Qualität diese Geschäfte besitzen.

Nach wie vor ist die Beliebtheit der derivativen Finanzprodukte unter den Investmentbanken ungebrochen. Obwohl die Aufnahme eines Gesamtbildes der weltweiten Aktivitäten der Investmentbanken auf Grund des Umfangs nicht möglich ist, kann durch Beobachtung der Marktsegmente ein Bild der Realität skizziert werden. Beispielsweise wurden in Deutschland im ersten Halbjahr des Jahres 2004 rund 98 Milliarden Euro in spekulativen Derivaten und Anlagezertifikaten im Handel innerhalb sowie außerhalb der Börse umgesetzt. In den ersten sechs Monaten des bisherigen Rekordjahres 2003 waren es rund 65 Milliarden Euro, so dass sich nach Angaben des Marktführers Deutsche Bank bei den Derivatumsätzen ein Plus von 50 % ergab. Insgesamt wurden im Jahr 2003 in der Bundesrepublik Derivate im Volumen von 155 Milliarden Euro umgesetzt. Für 2004 erwartet man rund 200 Milliarden Dollar Umsatz. (Abb. 13)<sup>490</sup>

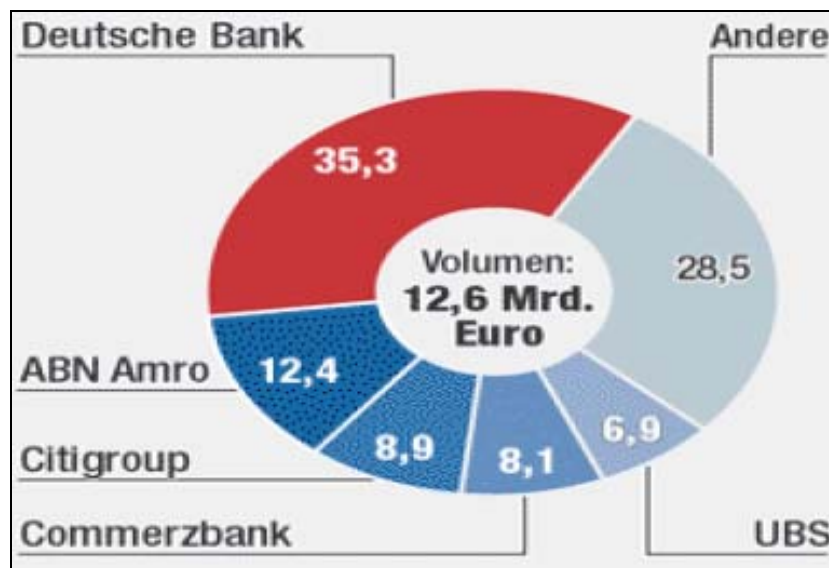
---

488 Detterman, Markus; Fleischehauer, Jan; Jung, Alexander; Reiermann, Christian; Gier ohne Grenzen; in: Der Spiegel 28/2002; S. 95.

489 Vgl. Autor unbekannt; Ford: Gewinne verdreifacht – Prognose erhöht; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,309537,00.html>; 20.07.2004.

490 Vgl. Autor unbekannt; Derivate; Hebelprodukte und Zertifikate sind auf Rekordkurs; in: FAZ; Nr. 154; 06.07.2004; S. 19.

**Abbildung 13: Umsatzanteile der derivativen Geschäfte im Juni 2004 in Deutschland**



**Quelle:** Autor unbekannt; Derivate: Hebelprodukte und Zertifikate sind auf Rekordkurs; in: FAZ; Nr. 154; 06.07.2004; S. 19.

Hauptsächlich wird durch die Wetten auf steigende (Call-Option) oder fallende (Put-Option) Kurse des Aktienindex, Leitzinsen und Wechselkurse spekuliert. Der beliebteste Basiswert ist der Deutsche Aktienindex Dax, auf den sich rund 80 % der umgesetzten Derivate beziehen. Doch auch die Spekulation auf das Kursverhältnis vom Euro zum Dollar oder Rohstoffindizes wie Erdöl seien gefragt. In diesen Fällen beeinflusst die Volatilität den Preis. „Gehen die Kursschwankungen zurück, werden die Scheine grundsätzlich billiger, andernfalls teurer.“<sup>491</sup>

Trotzdem deuteten die sich vermindernden Aktivitäten im Dienstleistungssektor der US-Wirtschaft darauf hin, dass die Zinserhöhung der Fed ihre Wirkung auf die Märkte spürbar machte. Der vom Institute for Supply Management (ISM) erhobene Aktivitätsindex für den Tertiärsektor, welcher auf einer Umfrage bei den Geschäftsführern der Dienstleistungsbranche, welche sich für 80 bis 85 % der US-Wirtschaftsleistung verantwortlich zeichnen, basiert, büßte im Juli gegenüber Juni 2004 5,3 Prozentpunkte ein und notierte bei 59,9 %. Der Index hatte noch im April 2004 mit 68,4 % einen Rekordstand erreicht; generell bewegt er sich seit April 2003 bei Werten von über 50 %. Der Einbruch ist als Signal für einen verlangsamten Wachstumsrhythmus zu verstehen.<sup>492</sup>

<sup>491</sup> Vgl. Autor unbekannt; Derivate; Hebelprodukte und Zertifikate sind auf Rekordkurs; in: FAZ; Nr. 154; 06.07.2004; S. 19 u. Autor unbekannt; Opec hat die Macht über die Preise verloren; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2004/07/23/wi/page-article9QVQ6.html>; 23.07.2004.

<sup>492</sup> Vgl. Autor unbekannt; Wachstumsverlangsamung im US-Dienstleistungssektor; in: NZZ Online; <http://www.nzz.ch/2004/07/07/wi/page-article9PQG8.html>; 07. 07. 2004.

Chef-Marktanalyst Richard McCabe von der Investmentbank Merrill Lynch interpretiert die Stagnation wie folgt. „In der Regel ist die Flaute ein Zeichen dafür, dass die Verkäufer erschöpft sind. Geringes Handelsvolumen ist ein Zeichen von mangelndem Interesse, und das kann oft eine Bodenbildung signalisieren“.<sup>493</sup>

Die fundamentale realwirtschaftliche Schwäche der US-Wirtschaft wirkt nach Ansicht des Newton-Fondsmanagers nicht nur auf Aktienmärkte sondern auch auf die Devisenmärkte.<sup>494</sup>

Demzufolge wird sich die klassische Währungs-Reihenfolge Dollar-Euro-Yen langfristig umkehren: „Der Yen werde auf Grund der wirtschaftlichen Erholung in Japan deutlich an Stärke gewinnen, während der Dollar – auch wegen eines langsameren Wirtschaftswachstums und eines langsameren US-Zinsanstiegs als bisher erwartet – weiter nachgeben werde.“<sup>495</sup>

Die neue Rangliste Euro-Yen-Dollar werde langfristig die Konsequenz dieser Entwicklung sein. Daher seien Investitionen, die auf einen steigenden Yen und einen steigenden Euro gegenüber dem Dollar setzen, für Newton Investments zukünftig eine interessante Wette.<sup>496</sup>

Dieser Prozess wird dadurch forciert, dass die USA zwecks Kriegsfinanzierung und wegen des Außenhandelsdefizits ständig neue Auslandskredite benötigen. Schon deswegen ist der Dollar nach wie vor abwertungsgefährdet. Unter diesen Bedingungen sind Gold- oder Ölk Aktien für die Investoren eine Alternative zum Dollar, da diese nicht inflationsbedingt an Wert verlieren.

## **2.9. Gold und Öl als Krisenwährungen: Reaktion auf Verzerrungen des Dollars im Kapitalmarkt**

Daher ist eine auffällige Nebenwirkung der aktuellen Dollarabwertung in der Tat der Höhenflug des Goldpreises. Seit 2001 reagierte das Gold einem Fieberthermometer vergleichbar auf Verzerrungen im Kapitalmarkt mit Kursschwankungen des Dollar. Aufgrund des schwachen Dollars entwickelte sich das Gold wieder als Krisenwährung. Ab März 2001 steigt der Goldpreis kontinuierlich. Als Ende November 2003 der Dollar im Verhältnis zum Euro auf ein Rekordtief gefallen war, stieg im Gegenzug der Kurs des Edelmetalls auf den

---

493 Vgl. Autor unbekannt; Vereinigte Staaten; Flaute an Wall Street als Vorbote für eine Kurserholung; in: FAZ; Nr. 168; 22.07.2004; S. 19.

494 Newton ist eine Tochtergesellschaft von Mellon Global Investments – die Mellon Financial Corp verwaltet weltweit derzeit rund 675 Milliarden Dollar. Vgl. Autor unbekannt; Zinswende; „Der Dollar wird langfristig fallen“; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,306541,00.html>; 30.06.2004.

495 Vgl. Autor unbekannt; Zinswende; „Der Dollar wird langfristig fallen“; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,306541,00.html>; 30.06.2004.

496 Vgl. Autor unbekannt; Zinswende; „Der Dollar wird langfristig fallen“; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,306541,00.html>; 30.06.2004.

höchsten Stand seit siebeneinhalb Jahren. Seit Anfang Dezember 2004 notiert die Feinunze über die psychologisch bedeutsame Marke von 454 Dollar. „Gold tanzt nach der Pfeife des Dollar“, erklärt Peter Hillyard von der ANZ Investment Bank.<sup>497</sup> (Abb. 14).

**Abbildung 14: Goldpreis ab 2000**



**Quelle:** Manager-magazin.de; [http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse\\_listen.htm?sektion=dax](http://boersen.manager-magazin.de/mmo/kurse_listen.htm?sektion=dax); 03.12.2004.

Die Finanzexperten geben etliche Gründe für die Renaissance des Edelmetalls an. Einerseits senkt die zunehmende Staatsverschuldung der USA das Vertrauen in den Dollar und andere daran gekoppelte Währungen. So gewinnt angesichts der stark gestiegenen inflationären Geldmengen – vor allem in Japan und den USA – Gold als inflationsresistentes Investment an Bedeutung. Andererseits veranlassen die weltpolitischen Spannungen Anleger zur Risikodiversifizierung. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Goldpreis auch in der Zukunft weiter nach oben klettert, ist sehr groß. „Der Trend ist intakt, und Gold ist immer noch unterbewertet“, hieß es im Dezember 2003 am Londoner Goldmarkt, dem weltweit wichtigsten Handelsplatz für das Edelmetall.<sup>498</sup>

Die Lage am Kapitalmarkt spricht auch dafür. Mittlerweile investieren wegen der starken Währungsschwankungen japanische und europäische Anleger nicht mehr so kräftig in den US-Kapitalmarkt. Im Gegenteil: Sie ziehen sogar Gelder ab.<sup>499</sup> Aus diesem Grunde repatriieren die US-Amerikaner ebenfalls die ausländischen Papiere, die sie besitzen. „Seit

497 Vgl. Grimm, Harald; Goldfonds; Glänzende Überflieger ; manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,276357,00.html>; 03.12.2003.

498 Vgl. Grimm, Harald; Goldfonds; Glänzende Überflieger ; manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,276357,00.html>; 03.12.2003.

499 Vgl. Spanke, Klaus; Hätten wir nur auf Opa gehört, Der Goldpreis steigt und steigt. Das Edelmetall ist ein krisenfestes Investment – aber wehe, die Krise endet; in: Die Zeit, Nr. 21/2003; <http://zeus.zeit.de/text/2003/21/GS-Gold>; 04.12.2003.

zweieinhalb Jahren trennen sich die Amerikaner in signifikantem Umfang von europäischen Titeln. Lagen noch vor drei Jahren rund ein Drittel aller europäischen Aktien in amerikanischen Depots, sind es inzwischen weniger als zehn Prozent.“<sup>500</sup>

Alan Greenspan warnte am Ende November 2004 unmissverständlich, dass „ausländische Anleger früher oder später den Appetit verlieren dürften, weitere Dollar-Anlagen in ihre Portefeuilles zu nehmen.“ Damit deutete er an, dass der Dollar mangels Nachfrage weiter an Wert verlieren könnte.<sup>501</sup> Daher richten sich die Finanzmärkte auf weitere Abwertung des Dollars.

In dieser Situation bleibt der US-Regierung eigentlich nur noch die staatliche Binnenfinanzierung über die Notenpresse. Bereits im November 2002 sprach US-Notenbank-Gouverneur Ben Bernanke den berühmten und für einen Notenbanker provozierenden Satz: „Die US-Regierung verfügt über eine Technologie, genannt ‚Geldpresse‘, mit der sich so viele Dollar wie gewünscht herstellen lassen.“<sup>502</sup> Je mehr inflationäre Dollar es im Vergleich zur Goldmenge gibt, desto höher wird der Goldpreis.

Seit September 1999 ist mit dem vereinbarten „Washingtoner Agreement“, das im Jahr 2004 neu verhandelt wurde, der Goldverkauf von 15 der wichtigsten Notenbanken, darunter auch die der USA, Japans, Englands und Deutschlands, weltweit reglementiert und durch „marktschonende Verkäufe“ – der Dezimierung des Goldangebots – aus den Beständen der Goldreserven dem Regulierungsbedarf des Marktes angepasst.<sup>503</sup>

Daher kamen die Zentralbanken überein, ihre Goldverkäufe bis zum Jahr 2004 auf jährlich 400 Tonnen zu beschränken. Insgesamt lagern in den Tresoren dieser Zentralbanken aber über 15.000 Tonnen Gold, die seit der Washingtoner Abmachung nicht mehr angeboten werden können. Außerdem übertrifft seit einigen Jahren die Nachfrage die Goldproduktion jährlich um 900 bis 1.200 Tonnen. So wird ersichtlich, dass aufgrund dieser Politik des begrenzten Angebots der Goldpreis steigt.<sup>504</sup>

---

500 Heusinger Robert; Jungclaussen, John F; „Die nächste Hausse ist meilenweit weg“; in: Die Zeit; 21/2003.

501 Fehr, Benedikt; Devisen; Nach Greenspans Ansprache erwarten Anleger Kursverluste; in: FAZ; Nr. 273; 22.11.2004; S. 24.

502 Spanke, Klaus; Hätten wir nur auf Opa gehört, Der Goldpreis steigt und steigt. Das Edelmetall ist ein krisenfestes Investment – aber wehe, die Krise endet; in: Die Zeit, Nr. 21/2003;

<http://zeus.zeit.de/text/2003/21/GS-Gold>; 04.12.2003.

503 Vgl. Autor unbekannt; Goldpreis schnell in die Höhe; Europäische Zentralbanken wollen Goldverkäufe einschränken; in: taz; 28.09.1999; S. 8 u. Autor unbekannt, Anleger wollen wieder Gold bunkern; in: taz; 30.9.1999; S. 8.

504 Ebenda.



Ganz nebenbei erklärten die Zentralbanker – 32 Jahre nach Auflösung des Bretton-Woods-Abkommens – das Währungs-Gold, von Keynes als das barbarische Relikt dargestellt, erneut als „wichtigen Bestandteil der Weltwährungsreserven“. Dementsprechend sind seit 1999 die Anteile des Goldes am Gesamtbestand der Reservewährungen der wichtigsten Wirtschaftsmächte gestiegen.<sup>505</sup> (Tabelle I)

**Tabelle I: Goldreserven der Zentralbanken September 2003**

Goldbestand der Notenbanken		
Land	Tonnen	Anteil am Bestand ausländischer Reserven. in %
1. USA	8135,4	56,9
2. Deutschland	3439,5	43,4
3. IWF	3217	-
4. Frankreich	3024,8	54,1
5. Italien	2451,8	45,9
6. Schweiz	1722,8	31,1
7. Niederlande	842,5	48,6
8. EZB	766,9	-
9. Japan	765,2	1,6
10. China	600,3	1,9

Quelle: Grimm, Harald; Goldfonds; Glänzende Überflieger; manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,276357,00.html>; 03.12.2003.

„Gold“, sagt Peter Bakstansky, Vizepräsident der New Yorker Fed, „bleibt unsere sicherste Reserve.“ Das bedeutet, „so leicht wird der Wert des Goldes nicht durch äußere Ereignisse wie Krieg, Terror und Rezession erschüttert.“ Im Gegenteil: Gold war immer schon die beste Krisenanlage und ist es heute mehr denn je. Gold-Futures schlossen Mitte August 2004 mit 415,50 Dollar pro Feinunze ab. Anfang 2001 noch bei knapp 260 Dollar, hat das Gold somit knapp 60 % zugelegt. Bis November 2004 ist die Feinunze weiter auf 436 Dollar gestiegen.<sup>506</sup>

So gilt das Washingtoner Agreement als Trendwende nach dem 1971 beschlossenen Ende des Goldstandards und hat den dramatischen Preisverfall der 80er und 90er Jahre gestoppt. Da das Gold per Dollar auf den internationalen Märkten gehandelt wird, ist mittelfristig auch nicht mit einem erneuten Goldverkauf aus den Beständen der Zentralbanken zu rechnen. Vor allem in Asien sind die Notenbanken derzeit auf Einkaufstour. In China steigt die Nachfrage. Seit Oktober 2002 ist in Shanghai die erste Goldbörse eröffnet worden. Außerdem wollen

505 Vgl. Grimm, Harald; Goldfonds; Glänzende Überflieger; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,276357,00.html>; 03.12.2003.

506 Vgl. Pitzke, Marc; Wall Street: Am Golde hängt...; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,314522,00.html>; 23.08.2004.

islamische Staaten unter der Führung von Malaysia den Golddinar als goldgedeckte Währung einführen. Dafür wären 300 bis 800 Tonnen zusätzliches Gold pro Jahr notwendig.<sup>507</sup>

Wie realistisch der Plan der islamischen Staaten ist, vom US-Dollar als Reservewährung unabhängiger zu werden, bleibt unklar. Aber von Gerüchten und unruhigen Zeiten profitierte der Goldpreis seit 1972. Folglich haben auch die Goldfonds und Goldminen in den vergangenen drei Jahren Wertzuwächse von 100 bis 250 % verzeichnet und der Aktienwert der Goldminen steigt steil an.<sup>508</sup> Die meisten Gewinne machte Gold in den Zeiten, da andere Wertanlagen schlingerten. Denn jede Krise, die die Börsen schockt, ist gut für Goldanlagen. „Die Kämpfe im Irak, der Ölpreis, die Unsicherheit über die US-Wirtschaft: All das fördert den Gold-Boom.“ „Die Terror-Bedrohung“, sagt der australische Investment-Experte Jonathan Barratt, „bleibt der Hauptfaktor, der den Goldpreis stützt.“ Ebenfalls erwartet Todd Hultman, Chef der Futures-Website Dailyfutures.com, dass sich die meisten Negativ-Faktoren – inklusive der US-Wirtschaft – auch mittelfristig nicht ändern und damit die Gold-Futures am Ende 2004 die Grenze von 450 Dollar erreichen werden. Investmentberater Peter Grandich rechnet sogar im Jahre 2005 mit 500 Dollar pro Feinunze.<sup>509</sup>

Solange das finanzielle und geopolitische Umfeld so bleibt, wie es ist, kann die Nachfrage nach Gold und der Goldpreis durchaus steigen – bis dann doch eine größere und längere geopolitische Korrektur einsetzt.

Dazu ein Blick auf die neuesten Zahlen der Londoner Research-Finna GFMS: Es wurden 2003 von den Goldminen 2.593 Tonnen neu gefördert (0,1 % mehr als 2002) und 2.533 Tonnen von der Schmuckindustrie nachgefragt (5,5 % weniger als im Vorjahr). Hinzu kamen auf der Nachfrageseite 516 Tonnen für die industrielle Verarbeitung einschließlich Münzen und 310 Tonnen für Goldrückkäufe der Minen (d.h. für den Abbau von Hedge-Positionen). Fondsmanager kauften rund 783 Tonnen. Das bedeutet: Nur dank der Notenbankverkäufe in der Höhe von 606 Tonnen und dank des Recycling von Altgold in der Höhe von 943 Tonnen konnte der Teil der Nachfrage befriedigt werden, der über den Schmuck hinausging. 2003 jedenfalls war die Investmentnachfrage der entscheidende preisbeeinflussende Faktor.<sup>510</sup>

---

507 Vgl. Pauly Christoph; Geldanlage, Goldene Zeiten; in: Der Spiegel; Nr. 41/2003; <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,268366,00.html>; 06.10.2003.

508 Vgl. Grimm, Harald; Goldfonds; Glänzende Überflieger; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/geld/geldanlage/0,2828,276357,00.html>; 03.12.2003.

509 Vgl. Pitzke, Marc; Wall Street: Am Golde hängt...; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,314522,00.html>; 23.08.2004.

510 Vgl. Walker, Paul; Gold Survey 2004; in; Research-Finna GFMS; <http://www.gfms.co.uk/Market%20Commentary/GS%2004%20presentation.pdf>; 12.08.2004.

In der Regel ist der Goldpreis seit dem Zerfall des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1971 jedes Mal dann gestiegen, wenn der Dollar an Boden verloren hat. Von 1945 bis Ende des Bretton-Woods-Systems kostete eine Feinunze Gold konstant 35 Dollar. Wenn die momentane Wirtschaftsentwicklung in einer großen Wirtschaftskrise endet, wäre sie unter Umständen mit einer ungezügelter inflationären Entwicklung verbunden. Gegen diese Entwicklung versuchen sich die Investoren zu schützen, indem sie auf physische Güter, zum Beispiel auf Gold setzen. Da die Stabilität der Reserve- und Leitwährung Dollar fragil geworden ist, ist „Gold die Versicherung gegen Dollar-Verluste“, bestätigt Frank Holmes, Fondsmanager bei U.S. Global Investors. „Deshalb kam es im vergangenen Jahr zu dem Preisanstieg.“<sup>511</sup>

Der Goldpreis wird mit Sicherheit weiter auf dem aktuellen Niveau bleiben, da die US-Wirtschaft sich noch immer in einer Talfahrt befindet und der Dollar immer noch entsprechend Schwach ist. Für die aktuelle Dollar-Schwäche macht Finanzstaatssekretär Caio Koch-Weser vor allem die Finanz- und Wirtschaftspolitik von US-Präsident George W. Bush verantwortlich.

„Das Doppeldefizit im Haushalt und der Leistungsbilanz der Vereinigten Staaten beunruhigt die Märkte. Das Ergebnis der US-Wahlen hat diese Sorgen nicht mildern können“, sagte Koch-Weser. Er begründet dieses Urteil mit der auf Pump finanzierten Steuersenkungspolitik Bushs: „Die Bush-Administration hat bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode in großem Umfang die Steuern vor allem für Top-Verdiener ermäßigt. Das war ökonomisch nicht optimal, denn es hat die Wirtschaft kaum belebt und große Haushaltsdefizite verursacht.“ Im Wahlkampf habe Bush zusätzlich versprochen, dass er die einmalige Steuersenkung festschreiben wolle, wenn er im Kongress eine Mehrheit besitzt. „Die hat er nun“, so Koch-Weser Mitte November 2004 und deshalb werde der Staatshaushalt der USA auch weiterhin belastet: „Wir reden über sehr große Summen, für die es keine Gegenfinanzierung gibt.“<sup>512</sup>

Der Dollarkurs ist weiterhin der Hauptfaktor hinter den Preisbewegungen bei Gold. Sollte der Dollar weiter unter Druck geraten, was auf Grund des steigenden US-Handelsdefizits, welches mit inzwischen über 5 % des BIPs die volkswirtschaftlich annehmbare Grenze überschritten hat, eintreten kann – der erhöhte Goldpreis ist überdies ein Indiz hierfür –, läuft er Gefahr, über die Abkopplung des Weltmarktes die Leitwährungsrolle einzubüßen. Wie

---

511 Vgl. Autor unbekannt; Experten erwarten keine Bewegung beim Goldpreis; in: Die Welt Online; <http://www.welt.de/data/2004/06/26/296688.html>; 26. 06. 2004.

512 Koch-Weser, Caio (Interview); Kritik an US-Finanzpolitik: „Doppeldefizit beunruhigt die Märkte“; in Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,327654,00.html>; 13.11.2004.

bedrohlich solch ein hohes Defizit sein kann, eröffnet sich daraus, dass 1987 ein erheblich kleineres Leistungsbilanzdefizit – es erreichte damals in der Spitze 3,5 % des BIP – ausreichte, um den Dollar um ein Drittel zu entwerten und die Aktienbörse an der Wall Street zusammenbrechen zu lassen. Um ein anderes amerikanisches Krisenjahr in Erinnerung zu rufen: Als Präsident Nixon 1971 das so genannte Goldfenster schloss und damit die Konvertibilität des Dollars in Gold einseitig aufkündigte, steuerte das US-Außenhandelsdefizit gerade einmal die Marke von 0,5 % des BIPs an.<sup>513</sup>

Jedoch lassen alle fundamentalen Daten, die vorliegen, nur den Schluss zu, dass eine weitere Dollarabwertung in nächster Zeit fast unausweichlich ist. Gestützt wird diese Prognose durch einen bemerkenswerten Beitrag, des Vorsitzenden der einflussreichsten Denkfabrik der USA, des Council on Foreign Relations, Peter G. Peterson für die Herbstausgabe 2004 von Foreign Affairs.

Peterson legt zunächst dar, dass die USA paradoxer Weise als eine Supermacht zum größten Schuldner der Welt avanciert sind, dass das jährliche Außendefizit des Landes 540 Milliarden Dollar erreicht hat und damit im ersten Quartal 2004 5,4 % des BIP ausmachte; die Auslandsverschuldung über 20 %. Ferner müssten die USA täglich rund vier Milliarden Dollar an ausländischem Kapital importieren – die Hälfte davon, um das Loch in der Leistungsbilanz zu schließen, die andere Hälfte, um ihre Investitionen im Ausland zu finanzieren.<sup>514</sup>

Dies wäre eventuell eine Zeitlang tragbar, wenn die Aussicht bestünde, dass der US-amerikanische Staat seine Finanzen in absehbarer Zeit in Ordnung bringen könnte. Peterson kommt hinsichtlich dieses Aspektes zu erschreckenden Ergebnissen.

Bekanntlich existiert in den Vereinigten Staaten seit geraumer Zeit ein Zwillingsdefizit; ein Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz und ein Defizit im Staatshaushalt, welches ebenfalls rund 5 % des BIP erreicht hat. Das macht zusammen mit dem Leistungsbilanzdefizit rund 10 % der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes. Peterson weist nun nach, dass zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg jeder einzelne große Ausgabenposten des Bundeshaushalts mindestens so schnell oder sogar schneller als die amerikanische Wirtschaft wachsen wird – und dies auf Jahre hinaus. Betroffen sind die Pensionen der Baby Boomers –

---

513 Vgl. Peterson, Peter G.; Riding for a Fall; in: Foreign Affairs; September/October 2004; <http://www.foreignaffairs.org/20040901faessay83510/peter-g-peterson/riding-for-a-fall.html?mode=print>; 29.09.2004.

514 Ebenda.

der geburtenstarken Jahrgänge aus der Nachkriegszeit – die bald in Rente gehen, ferner die Ausgaben für das Gesundheitswesen sowie alles, was mit innerer und äußerer Sicherheit der USA zusammenhängt. Im September 2003 beantragte Präsident Bush für die Operation im Irak 87 Milliarden Dollar. Das war die größte derartige Einzelbewilligung seit dem Zweiten Weltkrieg, die aber – wie inzwischen feststeht – bei weitem nicht ausreichen wird.

Gleichzeitig läuft die US-amerikanische Aufrüstung – mit oder ohne Irak – auf Hochtouren. Nach einer neuen Berechnung des „Congressional Budget Office“ werden die amerikanischen Militärausgaben in den nächsten zehn Jahren 1.100 Milliarden Dollar mehr verschlingen als bisher von der Regierung angegeben. Das sind, wohlgemerkt, nur die Mehrausgaben inklusive Zinskosten. Eventuell einsetzende zukünftige Kriege, etwa gegen den Iran, sowie die wohl unvermeidliche Expansion der US-Streitkräfte fließen in diese Rechnung nicht ein.

Als anderes Beispiel, um zu zeigen, wie verletzlich das Land ist erörtert Peterson, dass 70 % des Außenhandels mit Kanada, des größten Handelspartners der USA, über nur fünf Brücken und durch einen einzigen Tunnel, die in den Staat New York führen abgewickelt wird. Die Belastungen, die auf den amerikanischen Haushalt zukommen, sind derart umfangreich, dass mit einer rapide wachsenden Staatsverschuldung gerechnet werden muss. Diese stellt ein böses Omen für den US-Bondmarkt und eben auch für den Dollar dar, wenn einbezogen wird, dass die amerikanische Staatsschuld schon jetzt zu 40 % vom Ausland getragen wird. Allein die amerikanischen Staatsschulden, die von fremden Zentralbanken gehalten werden, erhöhten sich innerhalb von drei Jahren um 50 % und lagen im Dezember 2003 bei 1.531 Milliarden Dollar.

Besonders Japan und China kaufen diese Papiere, um die US-Währung zu verteidigen und ihren Export zu stützen. Aber sie werden und können das nicht unbegrenzt fortsetzen. Japan, mit einer ohnehin schon exorbitanten inländischen Verschuldung, steuert wegen des Geburtendefizits und der Alterung der japanischen Bevölkerung auf wachsende Haushaltsdefizite zu.

Über diesen Aspekt sprach Peter G. Peterson mit Haruhiko Kuroda, dem Berater von Ministerpräsident Koizumi und einem der herausragenden Finanzexperten Japans. Mit Blick auf den künftigen Finanzbedarf Japans fragte Peterson: „But Mr. Kuroda, you are now financing about a quarter of America’s current account deficit. Can you really spend the same

money twice?“ Kuroda antwortete mit typisch japanischer Zurückhaltung: „Yes. It is a very difficult problem.“<sup>515</sup>

Damit wird klar, dass die ausländischen Geldquellen der Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit dünner fließen oder vielleicht sogar versiegen werden. Das gilt für die direkte Unterstützung für die US-amerikanischen Kriege und Okkupationen, aber auch für die Kredite. Und es gilt nicht nur für Japan, sondern auch für Europa. Es führt also kein Weg daran vorbei, dass das Loch in der US-amerikanischen Außenbilanz geschlossen oder zumindest erheblich verkleinert werden muss. Und das geht nur mit Hilfe einer Dollarabwertung, die den US-amerikanischen Export verbilligt und damit ausweitet, bzw. mit Hilfe einer US-Rezession, die den Import automatisch verringern würde. Für die unvermeidliche Anpassung sieht Peterson zu Recht zwei Möglichkeiten: Erstens eine so genannte weiche Landung mit einem billigeren Dollar und auch mit einem langsameren Wachstum des US-amerikanischen Lebensstandards. Und zweitens einen plötzlichen Verlust des Vertrauens in den Dollar und eine Verkaufspanik – dann schossen die amerikanischen Zinsen und Inflationsraten in die Höhe und der Aktienmarkt in New York bräche massiv ein. Dass der Dollar seit Anfang 2002 bereits deutlich verloren hat, ist dabei kein Trost. Denn auch die früheren Dollar-Paniken (1971/73, 1978/79, 1986/87 und 1994/95) brachen erst aus, nachdem der Dollar bereits eine Zeitlang kontrolliert abgewertet hatte. Was könnte die große Krise auslösen? Nahezu alles, meint Peterson: Ein terroristischer Anschlag, ein schlechter Tag an der Wall Street, ein enttäuschender Arbeitsmarktbericht oder sogar eine unüberlegte Bemerkung eines Notenbankers.

Und wie lange könnte die Krise noch auf sich warten lassen? Peterson sprach darüber mit führenden Politikern, Finanzleuten und Volkswirten. Keiner von ihnen glaubte, dass sich das Leistungsbilanzdefizit „viel länger als fünf weitere Jahre“ in der jetzigen Höhe halten lasse. Paul Volker – ehemaliger Chef der Fed – bezifferte die Wahrscheinlichkeit einer Dollarkrise innerhalb der nächsten fünf Jahre mit 75 %. Eine sehr vorsichtige Prognose, die freilich deutlich genug ist, um die nötigen Konsequenzen zu ziehen.<sup>516</sup>

Dass von einer solchen Dollarkrise auch die außeramerikanischen Börsen hart getroffen wird, muss ebenfalls einkalkuliert werden. Für die Finanzmarktakteure ist dies Grund genug, um den Dollar zu meiden, Gold zu halten und in den kommenden Jahren an allen Finanzmärkten mit größter Vorsicht zu operieren, da unüberlegte Schritte einen Zusammenbruch des

---

515 Ebenda.

516 Ebenda.

Dollarsystems, auf Grund des zunehmenden Fehlens der Stabilität des Dollars als Weltgeld, einleiten könnte.<sup>517</sup>

Dies ist nach Ansicht von Edward Luttwak bisher dadurch erfolgreich verhindert worden, dass sich „die Lage der USA an den Finanzmärkten“ dank des „jüngsten Irak-Krieges“ verbessert habe, und das Vertrauen in „amerikanische Papiere, amerikanische Aktien und Anleihen“ mit positiven Effekten für das „US-Handelsdefizit“ erhöht haben. Obwohl jeder Krieg wirtschaftlich gesehen an den Finanzmärkte große Unsicherheiten mit sich brächte, habe dieser Krieg das Vertrauen der Anleger in die US-Wirtschaft und „das Prestige der Vereinigten Staaten“ erhöht, da die USA „täglich erhebliche Mengen ausländischen Kapitals“ einführen müssten. „Das bekommen sie nur, wenn die Leute weiterhin davon überzeugt bleiben: Die USA sind mächtig, sie sind geopolitisch sicher.“<sup>518</sup>

Die geopolitischen Vorteile der USA sind vielfältig. Abgesehen davon, dass sie als größter Ölimporteur der Welt pro Tag 15 Millionen Barrel des schwarzen Goldes importieren, profitieren sie davon, dass Öl in Dollar fakturiert wird. In einem Monat importieren die Vereinigten Staaten momentan Öl im Wert von ca. 18 Milliarden Dollar, was auf das Jahr gerechnet mit ca. 216 Milliarden Dollar ein Drittel des US-Handelsdefizits überschreitet.<sup>519</sup> Wird der durchschnittliche Wert eines Barrels Öl im Jahre 2004 mit ca. 40 Dollar vorausgesetzt, beträgt die Summe, welche aus den 81 Millionen Barrel Öl, welche weltweit täglich verbraucht werden, ca. 3,2 Milliarden Dollar. Die jährliche Dollarmenge, welche durch Ölhandel in Umlauf gebracht wird, beträgt ca. 1,2 Billionen Dollar. Diese gigantische Menge an Dollars ist für die Rolle des Zahlungsmittels als Weltwährung von immenser Relevanz.

Der Zerfall des Dollarsystems wird unweigerlich dazu führen, dass die USA ihre Ölimporte in Fremdwährungen ausgleichen müssen. Das heißt, dass die USA erst im Handel mit anderen Nationen eine positive Handelsbilanz erreichen müssen, damit sie ihre Importe finanzieren können, was momentan unmöglich ist. Daher müssen sie dafür sorgen, dass sie geopolitisch stark bleiben. Über diese Strategie verhindern die Vereinigten Staaten den Zerfall des Dollarsystems, indem sie dafür sorgen, dass alle Rohstoffe – vor allem Öl – weiterhin auf Dollarbasis gehandelt werden, unabhängig davon, ob der Dollar stark oder schwach ist. In der Zeit der Dollarstärke wird dann der Ölpreis verhältnismäßig niedrig sein, während er in Zeiten

---

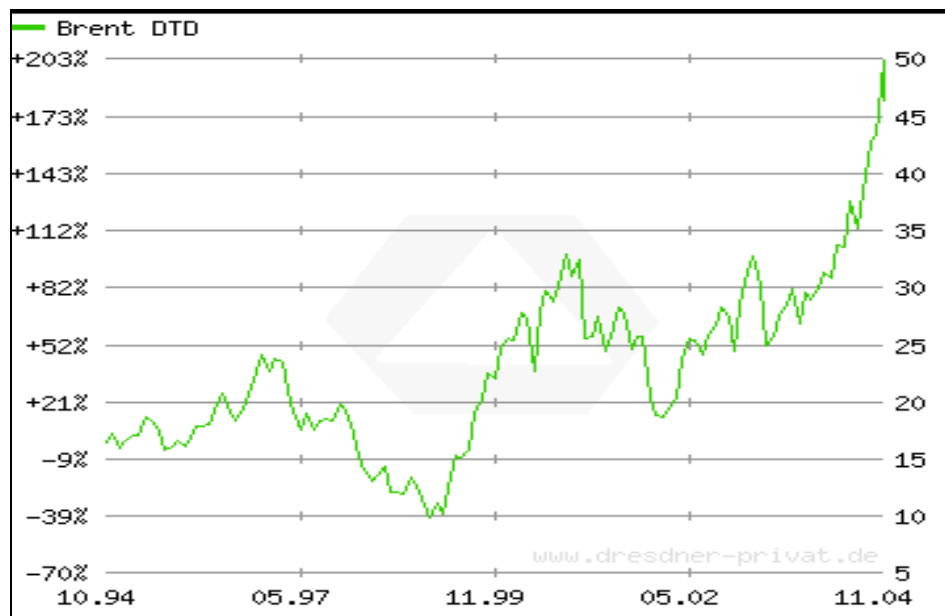
517 Ebenda.

518 Vgl. Luttwak, Edward; Der Krieg bringt Prestige; in: die Zeit; Nr.14; 27.03.2003; S. 24.

519 Ebenda..

der Dollarschwäche steigt. Für die US-Wirtschaft ist dies relativ belanglos, solange das Öl nur auf Dollarbasis fakturiert wird. (Abb. 15).

**Abbildung 15: Ölpreis von 1994 bis 2004**



**Quelle:** Kurse und Märkte; in: Dresdner Bank-Privatkundenportal; [www.dresdner-privat.de](http://www.dresdner-privat.de); 04.11.2004.

Gold ist der wichtigste monetäre Rohstoff; Öl der Treibstoff der modernen Zivilisation, ohne den alle Räder stillstehen. Daher sind Öl und Gold auf den Finanzmärkten zwei vergleichbare Investments, wobei Gold eine Ersatzwährung für das inflationsgefährdete Weltgeld Dollar darstellt und Öl einen strategischen Rohstoff, mit entscheidender Wirkung auf die Produktion der Industrie und die Mobilität der Menschen. Deswegen dürfte der Besitz der Öllaktien als langfristiges Investment berechenbarer und weniger riskant sein als der Besitz der Goldaktien. Kein Wunder, dass Öl sogar das Gold als führendes Basisinvestment bei Rohstoffen verdrängt hat. „Der steigende Preis hat Ölderivate auf die Märkte zu den meist gehandelten Optionsscheinen im Rohstoffsegment gemacht. Öl hat als ‚Underlying‘ inzwischen sogar Gold von der Spitze verdrängt“, sagt Thomas Spengler, Sprecher der Stuttgarter Börse, wo die meisten Optionsscheine in Deutschland gehandelt werden.<sup>520</sup>

Bei Gold und Öl geht es um nachgewiesene Reserven, um die Höhe der Produktionskosten und um die Fähigkeit der jeweiligen Produzenten, die laufende Produktion durch neue Funde (Exploration) zu ersetzen. Faktisch lassen sich bei der Flaute am Aktienmarkt derzeit nur mit Öl und Gold höhere Renditen erwirtschaften. Sowohl spekulative Hedgefonds als auch

<sup>520</sup> Vgl. Haimann, Richard; Portfolio: Alles drängt zum schwarzen Gold; in: FTD Online; <http://www.ftd.de/bm/ga/1096093186888.html?nv=rs>; 29.09.2004.



größere Publikumsfonds sind in den vergangenen Jahren auf den Rohstoff-Zug aufgesprungen. Sogar Kleinanleger mischen über Optionsscheine und andere Derivate verstärkt auf dem Ölmarkt mit.<sup>521</sup>

Allerdings besitzen die USA auf dem Gebiet der Lenkung der Finanzströme und Rohstoffmärkte mit dem Dollar als Weltgeld eine Trumpfkarte, welche die Last der Energieimportkosten ihrer Wirtschaft neutralisiert. So lange das Öl in US-Dollar fakturiert wird, können die USA „den Lebenssaft ihrer Ökonomie fast umsonst bekommen,“ da die Fed über den Gebrauch der Druckerpresse so viele US-Dollar in den Umlauf bringen könne, wie nötig.<sup>522</sup>

„Die Druckerei der Federal Reserve verwandelt sich in eine sprudelnde Ölquelle. Dollar können in jeder gewünschten Menge ‚gedruckt‘ werden, um das Öl zu importieren. Die goldenen Zeiten des ‚twin-deficits‘, die der US-Mittelklasse einen Konsumrausch in den 90er Jahren bescherten, ließen sich auch gegen die Miesmacher von der OECD fortsetzen, die von den US-Bürgern eine höhere Sparquote als die derzeit 3 % verlangen. Das Öl wäre sozusagen der Wertanker des US\$, eine multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz, vor allem mit dem Euro. ... Dies wird so lange möglich sein, dass das Öl in US-Dollar fakturiert wird. Daher die Kontrolle eines großen Teils des Angebots auf den globalen Ölmärkten durch die USA würde dafür sorgen, dass die Ölrechnungen auch in Zukunft in US-Dollar ausgestellt werden. Das möglicherweise ist ein entscheidendes Motiv für die brutale Konsequenz, mit der der Irak unter US-Einfluss gebracht werden soll. Die US-amerikanischen Eliten versprechen sich auch in Zukunft, die Ölrechnung in Dollar begleichen zu können, obwohl der Dollar stark abwertungsverdächtig ist,“ so der renommierte Politökonom Elmar Altvater. „Wer meint, bei der Versorgung mit diesem Treibstoff der Industriegesellschaften würden Marktgesetze mit ‚unsichtbarer Hand‘ wirken, ist blind für die sehr sichtbare Hand der politischen und militärischen Macht. Es geht um die Herrschaft über die bekannten Reserven und den Zugang zu den vermuteten - um die Fähigkeit, den Ölpreis zu beeinflussen und die Währung, in der er fakturiert wird.“<sup>523</sup>

---

521 Vgl. Hillenbrand, Thomas; Analyse: Wie der Ölpreis-Schock die Wirtschaft bedroht; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,324961,00.html>; 27.09.2004.

522 Vgl. Mezger, Markus; Drei Schlüsselfaktoren des Goldhahns; in: Megatrend Gold: neue Entwicklung (Eine Studie der Baden Württembergische Bank AG); 2003; S. 27.

523 Altvater, Elmar; Die Währung des Schwarzen Goldes; in: Freitag; <http://www.freitag.de/2003/08/03080301.php>; 14.02.2003.

## 2.10. Fazit

Mehr als drei Jahrzehnte nach der Veröffentlichung von Brzezinskis Buch „Between Two Ages“ über die technontronische Ära ist nun im Hinblick auf den Zusammenbruch der New Economy und der mit ihr verbundenen Aktienblase, der zahlreichen Finanzkrisen in den Entwicklungsländern, der drohenden Entwertung des US-Dollar und der ungebrochenen Stagnationstendenz in der Weltwirtschaft, die Krise des postindustriellen Wirtschaftssystem ausgebrochen.

Diese Krise, die selbst Folge der wirtschaftlichen Fehlentwicklungen der 90er Jahre ist, wurzelt in den wirtschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegsära der 50er Jahren. Damals wurde, bedingt durch die politische Notwendigkeit des Kalten Krieges, die die Überlegenheit des kapitalistischen Sozialsystems gegenüber dem Sozialismus voraussetzte, ein politisches System, basierend auf sozialer Marktwirtschaft, konstituiert, das angeblich über die Allokation der Früchte der – auf technischem Fortschritt fußenden – erhöhten Produktivität des kapitalistischen Wirtschaftsmodells finanziert werden konnte.

Daher basiert der Fordismus auf technischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundsätzen, denen zu Folge die Vergrößerung des Produktionsvolumens, auf Grund erhöhter Arbeitsteilung und Rationalisierung (Fließbandarbeit), die Herstellung der Industrieprodukte verbilligt und auf diese Weise, die Gesellschaft mit möglichst hochwertigen Erzeugnissen zu möglichst niedrigen Preisen versorgt. Es wurde, basierend auf der Idee der sozialen Marktwirtschaft, ein spezifischer gesellschaftlicher Kompromiss entwickelt, welcher ein paralleles Wachstum von Produktivität, Reallöhnen und Profiten ermöglichen sollte. So wurde für mehrere Jahrzehnte eine vergleichsweise regelmäßige Akkumulation und Allokation möglich. Unter diesem System akzeptierten die Lohnabhängigen die Hoheit der Kapitaleigner in der Arbeitsorganisation, im Austausch gegen die Beteiligung an den Früchten des Produktivitätsfortschritts, ohne das Wachstum der Kapitalrendite zu stark zu verringern.

Die steigenden Einkommen der lohnabhängigen Menschen wiederum ermöglichten die Entwicklung des Massenkonsums, welcher wiederum eine intensive Kapitalbildung erlaubte. In den zyklisch auftauchenden Krisenzeiten, die zu den immanenten Momenten des Kapitalismus gehören, wurde, basierend auf der keynesianistischen Wirtschaftstheorie, der Konsum und die dafür notwendige Produktion durch den staatlich regulierten Kredit forciert. Diese durch Kredit angetriebene Entwicklung wurde, durch die von Keynes entwickelte Theorie, wonach der Staat durch Erhöhung der staatlichen Ausgaben mittels Schulden in

zyklische Abschwungsphasen der Wirtschaft, zum Zweck der Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Konsum, eingreifen soll und in Aufschwungsperioden der Wirtschaft durch Steuererhöhung ihre Schulden abbauen könne, untermauert.<sup>524</sup>

Dieser Mechanismus war zur Kontrolle der zyklisch auftauchenden Krisen des kapitalistischen Systems in seiner Gesamtheit, welche durch Überproduktion verursacht wird, gedacht. Die Kontrolle der innerkapitalistischen Differenzen der kapitalistischen Nationalstaaten wurde wiederum im Rahmen des „Bretton-Woods-Systems“ geregelt.

1944 wurde auf der Konferenz von Bretton-Woods das System der Währungsparitäten in der Form festgelegt, dass die währungspolitische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten, die globalen Finanz- und Handelstätigkeiten betreffend, gesichert war. Danach wurde ein international gültiges „Goldsystem“ eingeführt, welches die Währung eines jeden Mitgliedes des IWFs in einem System der festen Wechselkurse an den Dollar band. Der Dollarkurs wurde auf den Wert von 35 Dollar pro Unze Feingold festgelegt, was von der US-Notenbank ausgeglichen werden sollte.<sup>525</sup>

Auf Grund der Tatsache, dass die US-Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg über 60 % des gesamten Weltbruttosozialprodukts produzierte, ist die damalige Rolle des Dollar gerechtfertigt gewesen. In den Jahren des Wiederaufbaus und Wirtschaftsbooms nach dem Krieg, haben sich jedoch die europäische und die japanische Wirtschaft erholt und ihren Anteil am globalen Bruttosozialprodukt erhöht. Weiterhin hatten sich die USA, die sich damals durch das bipolare System in einem ideologischen Krieg mit der Sowjetunion befanden, um einen Dominoeffekt des Vietnamkrieges auf weitere ostasiatische Länder zu verhindern, um den Erhalt der wirtschaftlichen Stabilität Ostasiens gesorgt. Sie investierten massiv in die Länder der Region und gaben Marktanteile des US-Marktes an diese Staaten ab.<sup>526</sup>

Das führte zu einer massiven Verlagerung von Produktion und Arbeitsplätzen ins asiatische Ausland und dem Abbau der industriellen Arbeitsplätze in den USA. Dieser Prozess wurde von Europa und Japan mit hoher Intensität unterstützt.

---

524 Vgl. Keynes, John Maynard; Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und das Geldes; Berlin (Duncker & Humblot Verlag); 1936.

525 Bodro, Michael; Eichengreen, Barry: A Retrospective on the Bretton Woods System; The University of Chicago Press (Chicago and London); 1993.

526 Eine ausführliche Beschreibung der gegenseitigen finanzpolitischen und realwirtschaftlichen Abhängigkeit der USA, der asiatischen Länder und Japan liefert Chalmers Johnson. Siehe Johnson, Chalmers: Ein Imperium verfällt; Karl Blessing Verlag; München; 2000.

Trotz den verheerenden Folgen dieser Entwicklung für die US-amerikanische Wirtschaft, ist im Laufe der Zeit aus der Not eine Tugend geworden. Das US-Kapital hatte vermehrt das Interesse, in Billiglohnländern zu produzieren und die Produkte auf den kaufkräftigen Märkten der USA, Europas sowie Japans zu verkaufen und somit vielfach zu profitieren. Dies war die Geburtsstunde der von den USA hervorgebrachten heutigen Globalisierung, die von den europäischen Ländern und Japan ebenfalls durch massive Investitionen forciert wurde.

Diese Entwicklung – durch die Bedingungen des Kalten Krieges intensiviert – führte zur strukturellen Heterogenität der US-Ökonomie zwischen Finanz- und Realwirtschaft. Da die USA in einem Wettrüsten mit der Sowjetunion standen, investierten sie vermehrt in ihre Rüstungsindustrie, wodurch sich ebenfalls ihr Militäretat auf Kosten anderer Wirtschaftszweige erhöhte. Der permanent steigende Militäretat und Reagans Steuergeschenke an die besser verdienende Schicht in den 80er Jahren belasteten die US-Wirtschaft in dem Maße, dass zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates keine Parität mehr bestand. So entstand ein Haushaltsdefizit, welches vorwiegend durch Schuldenaufnahme finanziert wurde. Dieser Prozess verminderte die Staatseinnahmen und steigerte den Schuldenberg, der bis heute die US-Ökonomie belastet. Für andere Wirtschaftsmächte, wie Japan und Deutschland, war dieser Prozess jedoch weniger belastend gewesen, da sie trotz hoher Staatsverschuldung, über ihre quasi merkantilistische Wirtschaftspolitik, für eine permanent steigende, auf hohen Exporteinnahmen basierende, positive Leistungsbilanz gesorgt hatten. Daher war die Last der Schulden in diesen Ländern relativ gering. Außerdem sparte die Bevölkerung dieser Länder mehr als sie für Konsum ausgab.

Da die US-Wirtschaft in der Nachkriegsära vom gesamten Weltbruttosozialprodukt Prozentsätze an Europäer, Japaner und Asiaten verlor, büsste demzufolge auch der Dollar sukzessiv an substantiellem Wert gegenüber Fremdwährungen ein. Nach den Regeln des Bretton-Wood-Systems war jedoch der Dollar Leitwährung und somit konnten die USA inflationäre Dollar drucken, auf Basis des festen Wechselkurses an ihre Geschäftspartner liefern und so an deren Reichtümern teilhaben.

Diese inflationäre Dollarmenge, die im Finanzfachjargon grob als „Eurodollars“ bezeichnet wird, war für den Wertverlust des Dollars verantwortlich und führte zu Missstimmigkeiten der

Geschäftspartner, bzw. verursachte eine Weltwährungskrise.<sup>527</sup> Unter massivem Druck der deutschen und französischen Regierung wurden schließlich Anfang 1971, während der Nixon-Regierung, die Goldbindung des Dollars und die festen Wechselkurse aufgehoben und durch einen freien Devisenkurs ersetzt. Dennoch blieb die Leitwährungsrolle des Dollar als Erblast des Bretton-Woods-Systems für die Nachwelt erhalten und der US-Dollar spielt nach wie vor als Anlage und Fakturierungswährung eine dominierende Rolle im internationalen Zahlungsverkehr. Außerdem bemühten sich die USA ab den 70er Jahren mit allen finanzpolitischen, militärischen und diplomatischen Mitteln, diese Rolle des Dollars aufrecht zu erhalten. Das erreichten sie durch die Etablierung des Dollars als Zahlungsmittel für den strategischen Rohstoff Öl. In dieser Hinsicht verhinderten sie die Vermarktung jedes unabhängig des Dollars angebotenen Erdöls.<sup>528</sup>

Dieser Trend wurde seit Anfang der 90er Jahren unter neuen Prämissen forciert. Der Wegfall des Systemkonkurrenten führte einerseits zur Kürzung staatlicher Gelder für Sozialsysteme in den kapitalistischen Ländern, da der ideologische Gegner nicht mehr zu fürchten war. Andererseits schaffte der Zerfall des Ostblocks neue günstige Bedingungen für die Entstehung der globalen Märkte, die wiederum die Globalisierung der Finanzströme und die Verschiebung der Arbeitsplätze verstärkte.

Die Globalisierung hatte auf zweifache Weise ihre Spuren hinterlassen. Einerseits bieten bessere Produktionsbedingungen der Schwellenländer den Investoren besser Renditechancen, andererseits zwang die Verlagerung der Arbeitsplätze in die Schwellenländer die lohnabhängige Bevölkerung in den Industrieländern entweder auf ihr Recht auf Lohnerhöhung sowie andere soziale Absicherungen zu verzichten, um ihre Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Dennoch gerieten vermehrt Menschen in den Industriestaaten in Arbeitslosigkeit und verloren permanent an Kaufkraft. Da aber dieses System vom Massenkonsum abhängig ist, ermöglichen die Regierungen der Industrieländer – allen voran die US-Regierung – durch erhöhte Ausgaben des Staates und simplifizierten Kreditaufnahmebedingungen den Absatz von Konsumgütern, um gegen die zyklisch auftauchende Stagnation anzukämpfen. Dadurch stürzte sich die Mittelschicht in Konsumschulden, die sie kaum bewältigen konnte, wie es der

---

527 Die Weltwährungskrise Ende der 60er bis Anfang der 70er Jahre, die zum Zerfall des Bretton-Woods-Systems führte, ist von Elmar Altvater zu jener Zeit in einem spannenden Buch gebührend analysiert worden. Die Lektüre dieses Buches wird allen empfohlen, die einen Einblick in die Wurzeln der momentanen Weltwährungskrise erhalten wollen. Altvater, Elmar; Die Weltwährungskrise; Europäische Verlagsanstalt (Frankfurter am Main); 1969.

528 Vgl. Chapman, John; The real reasons Bush went to war; in: The Guardian; <http://www.guardian.co.uk/print/0,3858,4980254-103677,00.html>; 28.07.2004.

Wirtschaftssoziologe Robert Manning jüngst in „Credit Card Nation“ dokumentierte.<sup>529</sup> Dies ermöglichte wiederum den Investoren bessere Konditionen für Kapitalbildung, aber erhöhte gleichzeitig private und öffentliche Schulden.

In diesem System ist der kreditgetriebene Konsum der treibende Motor der Produktion und des Profits geworden. So entwickelt sich der Kredit als ein wesentlicher Faktor für die Steigerung der effektiven Nachfrage und die vorausgesetzte Produktion. Folglich sind die Investitionen nicht durch die Akkumulation des Mehrwerts, der in die Produktion fließt, forciert worden, sondern die Investoren und Konsumenten konnten auf Kreditgeld zurückgreifen, das im Bankensystem aus „dem Nichts“ geschaffen wurde. Dieser fiktive Kapitalbildungsprozess verlief über die Ablösung der goldgestützten Währung durch staatlich reguliertes „Zentralbankgeld bzw. Kreditgeld“.<sup>530</sup>

Die Kapitalbildung wurde hier durch das Verhältnis von erwarteter Profitrate und Zinssatz gesteuert, wobei langfristig die Zinsrate die Obergrenze für die allgemeine Profitrate darstellt, da der Zins aus dem realisierten Profit bezahlt werden musste. Die Aufteilung des Profits in Zins und Unternehmengewinn ergibt sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Geld bzw. Kapital. Dies führte zum Übergang von einem eher an Industrieproduktion orientierten Kreditsystem zu einem marktorientierten Finanzsystem, in dem das fiktive Kapital und die daran gebunden zu erwartenden Renditen eine zunehmende Bedeutung gewinnen.

Die Entwicklung in den USA während der 90er Jahre hat allerdings auch gezeigt, inwieweit steigende Wertpapierpreise, die ja ein Ausdruck der beschleunigten Anhäufung des fiktiven Kapitals sind, ein finanzgetriebenes Kapitalbildungssystem herausbilden und selbst zur Quelle höherer Konsumnachfrage wurde. Diese führte wiederum, im Rahmen der globalen Arbeitsteilung, zur Erhöhung der Import- der Konsumgüter, welche im steigenden Handelsdefizit der USA endete. Wobei dieses Handelsdefizit auf währungspolitische Ebene geregelt wurde.

Folglich ist die globale kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte dadurch gekennzeichnet, dass ein höheres Wachstum in einer Region – welches jeweils auf Kosten der anderen Regionen ging – erreicht wurde. Hierbei waren die Währungsrelationen entscheidend

---

529 Manning, Robert D; Credit Card Nation; The Consequences of America's Addiction to Credit; New York (Basic Books); 2002.

530 Vgl. Sablowski, Thomas; Krisentendenzen der Kapitalakkumulation; in: Das Argument; Nr. 251/2003; <http://www.oekonomiekritik.de/SablowskiKrisentheorie.pdf>; 12.11.2004.

für die Vermittlung der ungleichen Entwicklung. Daher wurde versucht, wenn sich Krisenprozesse in einer Region zuzuspitzen drohten, geldpolitisch einen Ausgleich zu schaffen, ohne dass der Kapitalbildungsprozess auf globaler Ebene verhindert werden sollte. Die Krisen in Asien, Argentinien und Russland waren dafür typische Beispiele. Das angehäuften Kapital wurde wiederum im Kreislauf der internationalen Finanzmärkte in verschiedenen Formen recycelt, um das konsumgetriebene Wachstum aufrecht zu erhalten.

Auf Grund der Rolle des Dollars in diesem System haben vor allem die USA in den 90er Jahren vom Recycling der Kapitalmassen zwischen den Weltregionen profitiert. Ihr konsum- und verschuldungsgetriebenes Wachstum war nur durch die Weltgeldfunktion des Dollar möglich, die den USA bis heute die Möglichkeit gibt, sich in eigener Währung zu verschulden, ohne – wie dies bei anderen Ländern ist – das Risiko einer mit der Abwertung der eigenen Währung verbundenen Überschuldung tragen zu müssen.

Dies ermöglicht es den USA, außergewöhnlich hohe Leistungsbilanzdefizite in Kauf zu nehmen. Zudem profitierten die USA von den Krisen in anderen Regionen, insbesondere in Japan und in den Schwellenländern, die zu einem großen Kapitalzustrom führten, zur Steigerung der Wertpapierpreise beitrugen und die problemlose Finanzierung der wachsenden Leistungsbilanzdefizite ermöglichten.

Die Frage ist allerdings, ob diese Entwicklung auf Dauer weiter beschritten werden kann. Auf Grund des desolaten Zustands der US-Wirtschaft ist es nicht sicher, dass die internationalen Investoren bereit sind, die wachsenden Leistungsbilanzdefizite der USA weiter zu finanzieren und eine unbegrenzte Verschuldung zu akzeptieren; zumal mit dem Euro nun auch ein ernstzunehmender Konkurrent des Dollar heranwächst. Dies zeigt sich in der jüngsten Debatte um die Dollarschwäche.<sup>531</sup>

Die Gründe der jüngsten Dollar-Schwäche gleichen jenen, welche die Leitwährung schon zwischen Anfang 2002 und Februar 2004 von Kursen um 0,86 Dollar auf rund 1,30 Dollar je Euro getrieben hatten. Vor allem haben die Wachstumserwartungen für die bedeutendste Volkswirtschaft der Erde einen Dämpfer erhalten. Dazu haben der verhältnismäßig schwache Arbeitsmarkt und die zunehmende Verunsicherung vieler Konsumenten Hoffnungen zunichte

---

531 Vgl. Fehr, Benedikt: Börse; Dollar-Talfahrt nährt Spekulationen auf Notenbank-Interventionen; in: FAZ Online; Nr. 279; 29.11.2004; S. 26. u. Autor unbekannt; EURO-HÖHENFLUG: Experten fordern Intervention der EZB; in: manager-magazin.de, <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,329689,00.html>; 25.11.2004.

gemacht, die Konjunktur werde ihre die letzten zwei Jahre andauernde Schwäche schnell und kraftvoll hinter sich lassen.

Mit den schwächeren Wirtschaftsdaten haben sich zugleich die Erwartungen über den Kurs der amerikanischen Geldpolitik geändert. So scheint es nun durchaus möglich, dass die Federal Reserve, die nicht nur zur Wahrung der Preisstabilität verpflichtet ist, sondern auch für einen möglichst hohen Beschäftigungsstand sorgen soll, auf dem Weg zu einem neutralen Leitzins nach dem wohl sicheren Zinsschritt erneut eine Pause einlegt. Es beeinträchtigt die Attraktivität des Dollar, dass die Währungshüter um Alan Greenspan den Leitzins womöglich doch nicht ganz so schnell auf jenes Niveau anheben, auf dem er die Wirtschaft weder zusätzlich stimuliert noch bremst.

Zum anderen lastet auf dem Dollar aber auch wieder die Sorge vieler Marktakteure, das Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz habe mit 592 Mrd. Dollar – rund 5,4 % des Bruttoinlandsprodukts – für 2004 inzwischen ein so gefährlich hohes Niveau erreicht, dass eine erneute Abwertung des Dollar unvermeidlich sei. So breitet sich das Gefühl wieder aus, die Amerikaner lebten weit über ihre Verhältnisse, indem sie wesentlich mehr importieren als exportieren. In diesem Sinne gibt das Leistungsbilanzdefizit, welches 2004 413 Mrd. beträgt und für 2005 mit 800 Mrd. Dollar veranschlagt werden kann, lediglich Auskunft darüber, dass Amerika mehr konsumiert, als es selbst produziert.<sup>532</sup> Das Spiegelbild hierzu zeichnet die inflationäre Kapitalbilanz, die seit geraumer Zeit zu Lasten der USA einen hohen und wachsenden Überschuss aufweist, und das Vertrauen in den Dollar erschüttert.

Daher ist es eine substanzlose Kausalität, wie bisher zu sagen, Amerika benötige zur Finanzierung seines Leistungsbilanzdefizits einen Kapitalzustrom von vielen Mrd. Dollar täglich. Dies sei ein Zeichen der Stärke, da die Investoren ihr Geld in der Erwartung höherer Renditen in die Vereinigten Staaten tragen, die gar nicht bestehen, da sich die Renditeperspektiven auf Grund des fehlenden Wachstums trüben. Folglich erwarten alle Marktakteure den Wertverlust des Dollar. Darin liegt unter normalen Bedingungen nichts Bedrohliches, da der schwächere Dollar letztlich zu einem Rückgang des Imports und einem steigenden Export führen kann, so dass das US-Leistungsbilanzdefizit schrumpft. Dass es hierzu trotz der ansehnlichen Abwertung des Dollar seit 2002 noch nicht gekommen ist, liegt unter anderem an der fehlenden Konkurrenzfähigkeit der US-Produkte auf dem Weltmarkt.

---

532 Vgl. Bekerman, Marek; Bush stands up for strong dollar; in: BBC News; <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/business/4031197.stm>; 22.11. 2004.



Die Gelassenheit, welche die Regierung in Washington durch die formelhafte Wiederholung des Satzes „Wir sind an einem starken Dollar interessiert“ bekundet, ist gleichwohl nicht ganz gerechtfertigt. Denn unter der Führung Präsident Bushs hat sich die Finanzlage der USA in den vergangenen drei Jahren dramatisch verschlechtert.<sup>533</sup>

Damit fließt ein Großteil des ausländischen Kapitals nicht mehr in produktive Verwendungen und trägt zum Aufbau eines größeren Kapitalstocks bei, sondern dient zur Finanzierung der hohen Staatsausgaben. Sollte die Bereitschaft ausländischer Investoren zum Erwerb der Staatsanleihen spürbar abnehmen, hätten die USA die Wahl, entweder die Zinsen oder die heimische Sparquote durch Einschnitte im Budget oder Konsumverzicht der Haushalte deutlich zu erhöhen. Beides wäre wohl mit negativen Folgen für die Konjunktur verbunden.

Zum anderen wird es der amerikanischen Regierung nicht entgangen sein, dass ein Großteil ihrer zusätzlichen Verschuldung von ausländischen Notenbanken, insbesondere in Asien, aufgesogen worden ist. Deren umfangreiche Anleihekäufe sind das Ergebnis regelmäßiger Devisenmarktinterventionen zur Verteidigung festgezurrtter Austauschverhältnisse ihrer eigenen Währungen zum Dollar. Sollten sich die Zentralbanken eines Tages entscheiden, einen Teil ihrer Devisenreserven von vielen hundert Mrd. Dollar auf den Markt zu geben, sei es aus Gründen der Risikostreuung oder weil sie sich zu einer durchaus wünschenswerten Lockerung des Wechselkurses entschlossen, dann gerieten die Anleihekurse und mit ihnen der Dollar womöglich unter noch erheblicheren Druck.

Dies wird immer wahrscheinlicher, da auch in Europa Wirtschaftswissenschaftler und Manager die EZB nun zu umfangreichen Dollarkäufen auffordern, um den Höhenflug des Euros gegenüber dem Dollar zu stoppen. „Die EZB sollte anfangen, ohne Begrenzung Dollar gegen Euro zu kaufen“, sagte der Wirtschaftsweiser und Würzburger Wirtschaftsprofessor Peter Bofinger. Bei der Stützung müsse die EZB „klotzen und nicht kleckern“, fügte er hinzu. Es sei „nicht einzusehen, warum in Europa jeder Euro Lohn und Sozialausgaben eingespart wird, auf der anderen Seite aber ein sehr wichtiger Faktor für Wettbewerbsfähigkeit wie der Wechselkurs wie ein Naturereignis hingenommen wird“, kritisierte der Ökonom. „Im Gegensatz zu den Zeiten der Euro-Schwäche vor einigen Jahren sei die EZB nun im Vorteil, wenn sie den Wechselkurs korrigieren wolle“, sagte Bofinger. „Damals hätte sie nur mit ihren

---

533 Autor unbekannt; Devisenturbulenz: Wirtschaftsweiser fordert Krücke für den kranken Dollar; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,329040,00.html>; 22.11.2004.

begrenzten Dollar-Reserven Euro kaufen können.“ Diesmal jedoch müsste sie Dollar gegen Euro kaufen – „und Euro stehen ihr prinzipiell unbegrenzt zur Verfügung“, so Bofinger.<sup>534</sup>

Zuvor hatte der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder mit deutlichen Worten das Doppeldefizit der US-Wirtschaft als „eindeutige“ Ursache der Dollarschwäche kritisiert und von einer „Besorgnis erregenden“ Entwicklung des Dollar gegenüber dem Euro gesprochen. „Man kann schlecht die Europäer zu Strukturreformen auffordern und dann die eigenen ökonomischen Notwendigkeiten nicht so hervorheben, wie das aus unserer Sicht nötig wäre“, mahnte Schröder weiter.<sup>535</sup>

Der deutsche Finanzminister Hans Eichel nahm sich diesem Thema in weniger diplomatischer Sprache an und sagte zum Kursanstieg des Euro gegenüber Dollar ungeniert: „Das ist eine brutale Entwicklung. ... Darüber wird zu reden sein. Aber – wie sich das bei Währungsfragen gehört – hinter verschlossenen Türen. Und dann hoffentlich mit einer gemeinsamen Position von Japan, USA und Europa.“<sup>536</sup>

Kein Wunder, dass die Finanzminister der Euro-Zone die Stärke ihrer gemeinsamen Währung gegenüber Dollar missfällt, und unmissverständlich appellieren sie an die USA, den Dollar zu stärken. „Unkontrollierte Wechselkursbewegungen seien für das Wirtschaftswachstum nicht wünschenswert“, sagte der niederländische Vorsitzende der EU-Finanzministerrunde, Gerrit Zalm, am 15. November 2004. Weiter meinte er, dass eine Politik des starken Dollars der USA hilfreich sein könnte. Der schwache Dollar bereitet vor allem Europas Exporteuren Sorgen. Frankreichs Finanzminister Nicolas Sarkozy sagte diesbezüglich, dass die Minister sich in ihrer Sorge über „die schnellen und destabilisierenden Entwicklungen der Währungen“ einig seien, die der US-Politik zuzuschreiben war. Kurz davor stieg der Euro gegenüber dem Dollar auf ein Rekordhoch von 1,3006 Dollar.<sup>537</sup>

Hierzu kommen ebenfalls warnende Signale von Seiten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Der BDI verlangte in seinem im Mai 2004 veröffentlichten Strategiepapier unmissverständlich, dass Washington das machtpolitische Gewicht der EU umfassend

---

534 Vgl. Autor unbekannt; Devisenturbulenz: Wirtschaftsweiser fordert Krücke für den kranken Dollar; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,329040,00.html>; 22.11.2004.

535 Autor unbekannt; G20-Gipfel: Irak-Schulden um 80 Prozent gesenkt; in: manager-magazin.de; <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,328998,00.html>; 21.11.2004.

536 Autor unbekannt; Devisenpolitik; G-20-Treffen vom Kursverfall des Dollar überschattet; in: FAZ Online; <http://www.faz.net/s/Rub72B1B2E621EE41E6873F3331C2905F59/Doc~E56420D35ED764F298BE0318F486B704F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>; 18.11.2004. u. Rhee-Piening, Daniel; Devisenhändler schreiben den Dollar ab; in: Der Tagesspiegel; Nr. 188663; 19.11.2004; S. 19.

537 Vgl. Währungspolitik paradox: Euro-Finanzminister fordern starken Dollar; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,328078,00.htm>; 16.11.2004.

respektieren und ökonomische Kompromisse eingehen müsse. Hinsichtlich einer Zuspitzung protektionistischer Tendenzen in Washington, forderte der Verband seine Mitgliedsfirmen auf, Vorschläge zum Abbau von Marktzugangsbeschränkungen in den USA vorzulegen, da dieser Protektionismus der deutschen Industrie schaden und nicht hingenommen werden könnte. Der BDI riet der US-Regierung sowie der Federal Reserve, statt die amerikanische Wirtschaft und den Dollar durch staatliche Maßnahmen zu manipulieren, solle sich Washington auf den Boden der ökonomischen Tatsachen stellen. Zwar beweise die US-Wirtschaft „Dynamik“; aber die eigentliche Schwäche der USA trete dadurch nur vorläufig in den Hintergrund: „Die Doppelung von Handels- und Haushaltsdefizit“ mit „möglicherweise schwerwiegenden Folgen“ für die amerikanische Währung. Allen voran verschlechtert ein schwacher Dollar die Wettbewerbsposition der europäischen Unternehmen in den USA, da dort europäische Produkte durch den hohen Eurokurs teurer werden. Dies belastet den europäischen Export, welcher in Dollar abgerechnet wird und in Folge dessen sinken die erzielten Einnahmen der europäischen Unternehmen.<sup>538</sup>

Im BDI Papier wird zu währungspolitischen Differenzen erklärt: „Even following the exchange rate correction, the euro is still overvalued in relation to the U.S. dollar, which is an impediment to the rather slow economic recovery in the euro zone. This results in significant competitive distortions when products that are made in Europe are exported and is a burden for German manufacturers’ earnings in the U.S. At present, the U.S. dollar benefits from the dynamic economic development in the United States and the expectation that U.S. interest rates will rise. For now, this pushes the dual U.S. balance of trade and budget deficits into the background as a potential drag on the dollar. Nevertheless, the different goals of the two central banks remain in effect, i. e. a clearly stability-oriented policy of the European Central Bank and a more exchange-rate-oriented policy of the Federal Reserve.“<sup>539</sup>

Der BDI rät daher: „Exchange rates should not be determined through interventionist measures or political statements, but rather by market forces. Since a change of U.S. budget policy does not appear likely, the U.S. administration and the Federal Reserve should undertake greater efforts to commit themselves publicly to exchange rates that are in line with

---

538 Vgl. BDI’s Recommendations on Important Issues Regarding Transatlantic Economic Relations; in: BDI Online; <http://www.bdi-online.de>; 30.05.2004.  
539 Ebenda.

economic realities. U.S. and EU are called upon to improve their monetary policy coordination“<sup>540</sup>

So wird klar, dass die Gefahr, die Amerika droht, von der Saldenmechanik des Doppeldefizits aus geht. Das Haushaltsdefizit und der wachsende Schuldenberg beschwören indes unkalkulierbare Risiken für die Rolle des Dollars als Weltgeld herauf. Präsident Bushs Lösungsvorschlag hierzu lautet: „The best way to affect those who watch the dollar’s value is to make a commitment to deal with our short-term and long-term deficits.“ Sinngemäß übersetzt heißt dies: „Der beste Weg, auf diejenigen einzuwirken, die den Kurs des Dollar beobachten, ist es, sich zu verpflichten, unser kurz- und langfristiges Defizit anzugehen.“ Das Konzept dazu werde er dem US-Kongress vorlegen.<sup>541</sup>

Bush bekräftigt zudem immer wieder an einem „starken Dollar“ interessiert zu sein. Devisenhändler interpretieren diese Wortwahl zunehmend als Deckmantel für eine Politik, die einen intensiveren Rückgang des Dollarkurses zulässt,<sup>542</sup> obwohl der Dollar in den letzten vier Jahren fast 60 % an Wert verloren hat.<sup>543</sup>

Unter diesen Umständen hängt die weitere Existenz des Dollar als Weltgeld davon ab, ob die Fakturierung des internationalen Warentransfers auf Dollarbasis auch zukünftig von den USA durchgesetzt werden kann. Trotzdem wird die Talfahrt des Dollar gegenüber Währungen, wie Euro und Yen, in der US-amerikanischen Hauptstadt mit ungleich größerer Gelassenheit beobachtet als in Tokio, Berlin, Paris oder Brüssel. Der amerikanische Finanzminister John Snow hält sich, wann immer von ihm ein Kommentar zum Wechselkurs erwartet wird, getreu an eine Formulierung, dass die amerikanische Regierung grundsätzlich an einem starken Dollar interessiert sei, die Kursfindung aber den „Kräften des Marktes“ überlasse.<sup>544</sup>

Diese nach außen gekehrte Gleichgültigkeit strapaziert die Geduld anderer Akteure. Die EZB hat schon einmal die Geduld mit den Dollar und den so genannten „Kräften des Marktes“ verloren, als sie im Herbst 2000 in das Handelsgeschehen eingriff, um einen weiteren Kursverfall des Euro aufzuhalten. Mit Argwohn blicken sie daher nach China, das nach wie

---

540 Ebenda.

541 Bekerman, Marek; Bush stands up for strong dollar; in: BBC News; <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/business/4031197.stm>; 22.11.2004.

542 Vgl. Autor unbekannt; Devisenturbulenz; Wirtschaftsweiser fordert Krücke für den kranken Dollar; in: Spiegel Online; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,329040,00.html>; 22.11.2004.

543 Vgl. Rhee-Piening, Daniel; Devisenhändler schreiben den Dollar ab; in: Der Tagesspiegel; Nr. 18663; 19.11.2004. S. 23.

544 Vgl. Tigges, Claus ; Devisen: Unsere Währung, euer Problem; in: FAZ; <http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EA77AC07C72584ABE9C755DD8866CDB18~ATpl~Ecommon~Scontent.html#top>; 21.11.2004.

vor am festen Wechselkurs zum Dollar festhält und sich auf diese Weise mutmaßlich weitere Wettbewerbsvorteile auf den Weltmärkten verschafft. Daher ist eine Intervention der europäischen, japanischen und chinesischen Zentralbanken an den Devisenmärkten nicht auszuschließen, sollte sich die Talfahrt des Dollar fortsetzen oder gar beschleunigen.

Um die Interventionen der konkurrierenden Mächte zu neutralisieren, ihr Handelsdefizit abzubauen sowie die Weltgeldrolle des Dollars weiter beizubehalten, brauchen die USA ebenfalls ein Interventionsinstrumentarium. Dieses Instrumentarium ist laut Elmar Altvater die Kontrolle der USA über die Fakturierung der strategischen Rohstoffe – allen voran Öl –, da sie auf Dollar Basis gehandelt werden. Anknüpfend an diese These schreibt er; „Die sichere Energieversorgung ist für die Funktion der modernen, von fossilen Energieträgern abhängigen Ökonomien von zentraler Bedeutung; dies hat die NATO mit ihrem Sicherheitskonzept von 1999 ebenso unterstrichen wie der Report des Vizepräsidenten Cheney zur nationalen Energiestrategie der USA von 2001 (Cheney-Report 2001). Diese schließt die Kontrolle der Territorien der Ölförderung, der Angebotsmengen, der Transportlogistik, des Preises und schließlich der Währung ein, in der der Preis des Öls fakturiert wird. Die Auseinandersetzung darum ist entscheidend für die Kursentwicklung von US\$ und Euro, und umgekehrt beeinflusst die Kursentwicklung der großen Währungen die Öl-Strategie. Es lässt sich zeigen, wie Märkte und imperiale Macht zusammen wirken. Währungspolitik wird inzwischen auch mit Apache-Hubschraubern und Cruise Missiles gemacht.“<sup>545</sup>

So verweist er ungeniert auf währungspolitische Differenzen zwischen den USA, Japan und der EU sowie militärischen Maßnahmen, die sie regulieren sollen. Die Frage ist allerdings, ob dieser Entwicklungspfad auf Dauer weiter beschritten werden kann. Es ist nicht sicher, dass die internationalen Investoren bereit sind, die wachsenden Leistungsbilanzdefizite der USA weiter zu finanzieren und eine unbegrenzte Verschuldung zu akzeptieren, zumal mit dem Euro nun auch ein ernstzunehmender Konkurrent des Dollar heranwächst. Aus dieser Perspektive lässt sich der Krieg der USA gegen den Irak und ihre militärische Präsenz in der

---

545 Altvater, Elmar; Von der Währungskonkurrenz zum Währungskonflikt: Was passiert, wenn das Erdöl nicht mehr in Dollar, sondern in Euro fakturiert wird?; Vortrag auf der Sommerakademie des Österreichischen Zentrums für Frieden und Konfliktlösung zur Thematik „Schurkenstaat und Staatsterrorismus – Die Konturen einer militärischen Globalisierung“ in Burg Schlaining, Juli 2003.

Kaspischen Region auch als ein Krieg zur Verteidigung der Weltgeldfunktion des Dollar, für die die Fakturierung der globalen Ölexporte von Bedeutung ist, interpretieren.<sup>546</sup>

Mit anderen Worten ist das Krisenmanagement der Finanzmärkte kein rein ökonomischer Prozess, sondern hat auch politische und militärische Dimensionen. Die politischen und militärischen Prozesse bleiben jedoch umgekehrt unverständlich, wenn sie nicht auch mit den Mitteln der finanzpolitischen Analyse untersucht werden.

Im Weiteren verlauf der Arbeit wird der energiepolitische Aspekt dieses Konfliktes anhand der Analyse der Energieressourcen der Kaspischen Region und dessen Bedeutung auf den internationalen Energiemärkten näher beschrieben.

---

546 Vgl. Abdolvand, Behrooz; Adolf, Matthias; Von „Enduring Freedom“ zu „Iraqi Freedom“; in: Welttrends; Nummer 40; Herbst 2003; S. 127-140.